Nr. 195 Februar 1994

DM 7,50 M 3477 F

# informationszentrum dritte welt



Register '93

# Impressum

**Hrsg.:** Aktion Dritte Welt e.V. - Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus) D-79020 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-16 Uhr
**NEU :** Fax: 0761/709866

**Zusammengestellt von:** Isabel Armbrust, Uwe Göde, Thomas Herr, Uwe Jungfer, Michael Knüfer, Georg Lutz, Bernhard Merk, Christian Nevendu Mont, Christine Parsdorfer, Gerhard Rieger, Bernd Riegraf, Nivien Saleh, Klaus Schreiner, Ann Stafford, Jörg Später, Regine Wlassitschau, Udo Wolter.

**Druck und Satz:**
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 1318621/22



**Vertrieb für Buchhandel:**
Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstraße 16, Postfach 9, 35463 Fernwald (Annerod)
Telefon: (0641) 43071

**Redaktionsschluß für Nr. 196:**
18.2.1994

**Anzeigenschluß für Nr. 196:**
(Druckfertige Vorlagen) 25.2. 1994

**Titelbild: R. Maro/Umbruch**

**Jahresabonnement** (8 Ausgaben) im Inland: DM 54,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 48,- DM) Förderabonnement: DM 100,-, im Ausland: Europa + 16,- DM, Welt + 24 ,- DM Porto/Jahr)

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148 239-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35 899
Hypo-Bank Bregenz Nr. 10 157 108 110

***Eigentumsvorbehalt:***
*Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.*

**Spenden:**
Steuerlich abzugsfähige Spenden bitte auf Kto. 124 96 06 Volksbank Freiburg (BLZ 680 900 00). Kto.-Inhaber: Stadtkasse, Verw.-Zweck: Durchlaufspende zugunsten Aktion Dritte Welt. Diese Spenden beinhalten kein Abonnement!

Dieser Ausgabe ist ein Verlagsprospekt von epi beigelegt.

## Entschuldigung

In der letzten Ausgabe der 'blätter des iz3w' unterlief uns ein arges Mißgeschick. Im Beitrag zur CFA-Währungszone veröffentlichten wir eine Afrikakarte, die Marokko unter Einschluß der Westsahara abbildete. Die Hektik des Layouts und die Freude 'genau die richtige' Karte (zum Thema CFA-Zone) gefunden zu haben, führten zur Auswahl dieser Landkarte. Erst mehrere Leserzuschriften machten uns auf die Unachtsamkeit aufmerksam.

# Inhaltsverzeichnis

# Aufstand für die Verfassung

## Thesen zum „Ejercito Zapatista" in Chiapas

**Der von Niemandem erwartete Aufstand im Süden von Mexiko hat die politische Landschaft nachhaltig erschüttert. Der Regierung ist es nicht gelungen, die "Zapatistische Befreiungsarmee" (EZLN) politisch und militärisch auszuschalten. Im Gegenteil, sie ist in der Defensive, da mit den Aktionen der Guerilla die drastischen sozialen Unterschiede in Chiapas auf der politischen Tagesordnung Mexikos stehen. Was in der hiesigen Berichterstattung kaum versucht wurde, sind die Fragen zu Herkunft und Zielsetzung der EZLN über den Vergleich mit anderen Guerillaorganisationen in Lateinamerika zu beantworten. Diesem Ansatz geht Jorge G. Castañeda in dem folgenden Artikel nach.**



Viele weiblichen Mayakämpferinnen der zapatistischen Befreiungsarmee sind an den Kämpfen beteiligt.

Foto: Herby Sachs/transparent

**Im folgenden möchte ich einige vorläufige Überlegungen über die neue mexikanische Guerilla und über einen möglichen Ausgang des gegenwärtigen Dramas anstellen. Meine Überlegungen beruhen nicht auf irgendeiner Kenntnis des Ejercito Zapatista (EZLN), sie beruhen lediglich auf Analogien, Erfahrungswerten und logischen Schlüssen; auf Erkenntnissen, die ich durch langjährige Beobachtung anderer Guerillabewegungen in einem anderen politischen Kontext und in anderen Ländern gewonnen habe.**

Der Kommandante Marcos - der mit den grünen Augen, dem blonden Haar, der weißen Haut und der Begabung für Fremdsprachen - ist der "Kommandante Cero". Auf den Punkt gebracht: Marcos repräsentiert nicht die Führung der Guerilla; er ist nur wie Eden Pastora, in dem Moment, als die Sandinistische Befreiungsfront am 22. August 1978 den Nationalpalast in Managua besetzte, der sichtbare Ausdruck der Guerilla. Ein charismatisches und redegewandes Gesicht einer Führung, zu der er nicht gehört, und die unsichtbar bleibt. Als der berühmte "Commandante Cero" auf dem Weg zum Flugplatz sein Halstuch vom Gesicht nahm, wurde klar, was allgemein vermutet wurde: Er konnte nicht zur Führung der FSLN gehören, denn keine politisch - militärische Führung im Untergrund würde auf diese Weise die Identität ihrer führenden Köpfe preisgeben.

Marcos ist ein Frontkommandant; er ist weder ein Chef noch ein Gesprächspartner mit dem man verhandeln kann. Wenn die Guerilla Marcos zu Manuel Camacho' schickt, dann tut sie das, um Wirkung in den Medien zu erzielen, nicht um Verträge zu schließen.

### Die Führung der EZLN

Es ist anzunehmen, wenn man aus anderen lateinamerikanischen Beispielen lernen will, daß die wirkliche Führung der Guerilla zumindest zwei Charakteristika aufweist.

Erstens: Ein Teil der Führung hält sich in Chiapas auf und hat sicherlich aktiv, auch an den unmittelbaren Kämpfen, an den Aktionen Anfang Januar teilgenommen. Ohne ein solches Engagement könnte sich eine Führung kaum gegenüber ihrer eigenen Basis legitimieren: Die Legende des 26. Juli beginnt damit, daß Fidel Castro in der Sierra Maestra auf die Soldaten Batistas schießt. Ein weiterer Teil der Führung der EZLN befindet sich in einer anderen Region von Chiapas oder Mexikos in Sicherheit. Keine politisch-militärische Organisation, die einigermaßen auf ihre Aufgabe vorbereitet ist - und diese hat deutlich gezeigt, daß sie gut vorbereitet ist - würde die Gesamtheit ihrer Führung dem Risiko eines Verrats, eines Unfalls oder eines gegnerischen Schlages aussetzen.

Zweitens: Was auch immer die Massen-

medien oder die mexikanische Regierung behaupten. Sicher ist, daß ein bedeutender Teil der wirklichen Führung indianischen Ursprungs ist. Anders wäre die Herausbildung einer so breiten, überzeugten und sichtbaren indianischen Basis nicht denkbar. Sie muß über eine Führung verfügen, die sie repräsentiert und Vertrauen einflöst. Gewiß besteht ein beträchtlicher Teil, vielleicht sogar die Mehrheit der Führung, aus Weißen oder Ladinos, aber ohne eine Führung in der die wichtigen Ethnien der Region vertreten sind, wäre der Aufstand des ersten Januar nicht möglich gewesen. Falls es in nächster Zukunft zu einer Zusammenkunft zwischen den Behörden und der Guerilla kommt, deutet alles darauf hin, daß für die Guerilla wirkliche Repräsentanten der Indianer am Verhandlungstisch sitzen werden.

## Warum gibt es so wenig Waffen?

Es ist schon wiederholt gesagt worden, daß diese Guerilla im Augenblick über mehr Menschen als Waffen verfügt. Das ist nicht immer so: In verschiedenen Situationen des Krieges in El Salvador mußte zum Beispiel die FMLN einen Teil der Waffen, die sie erhielt, verstecken, es gab andere Situationen, wo sie weniger Waffen hatte als Kämpfer, die bewaffnet werden wollten. Die guatemaltekische Guerilla hatte von Ende der 70er Jahre bis 1981 wesentlich mehr Menschen als Gewehre. Nach den brutalen Offensiven der verbrannten Erde, die befehligt von Efrain Rios Montt 1982/83 begannen, sah sie sich gezwungen, große Mengen von Waffen und Gerät zu vergraben. Die guatemaltekische Guerilla verfügt bis heute über eine große Anzahl von Waffenverstecken in Chiapas. Die Tatsache, daß sie diese Waffen offensichtlich nicht den Zapatisten zur Verfügung gestellt hat, ist ein weiterer Beleg ihrer altbekannten unterwürfigen Haltung gegenüber der mexikanischen Regierung. Sie unterstützt offensichtlich nicht die EZLN.

Die Holzgewehre, die bei gefangenen oder toten Guerilleros gefunden wurden, haben weder die Funktion die Indianer in die Irre zu führen und sie Glauben zu machen, es handle sich um wirkliche Waffen noch soll damit der Feind getäuscht werden. Sie dienen dazu, einem Kämpfer beizubringen, wie er seine Waffe tragen soll, wie man zielt, sich fallen läßt, wieder aufsteht und sich mit einer Waffe bewegt, solange bis es ihm gelingt, einem gefallenen Soldaten ein echtes Gewehr zu entwenden oder eines aus einem eroberten Waffenarsenal der Armee zu erhalten. Aus dem Vorhandensein von unbewaffneten Kämpfern läßt sich ein einfacher Schluß ziehen. Es handelt sich um eine Guerilla, die, wenn sie keine Irrtümer begeht (bisher hat sie keine begangen) und falls sie über Geld und Logistik verfügt (darüber ist nichts bekannt, aber es ist wahrscheinlich) weiter wachsen wird. Zumindest wenn sie nicht physisch dezimiert wird. Bisher läßt sich das weder aus der Zahl der Toten noch der Gefangenen schließen. Zudem dürften sich keine Anhänger von ihr abwenden. Der Erfolg den die Guerilla in Chiapas bis heute erzielt hat, ist das beste Argument für einen bewaffneten Kampf, das seit vielen Jahren in ganz Lateinamerika zu hören war. Unter den gegenwärtigen Bedingungen arbeitet die Zeit für die Guerilla; daran mag es liegen, daß sie möglicherweise keine Eile an den Tag legt, um mit ernsthaften Verhandlungen zu beginnen.

## Die Forderungen und die Frage nach der Durchsetzung

Die politische Linie von Ejercito Zapatista ist für Lateinamerika praktisch völlig neuartig. Ihr liegt die Rationalität einer Bewegung zugrunde, die nur dem oberflächlichen Betrachter irrational erscheint. Laut der bemerkenswerten Erklärung, die am 11. Januar in "La Jornada" (Zeitung in Mexico, d.Red.) erschien, lohnt sich ausführlich zu zitieren: "Die bittere Armut unserer Landsleute hat eine wesentliche Ursache: Das Nichtvorhandensein von Freiheit und Demokratie. Die Respektierung der Freiheitsrechte und des demokratischen Volkswillens ist unserer Meinung nach die entscheidende Ausgangsbedingung, damit die wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen der Entrechteten in unserem Land verbessert werden können. Aus diesem Grund haben wir nicht nur die Verbesserung der Lebensbedingungen des mexikanischen Volks auf unsere Fahnen geschrieben, sondern erheben genauso die Forderung nach politischer Freiheit und Demokratie (...) freien sauberen Wahlen im ganzen Land und für die Regierungsorgane auf allen Ebenen."

Man kann den Guerilleros glauben oder auch nicht, und man kann diesen Sätzen andere gegenüberstellen. Aber wenn man diese Stellungnahme in Verbindung bringt mit Argumenten, die dem Hörensagen nach denjenigen Leuten entgegengehalten wurden, die, wie es heißt, mit den Zapatistas vor ihrem Aufstand diskutiert und versucht haben, sie davon abzubringen, den bewaffneten Kampf aufzunehmen, zeigt sich eine kohärente Argumentationslinie. Als den Guerilleros vorgehalten wurde, daß das Ende des Krieges in El Salvador zeige, daß in der heutigen Welt der Weg des bewaffneten Kampfs zur Erfolglosigkeit verdammt sei, sollen die späteren Aufständischen geantwortet haben, daß man aus der salvadorianischen Erfahrung den ganz gegensätzlichen Schluß ziehen müsse. Die FMLN habe in El Salvador dank ihres bewaffneten Kampfs etwas erreicht, was vorher in Jahrzehnten niemand erreichen konnte: Weder habe sie die Macht ergreifen können noch die sozialistische Revolution verwirklicht, wohl aber habe sie grundlegende politische Reformen, wie saubere Wahlen und einen Rechtsstaat erreicht, ein Ende der Gewalt und der Unterdrückung des einfachen Volks, einige wirtschaftliche und soziale Reformen, einschließlich des Beginns einer Landverteilung und Säuberung der Armee und Sicherheitsorgane. Die mexikanischen Kollegen der salvadorianischen Aufständischen erklärten weiter das Ziel ihres Aufstands sei weder die Machtergreifung noch der militärische Sieg über die mexikanische Regierung, ihre Aufgabe sei vielmehr "der bewaffnte Arm des Volks zu sein", der "mit dem knatternden Maschinengewehr" erreicht, was Intellektuelle und politische Führer, Bürgerinitiativen und Beobachter, Mittelsmänner und Radikale allein nicht erreichen können. Vielleicht haben sie damit sogar recht.

## Die Parallelen zur M19

Es gab in jüngerer Zeit in Lateinamerika nur eine vergleichbare Bewegung, das ist die kolumbianische M19, die 1973 als Reaktion auf den unverschämten Wahlbetrug bei den Wahlen vom 19. April 1970 gegründet wurde. Aufgrund ihrer Herkunft war die M19 immer das was nach Auskunft von Joel Ortega die EZLN heute ist: der bewaffnete Reformismus. Aufgrund vielschichtiger Faktoren - dem Vorhandensein mehrerer Guerillaorganisationen, der endemischen Gewalt in Kolumbien, der Drogenmafia usw. - war der Prozeß der Befriedung in Kolumbien außergewöhnlich schwierig, langwierig und blutig. Aber mit der M19 waren die Verhandlungen als solche nicht besonders schwierig: Die Bedingungen, die die M19 stellte damit sie die Waffen niederlegen würde, waren für sich betrachtet recht bescheiden: Demokratie, Durchsetzung der bürgerlichen Freiheiten, Amnestie und Schutz vor Verfolgung für diejenigen Guerilleros, die ihre Waffen abgegeben hatten. Das Blutopfer war ungeheur groß, aber die Wiedereingliederung der M19 in das politische Leben Kolumbiens war erfolgreich. Der Reformismus, den Antonio Navarro (derzeitiger Chef der M19, d.Red.) gegenwärtig an den Tag legt, ist nicht das Ergebnis einer zentristischen Wende, seine Wurzeln liegen vielmehr am Beginn der Bewegung.

Für den Beauftragten für Frieden und Versöhnung Manuel Camacho könnte es nützlich sein, sich mit dem Ex-Präsidenten von Kolumbien Belisario Betancur zu unterhalten, der 1982 die Verhandlungen mit der M19 begonnen hat, auch wenn es ihm nicht vergönnt war, sie persönlich zum Erfolg zu führen.

## Die Reaktionen der mexikanischen Regierung

Ähnlich wie es zwei verschiedene Erklärungen für den anscheinenden Kurswechsel der mexikanischen Regierung gibt,

gibt es auch zwei Wege für Verhandlungen. Die erste Erklärung der mexikanischen Regierung gegenüber der Guerilla stellt die Rolle des Staatspräsidenten in den Mittelpunkt: Demnach hätte Carlos Salinas begriffen, daß er auf dem Holzweg war, daß seine Regierung auf diesem Weg von Blut und Eisen scheitern würde. Daher habe er eine bewußte strategische Entscheidung getroffen, das Steuer herumzuwerfen und habe sich dementsprechend seine Leute, seine Machtmittel und seinen politischen Diskurs ausgesucht. Wenn es wirklich so sein sollte, müßten wir uns alle beglückwünschen und könnten sicher sein, daß auf dem jetzt eingeschlagenen Weg weitergegangen wird.

Die zweite Erklärung ist weniger beruhigend. Sie geht davon aus, daß der Regierung der Kurswechsel gegen ihren Willen aufgezwungen worden sei. Es handle sich also um eine Kurskorrektur aufgrund von internem Druck, der aber nicht vom Präsidenten ausgeht. Diese Hypothese ist der Meinung, daß das Risiko für einen neuen Kurswechsel groß ist: Der harte Flügel der Regierung, an dessen Spitze der Präsident selbst steht, warte nur auf den geeigneten Moment, um zur harten Linie zurückzukehren. Diese Möglichkeit kann man nicht ausschließen. Die ständigen und allgegenwärtigen Provokationen (der Angriff auf Cencos, der Fernsehkanal sechster Juli) und die Drohungen, wie sie gegen die Menschenrechtsaktivisten Sergio Aguayo und Victor Clark Alfaro ausgestoßen werden, finden möglicherweise in dieser Spannung ihre Erklärung.

## Das Einfache und das Schwierige

Für den Regierungsbeauftragten Camacho könnte es vielleicht auch nützlich sein, in anderer Hinsicht über den kolumbianischen Präzidenzfall nachzudenken. Es ist einfach, mit einer reformistischen Guerilla zu verhandeln. Sie verlangt nichts Unmögliches. Zugleich ist es aber auch schwieriger, einen solchen Verhandlungspartner zu haben, denn ihr Forderungskatalog ist vielfältiger: Demokratie, Menschenrechte, freie Wahlen usw.

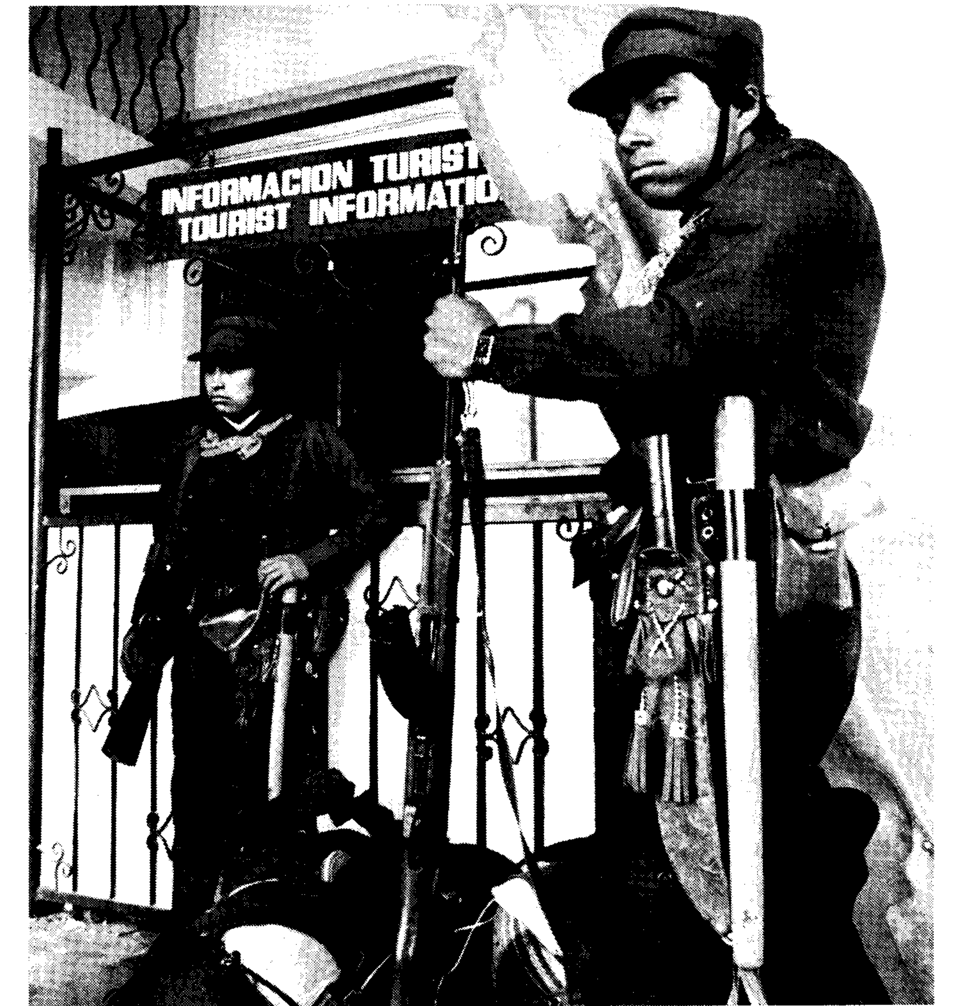
Auch für die Verhandlungen gibt es zwei unterschiedliche Wege. Der eine ist, die Verhandlungen für den jetzigen Zeitpunkt auf Chiapas zu begrenzen: Den Konflikt dort zu lösen, um sich dann um den Rest zu kümmern. Diese Option hat den Vorteil, daß sie dem Verhandlungsführer erlaubt, sich auf einen begrenzten Bereich zu beschränken und sich nicht auf ein Gebiet vorzuwagen, daß scheinbar mit seinem Auftrag nichts zu tun hat: Wählerverzeichnisse, Wahlmodi, Massenmedien, Wahlkampffinanzierung, inländische und ausländische Wahlbeobachter für die Wahlen im August. Sich darauf einzulassen bedeutet, sich aufs Glatteis zu begeben und sich zu übernehmen.

Aber der Versuch, das Problem in Chiapas von dem Problem der Demokratisierung des ganzen Landes zu trennen, ist auch nicht einfach; dieses Vorgehen ist auch nicht anstrebenswert. Für die Guerilla bietet es sich an, den Beginn von Verhandlungen jedweder Art hinauszuzögern, auf jeden Fall den Beginn ernsthafter Verhandungen, solange bis sie eine größere militärische Schlagkraft bewiesen hat. Eine Form, das zu erreichen, wäre, das Schwergewicht auf ihre Forderung zu legen, die zugleich die abstrakteste und präziseste ist: freie Wahlen. In diesem Fall wäre es illusorisch Chiapas und Mexiko auseinanderhalten zu wollen oder es wäre eindeutig böswillig. Wenn, wie ich glaube, die Aufgabe des Regierungsbeauftragten darin bestehen muß, eine gerechte und tragfähige Lösung zu finden und nicht nur etwas anzustreben, was kurzfristig politisch zu verwirklichen ist und auch nicht eine Staatsräson zu vertreten, die falsch verstanden und eng ausgelegt ist, dann muß seine Verhandlungsbefugnis umfassend sein. Sein Verhandlungsgegenstand kann nichts anderes sein als das, was für ganz Mexiko auf der Tagesordnung steht:die Demokratie, und sei sie auch mit Waffengewalt erzwungen.

**Jorge G. Castañeda**
**Übersetzung: CN**

Aus: Proceso, Nr.898, 17. Januar 1994

**Anmerkung:**
1) Manuel Camacho ist Chef der Vermittlungsdelegation der mexikanischen Regierung. Schon 1985 machte er auf sich aufmerksam als er den Unruhen, die nach den Zerstörungen des Erdbebens und der damit einhergehenden Untätigkeit der Regierung aufkamen, die Spitze nehmen konnte.



**Vor dem besetzten Rathaus in San Christobal de las Gasas/Chiapas am 1. Jan 1994.** **Foto: Herby Sachs/transparent**

# Kommuniqué der EZLN vom 1.Januar 1994

**Heute haben wir gesagt: Basta!**

An das Volk von Mexiko, mexikanische Brüder und Schwestern:

Wir sind das Produkt von 500 Jahren des Kampfes: zuerst gegen Sklaverei, dann während des von Rebellen geführten Unabhängigkeitskrieges gegen Spanien, dann gegen die Einverleibung durch den nordamerikanischen Imperialismus, dann für die Verkündung unserer Verfassung und für die Vertreibung der französischen Herrscher von unserem Boden, und später, als uns die Diktatur durch Porfirio Diaz[1] die gerechte Anwendung der Reformgesetze[2] vorenthielt, die Leute rebellierten und Anführer wie Villa und Zapata - arme Leute wie wir - auftauchten. Ihnen wurde, wie uns, die elementarste Ausbildung verweigert, um sie, so wie uns, als Kanonenfutter zu verwenden und den Reichtum unseres Landes ausplündern zu können. Dabei interessiert sie es nicht, wenn wir an Hunger sterben oder an Krankheiten, die eigentlich zu heilen sind. Es kümmert niemanden, daß wir nichts haben, absolut nichts, nicht einmal ein Dach über dem Kopf, kein Land, keine Arbeit, keine Gesundheitsversorgung, kein Essen, keine Bildung. Wir sind auch nicht frei und können auch unsere politischen VertreterInnen nicht demokratisch wählen, sind auch nicht unabhängig von ausländischen Kräften[3], es gibt hier keinen Frieden und keine Gerechtigkeit für uns und unsere Kinder.

**Aber heute sagen wir: GENUG ist GENUG!**

Wir sind die Erben der wahren GründerInnen unserer Nation. Wir Enteignete, wir sind Millionen und deshalb rufen wir unsere Brüder und Schwestern auf, sich zusammenzutun in diesem Widerstandskampf, als dem einzigen Weg, um nicht des Hungers zu sterben, durch die Schuld der unersättlichen Herrschsucht einer mehr als siebzigjährigen Diktatur, angeführt von einer Gruppe von Verrätern, die die konservativsten Kreise repräsentieren. Es sind die gleichen, die sich Hidalgo und Morelos[4] entgegenstellten, die gleichen, die Vicente Guerrero[5] verrieten, die gleichen, die die Hälfte unseres Landes an ausländische Eindringlinge verschleuderten[6], die gleichen, die europäische Herrscher geholt hatten, um uns zu regieren,[7] die gleichen, die die technokratische Porfista-Diktatur kreierten, die gleichen, die gegen die Enteignung der Erdölgesellschaften opponierten,[8] die gleichen, die 1958 unter den EisenbahnerInnen und 1968 unter StudentInnen ein Blutbad anrichteten, die gleichen, die uns heute alles nehmen, absolut alles.

Um dies zu verhindern, und als unsere letzte Hoffnung, nachdem wir alle legalen Mittel auf der Basis unserer Verfassung angewendet haben, berufen wir uns nun auf unsere Magna Carta, unsere Verfassung. Insbesonders bestehen wir auf die Anwendung des Artikels 39, der wörtlich lautet: "Die nationale Souveränität ist wesentlich und ursprünglich auf dem Volk begründet. Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus und wird zu seinem Wohlergehen errichtet. Das Volk hat zu jeder Zeit das unveräußerliche Recht, seine Regierung zu wechseln oder zu verändern."

Daher erklären wir in Übereinstimmung mit unserer Verfassung das Folgende - gerichtet an die mexikanische Bundesarmee, die Stütze der mexikanischen Diktatur, die wir erleiden, monopolisiert von einem Einparteiensystem und geführt von der Zentralregierung. Sie ist heute zu Unrecht in der Hand ihres höchsten und illegitimsten Führers: Carlos Salinas de Gortari.

In Übereinstimmung mit dieser Kriegserklärung fordern wir die anderen Kräfte der Nation auf, sich darüber zu verständigen, die Gesetzmäßigkeit und Stabilität unserer Nation durch den Sturz des Diktators wieder herzustellen.

Wir fordern die internationalen Organisationen und das Internationale Rote Kreuz auf, die Kämpfe unserer Einheiten so zu überwachen und zu regulieren, daß wir für unsere Ziele kämpfen können und trotzdem die Sicherheit der Zivilbevölkerung weiterhin gewährleistet ist.

Wir erklären jetzt und immer, daß die EZLN als bewaffneter Arm unseres Befreiungskampfes aufgestellt wird. Unsere Kampfhandlungen fallen somit unter die in der Genfer Konvention festgelegten Kriegsgesetze.

Wir haben das mexikanische Volk auf unserer Seite, haben ein Vaterland und unsere aufständischen KämpferInnen lieben und achten die Trikolore. Wir verwenden Schwarz und Rot in unseren Uniformen als unser Symbol für die kämpfenden ArbeiterInnen. Unsere Fahne trägt die Buchstaben "EZLN", Ejercito Zapatista de Liberacion Nacional (Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung),[9] und mit ihr werden wir weiter in den Kampf ziehen. Wir weisen von vornherein jegliche Bemühungen zurück, die gerechte Sache unseres Kampfes herabzuwürdigen, indem wir beschuldigt werden, Rauschgifthändler, Drogen-Guerilleros, Diebe oder als was uns unsere Feinde noch alles bezichtigen könnten, zu sein. Unser Kampf folgt der Verfassung, die wir hochhalten, und ihrem Ruf nach Gerechtigkeit und Gleichheit.

In diesem Sinn und in Übereinstimmung mit dieser Kriegserklärung geben wir den militärischen Verbänden der EZLN die folgenden Befehle:

1. Rückt in die Hauptstadt des Landes vor, schlagt die mexikanische Bundesarmee, schützt bei eurem Vormarsch die Zivilbevölkerung und gebt den Völkern in den befreiten Gebieten das Recht, in freien und demokratischen Wahlen eigene Verwaltungsbeamte zu bestimmen.
2. Achtet das Leben unserer Gefangenen und übergebt alle Verwundeten dem Internationalen Roten Kreuz.
3. Leitet gegen all diejenigen Soldaten der mexikanischen Bundesarmee und der politischen Polizei ein Kriegsverfahren ein und klagt sie des Landesverrats an, die vom Ausland geschult, beraten und bezahlt wurden und gegen alle, die die Zivilbevölkerung unterdrücken und mißhandeln oder die Güter des Volkes angreifen.
4. Bildet neue Truppen mit all jenen MexikanerInnen, die Interesse zeigen, sich mit unserem Kampf zu verbinden, auch mit all jenen, die feindliche Soldaten waren und sich unseren Kräften kampflos ergeben und schwören, den Anweisungen des Generalkommandos der EZLN Folge zu leisten.
5. Wir fordern die bedingungslose Übergabe der feindlichen Standquartiere vor Gefechtsbeginn, um den Verlust von Menschenleben zu vermeiden.
6. Stoppt den Raubbau an den natürlichen Ressourcen in den von der EZLN kontrollierten Gebieten.

Volk von Mexiko: Wir, integre und freie Männer und Frauen, sind uns bewußt, daß der von uns erklärte Krieg ein letztes, aber gerechtes Mittel ist. Die Diktatoren führen seit vielen Jahren einen unerklärten, genoziden Krieg gegen unsere Völker.[10] Deshalb fordern wir dich zur entschiedenen Beteiligung auf, den Plan des mexikanischen Volkes im Kampf um Arbeit, Land, Wohnraum, Nahrung, Gesundheitsvorsorge, Bildung, Unabhängigkeit, Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit und Frieden zu unterstützen.

Wir erklären, daß wir nicht aufhören werden zu kämpfen, ehe die grundlegenden Forderungen unseres Volkes durch die Bildung einer freien und demokratischen Regierung erfüllt wurden.

Verbündet euch mit den aufständischen Kräften der Zapatistischen Armee der nationalen Befreiung.

**Generalkommando der EZLN**

(Übersetzung: TATblatt/Wien und AG "500 Jahre Kolonialismus und Widerstand"/Wiesbaden; Überarbeitung: Red.)

**Anmerkungen:**

1) Porfirio Diaz wurde durch die Revolution abgesetzt. Heutige politische KommentatorInnen betonen die weitgehenden Parallelen, die es zwischen der Politik Diaz und der des derzeitigen Präsidenten Salinas de Gortari gibt. Salinas ist auch der erste, der es seit der Revolution gewagt hat, eine aus dem Kampf gegen Diaz stammende Verfassungsregelung in Frage zu stellen: das Verbot der Wiederwahl für Präsidialämter der Republik und der Bundesstaaten.

2) Die aus der Unabhängigkeitsbewegung 1810 bis 1824 stammen.

3) Hier ist offensichtlich der Einfluß verschiedener ausländischer Regierungen und Konzerne sowie internationaler Institutionen, wie der Weltbank, auf konkrete und detaillierte Entscheidungen der mexikanischen Behörden gemeint. Die in Chiapas sich aufhaltenden AusländerInnen (wie guatamaltekische Flüchtlinge und an der Folklore der Indígenas und den Naturschönheiten des Bundesstaates interessierte TouristInnen) haben bisher nicht die geringste Aggression - weder verbal noch tatsächlich - zu spüren bekommen. Die Aufständischen halten sich in ihren Aktionen lieber an die Verantwortlichen ihrer Misere.

4) Sozialrevolutionäre der Unabhängigkeitsbewegung 1810 bis 1824.

5) Mit Morelos militärischer Leiter der Fuerzas Populares Radicales in der Unabhängigkeitsbewegung, die eine radikal-jakobinische Ausrichtung hatten. 1829 Präsident Mexikos, schaffte er Sklaverei auf gesetzlichem Wege endgültig ab, wurde 1830 abgesetzt und später ermordet.

6) Im Jahre 1848 unterzeichnete die mexikanische Regierung einen endgültigen Vertrag, der die zuvor mit militärischen Mitteln verwirklichte schrittweise Verkleinerung Mexikos um mehr als die Hälfte seines Territoriums zu Gunsten der USA ratifizierte. Für einen Teil des Territoriums wurde eine von den USA festgelegte Summe an die Regierung gezahlt.

7) Maximilian III von Habsburg, der 1864 von Napoleon III als Kaiser von Mexiko eingesetzt wurde und 1867 durch die republikanischen Truppen der Liberalen unter Juarez abgesetzt wurde.

8) 1938, unter dem damaligen progressiven Staatspräsidenten General Lázaro Cárdenas.

9) Emiliano Zapata: Bekanntester Revolutionär der Campesinoverbände in der mexikanischen Revolution ab 1910. In seinem Herkunftsstaat Morelos wird er bis heute verehrt, sein Bild und sein Name bei vielen der dort in den letzten Monaten vermehrt stattfindenden kleinen spontanen Aufständen ebenso gebraucht wie von politischen Organisationen der linken Opposition. In Jonacatepec, wo der letzte dieser Aufstände vor drei Monaten stattfand, trafen sich am Wochenende des 8./9. Januars 1994 verschiedene Zapatistische Organisationen, um ihre Position zum Aufstand in Chiapas zu bestimmen.

10) Das spanische Wort "Pueblo" meint mehr eine konkrete zusammenlebende Menschengruppe als eine abstrakte Vorstellung von "Volk", wie sie zum Beispiel in der BRD in Gesetzgebung und Alltagsverständnis vorherrscht.

# Özgür Gündem macht jeden Tag weiter

**Die türkischen Sicherheitskräfte haben ihren Beitrag zum internationalen Tag der Menschenrechte vorbereitet: Busse der "Schnellen Eingreiftruppe" fahren vor dem Istanbuler Büro der Tageszeitung "Özgür Gündem" auf. Mehrere hundert Zivilbeamte dringen in die Räume der Redaktion ein und nehmen alle 107 anwesenden Personen fest. Sie werden zur Anti-Terror-Abteilung des Polizeipräsidiums im Istanbuler Stadtteil Gayretepe gebracht, dessen berüchtigtes Folterzentrum sich im Keller, sechs Stockwerke unter der Erde, befindet.**

Am folgenden Tag, am 11. Dezember 1993, überfällt die Polizei auch die Büros der Özgür Gündem in Izmir, Adana, Van, Diyarbakir, Batman und Cizre und nimmt noch einmal 48 Personen fest. In allen Städten werden die Redaktionen von "Sicherheitskräften" besetzt, verwüstet und die Archive mit wichtigen Recherchedossiers leergeräumt. Am 12. Januar 1994 wiederholen die Sicherheitskräfte den Überfall auf das Gündem-Büro in Diyarbakir.

Özgür Gündem, die als einzige Tageszeitung in der Türkei konsequent Menschenrechtsverletzungen in allen Teilen des Landes aufdeckt, sich für eine politische Lösung der Kurdenfrage einsetzt und in ihren Spalten auch die PKK/ERNK als Kriegspartei zu Wort kommen läßt, ist Regierung und Armeeführung ein gewaltiger Dorn im Auge. "Die Zeitung muß sofort geschlossen werden", ist das "ceterum censeo" jeder Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates. Doch bislang haben weder die mehr als 200 Strafverfahren, in denen gegen Herausgeber und RedakteurInnen Jahrhunderte an Gefängsnisstrafen verhängt bzw. gefordert wurden, noch die Ermordung von 16 RedakteurInnen und VerkäuferInnen von Özgür Gündem die Zeitung zum Schweigen bringen können.[1] "Was nützt es denn, wenn wir die Zeitung jeden Tag erneut verbieten und beschlagnahmen lassen und am nächsten Tag erscheint sie doch wieder. Da müssen wir doch irgendetwas finden", begründet gegenüber uns deutschen JournalistInnen der Generalstaatsanwalt des Staatssicherheitsgerichts Nr. 1 in Istanbul die Polizeiaktion. Ziel der Maßnahme sei es, "endlich nachzuweisen, daß die Özgür Gündem Sprachrohr der PKK sei".

Doch was als Einschüchterung gedacht war, ruft eine enorme Solidarisierung hervor: Namhafte JournalistInnen gründen ein Solidaritätskomitee, um die Zeitung weiterzuführen, der Schriftsteller Yasar Kemal stellt sich demonstrativ vor das von Polizei besetzte Zeitungsgebäude und teilt seine Unterstützung mit, Journalistenorganisationen bis hin zum staatsergebenen Presserat protestieren. Zwei demokratische Zeitungen (Cumhuriyet und Aydinlik) bieten an, Özgür Gündem in ihren Betrieben zu erstellen, RechtsanwältInnen, Menschenrechtsvereine und GewerkschafterInnen finden sich ein. Als nach zwei Tagen die meisten der in Istanbul Festgenommenen freigelassen werden, wird mit den UnterstützerInnen eine Notredaktion gebildet, die bereits am Montag die erste Ausgabe produziert.

Während der ganzen Woche reißen die Solidaritätsbesuche nicht ab: SchriftstellerInnen, GewerkschafterInnen, PolitikerInnen; alle paar Stunden ertönen von der Straße rhythmisches Klatschen und Parolen wie "die freie Presse läßt sich nicht zum Schweigen bringen"; Gewerkschaftsgruppen, Stadtteilgruppen der DEP (Demokratie-Partei) und andere demonstrieren ihre Solidarität.

Erst nach Ablauf von 13 Tagen werden schließlich landesweit die meisten der noch Inhaftierten freigelassen. Insgesamt neun Personen, darunter die Chefredakteurin Gurbetelli Ersöz, der Betriebsleiter sowie die Justitiarin der Zeitung werden unter absurden Anschuldigungen in Untersuchungshaft genommen. Die Freigelassenen berichten übereinstimmend über schwere Folterungen. Die Fragen während der Verhöre zielten wiederum darauf, eine Verbindung zwischen der Zeitung und der PKK "nachzuweisen": "Warum arbeitest du bei der Zeitung ?" ; "Hat die PKK dir befohlen, bei der Zeitung zu arbeiten?"; "Wer von euch ist PKK-Mitglied?" Den Gefolterten sollten in erster Linie belastende Aussagen gegen leitende RedakteurInnen abgepreßt werden.

Für viele der MitarbeiterInnen war dies nicht die erste Begegnung mit der Polizei. Die Palette der Einschüchterungsmaßnahmen reicht von Drohanrufen in den Privatwohnungen über blitzartige Festnahmen auf offener Straße bis hin zu Mordanschlägen, denen im Verlauf des Jahres 1993 vor allem Verkäufer von Gündem zum Opfer gefallen sind. Zuletzt ein 14jähriger Straßenverkäufer in Hatay, der Anfang Dezember mit durchgeschnittener Kehle aufgefunden wurde.

Zur Aktion vom 10. Dezember wurde die türkische Polizei offenbar durch das Vorgehen Innenminister Kanthers gegen kurdische Vereine in der BRD inspiriert. Jedenfalls setzt der erwähnte Generalstaatsanwalt uns JournalistInnen gegenüber sein feierlichstes Gesicht auf, um "auf diesem Wege den Regierenden in Deutschland im Namen der türkischen Nation meinen innersten Dank für ihre couragierten Maßnahmen auszusprechen. (...) Gemeinsam werden wir den Sumpf trocken legen."

Bislang konnte das von der Armeeführung vorgegebene Ziel einer raschen Schließung der Zeitung durch effektive Solidarität verhindert werden. MitarbeiterInnen und UnterstützerInnen sind sich einig, daß die Zeitung unter allen Umständen weitergeführt werden soll. In der zugespitzten politischen Situation der Türkei ist Özgür Gündem unersetzlich für Linke, Menschenrechtsvereine und alle, die sich gegen den türkischen Chauvinismus und für eine politische Lösung der kurdischen Frage engagieren, da Gündem als einzige Tageszeitung den Mut hat, Nachrichten und Diskussionen zu diesen Themen unzensiert zu veröffentlichen.

**Nora Mielke**

**In der BRD haben sich mehrere Initiativen zur Unterstützung von Özgür Gündem gebildet. Kontakt über: Özgür-Gündem-Europavertretung, Behcet Avsar, Sachsenring 29-31, 50677 Köln, Tel. 0221/ 31 10 27/8**

**Anmerkung:**

1) Özgür Gündem wird täglich vom Staatssicherheitsgericht verboten. Da die Verbotsverfügung erst nachmittags an die zuständigen Stellen geht, ist zum Zeitpunkt der Beschlagnahmung die Tagesauflage zum großen Teil schon verkauft. Auf der Grundlage der Verbotsverfügung sind bislang über 250 Strafverfahren eingeleitet worden, die mit der Verhängung drastischer Gefängnisstrafen sowie Verfügungen zur Schließung der Zeitung für einen Zeitraum von 3-8 Wochen endeten. Bislang ist es nicht zur Schließung gekommen, da gegen jede Verbotsverordnung Berufung eingelegt wurde, über die noch nicht entschieden ist.

# Islamisten, Demokraten und Militär



Die soziale Lage hat sich unter dem neuen Regime noch verschärft.

**Zwischen der algerischen Regierung und den islamistischen bewaffneten Gruppierungen tobt seit 1992 ein Krieg, der nach offiziellen Angaben bereits etwa 3000 Tote auf beiden Seiten gefordert hat. Der Regierung ist es bisher nicht gelungen, die bewaffneten islamistischen Bewegungen zu zerschlagen. Seit März 1993 stehen insbesonders Intellektuelle auf deren Todeslisten. Pikanterweise handelt es sich bei den Opfern oft um Menschen, deren politische Positionen auch dem alten FLN-Regime ein Dorn im Auge sind. (Da die Nationalkonferenz am 25./26. Januar genau auf unseren Layout-Termin fiel, konnten deren Ergebnisse nicht mehr ausgewertet werden.)**

Die bewaffneten islamistischen Gruppen, von denen man annimmt, daß sie nicht mehr zentral gesteuert werden, haben ihre Strategien mehrmals, den Entwicklungen entsprechend, angepaßt. Ihre Angriffe galten in der ersten Phase vor allem Armee- und Polizeiangehörigen sowie hohen Staatsbeamten. Parallel dazu wurden verschiedene Sabotageakte auf die industrielle Infrastruktur des Landes verübt. Mit dem Bombenanschlag auf den Flughafen von Algier am 26. August 1992 (neun Tote und über 120 Verletzte) zeichnet sich eine Wende in der Strategie der Islamisten ab. Zum erstenmal sind Tote auch in der Zivilbevölkerung zu beklagen. Die Mordwelle, die seit März 1993 die Intellektuellen Algeriens trifft, scheint nun einer neuen systematisch verfolgten Terrorstrategie der Islamisten zu folgen.

Die Täter setzen auf die "Mediatisierung" ihrer Aktionen: Man muß "Namen töten", heißt es. Für die Islamisten ist der Tod eines Schriftstellers wie Tahar Djaout soviel wert wie der Tod von 1000 Polizisten. Je bekannter das Opfer, desto größer ist das Echo in den nationalen und internationalen Medien. Mit solchen Anschlägen wachsen sie in den Augen der Öffentlichkeit zu einer Kraft an, die ihre Gegner überall treffen und beseitigen kann. Auch Form und Inhalte ihrer Drohbriefe werden in diesem Sinne verfaßt. Diese neue Phase ist für die Islamisten umso effektiver, als solche Morde mit einem vergleichsweise geringen Risiko verbunden sind. Im Gegensatz zu Soldaten, Polizisten oder Politikern verfügen Intellektuelle über keinen Schutz. Es ist daher zu erwarten, daß die Bedrohung der Intellektuellen weiter anhält.

Die Islamisten sind aber nicht die einzige Bedrohung für die "Gedankenfreiheit" in Algerien. Seit der Unterbrechung der Legislativwahlen im Dezember 1991 regiert ein fünfköpfiger "Hoher Staatsrat" (HCE) das Land. Der Vorsitz des am 14. Januar 1992 gegründeten HCE wurde einer Persönlichkeit anvertraut, deren demokratische Gesinnung außer Zweifel stand: Mohamed Boudiaf. Boudiaf war Mitbegründer der Nationalen Befreiungspartei (FLN), politischer Verantwortlicher des Aufstandes von 1954 und Vize-Präsident der provisorischen Regierung Algeriens (GPRA). Er verließ 1964 aus Protest gegen den nach der Unabhängigkeit Algeriens eingeschlagenen autoritären Weg das Land, zunächst nach Europa, dann nach Marokko, wo er bis zu seiner Rückkehr lebte. Er wurde am 29. Juni 1992 ermordet.

## Die Regierung Abdeslam: Annäherung an islamistische Thesen

Vor allem seit dem Tod seines Vorsitzenden Mohamed Boudiaf versucht das stark umstrittene Führungsgremium ein Stück Legitimität zurückzuerobern, indem es Themen aufgreift und Maßnahmen beschließt,

die der bei den letzten Wahlen klar geäußerten Empfänglichkeit der Algerier für den Islamismus Rechnung tragen: So wird die Gewinnung und Einbindung einiger FIS-Dissidenten wie Sassi Lamouri (Religiöse Angelegenheiten) oder Said Guechi (Arbeit und Berufsausbildung) in die Regierungsgeschäfte als Versuch gedeutet, die islamistische Protestbewegung in die Regierungsbahn zu lenken und die Regierung islamisch zu legitimieren. Andere Beispiele sind etwa die Ankündigung, daß Schüler, die bisher ab der vierten Klasse Französisch-Unterricht bekamen, es nun zu Gunsten des Englischen abwählen können. Ähnlich zu verstehen sind andere Maßnahmen, wie etwa die Einführung von "Volksküchen" - nach islamistischem Muster -, die Einstellung von fünfzig Imamen und Theologen, die aus Ägypten eingeflogen wurden, die Fernsehübertragung des Aufrufes zum Gebet (adhan), das Verbot eines anti-islamistischen Pamphlets (Le FIS de la Haine von R. Boudjedra) oder der quasi-offiziell ausgeübte Druck auf Geschäfte und Hotels, auf den traditionellen Weihnachtskuchen und die Sylvesterpartys zu verzichten. Diese Positionen häuften sich insbesonders während der Amtszeit des letzten Regierungschefs B. Abdeslam (Juli 92 - Aug.93), die von einer dirigistischen "Kriegswirtschaft", einem autoritären Diskurs und einer starken Wiederkehr des Arabo-Islamismus geprägt ist. Eingebettet ist diese Politik in eine von Mitgliedern der Regierung gestartete umfassende Kampagne gegen die Demokraten, die von den Islamisten als "Laizistische Kommunisten" bezeichnet und von Abdeslam selbst als verwerfliche "laizistische Assimilationisten" - also quasi als Landesverräter - angeprangert werden, die der Hizb França ("Partei Frankreichs") angehören. So fragt sich ferner der vorherige Innenminister M. Hardi in einem Interview mit der unabhängigen Tageszeitung al- Watan (21.-22.3.1993), "wie gewisse Parteien den Bürgern die Idee der Trennung zwischen Religion und Staat beibringen wollen" und schließt daraus, daß - wie bei dem bewaffneten Terrorismus - "ein intellektueller Terrorismus einer laizistischen Minderheit gegen die Mehrheit der Bevölkerung mit dem Ziel ausgeübt [wird], die Regierung zu zwingen, einen nicht mehrheitsfähigen Standpunkt zu vertreten".

## Demokraten zwischen Hammer und Amboß

Mit dieser Strategie versucht die alte Garde der FLN ihre Gegner - Islamisten und Demokraten - als Extremisten darzustellen, um für sich selbst die Rolle des überparteilichen Schlichters zu beanspruchen und zugleich als die einzige "vernünftige" Alternative auftreten zu können. Sie macht sich dabei islamistische Thesen zu eigen, die in den meisten gebildeten frankophonen Algeriern ein trojanisches Pferd der Franzosen sehen. Dieser betont populistisch- nationalistische Diskurs könnte, glaubt die Regierung, den ersehnten Stimmungsumbruch bei der Bevölkerung einleiten.

Mit dieser Strategie, deren Erfolg bezweifelt werden darf, gibt die Regierung Algerier zum Abschuß frei, die sich ein republikanisches und säkulares Algerien wünschen, die Abschaffung des von dem islamischen Gesetz inspirierten "Code de la Famille" (Familiengesetz) fordern und die Verteidigung oder zumindest Anerkennung der berberischen Kultur als Teil eines politisch und kulturell pluralistischen Algeriens anstreben. Werte der Öffnung und der Modernität, die von den Islamisten als "westlich" verworfen werden.

Keine Frage: Intellektuelle stehen in der Schußlinie der Islamisten. Der größte Teil der Ermordeten waren frankophone Ärzte, Wissenschaftler, Journalisten, Schriftsteller oder Gewerkschafter, die eben die Zukunft Algeriens in einem offenen und demokratischen Staatsmodell sahen. Die Opfer waren zwar ipso facto gegen den islamischen Staat, aber zugleich Gegner des alten FLN-Regimes, in dem sie die Wurzel des Übels erkannten: "Le FLN est le père du FIS" lautet ein in diesen Kreisen beliebter Spruch. Da aber Bekennerschreiben sehr selten sind und konkrete Hinweise oder Beweise über eine direkte Verstrickung der Islamisten oft fehlen, weiß niemand, woher die Schläge kommen. Die Verwirrung ist in der letzten Zeit umso größer, als die Opfer aus allen Schichten der Bevölkerung kommen.

Auffallend ist aber, daß Mitglieder der FLN-Nomenklatura nicht auf den Todeslisten zu finden sind und auch nicht bedroht werden. Inzwischen sind weite Kreise der Bevölkerung überzeugt, daß die Islamisten nicht allein für alle Attentate verantwortlich gemacht werden können. Die Mafia der alten Seilschaften, die an ihren Priviligien festhält und am florierenden Trabendo (Schwarzmarkt) saftig kassiert, wird verdächtigt, im Hintergrund die Fäden zu ziehen. Sie hätte viele Gründe, eine Glasnost-Politik zu befürchten, die ja unvermeidlich in die Offenlegung ihrer Machenschaften münden würde. Daß der Mord am ehemaligen Präsidenten Boudiaf am 29. Juni 1992 immer noch nicht geklärt ist, wird oft als Beweis dafür angeführt, daß die Drahtzieher des Attentats in sehr hohen Kreisen der Macht verkehren.

Entführungen und Ermordung betreffen seit Dezember 1993 verstärkt auch Ausländer. Die Islamisten mißbrauchen sie, um den Staat international zu isolieren. Eine Strategie, die sich sehr schnell als besonders wirksam erwiesen hat, denn knapp zwei Wochen nach dem Ablauf des Ultimatums mit der Aufforderung an alle in Algerien lebenden Ausländer, bis zum 1. Dezember 1993 das Land zu verlassen, sind bereits tausende ausländische Bürger verschiedener Nationalitäten der Bedrohung fluchtartig gewichen. Insgesamt sind in den vergangenen Wochen über zwanzig Ausländer vermutlich von islamistischen Gruppen ermordet worden.

## Die Unruhen erreichen die Kabylei

Auch bisher relativ sichere Gebiete wie das Imazighenland (Berber) der Kabylen gilt nun nicht mehr als "la Suisse de l'Algérie". Seit einigen Monaten versuchen die von den Sicherheitskräften verfolgten bewaffneten islamistischen Gruppen dort Fuß zu fassen. Das Gebirge der Region könnte ihnen nicht nur als ein strategisch wichtiges Rückzugsgebiet, sondern auch als Waffenreservoir dienen. Die Ermordung eines Universitätsprofessors in Tizi-Ouzou, der Hauptstadt der Kabylei, am 30. September 1993 und vor allem Angriffe auf kabylische Dörfer, um Jagdwaffen und Proviant zu erbeuten, sind Warnsignale, die nicht unterschätzt werden sollten.

Daß die Ereignisse vor allem dort dramatische Folgen haben können, ist augenscheinlich unwichtigen Zeitungsmeldungen zu entnehmen. Laut Bericht der seriösen und meist gut informierten Zeitung Le Monde (2.11.1993) hätte die Gendarmerie den dort nach diesen Ereignissen gegründeten "Selbstverteidungskomitees" Waffen angeboten: "10 bis 12 Kalachnikovs pro Dorf"! Bisher sind die Dorfbewohner darauf nicht eingegangen. Aber wie lange noch?

Schon die Tatsache, daß die ohnehin stark auf ihre Partikularismen beharrenden Kabylen die Nowendigkeit empfinden, "Bügerwehren" zu bilden, um sich selbst und ihre Dörfer zu schützen, und aus diesem Grund ihre Jagdwaffen nicht an die Gendarmerie abgeben wollen, ist ein weiterer Schritt, der ein mehr oder weniger latent vorhandenes Selbstbestimmungsdenken der Kabylen bestärken kann. Schon sprechen einige Medien von "Prämissen eines Bürgerkrieges" oder von einer "Autonomie der Kabylen". Die Gefahr einer Entfachung der Kämpfe ist umso größer, als die Kabylei die einzige Region Algeriens ist, wo die FIS und die Islamisten bisher keine Erfolge verbuchen konnten. Im Gegenteil, das gesamte Gebiet stimmte für die laizistisch-berberisch orientierten Parteien, die mit ihren Gesellschaftsprojekten eindeutig in Opposition zu den Islamisten stehen.

## Die Nachfolge des Hohen Staatsrates

Das Mandat des seit Januar 1992 regierenden Hohen Staatsrates (HCE) wurde um einen Monat "bis spätestens Ende Januar 1994" verlängert. Der HCE wird vor allem seit der Ermordung seines Vorsitzenden Boudiaf von allen Seiten angefochten: Fehlende Entwicklungsstrategie, Phantasielosigkeit in der Krisenverwaltung, Repressionspolitik und vor allem die nach wie vor an den Machthebeln präsente, nur etwas retuschier-

te FLN-Garde brachten ihm die Ablehnung der Islamisten, aber auch der Demokraten, ein. Klare Konzepte sind mit der neuen Regierung des R. Malek - dem sechsten Premierminister seit 1988! - auch nicht in Sicht.

Seit Oktober 1993 versucht eine vom HCE neu berufene achtköpfige Commission du Dialogue National (CDN) einen Kompromiß zwischen den beteiligten Parteien zu erreichen, um eine Einigung über das künftige "Gesellschaftsprojekt", die Form, die Länge sowie die Modalitäten der nächsten Übergangsphase zu erzielen. Dazu wird am 25. und 26. Januar 1994 eine große "Conférence de transition" anberaumt, die Vertreter der konsultierten Parteien und verschiedener Gesellschaftsgruppen um einen "runden Tisch" zusammenbringen soll.

Sollte diese Konferenz ihre Ziele erreichen, könnte die Staatsführung einem anderen Kollektivgremium anvertraut werden, das während einer Übergangsphase, die zwischen 6 Monaten und drei Jahren dauern könnte, das Oberkommando der Streitkräfte übernimmt und eine Regierung ernennt. Als Ersatz für das Parlament könnte ein "Nationalrat" aus Vertretern zugelassener Parteien gebildet werden, der Präsidium und Regierung bis zu den nächsten Legislativ- und /oder Präsidentschaftswahlen "beraten" soll.




"Retten wir unser Algerien vor der Barbarei". Demonstration 1993 gegen die Attentate der Islamisten.

## Die nicht-islamistische Opposition

Beobachter geben dieser Alternative, trotz des weit gesteckten Rahmens, keine großen Erfolgschancen, da das Mißtrauen und der Mißmut gegenüber der Regierung damit kaum zerstreut werden können. Wichtiges Hindernis ist die hoffnungslos zersplitterte nicht-islamistische Opposition. Die sogenannten Réconciliateurs, die unmißverständlich die Unterbrechung des Wahlprozesses verurteilt hatten, möchten die verbotene FIS rehabilitieren und sie in den Dialog einbeziehen. Dazu gehören vor allem die Front der Sozialistischen Kräfte (FFS) des Befreiungskampfhelden Hocine Ait-Ahmed, aber auch die weniger bedeutende Bewegung für Demokratie in Algerien (MDA) des ehemaligen Präsidenten Ben Bella. Eine radikale Verfolgung und Ausschaltung der islamistischen Gruppen fordern hingegen die sogenannten Eradicteurs, die jeden Dialog mit der FIS und den Islamisten ablehnen und sich als Verfechter moderner und republikanischer Werte sehen. Sie sind überzeugt, daß ein islamischer Staat den Bürgerkrieg mit sich ziehen wird. Bekanntester Vertreter dieser Tendenz ist der neue politische Hoffnungsträger der algerischen Demokraten, Dr. Said Saadi, Vorsitzender des laizistisch-berberisch orientierten Rassemblement pour la Culture et la Démocratie (RCD) und Initiator der gerade in Algier abgehaltenen Etats Généraux des Patriotes Républicains, die am 25.11. 1993 mit der Geburt der "Mouvement des Patriotes Républicains" (MPR) und seiner Wahl an die Spitze der neuen Bewegung gekrönt wurden. Die neue Bewegung soll wie das vom ermordeten Präsidenten Boudiaf gestiftete Rassemblement Patriotique National (RPN) die angeschlagenen Demokraten wieder in die Reihe bringen, mit dem Ziel, eine Machtergreifung der Islamisten zu verhindern.

## Risse in der islamistischen Bewegung

Die Islamisten lehnen ihrerseits Konzepte wie "Demokratie" grundsätzlich als Kofr ("Frevel") ab und bilden mittlerweile nebulöse Splittergruppierungen, die offenbar in eigener Regie handeln. Die militantesten von ihnen wie die Bewaffnete Islamistische Bewegung (MIA) und vor allem die GIA haben sich inzwischen von dem von der FIS gegründeten Conseil supérieur des forces armées islamiques ("Hohen Rat der islamischen Streitkräfte") emanzipiert. Sie wollen nicht verhandeln, sondern mit Waffengewalt den islamischen Staat aufbauen. In einer mit dem 16. November 1993 datierten Erklärung an die französische Presseagentur AFP in Algier bekräftigt die GIA, daß die "Mudjahidin" die Entscheidung in ihren Händen hätten. Sie seien bewaffnet und "lehnen jeden Dialog und jede Versöhnung mit der regierenden Macht ab". Die GIA beteuert ferner, daß sie nicht der "militärische Flügel der FIS" sei, sondern eine "unabhängige Gruppe". Ihre "militärischen" Führer erheben daher den Anspruch, nun die "legitimen Volksvertreter" zu sein, und erkennen die Macht der "historischen" Leitfiguren der FIS nicht mehr an, die zum größten Teil seit 1992 in Algerien verhaftet sind oder im Exil leben.

Auch zwischen den bewaffneten Gruppen kommt es mittlerweile zu Zerwürfnissen. Gruppen oder Personen, die unter bestimmten Umständen zum Dialog mit der Regierung bereit wären, werden als "Verräter" behandelt und ermordet. Beobachter vermuten bereits einen sich anbahnenden "Krieg der Häuptlinge". Allein am 22.11.1993 wären, nach Berichten der Medien, in den ersten größeren innerislamistischen Kämpfen dieser Art 27 Tote zu beklagen. Die FIS muß befürchten, daß die radikalen bewaffneten Gruppen ihr unter den eigenen Anhängern das Wasser abgraben wird. Eine Radikalisierung ihrer Positionen ist daher deutlich zu verspüren: In einem Interview distanzierte sich am 17.12. 1993 der nach Deutschland geflüchtete Sprecher der verbotenen FIS, Rabah Kebir zwar von den Attentaten gegen die Ausländer, äußerte jedoch gleichzeitig sein Verständnis dafür, daß die Präsenz "ausländischer Verbündeter" des Regimes in Algerien als "unerwünscht" empfunden werden könnte und rief in einer am 22.12.1993 abgegebenen Pressemitteilung zur Bewahrung der Einheit in den islamistischen Reihen und zur Fortsetzung der militärischen Aktionen gegen die Regierung auf.

## Der unmögliche Dialog

Die Islamisten, die in Algerien einen Gottesstaat errichten und die Scharia einführen wollen, bleiben auf jeden Fall eine entscheidende Größe, die bisher - zumindest offiziell - nicht in die Verhandlungen

einbezogen werden. Sie weiter zu ignorieren oder zu unterschätzen käme einer Milchmädchenrechnung gleich, denn mit militärischen Mitteln allein wird die Krise in Algerien nach wie vor kaum zu lösen sein. Damit es zu einer Lösung kommt - etwa in Gestalt eines historischen Kompromisses zwischen Muslimen und Demokraten -, müssen aber auch die Islamisten von ihrem Dogma abrücken und anstelle eines "Algeriens der Frommen" ein "Algerien der Bürger" akzeptieren. Können aber die Islamisten einen einheitlichen Standpunkt vertreten und einen Dialog unter diesen Bedingungen überhaupt annehmen? Die jüngsten Entwicklungen sprechen eher dagegen. Während die "gemäßigten" aber weniger repräsentativen islamistischen Parteien wie die HAMAS und die ENNAHDA von Anfang an an den Gesprächen teilnehmen, blieb bisher die FIS ausgeschlossen. Inzwischen hat die neue Armeeführung offenbar erkannt, daß sie auf Dauer die Unterstützung "gemäßigter" FIS- Mitglieder braucht, um den Terrorismus einzudämmen. Sie kündigte am 9. Dezember 1993 an, daß sie bereit wäre, "ehemalige, in terroristische Aktivitäten nicht verstrickte Mitglieder der verbotenen FIS als Individuen zu der Konferenz des nationalen Dialogs einzuladen". Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten. Offenbar gestärkt von diesem Gesprächsangebot versucht die FIS, die anderen islamistischen Parteien zu überbieten, indem sie eigene Bedingungen zur Teilnahme an dieser Konferenz stellt: Befreiung aller Gefangenen, Annulierung der Bestimmungen, die nach 1988 verabschiedet worden sind, Bildung eines unabhängigen Komitees, bestehend aus Vertretern der "vom Volk gewählten Parteien" (FIS, FLN und FFS); Aburteilung der Machthaber samt ihres Repressionsapparates und schließlich Beginn der Verhandlungen in einem neutralen Land.

Sehr harte Forderungen, deren Erfüllung einer bedingungslosen Kapitulation der jetzigen Regierung gleichkäme. Die Fronten scheinen also verhärtet zu sein, und auf beiden Seiten wird offenbar auf Konfrontationskurs gesteuert. Auf der einen Seite will die RCD - mit ihr viele Demokraten - nicht an der Konferenz teilnehmen, wenn die FIS daran beteiligt wird, während die Reconciliateurs wie die FFS und die FLN nur daran teilnehmen wollen, wenn die FIS vertreten ist, die politischen Gefangenen befreit werden und der Ausnahmezustand aufgehoben wird. Inzwischen fordern die zwei noch legalen Islamisten-Parteien HAMAS und ENNAHDA sogar die Beteiligung bewaffneter Gruppen am Dialog. Vor diesem Hintergrund bekommt der ersehnte Konsens immer mehr die Konturen eines Trugbildes.

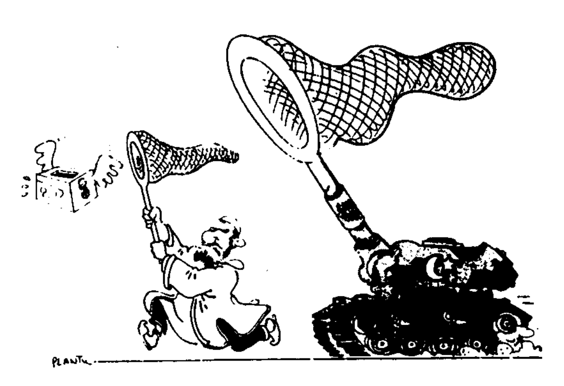
## Armee und Demokraten: Die unbehagliche Allianz

Das scheinbar vorprogrammierte Scheitern der geplanten "Versöhnungskonferenz" vor dem Hintergrund der seit 1992 herrschenden chaotischen Verhältnisse in Algerien bekräftigt die Überzeugung vieler Beobachter, daß die etablierten Parteien und die zivile Gesellschaft offensichtlich unfähig sind, die politische Krise zu lösen. Damit wird nach Ende des Mandats des HCE ein "Verfassungsvakuum" geschaffen, das den Weg für eine viel erwähnte Alternative ebnen würde: Verlängerung des Ausnahmezustands und direkte Übernahme der Macht in sämtlichen Bereichen des Lebens durch die zur Zeit einzige starke und strukturierte Kraft in Algerien: die Armee. Der seit Juli 1993 neu amtierende Verteidigungsminister hat am 25.10.1993 in einem Interview an die algerische Tageszeitung Le Matin erneut bekräftigt, daß die algerischen Streitkräfte nur dann eine politische Kompromißlösung tragen würden, wenn sie sich im Rahmen eines "modernen, pluralistischen und republikanisch organisierten Staatsmodells" bewegt. Äußerungen, die von breiten Teilen der westlichen Medien als unglaubwürdig betrachtet werden, da sie in der algerischen Armee meistens nur eine Junta blutrünstiger Generäle sehen. Das Bild ist zu einfach. Sicherlich, es gibt noch viele Armeeangehörige, die in Korruptions- und/oder Machtmißbrauchsaffären verwickelt sind und die kein Interesse an einer Demokratisierung des Landes hätten. Doch seit Ende der 80er Jahre vollzieht die Armee eine ideologische Umorientierung, die vor allem seit der Verabschiedung der Verfassung am 23.2.1989 ihren Ausdruck in dem Austritt aus dem ZK der FLN-Partei und in dem Rückzug in die Kasernen findet. Seitdem konnten viele höhere Offiziere in den Vordergrund rücken, die, so al-Watan (4.07.1993), "nicht nur dazu beigetragen haben, der Armee einen professionellen Charakter zu verleihen, sondern auch die Sanierungs- und Verjüngungskur innerhalb der Streitkräfte initiiert hatten". In diesem Zusammenhang wurden z.B. der ehemalige starke Mann der algerischen Armee, General-Major Benloucif und andere Offiziere hohen Ranges wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder vor Gericht gestellt und am 10.2.1993 zu 15 Jahre Haftstrafe verurteilt.

Zu diesen "Armee-Legalisten" gehören der General-Major Mohamed Touati und der General Ahmed Senhadji, beide Mitglieder der CDN. Sie wurden im Juli 1993 als erste Generäle zu diesem Grad erhoben, die erst nach der Unabhängigkeit des Landes rekrutiert wurden, und also nicht der alten Garde der Nationalen Befreiungsarmee (ALN) angehören. Der neue Verteidigungsminister (52 Jahre), der aus Protest gegen die Mißwirtschaft des damaligen Präsidenten Chadli Bendjedid die Armee 1989 verlassen hatte, gilt in den algerischen Medien als "Dissident" der Chadli-Ära und soll, wie der aktuelle Generalstabschef General Mohamed Lamari (53 Jahre), maßgeblich an der Absetzung des letzten FLN-Präsidenten beteiligt gewesen sein (al-Watan 4.07.1993).

Die neuen Mitglieder der algerischen Armeeführung, die sich betont als Gegner des radikalen Islam und Verfechter demokratisch-republikanischer Werte geben, betrachten die Intervention der Armee als äußerstes, aber notwendiges Mittel, um den in der Verfassung verankerten republikanischen Charakter des Landes zu schützen. Mit der erteilten Absage der FIS-Führung an die "Versöhnungskonferenz" vergrößert sich also die Wahrscheinlicheit einer völligen Machtübernahme durch die Armee. Dabei würden die Militärs sogar Rückendeckung weiter Teile der allerdings gespaltenen demokratischen Opposition erhalten.

Doch diese potentielle Allianz zwischen Armee und Demokraten, die sicherlich aus Überzeugung von Teilen der Armee getragen wird, bedeutet nicht, daß die algerischen Streitkräfte geschlossen hinter dem demokratisch-republikanischen Zukunftsprojekt stehen. Die in der algerischen Presse oftmals dokumentierten Fälle von Meuterei und Fahnenflucht zeugen von einer vor allem unter den Mannschaften durchaus verbreiteten Sympathie für islamistische Thesen. Trotz Reformen und Sanierungen wird die Armee den Verdacht nicht los, daß das Engagement von Teilen des Militärs



weniger dem Erhalt der Demokratie als vielmehr der Rettung der eigenen Privilegien dienen und eine Rückkehr zum autoritären, repressiven Staat einleiten könnte. In jedem Fall sind Flügelkämpfe zwischen fortschrittlich-demokratischen und konservativ-korrupten Kräften zu erwarten.

Algerien hat noch einen langen Weg vor sich bis zum Frieden. Das Land steckt in einer zu tiefen und vielschichtigen Krise, als daß der Ablauf der Amtszeit des regierenden Hohen Staatsrates daran viel ändern würde.

**Mohamed Tilmatine**

**Anmerkungen**

1. Wochenzeitung Rupture Nr. 18 (11-17.5.) und Nr. 8 (2.-8.3.1993)
2. Hebdo Libere Nr. 139, 24.-30.11.1993, S. 9
3. Darunter 3 Generäle: Mohamed Touati, Tayeb Derradji und Ahmed Senhadji.
4. Le Monde vom 23.11.93.
5. Rabah Kebir in einer Pressekonferenz am 17.12.93 in Bonn

# Alles verändern um nichts zu verändern?

## Wirtschaftliche und soziale Aspekte des Friedensprozesses

**Mit folgendem Beitrag setzen die "blätter" die Artikelserie zum Abkommen zwischen Israel und der PLO fort. Im Unterschied zu den AutorInnen der vorangegangenen Artikel (Heft 193 und 194) erblickt der israelische Autor Efraim Davidi, der für die Tageszeitung "Davar" über Wirtschaftsthemen berichtet, im Osloer Abkommen durchaus einen historischen Durchbruch. Pessimistisch ist der Autor hingegen in puncto wirtschaftliche Perspektiven für Palästina: das koloniale Gefälle zwischen der israelischen und der palästinensischen Ökonomie, Produkt einer 27jährigen Abhängigkeit, wird durch das Abkommen nicht aufgehoben.**

Am 13.September 1993 haben Yitzhak Rabin, der israelische Premierminister und Yassir Arafat, der Präsident der PLO einen Vertrag unterschrieben, den wir aus folgendem Grund als 'historisch' ansehen können: zum ersten Mal seit der Schaffung des Staates Israel im Jahre 1948 und seit der Entscheidung der Vereinten Nationen, Palästina in einen 'jüdischen' Staat und einen 'arabischen' Staat zu teilen (1947), erkennt die israelische Regierung die palästinensische Befreiungsbewegung an und beide Seiten verpflichten sich, auf der Basis der Anerkennung der nationalen Rechte der Palästinenser eine friedliche Lösung des Konflikt zu suchen.

Jenseits aller Schwierigkeiten, die bei den Verhandlungen der Kontrahenten aufgetaucht sind oder noch auftauchen werden, markiert dieser Vertrag einen qualitativen Wandel in den konfliktiven Beziehungen der beiden Völker.

Sowohl in Israel als auch in Palästina ist viel geschrieben worden über die Opfer dieses blutigen und langandauernden Konflikts. Die ökonomischen und sozialen Auswirkungen des Konflikts auf die israelische und palästinensische Gesellschaft sind jedoch viel seltener untersucht worden.[1] Vielleicht hat die Grausamkeit der Fakten das Bedürfnis in den Hintergrund treten lassen, die Situation im Nahen Osten aus einem mehr auf die Gesellschaft bezogenen Blickwinkel zu betrachten, statt immer nur eine lange Reihe von Kriegen, blutigen bewaffneten Zusammenstößen und diplomatischen Manövern aufzuzählen.

Ohne Zweifel hat dieser generationenalte Konflikt tiefe Spuren im gesellschaftlichen und politischen Leben hinterlassen. Um zu zeigen, welcher Art diese gesellschaftlichen Folgen sind , möchte ich eine Passage aus einem Brief zitieren, den Marx im April 1870 geschrieben hat[2]:

"Alle industriellen und kommerziellen Zentren Englands besitzen jetzt eine Arbeiterklasse, die in zwei feindliche Lager gespalten ist, englische proletarians und irische proletarians. Der gewöhnliche englische Arbeiter haßt den irischen Arbeiter als einen Konkurrenten, welcher den standard of life herabdrückt. Er fühlt sich ihm gegenüber als Glied der herrschenden Nation und macht sich eben deswegen zum Werkzeug seiner Aristokraten und Kapitalisten gegen Irland, befestigt damit deren Herrschaft über sich selbst. Er hegt religiöse, soziale und nationale Vorurteile gegen ihn. (...) Der Irländer pays him back with interest in his own money (zahlt ihm in gleicher Münze zurück, Anm.in MEW). Er sieht zugleich in dem englischen Arbeiter den Mitschuldigen und das stupide Werkzeug der englischen Herrschaft in Irland. Dieser Antagonismus wird künstlich wachgehalten und gesteigert durch die Presse, die Kanzel, die Witzblätter, kurz, alle den herrschenden Klassen zu Gebot stehenden Mittel. Dieser Antagonismus (...) ist das Geheimnis der Machterhaltung der Kapitalistenklasse."

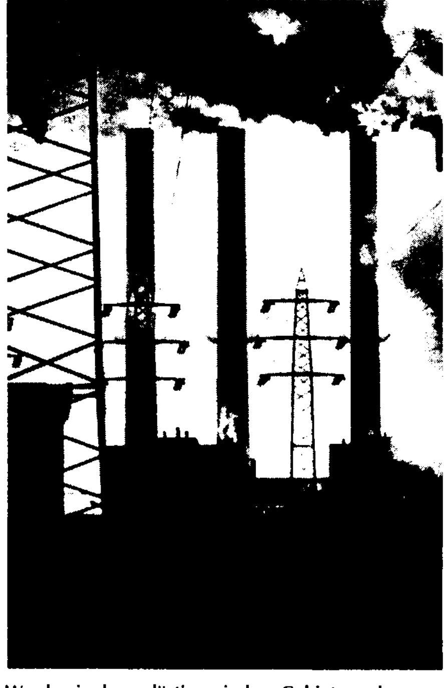
Und Marx zieht in einem späteren Abschnitt folgende Konsequenz: „Die spezielle Aufgabe (...) ist, das Bewußtsein in der englischen Arbeiterklasse wachzurufen, daß die nationale Emanzipation Irlands für sie keine question of abstract justice or humanitarian sentiment ist, sondern the first condition of their own social emancipation."

Es genügt, die Worte England und Irland durch Israel und Palästina zu ersetzen und schon haben wir eine lebhafte Beschreibung dessen, was sich seit beinahe einer Generation in dieser Zone des Nahen Ostens abspielt.

Zumindest auf der israelischen Seite wird es schwierig werden, die militaristischen, chauvinistischen, rassistischen und frauenfeindlichen Züge zu beseitigen, die diese langen Jahre des Konflikts der Gesellschaft aufgedrückt haben. Ohne Zweifel jedoch wäre ohne den Vertrag, der im September in Washington unterzeichnet wurde, eine solche Veränderung zum Besseren gar nicht denkbar.

### Drei Gründe für die veränderte Lage

Ich möchte die neue Situation beschreiben, die sich nach der Unterzeichnung des Vertrags zwischen Israel und der PLO ergeben hat. Die Ausgangsfrage ist: aus welchem Grund ist es den Palästinensern gelungen,



**Werden in den palästinensischen Gebieten schon bald die Schlote rauchen?...**

die harte Haltung der verschiedenen israelischen Regierungen in der Frage der Anerkennung ihrer nationalen Rechte aufzuweichen? Die Antwort besteht aus einem einzigen Wort: 'Intifada'. Dieses arabische Wort beschreibt die Entwicklung des palästinensischen Volksaufstands, der im Dezember 1987 in den von Israel besetzten Gebieten begonnen hat. Die Intifada hat in den vergangenen sechs Jahren verschiedene Formen angenommen: Massenhafte Demonstrationen, Generalstreiks, den Boykott israelischer Produkte, terroristische Aktionen, Versuche, neben den Institutionen der Okkupanten eine 'Parallelmacht' zu schaffen.

Die Intifada hat de facto ein 'Machtvakuum' geschaffen, was die israelische Okkupation betrifft. Ein Machtvakuum, das schnell von nationalistischen Kräften eingenommen wurde, die schon vorher existiert hatten und die durch eine lange Reihe von Institutionen repräsentiert wurden: Universitäten und Schulen, Zeitungen, Gewerkschaften, politische Organisationen im Untergrund oder in der Halblegalität, Frauenverbände, Moscheen und Kirchen. Der Direktor des Forschungszentrums der Birzeit-Universität, Ali Jarabawi, der die Auswirkungen der Intifada auf die palästinensische Gesellschaft untersucht hat, kam zu dem Schluß, daß die Intifada zu einer Stärkung der 'nationalen Eliten' in den besetzten Gebieten geführt hat und zu einer Annäherung dieser Eliten an die Führung der PLO.[3] Ein Prozeß, der sich gleichzeitig entwickelte mit der massenhaften Partiziption von Bewohnern der Flüchtlingslager und der Dörfer innerhalb der besetzten Gebiete, besonders von Jugendlichen, Arbeitern, Arbeitspendlern nach Israel, Unterbeschäftigten und Arbeitslosen.

Das Machtvakuum führte schnell zu einer 'strategischen Machtlosigkeit' der Okkupationsmacht, die nur noch als 'taktische Kolonialmacht' auftreten konnte. Es gelang den Okkupationskräften nicht, eine Strategie zu entwickeln, mit der sie ihre Herrschaft über die Gebiete hätten aufrechterhalten können und die über die bloße Verstärkung der ökonomischen Abhängigkeit und der massiven Repression hinausgegangen wäre. Das hat zu der doppelten Taktik von 'Zuckerbrot und Peitsche' geführt, die sich aber im Laufe der Zeit in eine einzige Politik verwandelt hat: die der Peitsche. In wenigen Worten: Während des letzten Jahres wurden die besetzten Gebiete unbeherrschbar und in ökonomischer Hinsicht bis zu einem gewissen Grade autark.

Dieser Mangel an politischer Flexibilität und die Fortsetzung der 'Intifada' mit den unterschiedlichsten Mitteln führte zu 'Ermüdungserscheinungen' in der israelischen Gesellschaft, die sich in verschiedener Weise manifestierten. Eine davon ist, daß der Strom israelischer Siedler in die besetzten Gebiete nachließ, besonders aus bestimmten Sektoren der jüdischen Kleinbourgeoisie. Die hatten sich jahrelang von der Möglichkeit blenden lassen, in dem Gebiet, das von Israel offiziell als Judäa und Samaria bezeichnet wird, ein Haus und ein Grundstück zum Preis einer Eigentumswohnung in Tel Aviv erwerben zu können.



**...oder werden sie auf ihre Rolle als Absatzmarkt für israelische Industrieprodukte festgeschrieben?**

Die Bourgeoisie sucht schon seit fast drei Jahren nach Alternativen zur bloßen Fortsetzung der Okkupation. Die beiden wichtigsten politischen Formationen der Bourgeoisie (Likud auf der Rechten und Avoda, die Arbeitspartei) sahen sich gezwungen, dem Beginn der Verhandlungen mit der PLO zuzustimmen und, was die Arbeitspartei betrifft, einen Vertrag zu unterzeichnen, der die 'nationalen Rechte des palästinensischen Volkes' anerkennt.

Diese 'Ermüdung' hat dazu geführt, daß in den letzten Jahren Dutzende von Kongressen und Debatten stattgefunden haben "über die Zukunft der ökonomischen Beziehungen zwischen 'den Gebieten' und Israel", wie sie der Unternehmerverband oder die Union der Handelskammern - die wichtigsten Unternehmerorganisationen - verschämt bezeichnen.

Schon im Februar 1993, lange bevor die Geheimverhandlungen zwischen Vertretern der israelischen Regierung und der PLO in Oslo begannen, erklärte der damalige Präsident des Unternehmerverbandes, Dov Lautman[4]:"Uns macht es nichts aus, wenn ein palästinensischer Staat geschaffen wird."[5] Auf diese Weise brachte er eine Meinung zum Ausdruck, die bis heute in Regierungskreisen 'tabu' ist.

Der dritte Beweggrund für Veränderung ist paradoxer Weise die Globalisierung des Kapitalismus. Israel ist ein Land, das von den westlichen kapitalistischen Staaten privilegiert wird. Zwar wurde die Gründung des Staates Israels von vielen Ländern mit Skepsis betrachtet (besonders von Großbritannien, das am Ende des Zweiten Weltkriegs die vorherrschende imperialistische Macht im Nahen Osten war und von den USA, der damals aufstrebenden Macht der Region. Sie sahen in dem neuen Staat eine lokale Mutation der 'roten Gefahr'). Im Lauf der Jahre wurde diese Sichtweise modifiziert und zwar so deutlich, daß Israel am Ende der achtziger Jahre das einzige Land der Peripherie war, das sowohl eine Freihandelszone mit den USA als auch Vorzugsabkommen mit der EG hatte. Die allmähliche Auflösung der Sowjetunion führte dazu, daß das nordamerikanische Imperium seine Politik im Nahen Osten modifizierte und sich einer neuen Politik verschrieb, die darauf abzielt, die palästinensische Nationalbewegung zu vereinnahmen ohne gleichzeitig Garantien zu geben, daß die USA aktiv zur Realisierung der nationalen Forderungen der Palästinenser beitragen: die Schaffung eines unabhängigen Staats in den besetzten Gebieten.

Die Abhängigkeit Israels von den USA führt dazu, daß jede Veränderung der außenpolitischen Strategie in Washington früher oder später und nach größeren oder weniger großen Widerständen sowohl am Sitz der großen Firmen in Tel Aviv als auch in den Ministerien in Jerusalem übernommen wird. Der Fall des 'Reichs des Bösen' (um den Ex-Präsidenten Reagan zu zitieren), hat dazu geführt, daß viele 'Unterteufel', die ihre strategischen Optionen an die früheren sowjetischen Direktiven gekoppelt hatten, diese Positionen jetzt revidieren und (vergeblich?) versuchen, sich an Washington anzunähern. Das trifft zu für das syrische Regime und für die PLO-Führung. Was die Regimes in Irak und Libyen angeht, die ihre Politik nicht mit der Geschwindigkeit verändert haben, die die Regierung in Washington wünschte, so ist ihr Schicksal bekannt.

## Eine vereinigte kapitalistische Ökonomie?

Israel hat ein kapitalistisches Wirtschaftssystem, das zugleich fortgeschritten, abhängig und deformiert ist. Wenn wir die Einteilung der Länder der Dritten Welt von Samir Amin übernehmen, befindet sich Israel zweifellos unter denjenigen Ländern, die er als 'konkurrenzfähig' bezeichnet.[6] Was Palästina (die besetzten Gebiete) betrifft, entspricht ihre Wirtschaft der vierten Stufe dieser Klassifizierung, der untersten. Schlimmer noch, die palästinensische Ökonomie ist nicht 'peripher' gegenüber dem kapitalistischen Weltmarkt, sie ist 'peripher'gegenüber dem israelischen Markt. De facto haben sich die besetzten Gebiete im Laufe der Jahre in eine simple israelische Kolonie verwandelt, die reichlich Arbeitskräfte und billige Landwirtschaftsgüter bereitstellt und die sich in den zweitgrößten Abnehmer für israelische Industrieprodukte nach den USA verwandelt hat und damit weit vor vielen westeuropäischen Ländern liegt.

Es ist wichtig diese Punkte klarzustellen, denn die Dynamik des Friedensprozesses,

der im September 1993 begann, wird bestimmt von den wirtschaftlichen Beziehungen, die zwischen den beiden Vertragspartnern bestehen. Es gibt keinen Zweifel, daß das Ungleichgewicht der beiden Ökonomien in der Zukunft entscheidende Auswirkungen haben wird. Die israelischen Wirtschaftswissenschaftler behaupten, daß das Bruttosozialprodukt Israels dreißigmal so groß ist wie das der besetzten Gebiete (sie sprechen von 60 Milliarden Dollar 1992 gegenüber wenig mehr als 2 Milliarden Dollar - von denen 500 Millionen von den Löhnen palästinensischer Arbeiter in Israel beigesteuert werden). Oder mit anderen Worten: 'das gesamte palästinensische Exportvolumen erreicht kaum den Umfang der Produktion eines einzigen Nahrungsmittelkonzern in Israel: „Elite", der 150 Millionen Dollar umsetzt.'[7]

Wenn wir Israel als eine abhängige, fortgeschrittene und deformierte Ökonomie bezeichnen, dann ist die Wirtschaft der besetzten Gebiete vorkapitalistisch, abhängig, rückständig und deformiert. Die langen Jahre der israelischen Besetzung waren eine Zeit, in der der israelische Kapitalismus mit militärischer Gewalt jede Art kapitalistischer Entwicklung in den besetzten Gebieten verhindert hat.[8] Das ging sogar soweit, daß ein palästinensischer Unternehmer, der irgend eine Art von Firma gründen wollte, gegenüber den Militärbehörden der Besatzungsmacht nachweisen mußte, daß 'seine Produktion nicht mit der israelischen Produktion konkurrieren würde'. Man mußte zu diesem Zweck ein schriftliches Gutachten vorlegen. Hinzu kamen die Beschlagnahmungen von Landbesitz, die Erhebung deftiger Steuern auf agrarische Exporte in Richtung Israel, die Limitierung der Zahl palästinensischer Arbeiter in Israel usw. Dies sind die wichtigsten Gründe dafür, daß die besetzten Gebiete rückständig und auf dem Niveau eines aufgezwungenen Vorkapitalismus geblieben sind, der nur dem israelischen Kapitalismus nutzt.

Während dieser langen Jahre hat es sogar eine Rückentwicklung der palästinensischen Industrie gegeben, die nur im Schutz der Intifada eine bescheidene Blüte erlebt hat - infolge des massenhaften Boykotts von israelischen Produkten. Aber diese bescheidenen Fortschritte der letzten Jahre sind nicht vergleichbar mit der industriellen Entwicklung in Israel im selben Zeitraum.

Versuchen wir, diese Entwicklung mit der in anderen arabischen Ländern zu vergleichen.[9] Nach Daten der Nahost-Abteilung der Weltbank betrug das Bruttoinlandsprodukt der drei arabischen Länder Jordanien, Syrien und Irak im Jahr 1977 27,4 Milliarden Dollar. Das Bruttoinlandsprodukt Israels betrug etwas mehr als 10 Milliarden Dollar. 1992 betrug das Bruttoinlandsprodukt dieser drei Länder 27,7 Milliarden Dollar[10] und das Israels ungefähr 67 Milliarden Dollar.

Es handelt sich nicht nur um ein 'Wirtschaftswunder' oder eine sehr gute Einfügung in die kapitalistischen Märkte. Die koloniale Besetzung der Gebiete ist ein Teil dieses Wirtschaftswunders. "In der neuen Situation, die nach der Unterzeichnung des Vertrags in Washington eingetreten ist, können wir uns nicht den Luxus erlauben, zwei Millionen Konsumenten in der Westbank und Gaza beiseite zu lassen", sagte in einer Debatte im November 1993 Professor Shlomo Ben-Ami, der das Wirtschaftsprojekt 'Salam 2000' (Frieden 2000) leitet."[11] Diese Bemerkung ist nicht zufällig. In der zweiten Hälfte des Jahres '93 faßte eine Meinung in der israelischen Bourgeoisie Fuß, die besagt, "wir müssen alles verändern, um nichts zu verändern". Mit anderen Worten, angesichts der Unmöglichkeit, mittel- oder langfristig einen palästinensischen Staat in den besetzten Gebieten verhindern zu können, ist es nötig, sich an die Situation anzupassen und innerhalb der neuen Spielregeln dafür zu sorgen, daß diejenigen, die bisher immer die Gewinner waren, das auch weiterhin sein werden.

Der hypothetische Fall, daß die besetzten Gebiete sich der kolonialen Produktion und Ausbeutung verweigern, wäre ein schwerer Schlag für eine Reihe israelischer Geschäftsleute. Bereiche wie die Importeure, Hoteliers, Inhaber von Baufirmen und Fabrikanten würden einen wichtigen Markt verlieren und extrem billige Arbeitskräfte. Angesichts der Tatsache, daß der gesetzlich festgelegte monatliche Mindestlohn in Israel heute auf etwa 1.400 Schekel festgelegt ist (etwa 470 Dollar) und der Mindestlohn, der in den Tarifverträgen zwischen Unternehmern und palästinensischen Gewerkschaften festgelegt wurde, 600 Schekel beträgt (etwa 200 Dollar) und daß es im Gaza-Streifen Textilarbeiterinnen gibt, die für nur 300 Schekel (etwa 100 Dollar) arbeiten, begreift man, daß es für diese Bereiche äußerst wichtig ist, daß diese billigen Arbeitskräfte weiterhin nach Israel kommen und daß Israelis in den besetzten Gebieten Betriebe aufmachen können, notfalls in Zusammenarbeit mit Palästinensern.

Wie den genannten Besorgnissen israelischer Geschäftsleute zu begegnen wäre, hat Lautman, der Ex-Präsident des Unternehmerverbandes, selbst gegeben: bei verschiedenen Gelegenheiten sprach er von einem NAFTA-Vertrag zwischen Israelis und Palästinensern - ohne dabei auf Einzelheiten einzugehen, was ein solcher Vertrag für israelische und palästinensische Arbeiter bedeuten würde. Wenn man davon ausgeht, daß auf der einen Seite ein zumindest im lokalen Maßstab mächtiger Staat steht und auf der anderen Seite eine 'palästinensische Selbstregierung' mit einer 'Autonomie', die nichteinmal eine minimale Arbeitsgesetzgebung garantiert, erkennt man leicht, daß ein solcher Vertrag für die palästinensische Seite eine große Gefahr bedeuten könnte.

**Ephraim Davidi**
**Übersetzung aus dem Spanischen: cn**

**Anmerkungen:**

1) Von den wenigen Publikationen die sich dieser Aufgabe gewidmet haben, sind ganz wenige ins Englische übersetzt worden, z.B.: Adel Samara: "Die Industrialisierung westlich des Jordans, 1992, "Al-Mashriq"-Verlag, Westjerusalem.

2) Karl Marx, Brief an Sigfrid Meyer vom 9.April 1870, in: MEW, Band 32, S. 668 f.

3) Vergleiche den Artikel von Ali Jarbawi: "Palästinensische Eliten in den besetzten Gebieten: Stabilität und Wandel durch die Intifada", in: "Intifada - Palestine at the Crossroads".

4) Dov Lautman ist einer der Besitzer des wichtigen Textilkonzerns "Delta", dessen Produktion in die USA und nach Europa exportiert wird. "Delta" setzt kleine palästinensische Betriebe in den besetzten Gebieten als Subunternehmer in der Produktion ein.

5) Nachricht aus "Davar", 17.2.93.

6) Samir Amin schrieb zu diesem Thema: "Der Maßstab für den Erfolg eines Landes der Peripherie, das sich nach dem zweiten Weltkrieg industrialisiert hat, ist - angesichts der Globalisierung des Kapitalismus - die Fähigkeit, auf dem Weltmarkt "konkurrenzfähig" zu sein. Unter diesem Gesichtspunkt können wir die Länder in vier Kategorien einteilen: A) diejenigen, die bereits eine bis zu einem gewissen Grad wettbewerbsfähige Industrie besaßen, oder die das mit geringfügigen Anpassungsmaßnahmen oder ohne Anstrengungen erreichten (die Länder Ostasiens, sowohl die kommunistischen wie die kapitalistischen und die großen lateinamerikanischen Länder in unterschiedlichem Grad); B) die Länder, die sich industrialisierten, aber keine Wettbewerbsfähigkeit erreichten (Südafrika gehört zu dieser Gruppe, außerdem die industrialisierten arabischen Länder wie Ägypten und Algerien); C) die Länder, die in einer vorindustriellen Etappe verharrten, aber denen es gelungen ist, bestimmte "traditionelle' Produkte zu fördern: Landwirtschaft, Exporte von Bodenschätzen oder Erdöl und die aus diesem Grund als wohlhabend erscheinen (Elfenbeinküste, die Erdöl exportierenden Golfstaaten und Gabun); D) schließlich die Länder, die bei dem Versuch gescheitert sind, ihre traditionellen Exporte (der Vorkriegszeit) zu steigern - (die Mehrheit der afrikanischen Staaten gehört zu dieser Gruppe". Diese Klassifizierung ist der Juniausgabe 1993 von "Monthly Review", Seite 3 entnommen.

7) So äußerte sich der palästinensische Industrielle Daniel Issa bei einem Treffen mit israelischen Industriellen im Juni 1992. "Elite" ist eine große Firma, die Schokolade, Kaffee und Süßigkeiten herstellt.

8) Vergl. Efraim (Asher) Davidi "Israel's Economy Strategy for Palestinian Independence". Der Artikel erschien in der September/Oktoberausgabe von "Middle East Report", Washington, Seiten 24 ff.

9) Siehe den Artikel in der Tageszeitung 'Jediot Acharonot' vom 30. November 1993, unter dem provokanten Titel: "Ein wirtschaftlicher Riese gegenüber den Zwergen des Nahen Ostens". Eine der Schlußfolgerungen des Artikels lautet, daß "für Israel von der 'östlichen Koalition', die von Syrien, Jordanien und vom Irak gebildet wird, keinerlei Gefahr ausgeht. Die wirtschaftlichen Schwächen dieser Länder sind so groß, daß sie sich in den letzten Jahren, verglichen mit dem israelischen Riesen, zu Zwergen entwickelt haben. So sieht die Situation heute aus, und es ist nicht zu erwarten, daß sie sich bis zum Jahr 2015 verändert".

10) In dem Artikel wird weiter ausgeführt: "Man muß die Inflation berücksichtigen und die Tatsache, daß in den vergangenen 15 Jahren die Bevölkerung dieser Länder um 50 Prozent gewachsen ist.

11) Professor Shlomo Ben Ami, Ex-Botschafter Israels in Spanien, ein einflußreiches Mitglied der Arbeitspartei und Lehrstuhlinhaber an der Universität von Tel Aviv ist Vorsitzender des ökonomischen Projekts, in dem spanische Investitoren (die Banesto-Bank, die mit der Morgan-Bank liiert ist), israelische (der Koor-Konzern), marokkanische (der O.N.A.-Konzern König Hassans) sowie ein ungenannter palästinensischer Investor (wahrscheinlich die PLO) verbunden sind. Dieses Konsortium wurde mit einem Kapital von 60 Mio Dollar gebildet. Jeder der vier Teilnehmer steuert ein Viertel dieser Summe bei, um unter Zuhilfenahme israelischen know-hows ökonomische Infrastrukturen in den besetzten Gebieten zu schaffen.

# Vorwort

*Der Zusammenbruch des sozialistischen Staatssystems in Osteuropa ist auch für Westasien nicht ohne Auswirkungen geblieben. Zum einen ermöglichte der Wegfall der Bipolarität im internationalen Kräfteverhältnis den USA und der EU einen leichteren Zugriff auf die Region, wie im zweiten Golfkrieg nachdrücklich demonstriert. (Dieser Zugriff erfolgt natürlich selektiv, auf bestimmte Ressourcen wie das Öl oder auf ausgewählte Sektoren der jeweiligen Gesellschaften. Inwieweit auch immer größere Teile der Bevölkerung Westasiens in Zukunft ähnlich wie heute in Afrika im Zuge der kapitalistischen Entwicklung und des die Produktion rationalisierenden technologischen Fortschritts keinen Gebrauchswert mehr für den Profit haben und vom Weltmarkt zwanghaft als "überflüssige" Bevölkerung abgekoppelt werden, bleibt abzuwarten.)*

*Zum anderen sahen sich die klassischen Linksparteien durch die Niederlage des Sozialismus gleichfalls in ihren Grundfesten erschüttert. Die soziale Frage, traditioneller Wirkungsbereich der Marxisten-Leninisten und anderer linker Kräfte, wird zunehmend die Domäne der islamisch-fundamentalistischen Parteien. Sie wurde innerhalb der Linken zu oft in einer antiimperialistischen Grundhaltung, die sozialen Hierarchien innerhalb der eigenen Gesellschaft keine Bedeutung schenkte, zum Verschwinden gebracht. Oder sie diente den Propagandainteressen jener Gruppierungen, die als verlängerter Arm der Sowjetunion deren Interessen in der Region durchzusetzen versuchten. Die moskauhörigen kommunistischen Parteien in den arabischen Ländern oder auch Nasser fuhren zeitweilig diesen Kurs. Ob die Krise der traditionellen Linken zu ihrem Verschwinden (d.h. Verbürgerlichung oder Festhalten an autoritär-etatistischen Konzepten) führt, oder ob sie mit neuen Wegen wieder Böden unter die Füße zu bekommen vermag, ist eine Frage, die sich für die kurdische PKK (noch) nicht stellt. Denn sie ist z.Zt. die einzige der klassisch linken Parteien, die über eine Massenbasis verfügt. Jan Keetman und Udo Wolter untersuchen die soziale Programmatik der PKK.*
*Nach dem Scheitern des Panarabismus als antiimperialistische Kraft und der Krise des Sozialismus nehmen die islamischen Fundamentalisten inzwischen auch im Bereich sozialer Konflikte eine hegemoniale Stellung innerhalb der Opposition ein. Inwieweit der Islamismus als "soziale Bewegung" zu bezeichnen ist, wer seine sozialen Träger sind und welche sozialen Inhalte er vertritt, untersucht Jörn Schulz anhand der islamistischen Bewegung in Ägypten, deren Erfolg oder Mißerfolg, so seine These, eng an die soziale Lage der Bevölkerung gekoppelt ist.*
*Die Geschichte sozialer (Klassen-)Kämpfe im Iran, das will ein weiterer Beitrag zeigen, verlief dagegen weitgehend unabhängig von linken oder islamistischen Ideologiebildungen und folgte stattdessen seinen eigenen Bewegungsgesetzen. Die Geschichte der Arbeiterbewegung und der subproletarisierten Schichten in den Vorstädten Teherans im Widerstand gegen den Schah und die neuen islamistischen Machthaber erzählt Bernhard Hammer.*
*Ob eine soziale Diskriminierung entlang ethnischer Kategorien auch das Bewußtsein des Widerstandes in diese Denkformen lenkt, ist die Frage, der Birgit Schäbler anhand eines Aufstandes in einem drusischen Dorf in Syrien nachgeht, der weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit im Frühjahr diesen Jahres stattfand.*

*Eine bedeutende Protest- und Widerstandsform, die nicht in traditioneller Weise durch sozialistische Parteien oder Organisationen kanalisiert ist, verkörpert die Menschenrechtsbewegung. Heidi Wedel veranschaulicht am Beispiel des Menschenrechtsvereins in Istanbul, wie sich dieser Typ neuer sozialer Bewegung seinen Platz in der türkischen Gesellschaft erstritten hat.*
*Das Scheitern linker Befreiungskonzepte und das "Ende der Geschichte" ändern nichts an der Tatsache, daß nach wie vor Unterdrückung und Ausbeutung, soziale und politische Ungleichheit die wesentlichen Charakteristika des kapitalistischen Weltsystems darstellen. Ebenfalls gleichbleibend ist der Widerstand gegen solche Hierarchien, wenn er auch nicht mehr in große revolutionäre Theorien eingebunden ist (war er es je mit der Entschiedenheit, wie hier gerne angenommen wurde?).*
*Der Blick der Internationalismusbewegung auf das Weltgeschehen bedarf aber einer Korrektur: Nicht mehr nur die Großorganisationen und der Staat, um dessen Macht letztendlich auch die Revolutionäre zu kämpfen hätten, sondern auch andere For-*



*men sozialer Transformation, die auf der Basis der Bedrohung des materiellen Auskommens und der Identität durch Ausbeutung und Unterdrückung oder eines moralischen Bewußtseins und eines ausgeprägten Gefühls für (Un-)Gerechtigkeit Menschen mobilisieren, sind wichtige (vielleicht wichtigere) Momente emanzipatorischer Prozesse. Dabei sollten die Möglichkeiten der beteiligten Akteure nicht überbewertet werden. Gleichzeitig darf nicht vergessen werden, daß das Politikverständnis dieser sozialen Bewegungen mit klassisch linken Vorstellungen oft nichts, mit (metropolentypischen) "Erlösungs"-Erwartungen nie etwas am Hut haben. Mittel, Ziele und Folgen sozialer Bewegungen sind weitgehend systemimmanent, selbst wenn sie sich zuweilen antisystemisch äußern.*

*Statt "den großen Entwürfen mit dem Schlüssel zur perfekten Organisation, zur absoluten Theorie und zur endgültigen Gesellschaft" (Huidobro) nachzujagen, möge man sich die bescheidene und nüchterne Analyse des Wesens sozialer Kämpfe von Lutz Taufer durch den Kopf gehen lassen: "Die Menschen mögen in revolutionären Zeiten nach Moral und Ideal handeln, ansonsten prüfen sie einen politischen Prozeß danach, ob er ihr Leben besser oder schlechter macht."*

***Die Redaktion***

*P.S.: Im Frühjahr 1994 wird das iz3w ein Buch mit dem Titel: **"Alles ändert sich die ganze Zeit". Soziale Bewegung(en) im "Nahen Osten"** herausgeben. Neben der islamistischen, der klassisch-linken und den neuen sozialen Bewegungen wird der Frauenbewegung als bedeutende soziale Gegenmacht gegen den Fundamentalismus und anderer Spielarten ihrer Unterdrückung und Ausbeutung in diesem Buch besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Aus organisatorischen Gründen konnte in den Themenschwerpunkt dieses Heftes noch kein Beitrag zu diesem Thema Eingang finden.*

# Islam des Reichtums - Islam der Revolution

## Islamismus, Staat und Gesellschaft in Ägypten

**Wenn die islamistische Bewegung Ägyptens in die Schlagzeilen kommt, geht es meist um spektakuläre Anschläge auf TouristInnen und hohe Funktionsträger des Regimes. Zuweilen erscheint aber auch ein anderes Bild des Islamismus in den Medien: das des islamistischen "Sozialarbeiters", der in den Armenvierteln Nahrungsmittel und Kleidung verteilt oder medizinische Hilfe leistet. Jedenfalls ist mittlerweile weitgehend unumstritten, daß der Erfolg der islamistischen Bewegung soziale Ursachen hat. Islamismus bedeutet deshalb auch keineswegs Rück- oder Wiederkehr von Religiosität und Frömmigkeit. Vielmehr strebt er die Politisierung des Islams an, die nicht nur die Gesellschaft, sondern das gesamte politische und soziale System durchdringen und prägen soll. Was aber macht die Anziehungskraft der islamischen Lösung (al-hall al-islami) aus?**

Die islamistische Bewegung führt die gesellschaftliche Krise auf die Abkehr vom Weg Gottes zurück, die Lösung besteht folglich darin, diesen Weg, die Scharia (Gesetz und Ethik des Islam), wieder zu beschreiten. Die Anweisungen hierfür werden in Koran und Sunna (der Überlieferung von Worten und Taten des Propheten) gesucht, wobei die islamistische Bewegung auf wortwörtlicher Geltung koranischer Vorschriften und eindeutig belegter Anweisungen des Propheten besteht. Dieser Bezug auf die Fundamente des Glaubens ist eine Reaktion auf den uralten Widerspruch zwischen den religiösen Idealen und der Realität der Klassengesellschaft. Doch die Fundamente geben unterschiedliche Antworten, je nachdem, aus welchem sozialen Interesse heraus man sie befragt. Und auch die Fragen selbst ändern sich mit den gesellschaftlichen Herausforderungen.[1]

### Revolutionärer und reformistischer Islamismus

Als der erst 22jährige Lehrer Hassan al-Banna 1928 die Muslimbruderschaft gründete, war Ägypten formal unabhängig, faktisch aber noch britische Kolonie. Die Kolonialherrschaft hatte das Land einer eigenständigen Entwicklungsmöglichkeit beraubt, die erzwungene Weltmarktintegration führte zur Verarmung weiter Bevölkerungsschichten und zur Entstehung einer neuen, westlich orientierten Oberschicht. Die traditionelle Gesellschaftstruktur zerbröckelte und mit ihr waren auch die traditionellen Werte in Frage gestellt.

In dieser Situation wurde die Muslimbruderschaft zur bedeutendsten Massenbewegung Ägyptens. Al-Banna, der die bis heute gültigen islamistischen Prinzipien entwickelte, propagierte als Antwort auf diese Entwicklung die Rückkehr zum Islam. Damit war nicht gemeint: Rückkehr zur Tradition; das Althergebrachte hatte seine Unfähigkeit zur Genüge bewiesen. Orientierungspunkt war vielmehr der "reine" Islam der Frühzeit, deren ideal(isiert)e Ordnung auf der neuen Grundlage einer technologischen Zivilisation verwirklicht werden sollte.

In diesem Sinne war die islamistische Bewegung von Anfang an eine Modernisierungsbewegung, deren aktivistischen Kern Angehörige der westlich gebildeten Mittelschichten stellten. Sie wollten sich weder mit der Kolonialherrschaft noch mit der sozialen Misere abfinden. Die "Rückkehr zum Islam" sollte die Gesellschaft befähigen, beide Probleme zu überwinden.

Nach 1967 setzte in Ägypten eine Entwicklung ein, die meist als Re-Islamisierung bezeichnet wird, aber eher eine Re-Politisierung der Religion darstellt. Auch Nasser hatte sich islamisch legitimiert, aber der Bezug auf Koran, Sunna und orthodoxe Lehre hatte im arabisch-nationalistischen Diskurs nur geringe Bedeutung. Die Ideologie seiner Modernisierungsstrategie, der "arabische Sozialismus", war säkularistisch geprägt, was sie in Gegnerschaft zu Organisationen




**Kampagne der Muslimbrüder: "Der Islam ist die Lösung".**

wie der Muslimbruderschaft brachte. Doch von nun an sollten religiöse Begriffe und Rituale eine wachsende Rolle in der Politik spielen - und zwar bei Regime und Opposition. Sadat näherte sich der sunnitischen Orthodoxie und unterstützte zunächst auch islamistische Gruppen, um sie im Kampf gegen die nasseristische und marxistische Linke zu benutzen und zugleich ein konservativ-religiöses Klima im Lande zu schaffen. Doch schnell zeigte sich, daß auch eine sozialrevolutionäre Interpretation der islamischen Lehre möglich war.

In den 60er Jahren hatte sich die islamistische Bewegung über die Frage der politischen Macht gespalten. Eine radikale Fraktion, inspiriert vor allem von Sayyid Qutb[2], plante die islamistische Revolution. Sie sahen die bestehende Ordnung als System der Jahiliyya, der gottlosen Unwissenheit. Dieser Begriff hatte bisher die vorislamische Zeit bezeichnet, seine Anwendung auf den gegenwärtigen, seinem Selbstverständnis nach islamischen Staat Ägypten entzog dem Regime jede Legitimität und machte seinen

Sturz zur religiösen Pflicht. So weit wollten die Gemäßigten nicht gehen. Sie setzten auf eine reformistische Strategie, um Staat und Gesellschaft zu "islamisieren".

Hinter diesen Fraktionen stand zunächst eine unterschiedliche Reaktion auf die nasseristische Repression: Zurückweichen vor jeder frontalen Konfrontation mit dem Staat auf der einen, grundsätzliche Ablehnung der bestehenden Ordnung und Gewaltbereitschaft auf der anderen Seite. In den 70er Jahren wurden sie zu Kernen einer erneut wachsenden islamistischen Bewegung. Ausschlaggebend für diese Entwicklung waren die veränderten sozialen Bedingungen, vor allem nach Beginn der Infitah-Politik (1974), der Öffnung Ägyptens für ausländisches Kapital und ausländische Waren.

Schnell kam es zu einer Konzentration des Reichtums in den Händen einer aus Offizierskorps, Staats- und Privatbourgeoisie bestehenden Oligarchie, deren enge Verbindungen mit dem Regime offensichtlich sind. Sozialer Aufstieg ist im Infitah-System fast nur noch über den Umweg der Arbeitsemigration möglich. Die Oligarchie stellt ihren Reichtum in Form westlicher Luxussymbole zur Schau, während die Mehrheit der ÄgypterInnen in bitterer Armut lebt und Mangelernährung weit verbreitet ist. Und sie kann ihre Privilegien nicht einmal mit besonderen Aufbauleistungen legitimieren, denn die Infitah-Politik hat nicht nur die sozialen Unterschiede vergrößert, sondern auch zu einem Verfall der produktiven Basis des Landes geführt.

## Die "moralische Ökonomie" der islamistischen Bewegung

Die islamistische Bewegung greift heute den Protest gegen solche Verhältnisse auf und gibt ihm eine religiös-politische Untermauerung. Verbietet nicht der Koran jeglichen Prunk und Luxus? Verpflichtet er nicht den von Gott mit Reichtum Gesegneten, seinen weniger glücklichen Mitmenschen zu helfen? Die Forderung nach Einführung der Scharia ist hier die Forderung nach einer gerechten Gesellschaft. Sie ist auch ein Protest gegen die Kommerzialisierung der sozialen Beziehungen. Die islamistische Bewegung strebt eine "Re-Moralisierung" der Gesellschaft an. Entscheidend ist aus dieser Sicht die Befolgung moralischer Gebote wie Solidarität, Ehrlichkeit und Leistungsbereitschaft. Auch dem Staat fallen wichtige Aufgaben zu: er hat die Scharia im Wirtschaftsleben durchzusetzen und den Armen zu helfen.

Die unumstrittenen Säulen der islamistischen Soziallehre sind die koranische Armensteuer Zakat und das Verbot von Riba, Wucher, worunter meist jede Form der Zinsnahme verstanden wird. Ist nun aber die in frühislamischer Zeit übliche Zakat von 2,5% auf Geld und beweglichen Besitz eine heute maßgebliche Obergrenze für staatliche Besteuerung, wie privatkapitalistisch orientierte Islamisten meinen? Oder ist das koranische Zakat-Gebot nicht vielmehr, wie Sayyid Qutb argumentiert, als Verpflichtung für den Staat zu verstehen, den Armen eine menschenwürdige Existenz zu garantieren - egal, wie hoch die dafür von den Reichen zu erhebende Steuer ist? Die Fundamente des Islam erlauben beide Interpretationen; verschiedene soziale Schichten können sich ihrer zu unterschiedlichen Zwecken bedienen. Der Soziologe Fuad Zakariyya bezeichnet diese gegensätzlichen Interpretationen als Islam des Reichtums (islam ath-tharwa) und Islam der Revolution (islam ath-thaura).

Der gemeinsame Bezug auf die Scharia ist die ideologische Klammer, die eine hinsichtlich ihrer sozialen Basis wie auch ihrer Ziele und Strategien sehr heterogene Bewegung zusammenhält. Eine privatkapitalistisch orientierte, das Eigentumsrecht betonende Strömung wird in der Muslimbruderschaft, aber auch in der regierenden Nationaldemokratischen Partei vertreten. Hinter ihr stehen die Interessen einer islamistischen Bourgeoisie, deren historische Wurzeln in der Nasser-Zeit liegen. Eine große Zahl von Muslimbrüdern floh damals nach Saudi-Arabien, viele brachten es dort zu Wohlstand, einige zu Reichtum. Von Sadat wieder ins Land geholt, unterstützten sie islamistische Gruppen und Zeitschriften und etablierten in den 80er Jahren eine "islamische Wirtschaft", deren ideologische Grundlage das Riba-Verbot ist.

Die islamistische Bourgeoisie ist an der weiteren Weltmarktintegration Ägyptens interessiert, möchte dies aber mit einer kulturellen Abschottung nach saudischem Vorbild verbunden wissen. In der Scharia sieht sie vor allem ein Mittel zur "Moralisierung" der Gesellschaft: strikte patriarchalische Familienethik, harte Strafen im Kampf gegen die Kriminalität, puritanische Arbeitsmoral und ein gut organisiertes Almosenwesen. Soziale Konflikte sollen in korporativistischen Gremien geregelt werden, unter Führung eines starken Staates, der sich ansonsten jedoch aus wirtschaftlichen Dingen heraushalten soll.

Diese konservative Synthese von Marktwirtschaft und Moral, die durchaus mit echtem sozialen Engagement verbunden sein kann, zieht auch Angehörige der Mittelschichten an. Verbreiteter sind jedoch in diesen Kreisen auf sozialen Ausgleich und staatskapitalistische Mechanismen ausgerichtete Ideen, die vor allem in den revolutionären Gruppen dominieren.[1] Die von ihnen angestrebte Gesellschaft ist nicht egalitär, doch dürfen soziale Unterschiede allein Folge unterschiedlicher Begabung und Anstrengung sein.

## Die islamistische Gegengesellschaft

Die hauptsächliche soziale Basis der islamistischen Bewegung sind die Mittelschichten, darin stimmen alle Untersuchungen überein. Den aktivistischen Kern stellen Studenten und Universitätsabsolventen, vor allem aus praxisorientierten naturwissenschaftlichen Berufsfeldern (Ärzte, Ingenieure etc.). Sie sehen sich als eine Leistungselite und dies nicht ganz zu Unrecht. Der ägyptische Sozialwissenschaftler Saad Eddin Ibrahim stellte fest, daß die Angehörigen der militanten Gruppen gebildet und diszipliniert, sozial engagiert und entwicklungsorientiert, gewissermaßen also "ideale Ägypter" seien.

Lehrer und kleine Beamte verdienen



Politische Veranstaltung der Muslimbruderschaft

kaum 100 DM im Monat, nur sehr erfolgreiche Ärzte und Ingenieure bringen mehr als einige 100 DM nach Hause. Das reicht, um sich mit den weiterhin subventionierten Grundnahrungsmitteln zu versorgen. Bei der Kleidung wird es schon problematisch, an eine Wohnung ist kaum zu denken, und damit sind auch Heirat und Familiengründung praktisch ausgeschlossen. Der Islamismus bietet nicht nur Identität und Ideologie, sondern auch ganz praktische Hilfen: die Möglichkeit, den Arztberuf in einer Volksmoschee auszuüben (nur etwa ein Drittel aller Ärzte können es sich leisten, eine eigene Praxis zu eröffnen), Hilfe bei der Wohnungssuche (so fand der Sadat-Attentäter Islambuli zur Jihad-Gruppe), der Arbeitsemigration oder den Prüfungsvorbereitungen und dergeichen mehr. Die Islamisten (und das betrifft die gemäßigten wie die radikalen Elemente) versuchen, sich jenen Platz in der Gesellschaft zu erkämpfen, den das bestehende System ihnen verweigert.

Ihr Streben nach sozialer Gerechtigkeit verbindet sich mit einem politischen Führungsanspruch. Dies wird in allen ihren Aktivitäten deutlich, nicht zuletzt bei den sozialen Hilfeleistungen, die, in unterschiedlicher Form sowohl von reformistischen als auch von revolutionären Gruppen praktiziert, aus islamistischer Sicht beispielhaft für die angestrebte Gesellschaftsordnung sind. Vielen Moscheen sind Bildungs- und Gesundheitszentren angeschlossen, islamistische Aktivisten verteilen Nahrungsmittel, sauberes Wasser und Kleidung und bieten eine Vielzahl anderer sozialer Dienstleistungen an. Auf diese Weise gewinnen sie AnhängerInnen, die, ohne notwendigerweise von der islamistischen Ideologie überzeugt zu sein, doch ein Interesse am Weiterbestehen solcher Hilfeleistungen haben. Es handelt sich also um eine Form der Klientelbildung.

Der islamistische Sozialhilfesektor ist natürlich alles andere als wertneutral. So müssen sich beispielsweise Studentinnen, die Fahrdienste in Anspruch nehmen wollen, der islamistischen Kleiderordnung beugen. Die revolutionären Gruppen gehen noch weiter. Ihre Sozialdienste sind eingebettet in eine allgemeine Strategie: Aufbau von Enklaven einer Gegengesellschaft, von islamistischen Mini-Staaten gewissermaßen. Diese Gegengesellschaft ist hierarchisch strukturiert, Moralvorschriften werden nötigenfalls mit Gewalt durchgesetzt. Hier regeln die Islamisten Streitigkeiten, kontrollieren Marktpreise und glauben sich auch berechtigt, von den KoptInnen[4] mit Gewalt die koranische Kopfsteuer jizya zu erheben.

Es ist kein Zufall, daß solche Enklaven in Stadtvierteln entstanden, in denen die traditionelle Hierarchie verschwunden ist. Die alten Notabeln hatten Verpflichtungen gegenüber ihrer Klientel, die neue Oligarchie der Immobilienspekulanten und Agrarkapitalisten erkennt solche Verpflichtungen nicht mehr an. Der Staat ist nur durch Polizisten und Spitzel präsent, die Wohnungsnot ist katastrophal und es gibt praktisch keine soziale Infrastruktur. In diese Lücke stößt die islamistische Bewegung, reißt soziale und politische Funktionen an sich und reproduziert so die gesellschaftliche Hierarchie auf einer neuen Ebene.

Solche Enklaven existieren im Großraum Kairo und in der Region Assiut, doch haben die militanten Gruppen auch in anderen Städten Wurzeln schlagen können. In Oberägypten gelang es ihnen, Teile der Landbevölkerung, aus der viele Aktivisten stammen, für sich zu gewinnen. Natürlich kann die Staatsgewalt sich die Herrschaft über diese Enklaven zurückerobern. Allerdings müssen für solche Zwecke inzwischen paramilitärisch ausgerüstete Polizeieinheiten in Stärken von 10-30.000 Mann eingesetzt werden, und der Sieg bleibt oberflächlich: er hat nur so lange Bestand, wie die Polizei mit Panzerwagen und Straßensperren massiv präsent ist.

In Regimekreisen wird über eine sozialpolitische Antwort auf den revolutionären Islamismus nicht einmal ernsthaft nachgedacht, statt dessen setzt man auf Repression: Massenverhaftungen, Folter, gezielter Todesschuß und Hinrichtungen. Die islamistische Bewegung kann sich im Kampf gegen die Repression profilieren und findet ihre Einschätzung des Staates bestätigt, mehr noch profitiert sie von der autoritären Herrschaftsform allgemein. Ihre organisatorischen Zentren sind die Volksmoscheen (Moscheen, deren Imam nicht vom Staat bezahlt wird) und privaten Gebetsräume, von denen es nach offiziellen Angaben inzwischen mehr als 40.000 gibt. Von jeher war die Moschee ein (fast nur von Männern aufgesuchter) Ort der sozialen Kommunikation und damit auch oft der Subversion. Die Verfügung über diesen relativ repressionsfreien Raum gibt der islamistischen Bewegung einen Startvorteil gegenüber jeder nichtreligiösen Opposition. Wichtiger noch: wo jede unabhängige Organisierung sozialer Opposition illegal ist und vom Regime nach Möglichkeit unterdrückt wird, hat jede dennoch etablierte Gegenmacht schon allein deshalb Anziehungskraft, weil sie "denen da oben" etwas entgegensetzen kann.

## Politische Ohnmacht und islamistischer Erfolg

Gewerkschaften und Berufsverbände in Ägypten sind korporativistisch gebunden, allerdings gelang es einigen Berufsverbänden, sich recht weitgehend von staatlicher Bevormundung zu befreien. Diese Berufsverbände sind gewissermaßen Ersatzparteien, ihr politischer Einfluß ist groß. In den geistig-kulturellen Bereichen (Literatur, Journalismus) dominieren weiterhin Liberale und Linke, die Verbände der Ärzte, Ingenieure und Anwälte dagegen sind islamistisch dominiert. Wenn Islamisten hier in den Vorstand gewählt werden, bedeutet dies nicht, daß sie in ihrer Berufsgruppe mehrheitliche Unterstützung genießen. Es besteht Zwangsmitgliedschaft, dementsprechend gering ist die Wahlbeteiligung. Sie erreicht aber doch 30, manchmal 50%; und damit sind die Berufsverbände immer noch weitaus repräsentativer als das Parlament, an dessen Wahl in den ärmeren Vierteln der Großstädte weniger als 10, landesweit sicher nicht mehr als 20% der Wahlberechtigten teilnehmen.

Mittlerweile hat das Regime ein Gesetz eingeführt, nach dem eine staatliche Stelle die Verbandsvorstände ernennen soll, wenn die Wahlbeteiligung unter 50% liegt - eine Strategie, die symptomatisch für Zustand und Denkweise des Regimes ist. Unfähig zur Mobilisierung eigener Anhänger für eine politisch-argumentative Auseinandersetzung, greift man zu einem administrativen Trick. So auch gegenüber der Gewerkschaftsföderation. Als sich deren Präsident vor einigen Jahren erdreistete, Mubaraks Wirtschaftspolitik zu kritisieren, wurde er kurzerhand durch einen zuverlässigeren Mann ersetzt.

Doch in den Fabriken gibt es eine aktive Bewegung, deren Ausmaß und Bedeutung allerdings angesichts einer faktischen Nachrichtensperre über Arbeitskämpfe schwer einzuschätzen ist. Jedenfalls kommt es immer wieder zu (nach ägyptischem Recht grundsätzlich illegalen) Streiks für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen, oft mit klar regimekritischer Tendenz, aber ohne nationale Koordination und anscheinend auch ohne allgemeinpolitische Forde-



**Setzt auf Repression: Präsident Mubarak**

rungen. Die islamistische Bewegung hat bei den IndustriearbeiterInnen bislang keinen großen Erfolg gehabt, wohl nicht zuletzt deshalb, weil es in den Fabriken eine soziale Opposition gibt und die ArbeiterInnen keinen Grund sehen, sich dem Führungsanspruch einer Mittelschichten-dominierten Bewegung unterzuordnen.

Größeren Erfolg hat die islamistische Bewegung unter jenen (zahlenmäßig stärkeren) Teilen der Bevölkerung (Arbeitslose, Angestellte in Kleinbetrieben, StraßenhändlerInnen etc.), die überhaupt keine soziale Interessenvertretung haben. Hier kommt dem Islamismus ein weiterer Faktor zugute: der Massenanalphabetismus. Etwas mehr als 50% der Bevölkerung, unter ihnen weitaus mehr Frauen als Männer, sind AnalphabetInnen. Sie bilden, im wörtlichen Sinne, die schweigende Mehrheit Ägyptens; nur durch die Beteiligung an Aufständen können sie den Mächtigen ihre Stimme zu Gehör bringen. Massenanalphabetismus begünstigt in modernen Gesellschaften autoritäre Herrschaftsformen, auch in der Opposition. Die AnalphabetInnen sollten dabei nicht als naive Gemüter betrachtet werden, die von gerissenen Islamisten mit verlockenden Parolen verführt werden. Vielmehr unterscheiden sie recht genau zwischen jenen, die nur reden, und jenen, die reden und handeln.

Wie erwähnt, argumentieren Regime und islamistische Opposition in einem gemeinsamen religiösen Bezugsrahmen; beide vertreten einen "politischen Islam". Das Regime wettert gegen die Politisierung der Religion, läßt sich aber jede wichtige Entscheidung, ob Teilnahme am Krieg gegen den Irak oder Neuformulierung des Scheidungsgesetzes, von den höchsten Vertretern des islamischen Establishments der staatlich besoldeten Religionsgelehrten legitimieren. Das Parteiengesetz verbietet atheistische wie auch religiöse Parteien - eine etwas paradox anmutende Regelung, die sich aus der doppelten Frontstellung gegen die marxistische und islamistische Opposition erklärt. Nicht anders als die islamistische Bewegung maßt sich das Regime an, den Rahmen der politischen Rechtgläubigkeit zu definieren. Beide Seiten benutzen religiöse Begriffe, Symbole und historische Analogien, die der Masse der Bevölkerung vertraut sind.[5] Doch wo es vor allem um die "richtige" politische Interpretation der Religion geht, ist jene Seite glaubwürdiger, deren alltägliches Verhalten den propagierten Idealen eher entspricht. Zweifellos ist dies die Seite der islamistischen Opposition.

Ihr geht es um die Verwirklichung der "eigentlichen" islamischen Kultur. Durch politisch-kulturelle Symbole grenzt sie sich demonstrativ gegen jede Form von "Verwestlichung" ab, am auffälligsten in ihrem äußeren Erscheinungsbild. Die islamistische Kleidung symbolisiert politisch-ökonomische Ideen: sie ist billiger als westliche Kleidung (oft wird sie sogar kostenlos verteilt), sie wird in Ägypten hergestellt und sie versteckt durch ihre Einheitlichkeit die sozialen Unterschiede, ohne sie aufzuheben. Sie zeigt auch einen Wandel der politische Lage an: wenn Oppositionelle sich in einem autoritären Staat offen zu erkennen geben, hat dieser Staat den Mythos der Allmacht und Unangreifbarkeit verloren, seine Kontrolle über die Gesellschaft hat nachgelassen. Nicht zuletzt steht die islamistische Kleiderordnung aber auch für patriarchalischen Extremismus.

## A man's man's world

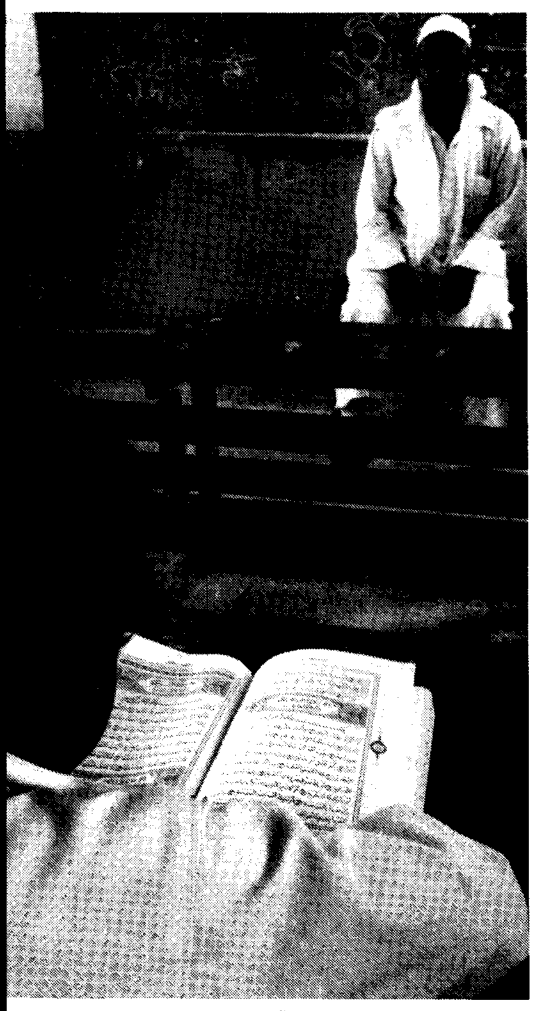
Der Islamismus geht von der allgemein-patriarchalischen Vorstellung aus, daß die biologischen Unterschiede zwischen Mann und Frau unterschiedliche soziale Rollen bedingen. Dabei gebührt den Männern die Führung, während die Frauen aus weiten Bereichen des öffentlichen Lebens verbannt werden sollen (Beschränkung auf "Frauenberufe", Ausschluß von hohen politischen Ämtern etc.). Spezifisch islamistisch sind vor allem die Forderungen nach Geschlechtertrennung und "züchtiger" Kleidung. Doch überraschenderweise gibt es seit den 30er Jahren eine islamistische Frauenbewegung, zu deren Aufgabenbereich, organisatorisch von den Männergruppen getrennt, neben sozialen und propagandistischen Aktivitäten auch die Gefangenenbetreuung gehört. Die islamistische Haltung vieler Frauen erklärt sich wohl vor allem aus zwei Faktoren: dem grundsätzlich patriarchalischen Charakter der ägyptischen Gesellschaft und dem antitraditionellen Charakter der islamistischen Lebensentwürfe.

Die ägyptische Familie ist weiterhin eine ökonomische Zwangsgemeinschaft, außer ihr gibt es kaum soziale Absicherungen. Nur wenige Frauen sehen in der Lohnarbeit einen Weg zu Selbstverwirklichung oder materieller Unabhängigkeit. Die wirtschaftliche Misere macht es notwendig, daß sie zum Familieneinkommen beitragen; zugleich sind Hausarbeit und Kinderbetreuung fast immer allein ihre Sache. Bedroht wird der familiäre Zusammenhalt durch die Kommerzialisierung der sozialen Beziehungen. Eine Orientierung an individualistischen, "westlichen" Lebensentwürfen und Konsumgewohnheiten muß von den Familienmitgliedern, zu deren Lasten das geht, als Bedrohung wahrgenommen werden.

Die Scharia mit ihrer Familienethik geht auf diese Problematik ein. Sie nimmt den Patriarchen in die Pflicht und gibt den Frauen klare, theoretisch auch einklagbare Rechte, vor allem das Recht auf angemessene Versorgung und auf Verfügung über ihr persönliches Eigentum. Offensichtlich ziehen viele Frauen diesen islamistischen Spatz in der Hand der emanzipatorischen Taube auf dem Dach vor; jedenfalls finden emanzipatorische Ideen im "westlichen" Sinne fast nur in der höheren Mittelschicht Anklang. Die islamistische Haltung zum traditionellen Rollenverständnis ist im übrigen widersprüchlicher, als gemeinhin angenommem wird.

So ist der Schleier einerseits eine Reaktion auf die patriarchalische Realität: er schützt vor sexueller Belästigung. Gewiß sollte es nicht Sache der Frauen sein müssen, sich auf diese Weise zu schützen, darüber hinaus signalisiert der Schleier Zustimmung zum Patriarchat. Zugleich aber ist es ein Akt des Widerstands, sich islamistisch zu kleiden und politisch aktiv zu werden, mithin ein Bruch mit dem traditionellen Rollenverständnis, der sehr oft einen Konflikt mit den Eltern nach sich zieht. Und noch in einem anderen Punkt steht die islamistische Bewegung quer zur patriarchalischen Tradition: sie propagiert die frühe Heirat als Mittel gegen die sexuelle Versuchung und erklärt die elterliche Zustimmung - in Ägypten meist immer noch Voraussetzung für eine "normale" Heirat - für nicht unbedingt erforderlich.

Angesichts der Tatsache, daß auch Angehörige der Mittelschichten die hauptsächliche Bedingung für eine familiär arrangierte Heirat, eine ausreichende eigene Existenzgrundlage, erst sehr spät erfüllen können, ist die Anziehungskraft der islamistischen Lösung groß, zumal praktische Hilfen (Wohnungssuche etc.) hinzukommen. Es ist mir ehrlich gesagt ein Rätsel, wie die islamistischen Paare angesichts der propagierten Geschlechtertrennung zueinander finden; irgendwie funktioniert es jedenfalls.



Koranschule in Siwa, Ägypten

## Ägypten auf dem Weg zum "Gottesstaat"?

Wenn in diesem Artikel von islamistischen Gewalttaten kaum die Rede war, so deshalb, weil die Konzentration hierauf oftmals den Blick auf die sozialen Hintergründe und den mindestens ebenso einflußreichen reformistischen Islamismus verdeckt. Über dessen Stärke gibt es keine zuverlässigen Angaben, die Zahl der Aktiven mag bei 50-100.000 liegen. Wie groß ihr Einfluß ist, läßt sich schon deshalb kaum messen, weil Theologen des Regimes und populistische Prediger eine zum Verwechseln ähnliche Sprache sprechen; die Zustimmung zur Scharia kann im heutigen Ägypten jedenfalls nicht als Bekenntnis zum Islamismus gewertet werden. Die revolutionär-islamistischen Organisationen[6] dagegen haben wahrscheinlich nicht mehr als 10.000 Mitglieder, allerdings handelt es sich hier um Kaderorganisationen, die eine weit größere Zahl von militanten Anhängern mobilisieren können.

Im übrigen sollte unterschieden werden zwischen tatächlich terroristischen, gegen ZivilistInnen gerichteten Anschlägen und dem Guerillakrieg gegen das Regime, das in der Wahl seiner Mittel ja auch nicht gerade zimperlich ist. Wenn allerdings KoptInnen zunehmend Opfer religiös legitimierter Schutzgelderpressung werden, wenn säkulare Intellektuelle nach dem Mord am Islamismus-Kritiker Farag Foda nur noch unter Polizeischutz leben können und dies von reformistischen Islamisten mehr oder weniger offen begrüßt wird, dann läßt sich ungefähr ermessen, was nach einer islamistischen Machtübernahme geschehen würde.

Eben hier liegt die "islamistische Gefahr": in der militanten Intoleranz gegenüber Andersdenkenden und Andersgläubigen. Eben hier liegt auch eine Faktor, der dem islamistischen Erfolg Grenzen setzt - bei KoptInnen und SäkularistInnen, aber auch bei jenen, die die Scharia bejahen, aber nicht einsehen mögen, warum fast jedes Vergnügen (Tanz, Musik, Sportveranstaltungen) unislamisch sein soll. Der rücksichtslose Umgang mit Menschenleben hat die revolutionären Gruppen viele Sympathien gekostet. Nach einem Bombenanschlag auf die Baustelle einer französischen Firma in Kairo, dem sieben PassantInnen zum Opfer fielen, kam es zu wütenden antiislamistischen Demonstrationen; jüngst soll in Kairo ein Islamist, der in einem Teehaus zufällig erkannt wurde, gelyncht worden sein.

Zu der moralischen Empörung kommt, was die Anschläge auf TouristInnen betrifft, ein wirtschaftlicher Faktor. Die Devisenverluste in Milliardenhöhe treffen vor allem jene, die als Taxifahrer oder Kunsthandwerker, Straßenhändler oder Kellner vom Tourismus leben. Ihre Zahl geht in die Millionen und eine Alternative haben sie nicht. Ob die revolutionären Islamisten aus ihrer Destabilisierungsstrategie Nutzen ziehen können, werden die kommenden Jahre zeigen. Sicher ist, daß der revolutionäre Islamismus ein wichtiger politischer Faktor bleiben wird, solange das System ihn immer wieder neu hervorbringt und es an Alternativen fehlt.

Als eine der wenigen politischen Strömungen wagt es die islamistische Bewegung heute noch, eine universalistische Utopie zu vertreten. Arabischer und marxistischer Sozialismus sind durch ihr praktisches Versagen diskreditiert; die ägyptische Linke hat es bisher nicht vermocht, ihre Isolation durch neue Ansätze zu überwinden. Somit steht der fundamentalistischen Parole "der Islam ist die Lösung" vor allem die wirtschaftsliberale Parole "der Markt ist die Lösung" gegenüber.

Das herrschende Regime propagiert diese kapitalistische Erlösungsformel mit Vorsicht, denn es weiß um die drohenden sozialen Unruhen bei voller Anwendung der extremistischen IWF- Konzepte. Die liberale Wafd-Partei propagiert sie offensiver. Damit verliert sie viel von ihrer potentiellen Anziehungskraft auf die ärmeren Schichten. Solange politische Freiheit und die Freiheit zur Bereicherung und Ausbeutung als untrennbare Einheit gehandelt werden, ist die Distanz der unterdrückten und ausgebeuteten Bevölkerungsmehrheit zum Konzept der Demokratie nicht nur verständlich, sondern auch berechtigt. Was nützt AnalphabetInnen die Pressefreiheit?

Demokratie und Entwicklung kann es in Ägypten erst geben, wenn die Macht der Oligarchie gebrochen wird. Der Islamismus will die Herrschaft der Oligarchie durch seine eigene, mindestens ebenso autoritäre und in geistig-kultureller Hinsicht weit intolerantere Herrschaft ersetzen. Seine Hegemonie in der Opposition kann nur durch eine Bewegung gebrochen werden, die den Kampf um demokratische und soziale Rechte verbindet. Ansätze in diese Richtung gab es in der ArbeiterInnen- und StudentInnenbewegung, in den nichtislamistischen Berufsverbänden, nicht zuletzt auch im großen Aufstand des Jahres 1977, als Millionen ÄgypterInnen gegen Subventionskürzungen und Polizeiterror auf die Straße gingen. Nur neue Kräfte der sozialen Opposition können Ägypten aus der unfruchtbaren Auseinandersetzung Islamismus-Staat herausführen.

**Jörn Schulz**

**Anmerkungen:**

1)Die Bedeutung des religiösen Faktors soll damit nicht geleugnet werden. Die islamistische Bewegung betreibt auch nicht "Politik unter dem Deckmantel der Religion", jedenfalls ist die religiöse Überzeugung der überwiegenden Mehrheit der IslamistInnen - wie im übrigen auch die ihrer GegnerInnen im islamischen Lager - echt.

2)Sayyid Qutb, 1966 unter Nasser wegen angeblicher Beteiligung an einem Putschversuch hingerichtet, ist einer der wichtigsten Theoretiker des radikalen Islamismus. Seine Schrift "Wegzeichen" gab dem revolutionären Islamismus eine in sich logisch geschlossene Grundlage.

3)Obwohl der Gedanke naheliegend ist, gibt es keine eindeutige Zuordnung staatskapitalistisch-revolutionär und privatkapitalistisch-reformistisch. Dies gilt für Ägypten, weil dort die Wirtschaft privatkapitalistisch organisiert ist. In Syrien und in Algerien, wo die islamistische Bewegung gegen von ihr als sozialistisch betrachtete Systeme antritt, gehen revolutionäre und privatkapitalistische Orientierung Hand in Hand.

4)Etwa 10% der ägyptischen Bevölkerung sind christlichen Glaubens. In ihrer großen Mehrheit gehören sie der koptischen Kirche an, die eine eigenständige, vom europäischen Christentum unabhängige Kultur entwickelt hat. Auch unter den KoptInnen, deren Sozialstruktur sich nicht wesentlich von der der muslimischen Bevölkerung unterscheidet, hat sich eine Tendenz zur Politisierung der Religion herausgebildet. Sie stellt den islamischen Charakter Ägyptens nicht in Frage, fordert aber Respekt für die koptische Kultur und eine angemessene Vertretung auf nationaler Ebene.

5)Die islamistische Bewegung ist dabei jedoch keineswegs populistisch. Wo es Widersprüche zur "Volksreligiösität" gibt, scheuen die Islamisten den Konflikt nicht. Totenkult, gemeinsame koptisch-muslimische Feste und viele mystische Praktiken der Sufi-Orden - alles traditionelle religiöse Ausdrucksformen vor allem der analphabetischen Unterschichten - lehnen sie als "unislamisch" ab. Hier stoßen wir wieder auf das elitäre Bewußtsein der islamistischen Führer aus den Mittelschichten, die sich für berechtigt, ja verpflichtet halten, durch Belehrung, oft aber auch mit Gewalt gegen solche "Abweichungen" vorzugehen.

6)Die organisatorische Struktur des revolutionären Islamismus ist schwer durchschaubar. Eine zentrale Führung existiert offensichtlich nicht, wohl aber taktische Absprachen zwischen verschiedenen Gruppen.

# Wider den Schah und die Mullahs

## Die Geschichte der Klassenkämpfe im Iran

**Massen von Fanatikern - bärtige Ayatollah-Anhänger und tief verschleierte Frauen - rufen begeistert nach dem "Heiligen Krieg", sehnen sich nach dem Märtyrertum und wünschen den Ungläubigen den Tod. Da werden unter dem Beifall der aufgehetzten Menge Hände abgehackt, EhebrecherInnen gesteinigt, die Peitsche geschwungen; barbarisches Morgenland eben und typisch orientalische Despotie.**

Solche Stereotypen und Plattheiten sind trotz vieler gutgemeinter aufklärerischer Artikel über die Vielseitigkeit "des" Islams infolge des Golfkrieges v.a. in Bezug auf den Iran nicht auszumerzen. Sicher: Die "Islamische Republik" im Iran ist eine brutale Diktatur mit barbarischen Strafmaßnahmen, wo Folter und Hinrichtungen zum politischen Alltag gehören. Fragwürdig bleibt es aber, diese Brutalität aus dem Wesen "des" Islams oder aus der "Rückständigkeit" und "Mittelalterlichkeit" dieses Landes zu erklären. Denn gerade die iranische Gesellschaft ist eine von allen Widersprüchen der Moderne zerrissene Gesellschaft des 20. Jahrhunderts. Höchste Zeit also, die inneren Widersprüche des real existierenden Irans in Augenschein zu nehmen. Ein solcher Widerspruch ist natürlich der Klassenwiderspruch.




**"Der Märtyrer... ein Mensch inmitten der Geschichte und ein Zeugnis für alle Zeiten." Teheran 1979.**

### Die Klassen in der iranische Revolution

Das Schah-Regime hatte in den 60er Jahren die Macht der bis dahin vorherrschenden Klassen der Großgrundbesitzer und des Klerus durch die "Weiße Revolution" gebrochen und den Iran in die Strukturen des internationalen Kapitals integriert. Die erste Hälfte der 70er Jahre war geprägt durch einen "Boom" infolge des Aufbaus eines modernen kapitalistischen Sektors. Dieser "Boom" ging bereits Mitte der 70er Jahre in eine Abwärtsbewegung über, da

1.) die internationalen Konzerne dem Iran eine strukturell deformierte Ökonomie bescherten, die vertikal mit den Zulieferern aus den hochindustrialisierten Metropolen, aber kaum horizontal untereinander verflochten war;

2.) das Schah-Regime bedeutende Teile der Öl-Rente und der Kapitalien nicht produktiv, sondern in Rüstungskäufen in den westlichen Metropolen anlegte;

3.) die Öl-Rente keineswegs so kontinuierlich wuchs, wie man 1973/74 angenommen hatte, als mit dem arabisch-israelischen Krieg der Ölpreis sich auf einen Schlag vervierfachte. Das Schah-Regime, das während des "Booms" Anfang der 70er Jahre von manchen Oppositionellen für unbesiegbar gehalten wurde, hatte nunmehr die meisten

Klassen gegen sich, auch große Teile der Bourgeoisie, wie den Basar[1]. Das Regime stützte sich bald nur noch auf Repression. Am Anfang der Revolution standen liberale Forderungen nach mehr demokratischen Freiheiten seitens der Intellektuellen und an den Universitäten, wo man über die bleierne Friedhofsruhe und über die Repression stöhnte. In dieser ersten Phase des Aufstandes war weder von ökonomischer Ungleichverteilung, noch von Religion die Rede. Träger der Bewegung war die liberale Bourgeoisie, angetrieben durch Gruppen wie das Komitee zur Verteidigung der politischen Häftlinge, das Menschenrechts-Komitee oder die Juristen- und Schriftsteller-Vereinigungen. Die nächste Phase der Revolution brachte die ökonomischen und sozialen Forderungen der Verarmten und der Unterklassen auf den Plan und damit eine Radikalisierung ihres gesellschaftlichen Charakters. Die Unterklassen und das lohnabhängige Proletariat wiesen aber bis zu diesem Zeitpunkt eine bedeutsame Schwäche auf: Die Industrie-Arbeiterklasse war zwar quantitativ außerordentlich stark, doch aufgrund ihrer jungen Geschichte führte sie kaum Kampferfahrungen und einen geringen Organisationsgrad ins Felde. Die meisten Arbeiter kamen erst in dieser oder der letzten Generation vom Land in die Städte. Strukturen wie Gewerkschaften und politische Parteien waren noch nicht voll ausgebildet und in den abhängigen und verarmten Klassen verankert. Die bleiernen Jahre der Repression und des Staatsterrors, in denen jeglicher Versuch einer gewerkschaftlichen Organisierung im Keim erstickt wurde, taten ihr Übriges für das Fehlen von Widerstandsstrukturen. Die ersten unter den Ausgebeuteten und Entrechteten, die kollektiv in den Kampf gegen den Schah eintraten, waren daher nicht die Arbeiter, sondern die subproletarischen Schichten, die "mostaz`afin"; d.h. Landflüchtlinge, die in die großen Städte drängten und arbeitslos am Rande derselben in improvisierten Unterkünften und Elendsvierteln hausten. Die soziale Lage dieser Schichten war weitaus prekärer als die der Arbeiterklasse: Jeder Tag gestaltete sich zu einem Überlebenskampf, zumal das Regime daran ging, die Elendsquartiere plattzumachen. Auf diese von ländlicher Kultur geprägten marginalisierten Unterklassen hatte der Klerus noch einen beachtlichen Einfluß. Im Zuge der "Weißen Revolution", d.h. der Zerschlagung der feudalen Strukturen auf dem Land (Großgrundbesitz, Gebundenheit an die Scholle) zur Freisetzung von Arbeitskräften für den industriellen Sektor, ging Anfang der 60er Jahre ein Teil des Klerus in scharfe Opposition zum Regime. Dessen Gegnerschaft zum Schah-Regime war real eine agrarisch-feudale von "rechts" (der Klerus besaß ein Drittel der Ländereien), doch zog sie auch Teile der verarmten Massen an, die mittellos vom Land in die Städte getrieben werden sollten. Schon beim Aufstand von Qom 1963 war Ayatollah Khomeini einer der Wortführer. Durch das Fehlen einer organisierten sozialistisch/kommunistischen Massenorganisation und durch die Unterstützung der "mostaz`afin" ergriff dieser auch nun wieder die Spitze der Bewegung, da er ein "radikaleres" Programm hinsichtlich des Umgangs mit dem Schah als die Liberalen verfolgte und da er den Marginalisierten an den Rändern der Städte eine Hoffnung und Perspektive zu vermitteln schien. Die oberste Spitze der liberalen Bourgeoisie dagegen tendierte aus Angst vor den sozialen Forderungen der Armen wieder verstärkt zur Kooperation mit dem Schah. Aus den gleichen Gründen - Angst vor ökonomischer Umverteilung - sollte dieselbe sich später an die Seite Khomeinis stellen, damit der Ayatollah sie vor dem "Kommunismus" und gleichzeitig vor der neureichen und der westlichen Konkurrenz schütze. Die alteingesessene "Basar"-Bourgeoisie war auch in kultureller Hinsicht eng mit dem Klerus verflochten; zu Ende der Schah-Ära finanzierte der Basar zu 80% den Klerus, trug finanziell das Netz der islamischen Schulen und die fünf theologischen Hochschulen. Der Islamismus wurde so zur zugleich konservativen wie "radikalen" Alternative. Schließlich übte die anti-westliche Haltung der Religiösen auch eine Anziehungs- und Absorptionskraft auf den Antiimperialismus der Linken und auf den Nationalismus der einheimischen Bourgeoisie aus. Ab Juli 1978 geriet die Aufstandsbewegung in eine neue Phase und ergriff als Streikwelle die Arbeitsplätze. In den Fabriken und in der Produktion war der ideologische Einfluß der Geistlichkeit jedoch gleich Null. In den Fabriken bildeten sich seit 1977/78 Arbeiterräte, die aus den geheimen Streikkomitees hervorgingen, als Organe der Selbstorganisation der Arbeiter. Dies geschah im Zuge der allgemeinen Aufbruchstimmung und der sich ausweitenden Unruhen, die nun auch die bisher lethargischen Arbeiter mitrissen. Streiks lähmten jetzt die öffentlichen Transporte, die Banken, Zollämter und beeinträchtigten vor allem das Herz der Ökonomie: die Ölindustrie. Die Erdölproduktion des Irans sank ab Ende Oktober 1978 auf ein Viertel des Normalzustandes. Der Streik kostete das Regime, das 80% seines Budgets aus dem Erdölverkauf deckte, pro Tag 60 Millionen Dollar. Ab dem 26.12.1978 war die Erdölausfuhr schließlich komplett unterbrochen. Die Arbeiterschaft war es letztendlich, die dank ihrer ökonomischen Stärke in diesem Schlüsselsektor, der Schah- Herrschaft den letzten, entscheidenden Stoß versetzte.

## Die gesellschaftlichen Klassen nach dem Sturz der Schah-Diktatur

Während der ersten Monate der islamischen Führung band diese die Liberalen geschickt an sich - und stellte sie an die Spitze der Regierung, indem Khomeini den Bürgerlichen Bazargan zum Premierminister ernannte. Die Bürgerlichen trugen also eine erhebliche Mitverantwortung an der Politik der nach-revolutionären Restauration. Das erste und wesentliche Ziel der Regierung Bazargan war es, den angeschlagenen Staatsapparat vor der Auflösung zu bewahren, die "soziale Ordnung" wiederherzustellen, den marxistischen Einfluß und den der Basisbewegungen zu zerschlagen und die mit der Revolution verbundenen sozialen Umwälzungen zurückzudrehen. Das Rollback dauerte von Februar bis August 1979. Die Universitäten stellten zu dieser Zeit einen Ort permanenter Debatten dar. In den Wohnvierteln, Fabriken und in der öffentlichen Verwaltung bildeten sich Räte als Selbstverwaltungsorgane. In den Provinzen Gilan, Kurdistan, Mazandaran und Fars kam es zu Landbesetzungen durch Bauern. Die bürgerliche Regierung setzte alles daran, diese "Anarchie" zu beenden. Die ersten Schüsse des neuen Regimes trafen Arbeitslose, die sich zu einer breiten Bewegung zusammengeschlossen hatten, und streikende Arbeiter. Wo Landkonflikte tobten, stellten sich die Agenten der Regierung und die islamischen "Revolutionswächter" (Pasdaran) gemeinsam an die Seite der Großgrundbesitzer und vertrieben die Bauern von den besetzten Ländereien. Streiks wurden nach einer kurzen liberalen Phase wieder streng verboten und Maßnahmen in Kraft gesetzt, um politische Aktionen in den Fabriken zu unterbinden. Im August 1979 kam es dann schließlich auch zum Bruch zwischen dem Klerus und den Bürgerlichen, nachdem die Liberalen die Einrichtung der "Islamischen Revolutionsgerichte", die Massenverhaftungen sowie die Schauhinrichtungen hoher Funktionäre des alten Regimes nicht mittragen wollten.

## Kämpfe der Arbeiter: die Rätebewegung

Einen Feind fürchtete die Diktatur vor allem, den sie sich jedoch nie völlig vom Hals wird schaffen können. Am 1.Mai 1979 demonstrierten allein in Teheran eine halbe Millionen Arbeiter, so daß die religiöse Führung Truppen zusammenziehen ließ. Seitdem steckt dem Regime die Furcht vor unabhängiger Betätigung und Organisierung der Arbeiterklasse in den Knochen, speziell auch die Furcht vor dem 1.Mai, den die Regierenden über all die Jahre hinweg vergeblich abzuschaffen versuchten. Der Produktionsbereich und die Fabrik stellten während und nach der iranischen Revolution immer einen Raum dar, der seinen eigenen politischen Bewegungsgesetzen folgte. Dieser Sektor ist auch weitgehend autonom von den Organisationen der Linken, die meist durch Intellektuelle universitärer und bürgerlicher Herkunft zusammengesetzt sind und geführt werden. Fast jede Gruppe

der Linken hat zudem ihre eigene Orientierung und ihr eigenes Vorbild (Kuba, SU, China etc.). Daraus ergeben sich oftmals Streitigkeiten, die mit der Situation im Land wenig zu tun haben, und deren Folgen sich schwächend auswirken. Ab 1977/78 bildeten sich die Arbeiterräte, die mit denen der Russischen Revolution 1917 vergleichbar sind. Das war ein relativ später Zeitpunkt, wenn auch - wie wir gesehen haben - dem Streik in der Ölindustrie eine entscheidende Bedeutung für den Sturz des Schahs zukam. Die Ölarbeiter als bewußtester und am besten organisierter Teil der Arbeiterklasse forderte selbst einen Sitz im provisorischen Revolutionsrat und eine Beteiligung an der provisorischen Regierung, doch ohne Erfolg. In der Folgezeit konzentrierte sich die Arbeiterrätebewegung darauf, die Revolution in ihrem direkten Einflußbereich, den Fabriken, durchzuführen. In fast allen Betrieben entstanden Räte (schora) oder Räte-Gründungskommitees, in vielen Unternehmen übernahmen sie sogar die Betriebsführung. Forderungen nach der 40-Stunden-Woche, der Entlassung des alten Managements, der Auflösung der Spionage- und Überwachungsorganisationen aus der Schah-Ära innerhalb der Betriebe und Entwürfe für innerbetriebliche Verfassungen wurden oftmals durchgesetzt. Von 1979-1981 galt überall das "ungeschriebene Arbeitsgesetz", das durch die Arbeiterräte praktiziert und kontrolliert wurde, und diese Forderungen nach Mindestarbeitsbedingungen garantierte. Nach drei Jahren war die Ära der Arbeiterkontrolle durch die Räte zu Ende. Zwar kam es noch zu einigen beeindruckenden regionalen Zusammenschlüssen der Arbeiterräte wie die in der Provinz Gilan (nördlichste Industrieprovinz am Kaspischen Meer) mit 20 bis 30 örtlichen Räten oder in Ost-Teheran. Sogar eine überregionale Rätevereinigung entstand mit der Organisation der Aufbauindustrie, die Räte aus über 100 Fabriken umfaßte. Doch von Anfang an war die islamistische Führung darauf aus, die Rätebewegung zu zerschlagen, etwa durch Unterwanderung mit Hizbollah-Aktivisten, der Einrichtung von "Islamischen Räten" mit Zwangsmitgliedschaft (ab 1984) und durch Einschüchterung und Ermordung von Aktivisten. Der Ausbruch des Iran-Irak-Krieges bot die willkommene Gelegenheit, diesen Dorn im Auge der Diktatur zu beseitigen. Im September 1980 erklärte Präsident Bani Sadr im Fernsehen: "Wir sind jetzt im Krieg; die Zeit der Räte ist vorbei. Eure Aufgabe ist zu produzieren, meine Lieben." Ab dem 20.Juli 1981 startete die Regierung eine Hinrichtungswelle. Diese traf auch eine große Zahl der Räte. Andere wurden entlassen, verhaftet oder zur Flucht gezwungen. Aber auch nach der Zerschlagung der Arbeiterräte schlief der Widerstand der abhängig Arbeitenden nicht ein. Selbst im totalitären "Gottesstaat" der Islamischen Republik gelang es, in (Klassen-)Kämpfen Rechte zu erkämpfen und erfolgreich zu verteidigen. Beispiele sind die vergeblichen Versuche des Regimes, den 1.Mai abzuschaffen und ein stockreaktionäres Arbeitsgesetz durchzusetzen. Auch der Widerstand gegen den Krieg ist in diesem Zusammenhang zu sehen.



**Nach Jahren der Opfer und Entbehrungen machte sich Kriegsmüdigkeit breit.**

## Störrische Arbeiterbewegung

Das Regime versuchte immer wieder den 1. Mai sowie den Frauentag am 8. März abzuschaffen oder in "islamische" Feiertage umzuwandeln: den 1. Mai als Geburtstag des 1. schiitischen Imams Ali, den 8. März als Geburtstag von Fatimah, der Tochter des Propheten Mohammed, begehen zu lassen. Symbolisch sollte damit die Existenz einer abhängig arbeitenden Klasse überhaupt bestritten werden, im Sinne des Ayatollah Khomeini: "Es gibt keinen Grund, einen besonderen Feiertag für die Arbeiter einzurichten. Alle Geschöpfe der Welt sind Arbeiter. Auch die Ameise ist eine Arbeiterin. Und auch der allmächtige Gott ist ein Arbeiter." Ab 1983 versuchte die Führung der "Islamischen Republik", den 1. Mai entweder stillschweigend zu übergehen oder 1. Mai- Aktivitäten zu unterdrücken. 1985 ging man dazu über, die 1. Mai-Feiern selbst staatlich zu organisieren, um Aktivitäten "von unten" das Wasser abzugraben. Dieses Unterfangen blieb letztlich erfolglos, denn die Arbeiter boykottierten die offiziellen Feiern. Dafür fanden sie seit 1981 jedes Jahr Formen, diesen Tag eigenständig zu begehen. Arbeitsverweigerung, Feiern innerhalb der Fabrik, Abhalten kleinerer Versammlungen außerhalb der Reichweite der Polizei (fernab der Städte). Mehrmals veranstalteten sie in Sanandaj (Hauptstadt der Provinz Kurdistan) Massenversammlungen mit mehreren Tausend Arbeitern. 1989 wurde eine 23-Punkte-Resolution mit Forderungen der Arbeiter verfaßt: u.a. gleiche Rechte von Frauen und Männern; Verbot von Kinderarbeit, von Nachtarbeit und Überstunden; Verbot von Akkordarbeit; Vollbeschäftigung; Unterstützung des kurdischen und palästinensischen Unabhängigkeitskampfes. 1991 war der 1. Mai zum ersten Mal staatsoffiziell arbeitsfreier Feiertag ("Arbeitertag"). 1982/83 wurde der erste Entwurf für ein Arbeitsgesetz der "Islamischen Republik" veröffentlicht. Er lehnte sich eng an die theologischen Richtlinien des Ayatollah Khomeini an und war auf der Grundlage der islamischen Handels- und Pachtgesetze des Mittelalters verfaßt, mit denen damals unter anderem die Sklaverei geregelt wurde. Das Arbeitsverhältnis ist demnach eine Art Mietverhältnis, das dem Arbeitgeber erlaubt, mit dem Lohnabhängigen nach seinem Willen umzuspringen. Eine Beschränkung der Arbeitszeit, Mindestlöhne oder Kündigungsschutz existieren nicht. Nach der Veröffentlichung dieses Entwurfs hagelte es Proteste. Unter den Bedingungen brutalster Diktatur und absoluten Streikverbots (Khomeini: "Streik ist eine Sünde!")) kam es zu Bummelstreiks und Arbeitsniederlegungen. An den Arbeitsplätzen wurden Diskussionen durchgeführt, Beamte und Manager zu Versammlungen vorgeladen. Die Proteste waren so wirkungsvoll, daß selbst die unter staatlichem Zwang gegründeten "Islamischen Räte" Einspruch erhoben. Innerhalb mehrerer Jahre gab es dann insgesamt vier Entwürfe für ein Arbeitsgesetz. Keiner davon konnte jedoch in Kraft treten, da jede Fassung unter dem Druck von Protesten zurückgenommen werden mußte. Die "Islamischen Räte" und ihre "Arbeiterhaus" genannte Führung vesuchten einen "Kompromiß" zwischen dem Regime, der Bourgoisie und der Arbeiterklasse auszuhandeln. Im September 1989 wurde dann der jüngste Entwurf vom "Islamischen Parlament" (majlis) als Gesetz verabschiedet. Das nunmehr gültige Arbeitsgesetz kennt weder Streikrecht noch die Freiheit der Gewerkschaftsgründung, doch es wurde immerhin durchgesetzt, daß die Arbeitszeit und ein Mindestlohn festgesetzt sind und Anspruch auf 30 Tage Urlaub pro Jahr besteht. Auch Kinderarbeit unter 12 Jahren ist nun (offiziell) verboten. Am wichtigsten ist jedoch, daß die Existenz von Bourgeoisie und Arbeiterklasse erwähnt und also auch anerkannt ist. Die Gültigkeit der "gewährten" Rechte der abhängig Beschäftigten ist jedoch in der Realität stark relativiert. Das Gesetz gilt nämlich nur für die 2 - 3 Millionen Arbeiter der hochproduktiven Industriesektoren, nicht aber für die Arbeiter in den zahllosen Ziegeleien und kleinen Werkstätten, es findet keine Anwendung für Saison- und Landarbeiter sowie für die Millionen Arbeiter (Tagelöhner) aus Afghanistan. Auch berücksichtigt es nicht die real 1,5 Millionen in offiziellen Statistiken registrierten arbeitenden Kinder von 6 - 15 Jahren. Kinder arbeiten nämlich oft in besonders rückständigen

Branchen wie Ziegeleien, Baustellen und Teppichwebereien. Der Iran-Irak-Krieg war ein schwerer Rückschlag für die Kämpfe der Arbeiter. Zu Beginn des Krieges wurde die riesige Raffinerie von Abadan, eine Hochburg der bewußtesten und kämpferischsten Arbeiter, zerstört und die dort Beschäftigten wurden durch Umsiedlung und Verteilung auf andere Standorte auseinandergerissen. Kurz nach dem Überfall des Irak erfaßte auch die Arbeiterschaft eine Welle des Nationalismus. Nach Jahren von schmerzhaften Opfern und Entbehrungen jedoch und nachdem der Iran vom Verteidigungs- zum Eroberungskrieg überging, entwickelten sich unterschiedliche Formen des Widerstands gegen den Krieg: etwa die Verweigerung der Einziehung an die Front (dies geschah fabrikweise, jeder Betrieb hatte ein bestimmtes Kontingent an Männern zu stellen und entsprechende Todesopfer zu beklagen) oder die Verweigerung der Produktion von Rüstungsgütern und der Ableistung von Überstunden für den Krieg. Ab Mitte 1987 wurde auch an den Arbeitsplätzen offen und direkt gegen den Krieg protestiert. Wahrscheinlich war diese Protestwelle ein wichtiger Grund dafür, daß der Iran im Sommer 1988 die Resolution 598 des UN-Sicherheitsrats (Waffenstillstand Iran-Irak aus dem Jahre 1987) nunmehr akzeptierte.

## Jüngste Kämpfe

In jüngerer Zeit ereigneten sich mehrere soziale Kämpfe, die sich im Jahre 1992 zuspitzten. Ihre Träger waren sowohl die Arbeiterklasse mit den Ölarbeitern an der Spitze als auch die "mostaz'afin", die dereinst die wichtigste Basis des Regimes abgegeben hatten. Der iranisch-irakische Krieg diente dem Regime lange Zeit dazu, zu erklären, warum die Hoffnungen und Versprechungen auf ein besseres Leben und auf soziale Gerechtigkeit bitter enttäuscht wurden, warum die Lebensumstände des größten Teils der Bevölkerung sich bedeutend schlechter gestalteten als unter dem Schah. Mit dem Ende des Kriegszustandes zeichnete sich somit ab, daß all der niedergehaltene, aufgestaute Unmut über die sozialen Zustände hervorzubrechen drohte. Gleichzeitig plante das Khomeini-Regime, in dem bereits damals Rafsandjani zum starken Mann avanciert war, eine massive ökonomische Öffnung zum Westen. Nun fürchtete die Diktatur, daß die "Öffnung" auch eine Lockerung der Lebensweisen und eine Aufweichung der unter dem Terror versteinerten Lebensweisen mit sich bringen könnte. Vor diesem Hintergrund ist die Terrorwelle zu sehen, mit der im Oktober 1988 binnen weniger Wochen durch Massenhinrichtungen[2] die Knäste leergefegt wurden. Gleichzeitig fanden Massenverhaftungen von als Regimegegner "Verdächtigten" statt. Auf die Phase des terroristischen "Reinigungsbads" folgte die Politik der Öffnung zum Westen. Nach dem Tod des Ayatollah Khomeini am 4.6.1989 wurde Rafsandjani Präsident der "Islamischen Republik". Er gilt als entschiedener Verfechter einer offiziellen Anbindung an den Westen. Die Politik Rafsandjanis zielte darauf ab, 1.) diejenigen iranischen Kapitalisten und technisch qualifizierten Fachleute zurückzugewinnen, die sich nach dem Sturz des Schah nicht mit den Islamisten arrangiert hatten und ins Exil in die USA oder nach Europa gegangen waren; 2.) verstärkt westliches Kapital ins Land zu holen. Da die Terrorphase für den internationalen Ruf des Iran schädlich war, spielte das Regime das Theaterstück von den zwei Fraktionen innerhalb des Regimes bzgl. der Menschenrechtsfrage. Den Fanatikern kam die Schurkenrolle zu, während die "guten" Pragmatiker das Ruder nun in ihren Händen halten sollten. Der behauptete Gegensatz trifft jedoch nicht auf ihre terroristische Gesinnung zu. Vielmehr beschreibt er lediglich eine unterschiedliche Haltung zur wirtschaftlichen Öffnung. Unter dem Pragmatiker Rafsandjani sitzen mehr politische Häftlinge in den Kerkern als zu den schlimmsten Zeiten unter Khomeini. Die Anzahl der (offiziellen) Hinrichtungen in der ersten Jahreshälfte 1990, unmittelbar nach dem Amtsantritt Rafsandjanis, war z.B. höher als die der Jahre 1987 und 1988 zusammengenommen. Die jüngere verschärfte Repression erklärt sich aus der Welle von Unruhen, die den Iran 1991/92 erschütterten. Der Arbeitsminister der Islamischen Republik, Hossein Kamali, erklärte, es habe im iranischen Kalenderjahr 1370 (März 91 bis März 92) 2000 Streiks gegeben. Insbesondere drei Streiks der Ölarbeiter beunruhigten das Regime: Sie fanden im Januar und im Oktober 1991 sowie im Januar 1992 statt. Nach den Streiks in der Ölindustrie wurden die Ölarbeiter zu Angestellten erklärt, um sie zu "bestechen" und von der übrigen Arbeiterklasse zu trennen.[3] Der Unmut der "mostaz'afin" eskalierte 1991 und 1992. Der Krieg und die anschließende Terrorwelle hatten ihre Unzufriedenheit aufgestaut. Die wirtschaftsliberale Politik Präsident Rafsandjanis verschärft die soziale Polarisierung erheblich. Auf der einen Seite ermöglicht sie wenigen eine ungehemmte Bereicherung: Die Zahl der Dollarmillionäre hat sich vervielfacht. Auf der anderen Seite schreitet die Verarmung voran: 36% der Kinder sind unterernährt.[4] Weil Elendsquartiere an den Rändern der Städte im Sommer 1991 zum Abriß freigegeben wurden, entzündeten sich Unruhen. So wurden etwa im Armenviertel Baqerabad in Teheran am 29. Juli Polizisten mit Steinen beworfen und 13 Polizeiautos in Brand gesteckt. Es gab 300 Verhaftungen. Im April 1992 erreichten die Proteste in der "Heiligen Stadt" Maschhad einen neuen Höhepunkt. Gleichzeitig kam es zu Unruhen in Arak und Schiraz. Dort wurden die Demonstrationen durch Kriegsinvalide im Rollstuhl angeführt. Angesichts dieser Kämpfe und Unruhen stellt sich die Frage, inwieweit das islamistische Regime genauso stürzen könnte wie einst der Schah. Abgesehen davon, daß eine Antwort darauf spekulativen Charakter haben muß, ist davon abzuraten, allzu schnelle Parallelitäten auszumachen. Zum einen ist der Terror des jetzigen Regimes von ganz anderem Ausmaß als der der Schah- Regierung. Zum anderen differiert die Konstellation der inneren und äußeren Faktoren, die den Sturz des 'ancien regime' begünstigte. Das Schah-Regime stützte sich lediglich auf eine immer schmaler werdende Oberschicht. Die Massenbasis der "Islamischen Republik" ist zwar zusammengebrochen, doch noch immer kann die Regierung auf eine mobilisierbare Masse ideologisch aufgehetzter Anhänger zählen, die die Grundsätze des "Gottesstaates" der Gesellschaft aufzuzwingen vermögen. Die Dynamik der reaktionären "Kulturrevolution" war beträchtlich. Die Kontrolle und Einschüchterung erstreckt sich bis in den privaten , intimen Bereich und ist somit von ganz anderer Natur als die Repression des Schah-Regimes. Auch ist das heutige Regime gesellschaftlich tiefer verankert: Die alteingesessene Bourgeoisie der Bazaris hat sich mit dem Regime arrangiert und ihren Lobbyisten Tawakolli im Lager der Herrschenden plaziert. Eine Erfahrung der 79er-Revolution für große Teile der Bevölkerung war desweiteren, daß sich "Revolution nicht lohnt". Entpolitisierung, Hoffnungslosigkeit und Resignation sind daher keine Seltenheit. Für die Arbeiterschaft wirkt sich zudem der Zusammenbruch des "realen Sozialismus" psychologisch verheerend aus: Der Kommunismus ist tot, der Gang der Geschichte entschieden und einst vorbildhafte Länder wie Angola, Mosambik, Vietnam und Kuba erhalten keine materielle Unterstützung mehr. Das Jahr 1993 war überwiegend dadurch geprägt, daß die Repressionsschraube weiter angezogen wurde. Innerhalb des Regimes wachsen die Differenzen. Im Klerus meldet sich eine Strömung zu Wort, die für einen weitgehenden Rückzug aus der Politik und für die Besinnung auf die geistlichen Aufgaben plädiert. In der Öl- und Schwerindustrie hat sich schon seit den 80er Jahren eine Fraktion herausgebildet, die eine "türkische" Lösung anstrebt (im Sinne des Militärputsches vom 12.9.80). Diese Großkapitalisten setzen auf einen Übergang zu einem säkularen, autoritären Regime der Militärs. Die nahe Zukunft des Irans ist schwer voraussehbar; auf eines allerdings wird dieses Regime sich weiterhin, vielleicht mehr denn je, stützen: die Gewalt.

**Bernhard Hammer**

**Anmerkungen:**

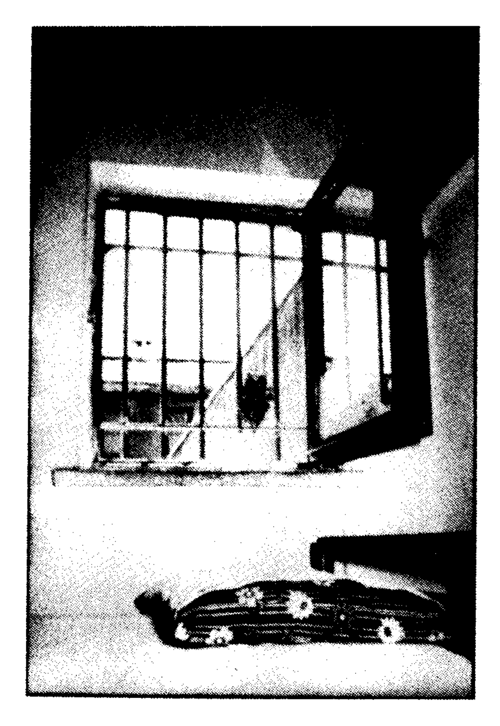
1) Basar bedeutet in diesem Zusammenhang nicht nur Marktplatz und -gebäude, sondern ein gigantisches Verteilungsnetz, das das ganze Land überzieht und über das Aber-Millionen von Dollar gehandelt werden.
2) Die Schätzungen aus Oppositionskreisen reichen auf bis zu 30000 Hinrichtungen in einem Monat für diese Phase.
3) Nach dem jüngsten Streik der Ölarbeiter kürzte Japan seine Ölimporte aus dem Iran um ein Drittel; aufgrund der Streikgefahr sei der Iran kein sicherer Lieferant mehr; vgl. FAZ, 26.8.92.
4) Frankfurter Rundschau, 18.4.92.

# Vom Motor der Demokratisierung zum Opfer der Gewalt

## Der Menschenrechtsverein in der Türkei

**Als vor zwei Jahren eine Koalition aus den früheren Hauptoppositionsparteien die türkische Regierung mit dem Versprechen eines umfassenden Demokratieprogramms übernahm, sahen hoffnungsfrohe BeobachterInnen das Ende der direkten und später indirekten Militärherrschaft nahen. Inzwischen hatten wichtige politische Prozesse stattgefunden: politische Tabus wurden gebrochen, die offizielle Ideologie wurde in Frage gestellt, neue soziale Bewegungen waren entstanden. Ein wichtiger Faktor in diesem Prozeß der Demokratisierung war, wie hier gezeigt werden soll, der Menschenrechtsverein. Heute jedoch, 13 Jahre nach dem Militärputsch vom 12. September 1980, wird türkische Politik wieder von militärischen "Lösungen" bestimmt, die türkische Presse wieder von einer Kriegsberichterstattung dominiert. Die ständig zunehmende Gewalt beherrscht das Denken und Fühlen. Welchen Wirkungsraum läßt diese militarisierte Situation überhaupt noch für soziale Bewegungen wie der Menschenrechtsbewegung und welche internen Prozesse löst sie in ihnen aus?**

Neue soziale Bewegungen entstanden in der Türkischen Republik in einer Situation, in der die Möglichkeiten der politischen Partizipation durch den gesetzlichen Rahmen und die politische Praxis sehr stark eingeschränkt waren. Nach dem Putsch waren sämtliche demokratischen Institutionen vorübergehend außer Funktion. Das Parlament wurde aufgelöst, alle Parteien wurden verboten, die führenden Politiker mit Politikverbot belegt und viele von ihnen vor Gericht gestellt. Erst 1983 fanden die ersten Wahlen statt. Die



Militärs nutzten die drei Jahre ihrer direkten Herrschaft, um eine neue Verfassung erarbeiten und 1982 genehmigen zu lassen und zahlreiche Gesetze und gesetzesähnliche Bestimmungen zu verabschieden. Die Grundrechte waren so zwar zunächst formal gewährt, aber durch detaillierte Bestimmungen in ihrer Praxis stark eingeschränkt.

Ein wichtiges Instrument gegen die Opposition war die physische Ausschaltung ihrer Vertreter. 50 Menschen wurden zwischen 1980 und 1984 hingerichtet. Hunderttausende wurden festgenommen und inhaftiert. Durch systematische Folterungen an Menschen, die aus politischen Gründen festgenommen wurden, sollten die BürgerInnen davon abgeschreckt werden, sich oppositionell zu betätigen oder Aktivitäten auch nur zu unterstützen. Auch Angehörige von politisch Verfolgten waren von Folter bedroht. Daß die beabsichtigte Einschüchterung Wirkung zeigte, verweist auch auf das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft einerseits und zwischen der Linken und ihrer Basis andererseits.

### "Modernisierung" von oben als Hindernis für Demokratisierung

Seit dem Ende des Osmanischen Reiches war die Umstrukturierung von Staat und Gesellschaft immer von kleinen Eliten aus Militär, Bürokratie und Intelligentsia betrieben und von oben nach unten durchgesetzt worden. Um einen modernen unabhängigen Nationalstaat aufzubauen, wurde vom Kemalismus das Konzept einer Nation geprägt, innerhalb derer es keine ethnischen und Klassenunterschiede geben durfte.

Es lag in der Konsequenz dieser Ideologie, daß seit Beginn der Republik für einen unabhängigen politischen Ausdruck der verschiedenen Gruppen (wie z.B. KurdInnen, ArbeiterInnen, Frauen) innerhalb der Bevölkerung kein Raum gelassen wurde. Proteste und Aufstände wurden blutig niedergeschlagen, Notstandsgesetze erlassen. Wenn die Regierenden meinten, das Volk sei nun reif für mehr Demokratie, wurde der gesetzliche Rahmen gelockert. Er wurde jedoch wieder eingeschränkt, wenn das Volk die ihm gewährten Freiheiten nutzte und so die Stabilität gefährdete. Durch die ständigen Gesetzesveränderungen gab es keinen verläßlichen rechtsstaatlichen Rahmen, innerhalb dessen die BürgerInnen ihre Rechte wahrnehmen und einklagen konnten. Die Rechte der "Nation" standen weit über Gruppeninteressen; Menschenrechte im Sinne der individuellen Rechte von BürgerInnen hatten keine verankerte Tradition in Staat und Gesellschaft.

### Die Frühphase des Menschenrechtsvereins und sein Beitrag zur Demokratisierung

Die Menschenrechtsbewegung entstand also Mitte der 80er Jahre nicht, weil es positive Bedingungen für sie gegeben hätte, sondern als Gegenreaktion auf ein politisches System, in dem fast jegliches außerparla-



**Wartende Frauen vor dem Gefängnistor**

mentarische politische Engagement mit schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen geahndet wurde, und vor dem Hintergrund einer Gesellschaft, die dies kritiklos hinzunehmen schien. Der Menschenrechtsverein war von Anfang an selbst Repressionen ausgesetzt. Es erfolgte jedoch keine Kriminalisierung, weil er nicht mit einer bestimmten politischen Richtung zu identifizieren ist, sein Anliegen große nationale und internationale Legitimität genießt, er sich auf türkische Gesetze und internationale Abkommen bezieht und er zudem juristisch gut beraten wird.

Getragen wurde die Menschenrechtsbewegung v.a. von den direkt Betroffenen, den Angehörigen der politischen Gefangenen, die Nachforschungen über den Verbleib und den Zustand ihrer Kinder, Geschwister und EhepartnerInnen anstellten. Sie erlebten an ihren Verwandten, oft aber auch am eigenen Leib die Willkür, Unmenschlichkeit und Grausamkeit von VertreterInnen des Staates und lernten sich beim stundenlangen Warten vor den Gefängnistoren kennen. Hier fanden auch die ersten Protestaktionen gegen die Schikanen der Gefängnisleitung statt. Es handelte sich oft um spontane Reaktionen der betroffenen Frauen, die aus unterschiedlichen Schichten und Altersgruppen kamen und meist zum ersten Mal politisch aktiv wurden.

Durch ihr beharrliches und mutiges Engagement, das zu Besuchen bei den zuständigen Stellen und Solidaritätsaktionen mit den Hungerstreiks der Gefangenen ausgeweitet wurde, gelang es ihnen allmählich, das Thema Menschenrechtsverletzungen, das bis dahin totgeschwiegen worden war, in die Presse zu bringen. So wurde 1985 in Zeitungen und im Parlament die Frage aufgeworfen, ob es in der Türkei politische Gefangene und Folter gebe, ob Beamte das Recht hätten, BürgerInnen zu mißhandeln.[1]

1986 gründeten 90 Angehörige der politischen Gefangenen, AnwältInnen und Intellektuelle den türkischen Menschenrechtsverein (Insan Haklari Dernegi IHD)[2], der ein Jahr später offiziell zugelassen wurde. Er konnte nicht nur internationale Organisationen mit Informationen zur Menschenrechtssituation versorgen, sondern auch der türkischen Öffentlichkeit mit seinen Berichten und Aktionen für eine Generalamnestie, gegen Folter und Todesstrafe vor Augen führen, daß der türkische Staat immer wieder gegen seine eigenen Gesetze und die internationalen Abkommen, die er ratifiziert hat[3], verstößt. Auf diese Weise konnte allmählich in der Bevölkerung das Bewußtsein verbreitet werden, daß auch der Staat Unrecht begeht und daß es deshalb legitim und notwendig ist, wenn die Gesellschaft ihn kontrolliert. Eine solche Haltung stellt einen fundamentalen Bruch mit der oben beschriebenen etatistischen Tradition dar und bildet ein wichtiges Fundament für eine Demokratisierung des Politikverständnisses.

Die Schärfung des Bewußtseins für die grundlegenden politischen Menschenrechte drückte sich darin aus, daß immer breiter und offener in den Medien über Menschenrechtsverletzungen in der Türkei und Türkisch-Kurdistan berichtet wurde. Der Staat sah sich genötigt, Stellung zu beziehen und zumindest der äußeren Form nach Zugeständnisse zu machen. Zunächst einzelne PolitikerInnen, später auch Parteien griffen das Thema auf, es wurden Untersuchungskommissionen zu schwerwiegenden Fällen von Menschenrechtsverletzungen gebildet, schließlich wurde eine Menschenrechtskommission im türkischen Parlament geschaffen und ein Staatsminister für Menschenrechtsfragen eingesetzt. Konkret konnte erreicht werden, daß, wenn auch nur vorübergehend, die Folter in den Gefängnissen zurückging, Haftbedingungen verbessert wurden, Gefangene mit ihren Verwandten Kurdisch sprechen konnten (als die Existenz dieses Volkes noch offiziell geleugnet wurde). Im April 1991 wurden nach jahrelangen Forderungen des IHD und anderer Menschenrechtsorganisationen endlich die berüchtigten Paragraphen des Strafgesetzbuches abgeschafft, mit denen linke und islamische politische Aktivitäten bestraft worden waren. Außerdem wurden zahlreiche Gefangene auf freien Fuß gesetzt und Organisationen wieder zugelassen. Seitdem erscheint das politische Klima im westlichen Teil der Republik liberalisiert. Andererseits behält sich der Staat mit dem gleichzeitig in Kraft getretenen "Anti-Terrorgesetz" weiterhin vor, mit harten Strafen gegen oppositionelle Medien und Organisationen vorzugehen. Außerdem wurde weder der "Straftatbestand des Separatismus" aufgehoben noch wurden die deswegen Inhaftierten amnestiert.

## Neue versus alte Bewegung: Die türkische Linke...

Die türkische Linke konnte sich nach ihrer bedingten Amnestie 1991 teilweise reorganisieren, aber nur noch eine marginale Rolle im politischen Leben einnehmen. Dies beruht einerseits auf den zahlreichen Repressionen und Einschränkungen, denen sie weiterhin ausgesetzt ist. Daß andererseits die türkische Linke im Gegensatz zu der Zeit vor dem Putsch keine breite Unterstützung mehr erhält, läßt sich aus der Retrospektive unter anderem dadurch erklären, daß sie inhaltlich und in ihrem Verhältnis zur Bevölkerung noch stark in der alten kemalistischen Tradition verwurzelt ist, somit elitär-modernistische Züge aufweist und so keine echte Alternative zum Staat bietet.

Die Linke kritisiert natürlich das kemalistische Konzept der Negierung von Widersprüchen zwischen den Klassen und erhebt demgegenüber den Anspruch, die Interessen



**Politische Gefangene, inhaftiert nach dem Putsch von 1980**

der unterdrückten Klassen zu vertreten. Andere Widersprüche in der Gesellschaft, die z.B. auf dem Geschlecht oder der Ethnizität beruhen, werden jedoch nur am Rande wahrgenommen; das Engagement und die politische Organisierung auf der Basis von Geschlecht oder Nation werden meist als schädlich angesehen, wenn sie nicht innerhalb der linken Organisationen stattfinden.

Dies hatte zur Folge, daß sich Gruppen wie z.B. KurdInnen und Frauen nicht wirklich von der linken Bewegung vertreten fühlten und sich nach deren vorübergehender Zerschlagung z.B. selbst als Frauen zu organisieren begannen bzw. sich verstärkt der kurdischen nationalen Bewegung zuwandten. Dieser Vernachlässigung der "Nebenwidersprüche" auf der ideologischen Ebene und der Verhinderung von interner Pluralität entsprechen meist auch die vorgesehenen Strategien des Gesellschaftswandels. Versuchten einige Gruppen zunächst noch mit Hilfe von Teilen des Militärs die Macht zu erlangen[1], überwogen auch in den späten 70er Jahren Kaderorganisationen, die einerseits um die Macht kämpften, andererseits das Volk ("die Massen") für die Revolution mobilisieren wollten. Dabei hatten die Linken oft dasselbe Verhältnis zum Volk wie die Kemalisten, meinten ihm "Wahrheiten" vermitteln und es erziehen zu müssen. So mußte sich die Bevölkerung wieder als Objekt statt als Subjekt der Politik fühlen.

## ...und die neuen sozialen Bewegungen

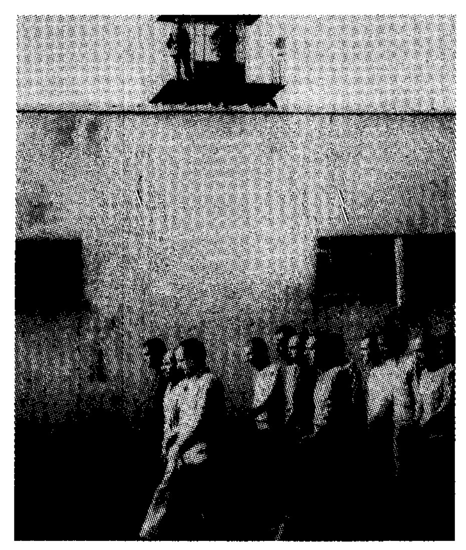
Daß sich die neuen sozialen Bewegungen, und speziell der Menschenrechtsverein, in dieser Beziehung von der alten Linken unterscheiden, bildet sicher einen Grund für ihre Attraktivität. Die direkt Betroffenen, die sich trotz widriger Umstände für die Lösung ihrer Probleme einsetzten, bilden einen wichtigen Teil der Basis des Menschenrechtsvereins. In den ersten Jahren des Menschenrechtsvereins waren es die Angehörigen, v.a. Mütter der politischen Gefangenen, die sich für die klassischen Menschenrechte einsetzten. Mit diesen Themen konnte der Menschenrechtsverein eine relativ breite Öffentlichkeit schaffen, gewisse Erfolge erzielen und Legitimität in den Augen der Gesellschaft gewinnen. Heute bestehen die lokalen Zweigstellen des Vereins aus zahlreichen Kommissionen, die sich für eine breite Palette von Menschenrechten einsetzen, z.B. Frauenrechte, Kinderrechte, Arbeiterrechte, die Rechte sexueller Minderheiten wie Homosexuelle und Transvestiten, das Recht auf Gesundheit etc. Der Verein scheint eine Art Generalanwalt für die Interessen von benachteiligten und z.T. schutzlosen Gruppen und Individuen geworden zu sein. Die Legitimität, die er sich erworben hat, ließ ihn zum einen zu einer Anlaufstelle für die jeweilig Betroffenen werden, die manchmal an speziellere Organisationen weitervermittelt werden können (z.B. mißhandelte Frauen an den feministischen Verein Lila Dach/Mor Cati). Zum anderen hat der Verein angesichts der weiterhin geltenden Einschränkungen politischer Partizipation mehr Möglichkeiten, sich wirksam einzusetzen, als andere Organisationen, weil er sich auf eine relativ breite Basis stützen kann und den gewissen Schutz einer nationalen und internationalen Anerkennung genießt. Das weitgefaßte Menschenrechtsverständnis des Vereins beruht also einerseits auf politischen Notwendigkeiten, hängt wahrscheinlich aber auch mit seiner Mitgliederstruktur zusammen.

Diese ist von einer internen Pluralität gekennzeichnet, die ein weiteres Element des Neuen dieser Bewegungen ausmacht. Der Verein kann nicht mit einer bestimmten politischen Richtung gleichgesetzt und dadurch kriminalisiert werden und hat die Möglichkeit, über ideologische Grenzen hinweg interessierte Öffentlichkeit anzuprechen.

## Menschenrechtsengagement angesichts der Eskalation der Gewalt in Kurdistan

Nach dem Aufschwung, den der Menschenrechtsverein bis 1990/91 erlebte, ist der Verein heute mit zahlreichen neuen Problemen konfrontiert, die seine Arbeit erschweren. Der wichtigste Grund dafür ist, daß sich die Türkische Republik heute nach außen hin demokratisch gibt, während tatsächlich Menschenrechtsverletzungen und Repressionen gegen jegliche effektive politische Opposition und gegen die kurdische Bevölkerung nach 1991 nicht ab-, sondern zugenommen haben. Immer häufiger wird z.B. gegenwärtig prokurdisches Engagement als separatistisch und terroristisch eingestuft, wodurch die Menschenrechtsverletzungen an KurdInnen besonders stark ansteigen.

Gegen die Menschenrechtsverletzungen an KurdInnen gibt es in der Türkei nur eine



Militärgefängnis in Marmak, Türkei

kleine Gegenöffentlichkeit. Dies erklärt sich zum einen aus dem in der türkischen Gesellschaft und selbst in der Linken verwurzelten Nationalismus. So fällt es selbst manchen Mitgliedern des Menschenrechtsvereins schwer, sich in gleichem Maße gegen Menschenrechtsverletzungen an KurdInnen zu wenden, wie sie das selbstverständlich bei TürkInnen machen würden. Einige linke BesucherInnen von Menschenrechtsveranstaltungen können es nicht ertragen, das Wort Kurdistan oder kurze Beiträge in Kurdisch zu hören.[5]

Ein weiterer Grund für das fehlende Engagement ist die berechtigte Angst vor Repression, der auch der Menschenrechtsverein wieder in verstärktem Maße ausgesetzt ist. So werden z.B. auch in Istanbul MitgliederInnen des Vorstands observiert, bedroht und angeklagt. Wegen separatistischer Propaganda ist der Verein von Schließung bedroht.[6]

Angesichts des ständig steigenden Ausmaßes der staatlichen Gewalt gegen KurdInnen sehen sich MenschenrechtlerInnen gezwungen, sich hauptsächlich mit der Kurdistanfrage zu beschäftigen, was einen Großteil der Arbeitskapazitäten absorbiert. Diese aufgezwungene Schwerpunktverlagerung führt jedoch dazu, daß der Verein vom Staat als "kurdische" Organisation dargestellt und auch von Teilen der türkischen Bevölkerung als solche wahrgenommen wird. Dies beeinträchtigt wiederum die Arbeit des Vereins, dem z.T. personelle Unterstützung entzogen wird und dessen Darstellungsmöglichkeiten in den Medien zurückgegangen sind.

Auch ein Großteil der türkischen Öffentlichkeit ist in der heutigen Situation nicht mehr offen für konsequente und neutrale Menschenrechtspolitik und verlangt eine einseitige Stellungnahme gegen die PKK. Sie wirft dem IHD PKK-Nähe vor (obwohl er deren Gewalt kritisiert), weil er betont, daß das Ausmaß der staatlichen Menschenrechtsverletzungen viel schwerwiegender ist. Im Oktober 1993 zwang die PKK durch Androhung von Gewalt die türkischen Parteien und Medien, ihre Büros in Kurdistan zu schließen, weil sie einseitig die Interessen des türkischen Staates zu Lasten des kurdischen Volkes vertreten würden. Dieses Vorgehen der PKK wurde vom Menschenrechtsverein eindeutig als Menschenrechtsverletzung kritisiert. Gleichzeitig wurden dadurch erneut interne Konflikte hervorgerufen. Einzelne MitgliederInnen können sich nicht wirklich mit den Zielen friedlicher Menschenrechtspolitik identifizieren. Anderen MitgliederInnen fällt es angesichts des Ausmaßes der staatlichen Gewalt schwer, weiterhin an friedliche Lösungen zu glauben und sie zu propagieren. Wieder andere sind zwar überzeugt, daß auch Menschenrechtsverletzungen der Opposition kritisiert werden müssen, fürchten jedoch, der Parteinahme für den Staat bezichtigt zu werden, wenn sie die PKK kritisieren. Diese vielfältigen Spannungen führen zum einen zu zahlreichen Diskussionen im IHD, die dessen Aktivitäten lähmen. Zum anderen dringen sie nach außen und beeinträchtigen so das Ansehen des Menschenrechtsvereins. Jedoch kann es auch als positive Entwicklung gewertet werden, daß es mit dem Menschenrechtsverein einen Ort gibt, an dem grundsätzliche Fragen des Demokratieverständnisses offen zwischen VertreterInnen verschiedener politischer Richtungen diskutiert werden.

Schon jetzt hat der Menschenrechtsverein als Teil der neuen sozialen Bewegungen in der Türkischen Republik einen wichtigen Beitrag zur Entstehung und Verbreitung eines neuen demokratischen Politikverständnisses geleistet. Durch die zunehmende Eskalation der Gewalt könnten jedoch diese Erfolge gefährdet sein. Kriegsberichterstattung und die damit verbundene militarisierte Atmosphäre dominieren die Öffentlichkeit und führen zu einer Verhärtung der Fronten, die Staat und Gesellschaft immer weniger empfänglich für friedliche und demokratische Vorstellungen macht. Angesichts der drohenden Verschärfung des "Anti-Terrorgesetzes" und der Gefahr von neuen Hinrichtungen ist jedoch konsequentes Menschenrechtsengagement weiterhin sehr wichtig. So bleibt zu hoffen, daß es dem Menschenrechtsverein und ähnlichen Organisationen gelingt, an dem Erreichten anzuknüpfen und sich trotz der extrem widrigen Umstände erfolgreich für die Verwirklichung der Rechte der Menschen und der Völker einzusetzen. Dies erfordert tatkräftige Unterstützung aus dem Ausland.

**Heidi Wedel**

**Anmerkungen:**

1) Z.B. Ugur Mumcu: Gibt es keine politischen Gefangenen?, in: Cumhuriyet 10.4.85, und Anfrage des HP-Abgeordneten Cüneyt Canver zur Folter, Cumhuriyet 6.6.1985.

2) Neben dem IHD gab und gibt es in der Türkei auch andere Menschenrechtsorganisationen. Dieser Artikel konzentriert sich jedoch auf den IHD, weil er nicht nur quantitativ die wichtigste Organisation ist, sondern auch, weil er verschiedene Stömungen unter einem politischen Dach vereint.

3) In der Türkei ist z.B. die Folter, die systematisch und weitverbreitet praktiziert wird, gesetzlich verboten. Außerdem hat die Türkei 1988 die Europäische Antifolterkonvention und das Übereinkommen der UN gegen die Folter ratifiziert.

4) Von 1968 bis zur "rechten" militärischen Intervention von 1971 gab es linke Gruppen, die mit Hilfe "fortschrittlicher" Militärs an die Macht zu kommen hofften. Danach existierten zwar noch linke Kräfte, die einen Putsch anstrebten, jedoch keine Hoffnungen mehr auf das Militär setzten.

5) Beobachtet und dokumentiert bei einer Veranstaltung des IHD zur Pressefreiheit am 16.11.93 in Istanbul.

6) Nach Aussagen eines Istanbuler Vorstandsmitgliedes gibt es heute im Verein die Tendenz, mit Verweis auf die Gefahr der Konfiszierung, das Wort Kurdistan nicht mehr in schriftlichen Veröffentlichungen zu verwenden, obwohl das Gegenteil bei der Jahreshauptversammlung des IHD beschlossen wurde.

# Befreiung in den Staat?

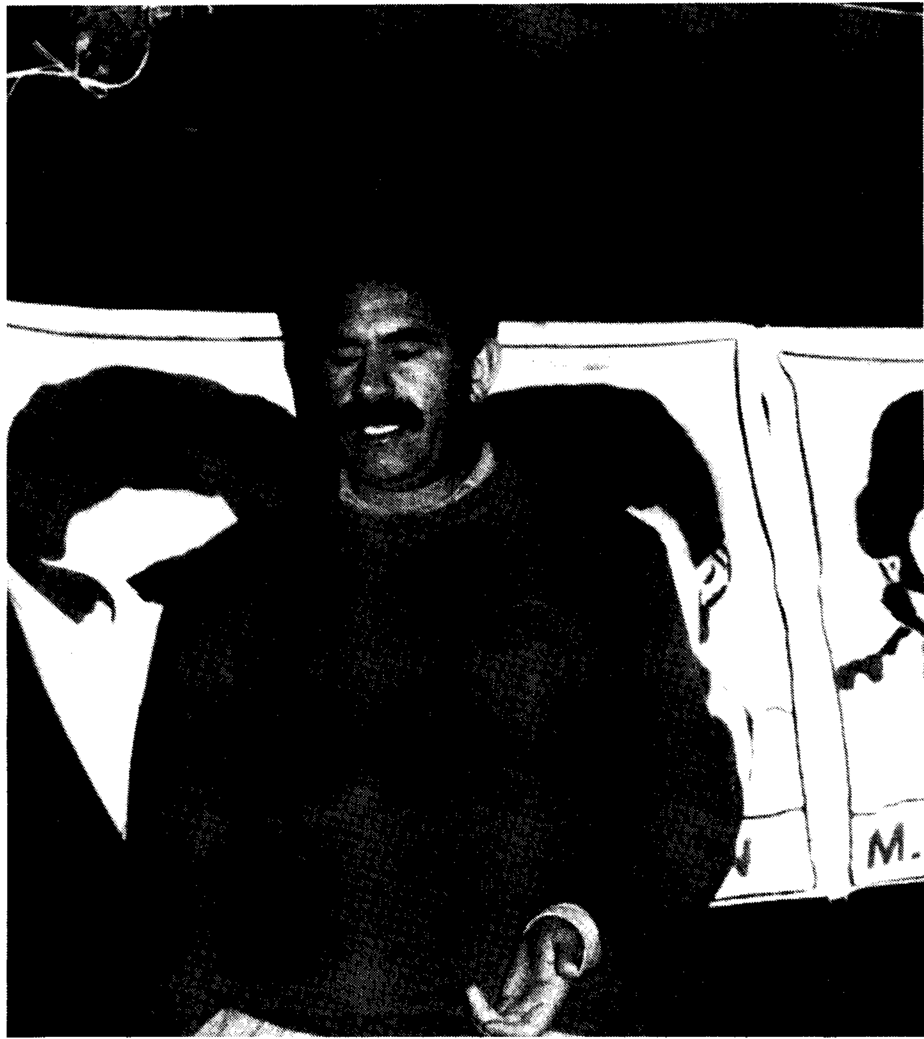
## Die soziale Programmatik der PKK

**Die Partei der Arbeiter Kurdistans[1] ist als nationale Befreiungsbewegung marxistisch-leninistischer Prägung ein rätselhaftes Phänomen: Sie entspricht einem Typus von Partei, der weltweit an Bedeutung verliert, und zugleich ist die PKK ausgesprochen erfolgreich. Offenbar werden glatte Charakteristika wie "Nationalismus", "Marxismus" usw. den speziellen Bedingungen, innerhalb derer die PKK agiert, nicht gerecht. Das Phänomen hat also eine gewisse Eigentümlichkeit, zu deren Beschreibung allgemeine politische (Kampf-)Begriffe nicht unbedingt nützlich sind. Wichtige Begrifflichkeiten der PKK sollten daher auf ihren konkreten Gebrauch sowie ihren politischen und sozialen Kontext hin untersucht werden.**

Wie in anderen nationalen Befreiungskämpfen werden Fragen der Wirtschaft und der Sozialpolitik eng mit der nationalen Identität verknüpft. Die PKK betrachtet Kurdistan als eine Kolonie der Türkei.[2] Als Lieferant von Rohstoffen und landwirtschaftlichen Produkten sowie als Absatzmarkt für die Industrieprodukte der Türkei, politisch ohne staatliche Eigenständigkeit, entspricht die Wirtschaft Kurdistans auch tatsächlich weitgehend dem klassischen Verständnis einer Kolonie. Daß es soziale Gegensätze auch innerhalb der kurdischen Gesellschaft gibt, wird nicht geleugnet. Die soziale Frage aber wird der nationalen Frage untergeordnet. Dies hängt mit der Entwicklung der traditionellen kurdischen Gesellschaft zusammen.[3] Mit dem Erstarken des modernen Staates, seines Rechts- und Verwaltungsapparats und Änderungen in der landwirtschaftlichen Produktionsweise wurde die ehemalige Führungsschicht der kurdischen Gesellschaft, bestehend aus Aghas und Scheichs[4], ihrer traditionellen Aufgaben beraubt. Ihre materiellen Privilegien verschwanden damit aber nicht. Statt auf die traditionell entrichteten Abgaben stützt sich nun ihr Reichtum auf staatlich garantierten Großgrundbesitz. So wurden sie zu natürlichen Verbündeten des Staates. Nicht nur, daß sie ihre Stellung als Zuträger des türkischen Geheimdienstes mißbrauchen. Seit Beginn des bewaffneten Kampfes spielen sie auch eine entscheidende Rolle bei der Aufstellung der Dorfschützermiliz. So bleibt die Landfrage eine der sozialen Sprengsätze der kurdischen Gesellschaft, die der türkische Staat nicht entschärfen kann, weil er die Aghas zur Beherrschung Kurdistans braucht. Drastisch beschreibt der Soziologe Ismail Besikci dieses Verhältnis zwischen Großgrundbesitz und Staat, indem er die Großgrundbesitzer als "Agentenklasse" charakterisiert.[5] Die PKK bezeichnet sie normalerweise als "Kompradorenklasse". In der Beseitigung dieser feudalen Klasse fallen dann nationaler Kampf und Klassenkampf zusammen. Die PKK sieht also wesentliche Probleme der kurdischen Gesellschaft als von außen induziert an. Im Gegensatz zu einigen rein nationalistischen Bewegungen in Europa behauptet sie aber nicht, ihre Unterdrücker seien in Wirklichkeit fremder Abstammung.[6]

Das "Manifest" des Gründungsparteitages[7] hält diesen Vorrang der nationalen Frage fest: "Der Hauptkonflikt des Landes ist von nationaler Qualität und die Lösung aller anderen Konflikte hängt von der Lösung dieses Hauptkonfliktes ab. Angefangen bei der Nichtentwicklung der Produktivkräfte, der nationalen Geschichte, Sprache und Kultur, bis hin zur Dominanz der Dunkelheit des Mittelalters..." Erst nach der nationalen demokratischen Revolution beginnt "ohne Unterbrechung der Übergang zur sozialistischen Revolution." Die neue Wirtschaft konkretisiert sich auf der Ebene der Volksdemokratie. Dieses System erlaubt "den Staatssozialismus, das Genossenschaftswesen und das Privateigentum" und steht "unter der Leitung eines zentralen und befehlsermächtigten Instituts für Staatsplanung." Vage, wie sie sind, lassen diese Formulierungen verschiedene Wirtschaftsmodelle zu, selbst das gemischte System der türkischen Wirtschaft der siebziger Jahre ließe sich mit solchen Begriffen zu einem guten Teil erfassen. Auch der Zusammenbruch des Realsozialismus hat bei der PKK zwar zu einer unpräzisen Kritik an den "Krankheiten des Bürokratismus", aber nicht zu einer neuen ökonomischen Theorie geführt. Es drängt sich die Fra-






**Generalsekretär der PKK, Abdullah Öcalan, bei einer Rede**

ge auf, ob die PKK wirklich für ein neues Wirtschaftssystem oder vielmehr für eine neue Identität und Autorität kämpft.

## Ein Staat werden

Die Haltung der PKK zu einem eigenen Staat muß vor dem Hintergrund der jüngeren kurdischen Geschichte gesehen werden. Andere Formen der Verbesserung des kurdischen Status als die Eigenstaatlichkeit hat es in Teilen Kurdistans schon mehrfach gegeben. Immer gingen sie aus einer Schwäche des jeweiligen Nationalstaates hervor und immer waren sie null und nichtig, sobald dieser wieder erstarkte. Das beginnt mit der Mißachtung der im Lausanner Friedensvertrag 1923 festgelegten Minderheitenrechte durch die Türkische Republik und setzt sich fort in den Versuchen einer Autonomie unter Mustafa Barzani Anfang der siebziger Jahre im Irak, den enttäuschten Hoffnungen nach der iranischen Revolution 1979 und dem gescheiterten Versuch einer erneuten Autonomie im Irak unter Celal Talabani 1985. Auch die Erfahrung mit der sogenannten "UNO-Schutzzone" im Nordirak, die von den Nachbarstaaten fast nach Belieben angegriffen wird, gehört hierher. In seinem 1990 erschienen Buch "Zwischenstaatliche Kolonie Kurdistan" veranschaulicht Ismail Besikci[8] eine weitere Erklärung des kurdischen Wunsches nach Eigenstaatlichkeit. In einem fiktiven Dialog läßt er einen kurdischen Bauern sagen: "Mein Herr, um mit einem Staat zu kämpfen, muß man selber einen Staat haben. Wir sind ein armes und ungebildetes Volk. Der türkische Staat hingegen ist groß und mächtig. Er hat eine Armee. Er hat Flugzeuge, Panzer, Kanonen und Gewehre. Er hat die Polizei, das Gefängnis, die Polizeiwachen, die Schulen, die Zeitungen, das Radio, einfach alles. Was haben wir? Nichts." Diese Antwort des Bauern enthält zwei für die Entwicklung des Kampfes der PKK wichtige Überlegungen. Einmal, daß die Macht des Staates nicht nur aus seinem bewaffneten Repressionsapparat besteht; zum andern, daß man, um gegen den Staat zu kämpfen, so etwas wie einen eigenen Staat bräuchte, der eigene Staat also nicht nur der Lohn des Kampfes, sondern auch sein Mittel sein kann. Atatürks Staat soll mit den eigenen Instrumenten besiegt werden: mit dem kemalistischen Fetisch Staat. So beginnt die PKK mehr und mehr, sich wie ein Staat zu verhalten. Eigene Fahnen und Zeremonien haben auch andere Widerstandsbewegungen, aber welche Befreiungsmiliz hat je für ihr Gebiet Visa verlangt und Stempel in Pässe gedrückt? In Europa hat die PKK Wahlen zu einem kurdischen Nationalparlament durchgeführt. In Kurdistan erläßt die PKK sogar Gesetze. Alkohol und Glücksspiel wurden verboten, ebenso der Empfang des staatlichen Fernsehens, die Antennen mußten abgebaut werden. Klagen sollen nicht mehr vor türkischen Gerichten, sondern vor der Guerilla verhandelt werden. Der Dienst in der türkischen Armee und das Zahlen von Steuern an den türkischen Staat sind untersagt, Parteibüros wurden geschlossen, die Zeitungen der regimetreuen Presse dürfen nicht mehr verteilt werden, Journalisten wurden ausgewiesen, die internationale Presse braucht eine Erlaubnis, vergleichbar der Akkreditierung bei einem richtigen Staat. Durchgesetzt werden die Verbote notfalls mit Gewalt. Wie weit sie befolgt werden und was sie an Konflikten auslösen läßt sich nur schwer beurteilen. Einige, wie das Alkoholverbot, haben aber zu sichtbaren Veränderungen geführt. Ein wichtiges Beispiel für die Bekämpfung eines staatlichen Dienstleistungssystems sind die Schulen. Fast 5 000 türkische Schulen wurden in Kurdistan geschlossen. In der Zeitschrift Berxwedan[9] wird das so resümiert: "Die Einrichtungen der kolonialistischen Assimilation wurden geschlossen." Der Aufbau des kurdischen Staates geschieht nicht in befreiten Gebieten[10], in denen die Staatsmacht gar nicht mehr präsent ist, sondern quasi unter den Augen des verblüfften türkischen Staates. Die Antennen verschwinden von den Dächern, der Alkohol aus den Regalen der Geschäfte, die Zahl der Streitfälle vor Gericht geht zurück, die verängstigten Lehrer verlassen die Schulen. In Ankara denkt man mittlerweile über drakonische Strafen nach, selbst für das Abmontieren einer Antenne, und hat noch immer nicht begriffen, daß mit Repression der PKK nicht beizukommen ist.

Die PKK kommt also nicht mit einem Programm für eine neue Gesellschaft daher, sondern mit einem neuen Staat. Was die PKK an Programmatik anbietet, unterscheidet sich kaum von den Positionen konkurrierender kurdischer Parteien zu ihrer Gründungszeit. Die PKK-Programmatik ist in Sachfragen wenig konkret und wird kaum weiterentwickelt. Die Parolen der PKK enthalten keine sozialen Forderungen wie "Land für alle", "Brot für alle", sondern beziehen sich auf den Kampf um Kurdistan, auf die Partei, ihren Vorsitzenden usw.. Der Sozialismus, auf dessen Verwirklichung weiter bestanden wird, ist so ein leerer Begriff. Woher sollte aber das Vertrauen in ein Programm in Kurdistan auch kommen? In der traditionellen kurdischen Gesellschaft wandte man sich immer an eine personale Autorität, nicht an geschriebenes Recht. Der türkische Staat trat vor allem als neue Autorität mit ziemlich willkürlicher Gewalt auf. Auf den Behörden fühlen sich die einfachen Leute hauptsächlich als Bittsteller, abhängig von der Gnade eines möglichst hohen

Beamten. Die soziale Sicherheit liegt weiter fast ausschließlich bei der Familie. Der Staat, dessen Fehlen Besikci's Bauer beklagt, ebenso wie die Partei, mit ihrem populären Oberhaupt Abdullah Öcalan[11], sind eben wieder so eine Autorität, aber endlich eine, die nicht als feindlich empfunden wird und gleichzeitig stark genug erscheint, um selbst gegen Staaten Schutz zu gewähren.[12] Darin liegt der wesentliche Grund des Rückhalts, den die PKK in der kurdischen Bevölkerung genießt. Sie greift die Erfahrung kultureller und wirtschaftlicher Unterdrückung, der Marginalisierung oder drohenden Marginalisierung eines großen Teiles der kurdischen Gesellschaft auf, und sie ist die einzige Partei, die sich in der Lage sieht, dem türkischen Staatsterrorismus Paroli zu bieten. Auch ohne dezidierte soziale Programmatik[13] und vor dem Hintergrund autoritärer Strukturen in der kurdischen Gesellschaft selbst, wird der bewaffnete Kampf der PKK gegen die Unterdrückung der kurdischen Minderheit und die Bedrohung ihrer Identität als befreiender Schritt erlebt. Dieses subjektive Moment des praktizierten Widerstands entspricht auch einem Hauptziel der PKK:

## "Den neuen Menschen zu entwickeln"[14]

Anstelle einer konkreten sozio-ökonomischen Programmatik taucht in den Schriften der PKK und den Äußerungen ihres Vorsitzenden Öcalan immer wieder die Betonung der Avantgarderolle der PKK und deren Bedeutung für die Schaffung eines "neuen Menschen" auf. Von der PKK selbst wird in diesem Zusammenhang auf eine gewisse Affinität zur kubanischen Revolution und dem Guevarismus verwiesen. Bereits im "Manifest" von 1978 wird der Rolle einer politisierten und organisierten Avantgarde zentrale Bedeutung beigemessen:"Den Völkern und Klassen wurde das Bewußtsein in allen Phasen der Geschichte von außen übertragen. Eine von der Produktion losgerissene 'Minderheit' stellt die Theorie und versucht, diese von außen zur Theorie des Volkes zu machen. Für die Kolonialvölker kann eine nationale Befreiungsbewegung nicht zustandekommen,ohne daß eine patriotische Jugend - und Intellektuellenbewegung unter Führung einer bewußten und organisierten 'Minderheit' hervorgebracht wird."[15] Es wird kein Zweifel daran gelassen, daß der PKK als führender politischer Organisation, der unter ihrer Führung gebildeten Nationalen Befreiungsfront (heute als ERNK realisiert) und der von dieser politischen Struktur geführten Volksarmee (heute die Guerillaeinheiten der ARGK) diese Aufgabe der nationalen Befreiungsbewegung zukommt. Doch begnügt sich die PKK nicht mit einer Begründung ihrer Avantgarderolle auf der Basis solcher Überlegungen auf revolutionstheoretisch/-strategischer Ebene. Es ist ihr vielmehr ein besonderes Anliegen, daß sich in der von ihr geführten kurdischen Revolution ein neuer Menschentyp bildet und selbst verwirklicht, der in der Lage ist, einen Sozialismus jenseits der Fehlentwicklungen bisher erprobter sozialistischer Modelle zu entwickeln und darüber der kurdischen Revolution eine über die Konstituierung als Nation weit hinausgehende universelle Bedeutung für die Entwicklung der Menscheit zum Sozialismus zu verleihen. Diese Rhetorik zielt neben einer allgemeinen Verstärkung der ideologischen Legitimation des bewaffneten Befreiungskampfes der PKK erkennbar auf zwei Punkte: die Abgrenzung sowohl gegenüber den diskreditierten realsozialistischen Modellen sowjetischen Typs unter Betonung des originär kurdischen Beitrages zur sozialistischen Idee als auch gleichzeitig gegenüber den als "primitiver Nationalismus" bezeichneten bürgerlich - nationalistischen Strömungen bzw. Befreiungsbewegungen. Denen wird die Orientierung auf den sozialistischen Internationalismus entgegengesetzt.[16] Ein hervorstechendes Merkmal bei den Bestimmungen des Sozialismus der PKK in den Gedanken Abdullah Öcalans und anderer ist daher die Betonung subjektiver Faktoren wie Wille, Moral und ideelle Werte. "Ohne jeden Zweifel stehen die sozialen Entwicklungen in Beziehung mit den dahinterstehenden ökonomischen Entwicklungen. Trotzdem spielt aber der Aspekt der Moral und des Willens eine große Rolle. Der wesentliche Aspekt, der unserer Überzeugung nach viel zur Verwirklichung des Sozialismus beiträgt, ist der Aspekt der Moral. Diesen Aspekt halten wir für wichtiger als den ökonomischen Aspekt."[17](!). Entsprechend stellt sich für Öcalan das Problem der revolutionären Praxis: "Wenn wir den Sozialismus schaffen wollen, dann müssen wir zunächst einmal innerhalb unserer eigenen kleinen Kerne den Menschen schaffen, der den Sozialismus aufbauen soll...Wir bezeichnen das als Problem bei der Praxis der Militanten. Diejenigen, die den Sozialismus ernst nehmen wollen, haben das Problem, wie sie sich selbst zu Sozialisten erziehen, wie sie eine intensive Schulung ihrer Gefühle und Gedanken...gestalten können."[18] Der Schulung und Erziehung der kurdischen Revolutionäre zu einer "feste(n) Persönlichkeit und eigene(n) Identität" durch die PKK kommt daher besondere Bedeutung zu.

Eine Interpretation des Avantgardekonzeptes der PKK aus den gegebenen Bedingungen im türkisch besetzten Teil Kurdistans legt der bereits erwähnte Soziologe Ismael Besikci unter Bezug auf Frantz Fanon nahe: "Gesellschaften und Menschen, die sich nicht gegen Unterdrückung auflehnen und sich ihr ergeben, sind im Innersten verletzt. Frantz Fanon macht deutlich, daß es sehr schwierig ist, das Volk in einer solchen Atmosphäre zu organisieren und auf die Ebene des Kampfes mit der Kolonialmacht zu heben...Wenn ein Aktivist den ersten Schuß gegen den kolonialistischen und imperialistischen Staat abgibt, tötet er eigentlich sich selbst. Nach Frantz Fanon tötet der erste Schuß die versklavte, unterdrückte und die in ständiger Angst lebende Persönlichkeit dieses Menschen...Es wird ein Mensch daraus, der zu sich selbst, zu seiner Familie, seinen Landsleuten und seiner Nation Vertrauen hat."[19]. Besikci, der betont, daß es sich bei diesem "ersten Schuß" auch um ein antikoloniales Presseerzeugnis handeln kann, bewegt sich mit dieser Interpretation nahe am Selbstverständnis der PKK. Abdullah Öcalan hat selbst in Interviews betont, wie schwer es ihm gefallen ist, seine alte kurdische "Sklavenmentalität" zu überwinden. Es wird deutlich, daß die Betonung des "neuen Menschen" und der moralisch gefestigten Persönlichkeit im Avantgardekonzept der PKK viel zu tun hat mit der Mobilisierung identitätsstiftender Ressourcen zur Verwirklichung des nationalen Befreiungskampfes gegen den türkischen Staat und für die notwendige Konstruktion der "Realfiktion" (Detlev Claussen) Nation unter den spezifischen Bedingungen Kurdistans.

## Die Bedeutung des Befreiungskampfes der PKK für die kurdischen Frauen

Die einschneidensten sozialen Veränderungen für die kurdische Gesellschaft hat der kurdische Befreiungskampf vielleicht hinsichtlich der Rolle der Frauen mit sich gebracht, die zwar mit diesem in enger Beziehung stehen, sich aber nicht nur aus der Programmatik und der Haltung der PKK zu Problemen von Männerherrschaft und Frauenunterdrückung erklären lassen. Frauen haben, ausgehend von ihrer familiären Verbundenheit mit KämpferInnen und AktivistInnen der PKK, als Mütter oder Schwestern eine entscheidende Rolle bei der Verbreiterung der sozialen Basis des kurdischen Befreiungskampfes gespielt. Sie spielten bei der staatlich geforderte Ächtung ihrer als



**Emblem des kurdischen Frauenverbands YJWK**



**"Die Befreiung der Frau spielt auch in der Programmatik der PKK eine große Rolle"**

"Terroristen" inhaftierten Kinder und Angehörigen nicht mit und begaben sich in die Öffentlichkeit der Städte, um mit Hilfe von Anwälten bei Gericht, auf den Polizeistationen und Gefängnissen zu intervenieren, organisierten sich in Angehörigengruppen und bei den Menschenrechtsvereinen. Gemessen am Standard des traditionellen islamischen Rollenverständnisses kam dieses eigenständige Agieren in einer öffentlichen Auseinandersetzung mit der türkischen Gerichtsbarkeit und den Instanzen des Sicherheitsapparates einem revolutionären Schritt gleich, zumal es oft gegen den erklärten Willen konservativer Ehemänner und anderer männlicher Familienangehöriger stattfand und einen Bruch mit diesen zur Konsequenz hatte. Auch der massenhafte Eintritt von Frauen in die Reihen des bewaffneten Kampfes - ca. 1/3 der PKK-Guerilla soll aus Frauen bestehen - bedeutet einen entscheidenden Bruch mit den bestehenden Familientraditionen und hat sicher zu einer Veränderung im islamisch geprägten geschlechtspezifischen Rollengefüge der kurdischen Gesellschaft geführt. Die Befreiung der Frau in der kurdischen Gesellschaft spielt auch in der Programmatik der PKK eine große Rolle, A. Öcalan hat mehrere Schriften zum Thema Frau und Familie verfaßt. In programmatischen Aussagen des kurdischen Frauenverbands YJWK (Union der patriotischen Frauen Kurdistans) wird betont, daß die nationale Befreiung nicht identisch ist mit der Befreiung der Frau. Es wird jedoch deutlich, daß der nationale Befreiungskampf unter der Führung der PKK den Rahmen bildet, in dem auch die weitergehende gesellschaftliche Befreiung der Frau gesehen wird. In einem Artikel von Frauen des YJWK[20] wird dieses Verhältnis näher dargestellt: "Es ist nicht ganz zutreffend, das (die Solidarisierung von Frauen mit den Gefangenen, d.V.) als eine Frauenbewegung zu bezeichnen. Auch die breite Beteiligung der Frauen bei der Unterstützung der Guerilla und im Zusammenhang mit den gefallenen Märtyrern in den letzten Jahren ist vom Charakter her keine Frauenbewegung. Aber ein solcher Aufbruch der Frauen innerhalb der Strukturen des Kampfes, ihre offene Aktion gegen den Feind, führt zwangsläufig auch dazu, daß die eigenen Probleme und Forderungen der Frauen auf die Tagesordnung kommen." Es bestehe dennoch die Gefahr, "daß alles im Rahmen der politischen nationalen Befreiungsbewegung bleibt, daß die politische und soziale Identität als Frau nicht wirklich...unter dem Frauenaspekt geklärt wird." Mit Sicherheit läßt sich festhalten, daß die durch den Befreiungskampf erreichten Veränderungen im Selbstverständnis und Handeln der kurdischen Frauen nicht vollständig an dessen Schicksal gebunden sind. Es stellt sich jedoch die Frage, ob es sich bei den im Befreiungskampf gemachten Erfahrungen der kurdischen Frauen um Einbrüche in bestehende gesellschaftliche Verhältnisse handelt, die sich auch bei einem Scheitern der PKK bzw. wie auch immer gearteten Rollback gegen weibliche Selbstbestimmung nicht einfach zurückdrehen lassen.

Die PKK steht für eine entschiedene Modernisierung der kurdischen Gesellschaft. Aus der Beseitigung der türkischen Herrschaft und der Aufhebung des Druckes der mit ihr verbündeten Klasse der Aghas verspricht die PKK "die Befreiung der Frauen, der Bauern, der Minderheiten, des gesamten gesellschaftlichen Baues." Indem die PKK für die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen Massenorganisationen aufbaut, gibt sie der Emanzipation der Unterdrückten Gestalt und macht diese Emanzipation auch zu einem wichtigen Faktor ihres Erfolges. Am sichtbarsten wird das am Beispiel der Frauen. Daß sich diese Modernisierung durch Emanzipation der gesellschaftlichen Gruppen gegen den türkischen Staat richtet, ist folgerichtig. Schließlich hat dieser mit seiner Angst vor unkontrollierten politischen Bewegungen in Kurdistan, durch das Bündnis mit den konservativen Kräften der kurdischen Gesellschaft und der Vernachlässigung des Bildungssystems und der wirtschaftlichen Entwicklung bisher eine solche Modernisierung verhindert. Andererseits ist für uns auch die Tendenz klar erkennbar, die emanzipatorischen und potentiell divergierenden Kräfte der Gesellschaft zu bündeln und damit letztlich auch wieder zurückzuschrauben. Dazu gehört die offenbare Vernachlässigung von Sachfragen und konkreten sozialen Forderungen, der Avantgardegedanke usw.. Ihr kommt dabei ein autoritätsorientiertes Denken entgegen, dessen soziale Wurzeln tief in die Geschichte zurückreichen. Wenn Abdullah Öcalan feststellt, "daß die Entwicklungen, die in der Geschichte anderer Nationen Jahrhunderte lang gedauert haben, in der Geschichte Kurdistans in diesen vergangenen 14 Jahren vollzogen wurden", so hat er damit nur zum Teil recht. Die alten Autoritätsverhältnisse werden von der PKK zwar bekämpft, neue drohen sich aber innerhalb der Partei neu zu bilden.

**Jan Keetman/Udo Wolter**

**Anmerkungen:**

1) Wörtliche Übersetzung von "Partiya Karkerên Kurdistan", PKK.

2) Abdullah Öcalan, Kürdistan Devriminin Yolu (Manifesto), zitiert nach der 5. Auflage, Köln, 1993; S. 121ff. Abdullah Öcalan ist seit Gründung der PKK am 27. 11. 1978 deren Vorsitzender. Das Manifest wurde auf dem Gründungsparteitag der PKK als Sichtweise der Partei angenommen.

3) Das Verhältnis von Großgrundbesitz, traditioneller Gesellschaft und Staatsgewalt beschreibt Martin von Bruinessen in seinem Standardwerk Agha, Scheich und Staat, Politik und Gesellschaft Kurdistans, Berlin 1989.

4) Ursprünglich Clan- und Stammesführer sowie Lehrmeister der von Atatürk verbotenen religiösen Orden. Vgl. Fußnote 3.

5) Ismail Besikci, Devletlerasi somürge Kurdistan, Istanbul 1990. Zitiert nach der deutschen Übersetzung: Kurdistan, Internationale Kolonie, Frankfurt a.M. 1991, S. 113ff..

6) Dies geschieht z.B. in der ehemaligen Sowjetunion, wenn die herrschende Klasse von solchen Bewegungen als "vejudet" charakterisiert wird.

7) Das Manifest verteidigt die Eigenstaatlichkeit als einzige richtige Lösung für Kurdistan. Allerdings hat Abdullah Öcalan bei der Verkündigung des einseitigen Waffenstillstandes der PKK im Frühjahr `93 in dieser Frage Flexibilität angedeutet. Eine völlige Klarheit besteht für uns nicht.

8) Siehe Fußnote 5. Der dort angegebene Titel der deutschen Übersetzung ist ungenau.

9) Nr. 165 vom 15. 11. 93.

10) Der türkische Staat hat einige Militärposten räumen müssen und seine Autorität bröckelt regional unterschiedlich ab. Andererseits kann die PKK nirgends einen festen Stützpunkt innerhalb der türkischen Grenzen vorweisen.

11) Meist mit dem Vokativ von "ap" "Onkel (väterlicherseits)" Apo genannt.

12) Einen ähnlichen Gedanken enthält bereits das aus dem 17. Jahrh. stammende kurdische Nationalepos Mem û Zin: "Wenn wir einen König hätten ...hätte man auch nach uns gefragt." Zit. n. Besikci, a. a. O. S. 222.

13) In ihrer Anfangsphase engagierte sich die PKK allerdings stark bei der Organisierung von militanten Landbesetzungen. Dies verschaffte ihr große Sympathien bei der landlosen Agrarbevölkerung. Heute nimmt die Landfrage einen relativierten Status gegenüber der nationalen Befreiung ein.

14) Überschrift eines Beitrages in Kurdistan Report, Nr. 52, 1992, S. 21.

15) aus dem Manifest S.153.

16) Zentrale Kritikpunkte am sowjetmarxistischen Sozialismus bestehen neben dem Bürokratismus daher im "Verlust der Moral, der Reduktion auf das Materielle" (Öcalan) - wie auch am Kapitalismus vor allem der grenzenlose Konsumismus gegeißelt wird.

17) Ali Firat, Kurdistan Report Nr.55, S.26.

18) A. Öcalan in Kurdistan Report Nr. 50, Sonderbeilage S. X.

19) I. Besikci 1991, a.a.O. S.57.

20) Nicht namentlich gekennzeichneter Beitrag im Kurdistan Report Nr. 44, 1992, S. 18.

# Register der Nummern 187-194
## Jahrgang 1993

## Länderregister

## Sachregister

**Minderheiten** (siehe auch Indígenas)


**Nationalismus**


**Nichtregierungsorganisationen (NGO)**


**Ökologie**


**Rassismus**


**Rezensionen**


**Rüstung**


**Solidaritätsbewegung**


**Tourismus**


**Transnationale Konzerne**

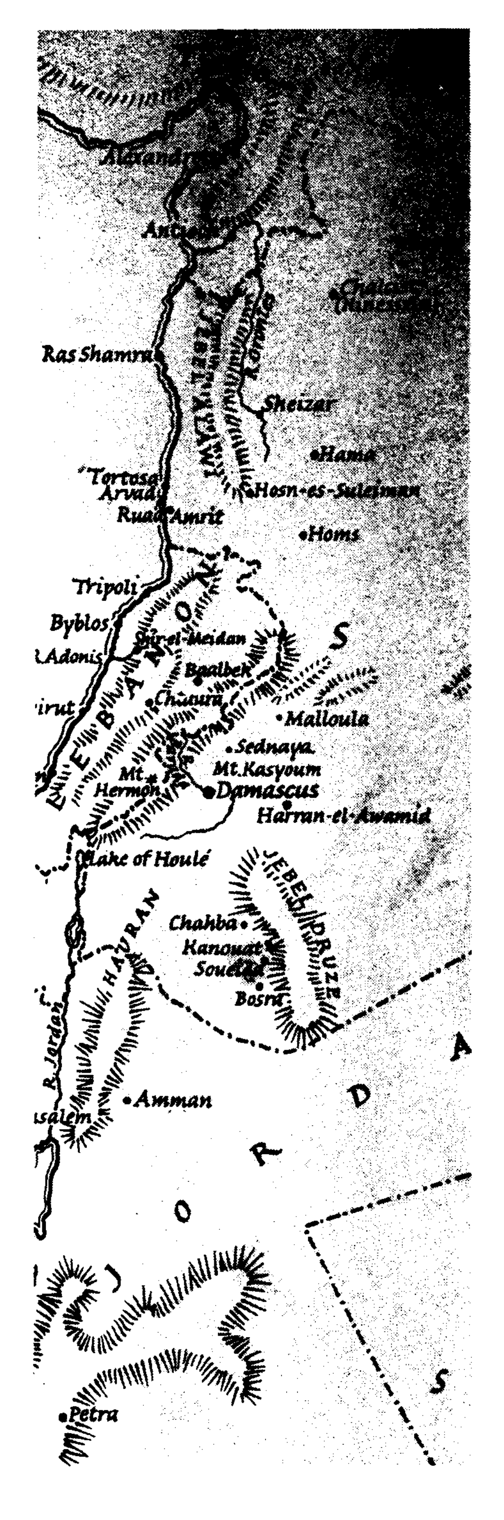

**Weltbank/IWF**


**Weltinformationsordnung**


**Weltwirtschaft/Welthandel**
(siehe auch Industrialisierung)

# Der "Drusenaufstand" in Syrien

## Zum Verhältnis von Ethnizität und sozialer Bewegung




**"Von vier Syrern sind fünf Spitzel". Dieses in Damaskus gängige Bonmot beschreibt das Ausmaß der Geheimdiensttätigkeit und der Repression in Syrien. Und doch regen sich auch in Syrien zuweilen Protest und Widerstand gegen soziale Mißstände, wenn auch in spontaner Form.**

Noch im Spätsommer des Jahres 1993 konnte man von (nicht-drusischen) Damaszenern hinter vorgehaltener Hand von einer haraka durzia[1], einem 'Drusenaufstand' berichten hören, der sich im Mai ereignete und Todesopfer und Verletzte forderte. Die Bewohner eines Vorortviertels, hauptsächlich Drusen, hatten sich gegen die Anordnungen ihres Gouverneurs, eines Alawiten, aufgelehnt und ein Casino niedergebrannt, das wahrscheinlich ebenfalls überwiegend Alawiten gehörte. Die offiziellen Medien im syrischen Staat hatten darüber kein Wort verloren.

Dieses Ereignis erinnert bei oberflächlicher Betrachtung fatal an die Szenarien, die von immer mehr politischen Beobachtern und Journalisten für den Fall des Todes des syrischen Präsidenten, Hafiz al-Assad, entworfen werden. Stellvertretend für viele sei hier Robert D. Kaplan zitiert, der Syriens Bevölkerung als "ein Mischmasch ('hodgepodge') aus sich befehdenden (!) nahöstlichen Minderheiten, wie die libanesische Bevölkerung"[2] beschreibt, die nur darauf warteten, sich gegenseitig zu zerfleischen. In Daniel Pipes Worten, dessen Buch "Greater Syria" als Quelle für Kaplans Aufsatz diente: "Ich bin überzeugt davon, daß es so etwas wie eine syrische Nation nicht gibt".[3]

Das Problem, das Anlaß zu solchen Spekulationen gibt und das von einer bestimmten politischen Richtung verzerrend interpretiert wird, ist, daß in Syrien (wie in anderen nahöstlichen Staaten auch) unter einem großen, einheitsstiftenden Diskurs, dem institutionalisierten Nationalismus der Ba'th-Partei, eine bunte Vielfalt von ethnisch-religiösen (Alawiten, Drusen, Ismailiten, Christen) und ethnischen Gruppen (Kurden, Palästinenser) existieren. Es wird vermutet, diese könnten durch ihre "Verschiedenheit" diesem Einheitsdiskurs, noch dazu einem "von oben" eingesetzten und kontrollierten, entgegenstehen, bzw. sie stehen ständig in dem Verdacht, dies zu tun[4]. Verkomplizierend wirkt sich noch aus, daß der Nationalismus der Ba'th-Partei zumindest programmatisch, wenn auch nicht defacto, ein übernationaler ist, der die gesamte arabische Nation meint. Politikwissenschaftliche Analysen und politische Beobachter im Westen haben sich überproportional auf das konzentriert, was sie als eine "Unterwanderung" von Staat und Herrschaft in Syrien durch eine dieser ethnisch-religiösen Gruppen, die Alawiten, interpretiert haben. Diese Sicht der Dinge trifft sich interessanterweise mit einer in Syrien vorherrschenden, quasi umgekehrten, negativen Konzentration auf dasselbe Phänomen der a'ifiyya, also des politischen "Konfessionalismus" (in Ermangelung einer besseren Übersetzung des dem Arabischen näherkommenden englischen 'sectarianism'), der zum wohl stärksten öffentlichen Tabuthema avanciert ist.

### Alawiten und Drusen

Die meisten Analysen haben sich mit der ethnisch-religiösen Gruppe der Alawiten beschäftigt, eben weil diese den Präsidenten, Hafiz al-Assad, und die militärischen und sicherheitsrelevanten Spitzenpolitiker im Staat stellen. Bezeichnenderweise stützen sich dabei gewisse politische Beobachter bei ihrer Analyse auf Informationen, die eher der historischen Vorurteilsforschung dienlich wären, als einer politikwissenschaftlich ausgerichteten Analyse der Strategien einer Gruppe zur Verteilung von Ressourcen oder zum Machterwerb. Daniel Pipes beispielsweise zitiert ohne Evaluierung der Autoren einen englischen Reisebericht aus dem Jahre 1697 und die Darstellung der Alawiten in der englischen Romanliteratur des 19. Jahrhunderts.[5]

Eine weitere ethnisch-religiöse Gruppe sind die Drusen, ebenfalls eine heterodoxe (von der herrschenden Lehre abweichende) Abspaltung des Islams. Geographisch ist ihr Hauptsiedlungsgebiet der Djebel al-`Arab oder Djebel Druse, es finden sich aber auch noch einige weitere kleine Ansiedlungen im Norden von Aleppo, am Fuße des Hermon oder in der Nähe von Damaskus, z.B. Jaramana. Seit 1966 führende Köpfe ihrer Gemeinschaft aus der Ba'th-Partei ausgeschlossen wurden und seit dem Machtantritt Hafiz al-Assads 1970 ist jeweils ein Minister im Kabinett (jahrelang der Minister für Höhere Bildung, Kamal Scharaf, jetzt Yahya Abu Assali, Minister für Lokalverwaltung) und ein Mitglied der Regionalen Führung (des höchsten De-facto-Parteiorgans mit 21 Mitgliedern) Druse. Allerdings handelt es sich hier nicht um einen festgeschriebenen Proporz wie im Libanon! Der Djebel Druse, heute die Provinz al-Suwaida, entsendet sechs Abgeordnete ins Parlament. Die Drusen stellen etwa 3% der syrischen Bevölkerung und 4,3% der Gesamtmitgliederschaft der Ba'th-Partei.[6]

In vorkolonialistischer Zeit waren die Drusen vor allem Bauern. Während des französischen Mandats strömten sie in die sich ihnen bietenden Berufszweige, vor allem in die Armee und in den Bildungssektor, ähnlich wie Alawiten und Ismailiten. Heute sind sie in den ländlichen Gebieten weitgehend im agrarischen, in den Städten (wie alle vom Land Zugewanderten) im öffentlichen oder privaten Dienstleistungssektor beschäftigt. Die Drusen zeichnen sich im allgemeinen durch großes Geschichtsbewußtsein und eine selbstbewußte kollektive Identität, allerdings durchaus im nationalen Kontext, aus.[7] Im folgenden werden anhand des "Drusenaufstands" die oben beschriebenen Aussagen zu den Zersplitterungsthesen überprüft. Sehen wir uns also zuerst das Ereignis selbst und dann seine Relevanz für die wissenschaftliche Diskussion näher an.[8]

## Wohnungsnot in Jaramana

Anfang Mai 1993 ereignete sich in Jaramana, einer überwiegend von Drusen bewohnten Siedlung nahe bei Damaskus eine erbitterte Auseinandersetzung zwischen Einwohnern und Staatsmacht, die, wie bereits erwähnt, totgeschwiegen wurde. Lediglich die Zeitung Nidâl al-Sha'b, Sprachrohr der offiziellen Kommunistischen Partei, widmete ihr zwei kleine Kolumnen.

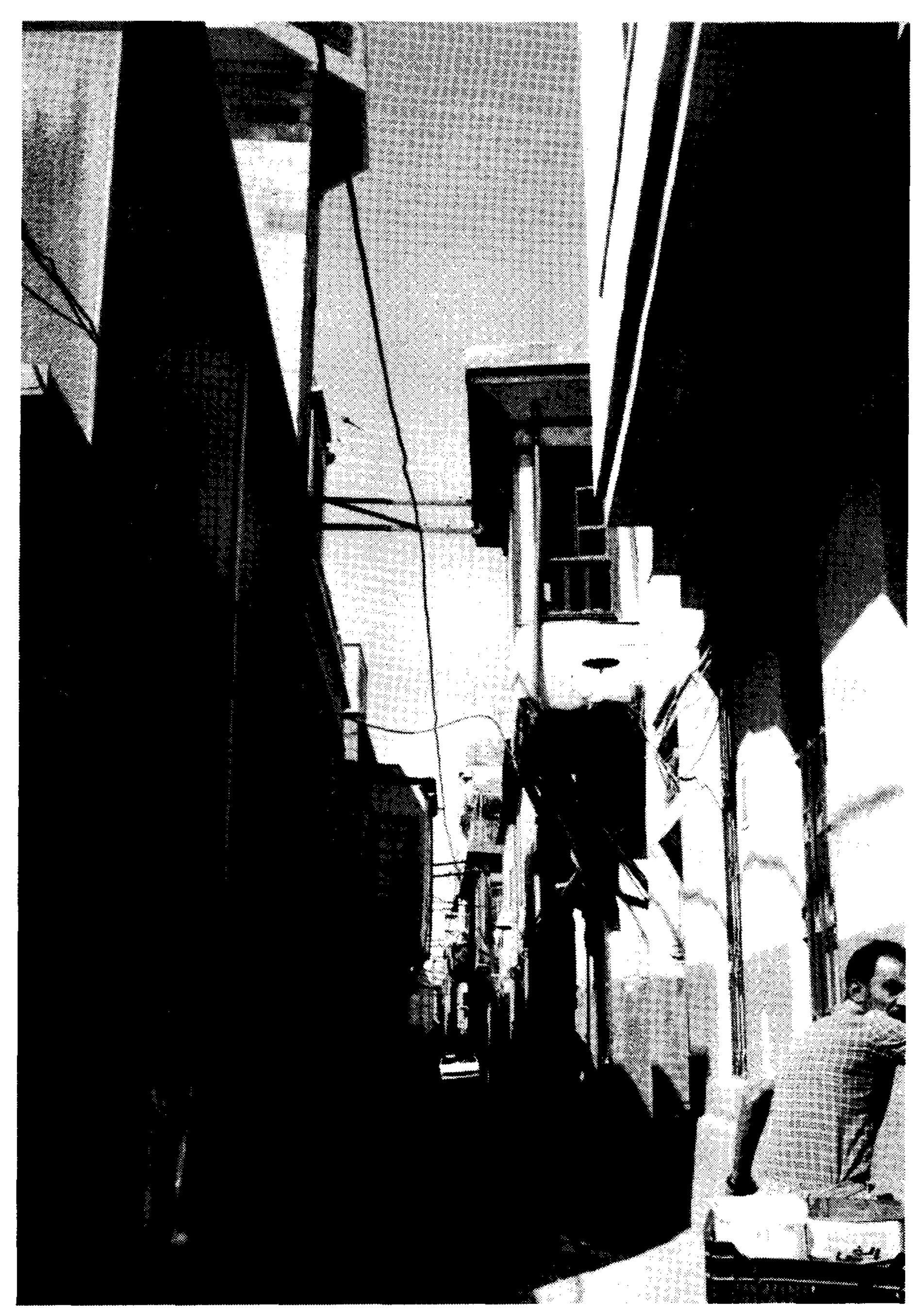
Worum ging es dabei? Sehen wir uns zunächst den Ort des Geschehens näher an: Jaramana ist eines der rasant und weitgehend ungeplant wachsenden, ehemals dörflichen, jetzt aber zum Einzugsbereich der Stadt gehörenden und unterdessen ca. 70 000 Einwohner[9] zählenden Gebiete, ähnlich wie das große Palästinenserlager Yarmouk oder das ehemalige Dorf Harasta. Mit diesen neuen urbanen Gebieten, also Vororten, teilt Jaramana die solcherorts üblichen Probleme: Es schiebt sich immer weiter ins Land hinaus, Häuser werden auf illegalem Bauland, d.h. eigentlich für landwirtschaftliche Nutzung vorgesehenem Land errichtet, und zwar stockwerkweise: Immer wenn die finanzielle Lage es zuläßt, wird ein weiteres Zimmer auf das Dach gebaut, bis mehrstöckige Häuser entstanden sind. Elektrizitätsleitungen werden angezapft und die Kanalisation läßt zu wünschen übrig. Angesichts der Wohnungsmisere in Damaskus, die es unvermögenden jungen Leuten nicht gestattet, einen Haushalt zu gründen, sind die älteren, repektableren Teile dieser Vororte für viele Damaszener attraktiv geworden, um eine einigermaßen erschwingliche Wohnung zu ergattern. Für Neuzuwanderer aus den ländlichen Gebieten sind die Ränder dieser ehemaligen Dörfer die einzige Möglichkeit, in Damaskus unterzukommen. Sie sind es hauptsächlich, die den Rand dieser Ortschaften immer weiter ins Land verschieben.

Die Regierung duldet die illegale Bautätigkeit weitgehend, weil diese sie der Verpflichtung enthebt, für ausreichend sozialen Wohnraum zu sorgen und weil in diesem Problem eine Menge sozialer Sprengstoff liegt. Die Wohnungsnot ist tatsächlich eines der drängendsten Probleme: Veraltete Mietgesetze führen dazu, daß eine Menge Wohnraum leer steht oder über Touristenverträge für eine begrenzte Zeit an Nicht-Syrer vemietet wird. Dies sind zum einen zahlungskräftige Europäer, die Mieten von 30 000 SL (Syrische Lira, ca. 1200 DM)[10] aufbringen können, oder aber Araber aus dem Golf, die sich für ihren Sommerurlaub Wohnungen oft auf Tagesbasis mieten, und sich, den strengen religiösen Gesetzen ihrer Heimat entronnen, recht freizügige Feste mit reichlich Alkohol und Prostituierten leisten. Da an diesen Geschäften auch Offiziere der Armee und der Geheimdienste beteiligt sind, unternimmt die Regierung nichts dagegen. Daß all dies den Unmut der Bevölkerung schürt, läßt sich unschwer vorstellen. Umso mehr, als die Kampagnen in den Zeitungen eher gegen diejenigen gerichtet sind, "die ihre Häuser und ihre Äcker verlassen, um in der Stadt zu 'schmarotzen'".[11]

Jaramana aber muß als ein besonderer Fall gelten. Im Osten von Damaskus gelegen und traditionell eine drusische Ortschaft, war es über die Jahre hinweg ein attraktiver Vorort geworden, der auch viele Christen aus den nahegelegenen Damaszener Altstadtvierteln Bab Tuma und Bab Sharqi angezogen hatte. Die alteingesessenen Drusen nehmen das als Zeichen, daß die Christen traditionell lieber mit ihnen als mit Sunniten zusammenwohnen wollen, was historisch zumindest für die ländlichen Gebiete durchaus richtig, für die neuere Zeit aber überholt ist - es sei denn, daß sich der anhaltende Trend zu verstärkter Religiosität auf diese Weise niederschlägt. Tatsache ist aber, daß sich in Damaskus, wie in anderen nahöstlichen Metropolen auch, innerhalb der Stadtviertel und Straßenzüge die jeweiligen ländlichen Herkunftsstrukturen reproduzieren: Man zog nicht einfach irgendwohin, sondern in das Haus, die Straße oder das Viertel, wo entweder weitläufig Verwandte oder Leute aus demselben Heimatdorf wohnten. Auch das hat sich in neuerer Zeit abgeschwächt, aber zumindest für Minderheiten sind Vororte, in denen Angehörige der gleichen Gruppe wohnen, attraktiver als solche, in denen keine wohnen. Jaramana ist also für Christen (wieder) attraktiver als z.B. Harasta, das fast ausschließlich von Muslimen bewohnt wird.

In der Nähe der alten Ortschaft Jaramana liegt das Palästinenserlager gleichen Namens, das ein wesentlich ärmerer Ableger des großen, prosperierenden Palästinenserlagers Yarmouk ist und damit überwiegend von sunnitischen Einwohnern (1981: 26 418 Einwohner) bewohnt wird. Damit hat man in und um Jaramana ein buntes Gemisch von Religionsgruppen und an den Rändern von Jaramana und im Lager eine sozial schwache Bevölkerungsschicht.

Grund für den sozialen Aufstand war nun, daß sich die wilde Siedlungstätigkeit um Jaramana entlang eines Abschnitts der Straße zum internationalen Flughafen abspielte und damit besondere Sicherheitsinteressen des Staates berührte. (Die Flughafenstraße nämlich wird für den Präsidenten oder bei Staatsbesuchen einfach für den normalen Verkehr gesperrt.) Im Widerspruch zu diesen Sicherheitsinteressen stehen aber auch einige Casinos, die ziemlich direkt an die Flughafenstraße gebaut sind und in die hochrangige Offiziere der Armee, unter denen es überdurchschnittlich viele Alawiten gibt, investiert haben. Ganz in der Nähe der illegal gebauten Häuser des Viertels al-Nahda stand das Casino al-Andalus. Ob nun zu den Sicherheitsinteressen noch das Interesse des Gouverneurs von Damaskus-Land, Ali Zayud, kam, Alawit und Sohn eines hohen Offiziers (er hatte sich angeblich schon als Gouverneur der Provinz al-Suwaida (dem alten Djebel Druse) durch Landspekulationen hervorgetan), mit dem Land entlang der Flughafenstraße zu spekulieren und es an hohe Offiziere für weitere Casinobauten zu vergeben, wie man in Jaramana behauptet, oder ob der Staat ein Exempel statuieren wollte: die Anwohner der Häuser, die bis zu 200 Meter an die Flughafenstraße gebaut hatten, erhielten ein halbes Jahr vor den Ereignissen Räumungsbescheide, in denen sie als Ersatz eine Tonne Zement und 3 000 syrische Lira angeboten bekamen.[12] Da man mit einer Tonne Zement und 3 000 Lira aber keine neuen Wohnungen bauen kann und auch das Kaufen oder Mieten sehr schwer ist (in Harasta, zu den preisgünstigsten Vororten zählend, kostet ein Quadratmeter Wohnraum 15 000 SL als Eigentum und eine billige Wohnung 3 000 SL Miete) und es die Leute auch nicht einsahen, daß sie geräumt, die Casinos auf der anderen Seite der Flughafenstraße aber unbehelligt



**Straßenszene in Damaskus**

stehenbleiben sollten, leisteten sie den Räumungsbescheiden keine Folge. Am 8.5.93 abends um 23 Uhr erschienen dann Vollzugsbeamte, die die sofortige Räumung anordneten, und um 7 Uhr morgens wurden Bulldozer auf der Straße nach al-Nahda gesichtet.

Was nun folgte, war der Widerstand eines Stadtviertels gegen die Räumung etlicher seiner Häuser gekleidet in die Symbolik und Rhetorik der ethnisch-religiösen Gruppe der Drusen, zu denen die betroffenen Einwohner hauptsächlich (aber nicht ausschließlich!) gehörten. Auch einen gewissen "revolutionären Impetus" mögen die al-Nahda-Bewohner aus ihrer Zugehörigkeit zur Gruppe der Drusen bezogen haben: die Drusen in Syrien, v.a. die Bewohner des Djebel al-'Arab (historisch: Djebel Druse) haben die "Tradition der Rebellion" als festen Bestandteil ihrer historischen Identität als Gruppe verankert. Als rauhe Grenzlandsiedler außerhalb der osmanischen Reichsgewalt gezwungen, für ihr Überleben selbst zu sorgen, entwickelten sie im Laufe des 19. Jahrhunderts bemerkenswerte kriegerische Fähigkeiten, die sie dann auch gegen verschiedene Zentraloder Lokalmächte einsetzten: gegen Ibrahim Pascha 1838, gegen die Osmanen fast während der ganzen zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und gegen die französische Mandatsmacht 1925 im "Großen Syrischen Aufstand", der sie quasi international bekannt machte. Auch am Sturz des Diktators Schischakli 1954 waren sie maßgeblich beteiligt.

Die stetig anwachsende soziale Frustration in den mittleren und unteren Schichten der syrischen Gesellschaft in Verbindung mit der gerade skizzierten spezifischen Gruppenidentität brachten im Viertel al-Nahda dann den gewaltsamen Ausbruch von sozialem Protest zustande.

In kürzester Zeit nach dem Sichten der Bulldozer brachten die Einwohner von al-Nahda den gesamten Vorort Jaramana und Umgebung auf die Beine: Während Frauen und Kinder sich vor die Bulldozer stellten, um sie aufzuhalten, alarmierten "Boten" auf Mopeds und Motorrädern ganz Jaramana, das Palästinenserlager und den kleinen von Sunniten bewohnten Ort Beit Sahm. Innerhalb weniger Stunden zogen Tausende von Demonstranten (Augenzeugen nennen die Zahl von 15 000) zu den gefährdeten Häusern. Nach Erzählungen von Augenzeugen soll sich die völlig unvorbereitete Polizei, die die Bulldozer begleitet hatte, sofort zum Nachtclub al Andalus zurückgezogen haben, um diesen zu schützen. Von 10 Uhr morgens bis 17 Uhr abends dauerten die Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften, die in Jaramana unter dem Namen "al-Ma'raka", 'die Schlacht' in die Annalen eingingen. Sie forderten je ein Todesopfer auf beiden Seiten, 85 verwundete Polizisten und 108 verwundete Demonstranten; der Nachtclub alAndalus, verhaßtes Symbol für die Privilegien der Mächtigen sowie zwei Autos der Sicherheitskräfte wurden völlig niedergebrannt. Am Nachmittag herrschte Siegesstimmung in al-Jaramana; ehrbare Familienväter um die 50 erzählten noch Monate später mit blitzenden Augen, wie die 70-jährigen Männer auf der Flughafenstraße dabka, einen Volkstanz, getanzt hätten. Man erfand Lieder auf die Helden der "Schlacht" und drückte drusisches Selbstverständnis und drusische Selbstsicherheit in Versen wie den folgenden aus:

*Hört! was sich in Jaramana abspielte, stand unter dem Schutz und Schirm vom Pascha Sultan; die Liebe zum Vaterland trieb uns an; fragt nach uns im Hauran, fragt nach uns im Libanon, auf der Flughafenstraße kämpfte die Partei des Feuers, und kein Haus fiel, dank unserer ,Drusen!*

Um 17 Uhr, so berichtet man, sei der muhâfiz (der zuständige Beamte) gekommen und habe eine Rede gehalten, in der er die Demonstranten "im Namen (des besungenen) Sultan Pascha al-Atrasch", des drusischen Anführers des Großen Syrischen Aufstands 1925 gegen die Franzosen, der drusischen Symbolfigur schlechthin, Verkörperung der drusischen Gruppenidentität, beschwor, Frieden zu halten und dem Verständnis der Regierung für die Sorgen der kleinen Leute Ausdruck gab.

Offenbar war Hafiz al-Assad, bei der Niederschlagung von Protestbewegungen sonst keineswegs zimperlich, wie das Bombardement der Muslimbrüder von Hama und die Einkerkerung von Oppositionellen der Protestbewegung Anfang der 80er Jahre zeigten, nicht daran interessiert, seine Annäherungspolitik gegenüber dem Westen durch negative Schlagzeilen zu gefährden.[13] Außerdem handelte es sich hier nicht um eine politisch organisierte Bewegung, sondern um spontanen Widerstand. Jedenfalls verfolgte das Regime eine Politik der Beschwichtigung: Der lokale Parteisekretär

soll die Familie des Getöteten - Drusen, die ursprünglich aus dem Norden des Djebel al-'Arab stammen - besucht haben, und ihnen mit Sprüchen wie "Die Partei ist immer mit den Kämpfenden!" das Beileid bezeugt haben. Die 90 Millionen SL, die das Casino wert war und die von ganz Jaramana aufgebracht werden sollten, waren drei Monate später so gut wie vergessen. Das Begräbnis des Opfers aus Jaramana wurde zu einer großen Solidaritätsfeier umfunktioniert. An diesem Tage blieben alle Läden geschlossen. 30 000 Leute, darunter (sunnitische) Palästinenser und viele Christen, sollen der Feier auf dem öffentlichen Leichenplatz beigewohnt haben, die nach drusischer Sitte begangen wurde. Unter den Rednern befanden sich der lokale Parteisekretär, die Frau von Khaled Bakdasch, dem Vorsitzenden der offiziellen KP und eines der religiösen Oberhäupter der Drusen mit Sitz im Djebel. Aus dem Hauptwohngebiet der Drusen, dem Djebel al-'Arab, kamen nur einige Angehörige des Opfers. Die "protestierenden Massen", deren Ankunft wohl auch das Regime befürchtet hatte, denn die Straßen nach Süden wurden an dem Tage kontrolliert, blieben aus.

## Sezessionistische Drusen?

Was bleibt also vom "Drusenaufstand"? Ein Akt zivilen Widerstands gegen Anordnungen der Regierung, die als existenzbedrohend und ungerecht angesehen wurden, dessen Betroffene und Akteure hauptsächlich (aber nicht ausschließlich) Drusen waren, und der von beiden Seiten in die Rhetorik und Symbolik der ethnisch-religiösen Gruppe der Drusen gekleidet wurde. Sowohl die Akteure selbst, als auch die Staatsmacht bezogen sich in ihren Aussagen auf die Vergangenheit und daraus resultierende Gruppenidentität der Drusen. Aber heißt das, daß man auf separatistische Tendenzen der Drusen in Syrien schließen kann, wie dies Kaplan vertritt? "Sollte Assads Tod zu Chaos in Damaskus führen, ist es nicht ausgeschlossen, daß die Region des Djebel Druse von Syrien wegbricht und sich mit Jordanien verbindet."[14]

Kaplan bezieht sich offensichtlich immer noch auf die historischen Bemühungen eines Teils der politisch führenden Elite im Djebel al-'Arab in den 40er Jahren, die eine Sezession des Djebel und seinen Anschluß an Transjordanien ins Auge faßten, was, wohlgemerkt, einen Bürgerkrieg im Djebel hervorrief und sich schon damals als weltfremd erwies.[15] Nein, selbst historisch ist eine solche These unhaltbar, und für die Gegenwart ist sie vollends wirklichkeitsfremd. Fragte man drusische syrische Staatsbürger, ob sie lieber zu Jordanien gehören wollten als zu Syrien, erntete man entweder lautes Gelächter, verständnislose Blicke oder gar Zorn darüber, daß man ihren syrischen Staat nicht ernst nähme. Eine solche Frage entspräche ziemlich genau der Frage an einen Bayern, ob er lieber zu Österreich gehören wolle als zu Deutschland. "Warum fragst Du dauernd nach unserem Drusentum und willst uns darauf festlegen, wo wir doch syrische Staatsbürger sind, wie alle anderen auch?" wurde ich bei meinen Recherchen mehrmals ungehalten gefragt, und zwar fern jeder Geheimdienstanwesenheit. Man ist zwar auf der einen Seite stolz und selbstbewußt, ein Druse zu sein, aber gleichzeitig will man sich nicht ausschließlich darauf festlegen lassen, schon gar nicht von westlichen Ausländern. Immerhin war die Ermutigung eines drusischen "Sondercharakters" eine der Hauptstützen der französischen Mandatspolitik, die aus dem Hauptsiedlungsgebiet der Drusen, eben dem Djebel al-'Arab, sogar einen eigenen Staat machte, übrigens ebenso wie aus dem Alawitengebirge, um den um sich greifenden arabischen Nationalismus einzudämmen.

Auch die Tatsache, daß die Bewohner des Djebel ausgesprochen kühl auf die "Schlacht von Jaramana" reagierten, ist bezeichnend. "Das war kein Drusenaufstand, und auch keine Schlacht, höchstens eine Demonstration aus sozialen Gründen", lautete das Verdikt. Die Tatsache, daß nur Familienangehörige und ein religiöses Oberhaupt zur Trauerfeier erschienen, schwächt die These vom "Drusenaufstand" gehörig, denn in diesem Falle hätten sich ja alle Angehörige dieser Religionsgemeinschaft betroffen fühlen müssen. Auch das drusische Mitglied in der Regionalen Führung (qiâda qutriyya), Taufiq ala, war, unbestätigten Aussagen nach, zuerst für ein hartes Durchgreifen und Niederschlagung des Aufstands. Er soll seine Meinung erst geändert haben, als von ganz oben, vom Präsidenten selbst, Einlenken angeordnet wurde. Auch in diesem Falle keine Spur vom "drusisch-konfessionalistischen Block", sondern machtrationales Handeln.

Daniel Pipes aber geht explizit davon aus, "daß religiöse Linien - nicht Parteipolitik, Ideologie oder Geographie die grundsätzlichsten und beständigsten politischen Trennlinien in der großsyrischen Region sind".[16] Nur religiöse Affiliationen seien gewissermaßen politisch wirksam, sie seien der Schlüssel zum Verständnis syrischer Politik. Eine solche Sichtweise mündet konsequent in Kaplans (auch von anderen vertretene) Balkanisierungsthesen, Syrien sei "Teil derselben Welt wie Jugoslawien: ein ehemaliges osmanisches Gebiet, das mit den Problemen post-osmanischer Grenzziehung zurecht kommen müsse"[17], und in demselben Chaos enden werde, wobei kein anderer Grund als eben dieser historisch-geographische angeführt wird. Daß die ehemaligen osmanischen Provinzen auf dem Balkan strukturell und historisch nur sehr bedingt mit den arabischen Provinzen des Osmanischen Reiches verglichen werden können, daß in Syrien 30 Jahre Ba'th-Herrschaft nicht ohne Spuren an dem freilich immer unscharfen Etwas, was man nationale Identität nennen könnte, vorbeigegangen sind, daß auch autoritäre Integration gelingen, d.h. integrieren kann, scheint nicht zu kümmern. Sind diese Positionen auch empirisch wenig haltbar, so spiegeln sie doch einen Trend im wissenschaftlichen Diskurs wider, dem nachzuspüren sich lohnt.

## Das Problem der Ethnizität

Worum es hier geht, ist das Problem der Ethnizität im Nahen Osten.[18] Zu diesem Problem haben sich in der Wissenschaft im wesentlichen zwei Herangehensweisen, zwei theoretische Stränge herausgebildet: Zum einen Ansätze, die in handlungsorientierter Manier davon ausgehen, daß dem Handeln von Individuen oder Gruppen subjektiv zweckrationale Motive zugrunde liegen und die auch primär an ihrem Handeln orientiert sind. Anders ausgedrückt: Menschen, die sich zur Erreichung politischer oder sozialer Ziele zusammenschließen, können dies über klassenmäßige, berufliche oder zivile, aber auch über ethnisch-religiöse, tribale oder regionale Organisationsformen tun. Man mag die letztere Art von Organisation kritisieren, beispielsweise dergestalt, daß Organisation entlang ethnisch-religiöser Linien reale Klassenschranken überdekt oder Patronage-Klientelbeziehungen Vorschub leistet. Es handelt sich aber immer noch um zweckrationale Organisationsweisen.

Der andere Strang wissenschaftlicher Beschäftigung mit dem Phänomen der Ethnizität dagegen orientiert sich an nicht-handlungsorientierten, "primordialen" (ursprünglichen) Gegebenheiten, also daran, wie Menschen sind, bzw. sein sollen, und nicht daran, wie sie handeln. Noch radikaler gehen dabei Ansätze vor, die soziobiologisch argumentieren und Gruppenverhalten genetisch erklären wollen.

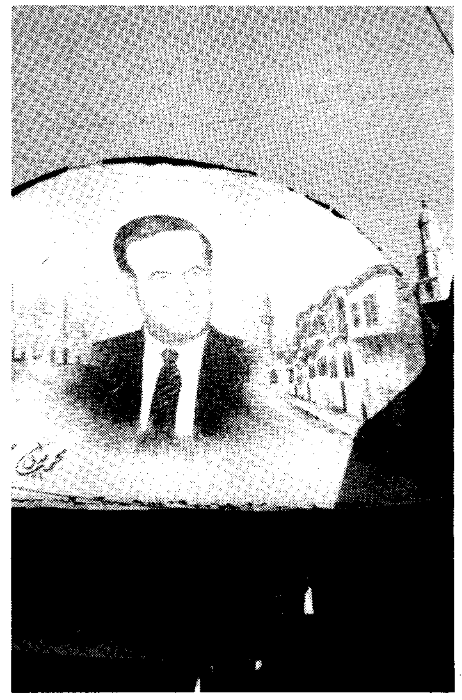
M.E. zeichnet sich in jüngster Zeit ein Trend ab, sich von der als handlungsorientiert skizzierten Sichtweise ab und zu der als primordialistisch skizzierten Sichtweise hinzuwenden. Nach den Unruhen in Los Angeles räumte eine Untersuchung des US-amerikanischen Wissenschaftsrats Erbanlagen und biologische Faktoren eine ebenso bedeutsame Rolle bei der Entstehung von Gewalt ein wie sozialen Problemen. In einem aufsehenerregenden Artikel mit dem Titel "The clash of civilizations?" vertrat Samuel P. Huntington unlängst die These, daß weltweit nach dem Ende der Systemkonfrontation eine Konfrontation von Zivilisationen zu erwarten sei, die er in traditioneller Weise durch "allgemeine objektive Elemente wie Geschichte, Religion, Sitte, Institutionen und subjektive Selbst-Identifikation der Leute" definiert, deren Unterschiede zueinander "das Produkt von Jahrhunderten sind. Sie werden nicht so bald

verschwinden. Sie sind bei weitem fundamentaler als die Unterschiede zwischen politischen Ideologien und politischen Regimen".[19] Und deswegen, so die einfache Logik, werden sie aufeinanderprallen. Kaplan formuliert dies konsequent und eher mystisch aus: "Wonach Syrien sich im Innersten sehnt, was seine unlösbaren Widersprüche lindern würde, ist, den Prozeß, der sich gerade auf dem Balkan abspielt, zu kopieren."

Bei weitem einflußreicher, auch im Falle Syriens, war bis jetzt der handlungsorientierte Ansatz.[20] Man analysierte das ethnische Problem in Syrien und seine besondere Brisanz in der Weise, daß das Sicherheitsbedürfnis der herrschenden Eliten dazu geführt hatte, Schaltstellen politischer Macht und Sicherheit mit Leuten zu besetzen, die nicht aufgrund objektiver Leistung, sondern aufgrund ihrer persönlichen oder milieu-verbundenen Vertrauensstellung zu dieser Elite ausgewählt wurden. Mit anderen Worten: Weil der Präsident und viele einflußreiche Politiker Alawiten sind, wurden die Schaltstellen des Sicherheitsapparates und hohe Posten in der Armee ebenfalls mit Alawiten besetzt. (Dies soll aber nicht heißen, daß es in der engsten Umgebung des Präsidenten nur Alawiten gäbe; im Gegenteil, mehrere äußerst wichtige Posten sind von engen Vertrauten Assads besetzt, die Sunniten sind: Mustafa Tlas z.B., der Verteidigungsminister, oder 'Abd al-Halim Khaddam, der Vizepräsident.) Überhaupt wurde die Attraktivität der Ba'th-Partei für die Angehörigen der Minderheitengruppen durch ihr sozialistisches (schließlich waren Alawiten, Drusen und Ismailiten ländliche Gruppen, und die ersten Ba'th-Aktivisten Söhne von mittleren Bauern) und säkulares (immerhin waren diese Gruppen ja heterodox) Programm erklärt. Der traditionell hohe Prozentsatz der Minderheiten in der Armee geht zum einen aus der französischen Kolonialpraxis hervor, die Minderheiten in ihre Troupes Spéciales zu rekrutieren. Zum andern war die kostenlose Militärakademie ein gutes Aufstiegsmittel für Bauernsöhne. So erklärt sich auch der hohe Anteil an sunnitischen Hauranern in Partei und Armee.[21]

Das Spannungsverhältnis zwischen propagandistischem Nationalismus und einer Praxis, die aus Patronage und Klientelbeziehungen besteht, die oftmals entlang ethnisch-religiöser Linien verlaufen, machen die a'ifiyya so virulent. Denn "konfessionalistisch" zu sein, ist einer der meistgebrauchten Angriffe gegen das Regime, der nicht nur von den Muslimbrüdern, sondern auch von der linken Opposition vorgebracht werden kann und wird. Die Muslimbrüder waren es auch, die ihre Konfrontation mit dem Regime entlang primordialer Linien führten, indem sie Alawiten als solche angriffen, und sich ja auch selbst entlang solcher Kategorien organisierten.[22]

Doch heißt das eben noch lange nicht, daß alle ethnisch-religiösen Gruppen in Syrien im "Chaos nach Assads Tod" in solcher Weise handeln, d.h. aus ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe ein politisches Programm machen werden. Was aus unserem Beispiel aus Jaramana gelernt werden kann, ist, daß, gerade angesichts der Zersplitterung und Schwäche der in Parteien organisierten Opposition[23], soziale Bewegung, Opposition und Widerstand entlang regionaler (Wohnort, Stadtviertel), clanmäßiger oder ethnisch-religiöser Linien, oder einer Mischung aus diesen Elementen, stattfinden und sich in einer entsprechenden Rhetorik und Symbolik ausdrücken können. Doch richtete sich der Volkszorn explizit nicht "gegen alle Alawiten", sondern gegen ganz bestimmte Einrichtungen und Symbole einer repressiven, Privilegien genießenden Gruppe. Er war auch nicht ausschließlich ethnisch-religiös organisiert, geschweige denn motiviert: nicht alle Drusen schrieben sich diesen Protest aufs Banner. In diesem Sinne ist unser Beispiel des "Drusenaufstands" als ein kleines Zeichen dafür zu sehen, daß sich Syrien, allen Unkenrufen zum Trotz, nach Assads Abtritt nicht in einen blutigen Balkan verwandeln wird, sondern daß Partei, Armee und Geheimdienste die Nachfolge untereinander ausfechten. Vielleicht besinnt sich bis dahin auch die Wissenschaft wieder mehr aufs Rationale als aufs Primordiale.


**Assad-Wandbild in Damaskus**

**Birgit Schäbler**

**Anmerkungen:**

1) Mit haraka, 'Bewegung', bezeichnet man traditionell bewaffnete oder politische Auseinandersetzungen im Innern einer politischen Einheit v.a. im Libanon des 19. Jahrhunderts.

2) Robert D. Kaplan, Syria identity crisis in: The Atlantic, February 1993, S. 22. Diese und alle folgenden Übersetzungen von der Verfasserin.

3) Daniel Pipes, Greater Syria, New York, Oxford 1990, S. 9.

4) Zur Definition und Problemen von Ethnizität am Beispiel der Drusen in Syrien siehe demnächst: Birgit Schäbler, Aufstände im Djebel Druse: Probleme kommunaler Identität und nationaler Integration in Syrien.

5) Daniel Pipes, The Alawi capture of power in Syria in Middle Eastern Studies, 25, 1989, S. 433. Die einzige sozial-historische Darstellung der Alawiten und ihres Siedlungsgebietes ist Jacques Weulersse, Le Pays des Alaouites, Tours 1940.

6) Raymond Hinnebusch, Authoritarian Power and State Formation in Ba'thist Syria, Boulder u.a. 1990, S. 184.

7) Vgl. Birgit Schäbler, Das Prinzip der Vermeidung; der Große Syrische Aufstand in der französischen und syrischen Geschichtswissenschaft, in: Saeculum 1.Halbjahr 1994.

8) Es liegt in der Natur der Sache, daß hier keine offiziellen Auskünfte eingeholt werden konnten. Die folgenden Ausführungen stützen sich auf Interviews mit Beteiligten und Augenzeugen, sowie die Berichte in Nidal al-Scha'b.

9) Schätzung eines Einwohners. Nach der Volkszählung 1981 zählte Jaramana 64 305 Einwohner; 'adad al-sukân wa -l-usar wa -lmasâkin hasab al-taqsîmât al-idâriyya, 1981, S. 7.

10) Das Durchschnittseinkommen eines beim Staat Beschäftigten liegt etwa bei 4 000 SL. 11) Vgl. den anonymen Bericht eines Einwohners aus Jaramana in Nidal al-Scha'b, Nr. 519, 12. August 1993. 12) Nidal al-Scha'b, 13.5.93, S. 2, al-inâr laylan... wa muâwalat al-hadam fî -l-abâ (Die Bescheide in der Nacht und Versuche des Niederreißens am Morgen). 13) Zu al-Assads Umgang mit der Opposition siehe Michel Seurat, Vague d'agitation confessionnelle en Syrie und L'état de barbarie in: ders., L'état de barbarie, Paris 1989; ebenso: Middle East Watch, Syria unmasked, New Haven, London 1991. 14) Kaplan, S. 27. 15) Siehe auch hierzu demnächst Birgit Schäbler, Aufstände im Djebel Druse. 16) Pipes, Greater Syria, S. 7. 17) Kaplan, S. 22.

8) Vgl. hierzu die Literaturstudie von Thomas Scheffler, Ethnisch-religiöse Konflikte und gesellschaftliche Integration im Vorderen und Mittleren Orient, Berlin 19902.

19) Samuel P. Huntington, The clash of civilizations? Foreign Affairs, Summer 1993, S. 24, 25; sowie ders., If not civilizations, what? in: Foreign Affairs, Nov./Dez. 1993.

20) Vgl. exemplarisch: Hanna Batatu, Some observations on the social roots of Syria's ruling military group and the causes for its dominance, in: MEJ, 35, 1981; Nicolaos van Dam, The struggle for power in Syria. Sectarianism, regionalism, and tribalism, 1961-1878, London 1979; ders., Middle Eastern clichés: "Takriti" and "Sunni rule" in Iraq, "Alawi rule" in Syria. A critical appraisal, in: Orient, 21, 1980; Yahya Sadowski, Ba'thist ethics and the spirit of state capitalism: patronage and the party in contemporary Syria, in: Peter J. Chelkowski, Robert J. Pranger (Hrsg.), Ideology and power in the Middle East. Studies in honour of George Lenczowski, Durham, London 1988.

21) Vgl. Hinnebusch, a.a.O.

22) Vgl. Hans Günther Lobmeyer, Islamic ideology and secular discourse: the Islamists of Syria in: Orient, 32, 1991; Thomas Mayer, The Islamic opposition in Syria in: Orient 24, 1983.

23) Die in den Untergrund gedrängte Opposition besteht aus 2 Blöcken mit je 5 bzw. 4 Parteien und darüberhinaus Einzelpersönlichkeiten und einer Partei außerhalb der Blöcke.

# Weltbevölkerungskonferenz 1994

## Feindbild Migration und Ökozynismus



**Die Kampagne der BefürworterInnen von Bevölkerungskontrolle ist in vollem Gange. Egal, auf welche der Krisen der Norden gerade besonders seinen Blick wirft, immer wird die Geburtenkontrolle als die ideale Lösung präsentiert: Bevölkerungskontrolle 'ermöglicht' nachhaltige Entwicklung, 'verbessert' den Status der Frauen und 'hilft' bei der Tilgung der Auslandsschulden. Diese Positionen, die bereits bis ins linke entwicklungspolitische und feministische Lager vorgedrungen sind, gilt es entgegenzutreten.**
**So wird sich die Juni-Ausgabe der 'blätter' in einem Themenschwerpunkt mit den Schein-Argumenten der Bevölkerungskontroll-Lobby und ihres reformerischen Flügels auseinandersetzen und Position beziehen. Zudem werden wir kontinuierlich zum Thema berichten und in der März/April-Ausgabe eine Service-Seite starten mit Kurzinformationen über Veranstaltungen, Publikationen und Aktionen.**
**Den Auftakt bildet der nachfolgende Einführungsbeitrag von Ute Sprenger. Sie ist Mitarbeiterin der 'Berliner Frauen gegen Bevölkerungspolitik', die sich in Zusammenarbeit mit einer bundesweiten Frauen-Koordination der Aufarbeitung dieses Themas in den 'blättern' angenommen haben.**

Lawinen, Wellen oder Fluten von Menschen aus den Ländern des Südens wälzen sich derzeit in unseren Medien auf die hochindustrialisierte Welt zu. Während die Bevölkerungszahlen in Europa rückläufig seien, wüchsen sie in den Ländern des Südens, warnen Experten. Die Schreckensvision: Millionen von Menschen suchen bei uns nach besseren Lebensbedingungen, weil in ihren Regionen "Bevölkerungsexplosion", Umweltzerstörung oder Krieg herrschen. Afrika rückt bedrohlich nahe. Marokko, nur 14 Kilometer vor der europäischen Mittelmeerküste, ist das Sprungbrett. Der Kommunismus, das alte Feindbild, wurde in den letzten Jahren ersetzt durch ein neues: Flucht und Migration.

Im September 1994 wird in Kairo die 3. Weltbevölkerungskonferenz der Vereinten Nationen (UNO) stattfinden. "Bevölkerung und Entwicklung", so das Motto unter dem dort VertreterInnen von Regierungen, von internationalen Organisationen und der Wissenschaft eine Woche lang diskutieren und beschließen werden, in welchen Bereichen und wie in den kommenden zehn bis zwanzig Jahren bevölkerungspolitisch eingegriffen werden soll. Zentral werden in Kairo die Themen Migration und Flüchtlinge sein. Weitere Schwerpunkte: Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung, Umweltzerstörung, Frauenförderung, Familienplanung

und die Auswirkungen von Geschlechtskrankheiten und Aids.

Alle zehn Jahre veranstaltet der UN-Bevölkerungsfonds, der UNFPA, eine solche Konferenz. Vorläufer gab es 1974 in Bukarest und 1984 in Mexiko. Im 1974 beschlossenen 'Weltbevölkerungsaktionsplan' wurden steigende Geburtenraten in den Ländern des Südens als zentrales Hindernis für jede Art von Entwicklung definiert. Diese Definition, bis heute gültig, gebetsmühlenartig wiederholt und mit den jeweils neuesten Argumenten der Bevölkerungskontrollbewegung verknüpft, verwendete auch die UNFPA-Generalsekretärin Nafis Sadik 1992 zum Auftakt der Kampagne für die Kairo-Konferenz: "Es kann keine langfristige Lösung für Umweltprobleme und für die Armut gefunden werden, wenn nicht die Bevölkerungsfragen gelöst werden."

## Tausch: Kredite für Geburtenkontrolle

Bereits seit den 70er Jahren werden im Norden bevölkerungspolitische Konzepte entwickelt, um nicht die weltwirtschaftlichen Ursachen von Verarmung, Verschuldung und ökologischer Zerstörung zu benennen und verändern zu müssen. An die Vergabe von Krediten gebunden, sollen mit ihnen in den Armutszonen die Geburtenraten reduziert werden. Auch Regierungen in den Ländern des Südens selbst, die auf der ersten Konferenz vor rund zwanzig Jahren noch über den 'Neo-Malthusianismus' der Industrieländer wetterten und meinten "Entwicklung ist die beste Pille", haben sich unter dem Eindruck von IWF- und Weltbankkrediten und durch bilaterale Programme der Geberländer, in denen Bevölkerungspolitik mit Gesundheit, Bildung, Ressourcennutzung, Frauen, Einkommen, Kindern verbunden wurde, von der Botschaft der Bevölkerungskontrollbewegung überzeugen lassen. Nicht zuletzt spielte bei vielen Politikern das Interesse am eigenen Machterhalt eine Rolle. Die Forderung nach Landreformen und einer gerechten Weltwirtschaft verschwindet so schließlich hinter der Forderung nach mehr Geld für effektivere Verhütungsmittel für die Frauen in den Armutszonen dieser Welt und ordnungspolitischen Maßnahmen hierzulande, wie etwa einer verschärften Asylgesetzgebung.

## Neo-Malthusianismus

Das Gespenst der 'Bevölkerungsexplosion' wurde in den frühen 50er Jahren in den USA kreiert. Zu jener Zeit entstanden in den damaligen Kolonien nationalistische Bewegungen, die den Westen um Einflußzonen, Rohstoffe und Märkte fürchten ließen. Der ideologische Vater der neuen Bevölkerungskontrollbewegung ist Thomas R. Malthus, ein englischer Theologe und Ökonom des ausgehenden 18. Jahrhunderts. Malthus entwarf damals die bis heute nicht belegte Theorie, daß die Bevölkerung in einem bestimmten Zeitraum ungleich schneller wächst, als die Nahrung. In den 50er Jahren unseres Jahrhunderts, der Hochzeit des Anti-Kommunismus, wurde diese Theorie wiederbelebt. Auch die Neo-Malthusianer setzten Bevölkerungs- und Nahrungszuwachs ins Verhältnis, um - "im Dienste des Weltfriedens", wie es damals hieß - die Aufständischen der Zukunft gar nicht erst auf die Welt kommen zu lassen.

## Scheinalternative: 'Bevölkerung oder Umwelt'

In Anzeigen, Artikeln und Broschüren wurde Stimmung gemacht, sogenannte 'Familienplanungsprogramme' für die Länder des Südens wurden entwickelt und massiv Gelder in die Erforschung von Verhütungsmitteln gesteckt. So sind die Entwicklung der Pille und nachfolgender 'moderner' Verhütungsmittel für Frauen, wie der Spirale, der Spritze, dem Implantat und der Impfung auch auf die Initiative dieser neuen Bevölkerungskontrollbewegung zurückzuführen. Seit den 50er Jahren auch hantiert die Statistik mit bedrohlichen Hochrechnungen von anwachsenden Menschenmassen, die das 'Raumschiff Erde' an den Rand einer Katastrophe brächten. Was allerdings in den folgenden Jahren hin und wieder wechselte, war die Argumentation der Bevölkerungs-Lobby. Diente die Familienplanungsideologie zu Anfangs der Aufstandsbekämpfung, sollten ab den späten 60er Jahren per Bevölkerungskontrolle die Armut und der Hunger bekämpft werden; in den 70er und 80er Jahren dann hieß es Gesundheit und Frauenbildung und Emanzipation kämen per Familienplanung voran, und seit wenigen Jahren heißt die Schein-Alternative 'Bevölkerung oder Umwelt'. Sämtliche Argumente der vier Jahrzehnte des Neo-Malthusianismus werden heute erneut miteinander verknüpft in der Diskussion um Bevölkerungswachstum, Flucht und Migration.Doch auch offiziell hat das Thema nach dem Wegfall der bipolaren Weltordnung seit 1989 in einem veränderten Sicherheitsbegriff Einzug gehalten. So gehören mittlerweile in den 'Verteidigungspolitischen Richtlinien' des neuen Deutschlands und seiner Bündnispartner "demographische, ökonomische und ökologische Fehlentwicklungen" in den Ländern der Dritten Welt zu den "nicht-militärischen Risiken" von besonderer Brisanz. "Kommt es zu solchen Fehlentwicklungen", heißt es dort, "werden zerstörerische Einflüsse auch in die hochentwickelten Gesellschaften getragen. Bei insgesamt negativem Entwicklungsverlauf kann dieser Zusammenhang auch militärische Dimensionen gewinnen."

## Die Bevölkerungskontrollbewegung macht Druck

Fünfhundert Jahre nach dem Beginn der kolonialen Eroberung mit all ihrer wirtschaftlichen, ökologischen und kulturellen Zerstörung geistert zwischen Bonn und Brüssel, Washington und Tokio die 'Eine Welt'-Vision durch Politikerreden und die Medien. Die Kampagne für Kairo läuft auf vollen Touren. Eine Vielzahl von internationalen Fach-, Regional- und zwei Vorbereitungskonferenzen, sogenannte PrepComs, haben bisher stattgefunden. Auf der europäischen Bevölkerungskonferenz - Thema: 'Migration und Entwicklung' - trafen sich im März 1993 in Genf VertreterInnen der Industrienationen mit Demographen. Sie warnten vor den Folgen des zunehmenden Einwanderungsdrucks auf Europa, besonders aus den Ländern des Maghreb und empfahlen, künftig bei Arbeitskräftemangel die















'eigenen Reserven', die Frauen Europas, zu nutzen.

## Feministische Bevölkerungspolitik?

Anders als bei den bisherigen Weltbevölkerungskonferenzen werden erstmals auch Nicht-Regierungsorganisationen (NROs) in die offiziellen Vorbereitungen mit einbezogen. Man hat aus der UNCED in Rio 1992 gelernt, daß sich so etwas in der Öffentlichkeit gut macht. Und tatsächlich beteiligen sich NROs aus Umwelt- und Frauenkreisen zunehmend daran. So sammelt eine US-amerikanische Gruppe unter dem Titel "Women's Declaration on Population Policies" weltweit Unterschriften für 'ethische Prinzipien' für bevölkerungspolitische Programme. Vollkommen aus den Augen verloren wird dabei, daß Bevölkerungspolitik ein Herrschaftsinstrument ist. Stattdessen versuchen die Frauen, diese Politik mit der Forderung nach Quotierung und nach Umleitung von 20 Prozent der Gelder für derartige Programme in die Bereiche Frauengesundheit und reproduktive Rechte zu 'feminisieren'. "Es ist zynisch", schreiben eine Reihe feministischer Gruppen aus der Schweiz und Deutschland in einer Kritik an der 'Declaration', "die Bedürfnisse der Frauen nach Verhütung und Abtreibung mit Bevölkerungspolitik zu beantworten."Aber nicht nur NROs, auch Prominente ziehen gemeinsam mit der Bevölkerungskontroll-Lobby gegen die Armen statt gegen die Armut in dieser Welt zu Felde. So fungiert die US-Schauspielerin und ehemalige Bürgerrechtlerin Jane Fonda für den UNFPA als 'Botschafterin des guten Willens'.

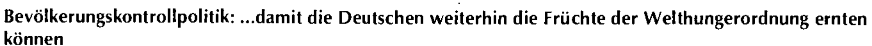
## Der deutsche 'Beitrag'

Auch in Deutschland wird auf offizieller politischer und NRO-Ebene auf die Kairo-Konferenz vorbereitet. In Bonn ist das Innenministerium federführend für den Bereich Bevölkerung zuständig. Gemeinsam mit dem Entwicklungshilfeministerium (BMZ), anderen Ressorts, den Amtskirchen, einigen NROs und Bevölkerungswissenschaftlern wurde dort bereits in der 'Nationalen Kommission zu Fragen von Bevölkerung und Entwicklung' der Nationale Bericht für die Konferenz erarbeitet. Darin wird aus Regierungssicht die Situation in Deutschland und in der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Bevölkerungspolitik dargestellt. Neben der Bonner Ebene planen bereits zahlreiche NROs, zusammengeschlossen in dem Verein 'Eine Welt für Alle' und vernetzt mit Medienvertretern und dem internationalen Verbund von Fernsehanstalten 'One World Group of Broadcasters' für die kommenden Monate eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit. Ein Grundsatzpapier 'Bevölkerung und Entwicklung' wurde bereits verfaßt, in dem zwar Wachstumsfetischismus und Energieverbrauch im Norden kritisiert werden, Bevölkerungspolitik im Süden aber dennoch einen Sinn machen soll.

## Mehr Menschen = mehr Verschmutzung?

"Ganz gleich, ob Industrieländer oder Entwicklungsländer: je mehr Menschen, desto mehr Verschmutzung", so hieß es 1990 im Weltbevölkerungsbericht der UNO, wo "konsequente Maßnahmen" gefordert werden, "um das Bevölkerungswachstum aufzuhalten". Obwohl bekannt ist, daß der Pro-Kopf Konsum ebenso wie der Einsatz von Hoch-Technologie - die wichtigen Faktoren bei der Zerstörung unseres Planeten - weltweit höchst unterschiedlich sind, findet diese einfache Gleichung zunehmend eine Anhängerschaft. Hierzulande und in Europa wird die Bevölkerungsdebatte von Schlagworten wie 'Alterssicherung', 'Einwanderungsdruck', 'kulturelle Identität' und 'ökologische Tragfähigkeit' beherrscht. Dabei ist es bis in linke und liberale Kreise hinein modern geworden die Bevölkerung, genauer gesagt: die Menschen, als Variable zu betrachten. Jüngstes Beispiel ist ein Artikel in der Wochenpost (5. Januar 1994: "Wer bremst die Menscheit?", Ulli Kulke). Die Industriestaaten werden dort davor gewarnt in eine 'Humanitätsfalle' zu tappen, solange wie sie weiterhin Gelder für die Gesundheits- und Nahrungsversorgung und die Bekämpfung der Kindersterblichkeit in den Armutszonen zur Verfügung stellten und wenig für geringeres Bevölkerungswachstum täten, denn: "Die synchrone Entwicklung steigender durchschnittlicher Lebenserwartung und sinkender Geburtenraten klappt nicht wie in den Industrieländern. (...) Die Menschheit muß anfangen sich selbst zu bewirtschaften. Je früher, desto humaner wird dies passieren. Für die Erhaltung der globalen Lebensgrundlagen zur Zeit am wichtigsten: Tempolimit beim Bevölkerungswachstum." Wie weit die Wochenpost den Öko-Zynismus treibt, ist im Leitartikel derselben Ausgabe nachzulesen. "Kondome statt Brot" wird dort völlig unverhohlen in Richtung Weltbevölkerungskonferenz gefordert.

**Ute Sprenger**


**Bevölkerungskontrollpolitik: ...damit die Deutschen weiterhin die Früchte der Welthungerordnung ernten können**



# Genese eines Bürgerkrieges

## Ethnischer Bürgerkrieg, Jugendaufstand und Niedergang des Rechtsstaates in Sri Lanka

**Die Situation auf Sri Lanka ist von drei Konfliktmustern geprägt. Erstens durch den seit 1983 zum Bürgerkrieg eskalierten ethnischen Konflikt zwischen den überwiegend buddhistischen Singhalesen und den überwiegend hinduistischen Sri-Lanka-Tamilen (siehe Tabelle 1). Zweitens durch die seit 1978 beobachtbare Umwandlung einer Westminster-Demokratie in ein Einparteienregime und drittens durch einen 1987 ausgebrochenen und Anfang 1990 blutig niedergeschlagenen singhalesischen Jugendaufstand. Diese drei bis heute andauernden entscheidenden Konfliktmuster werden im folgenden dargestellt.**

Ceylon wird 1948 in die Unabhängigkeit entlassen. Das allgemeine Wahlrecht war bereits 1931 eingeführt worden und seitdem hatte sich ein weitgehend ethnisch orientiertes Parteiensystems entwickelt. Die United National Party (UNP) vertritt die Singhalesen der Insel, der Tamil Congress die Sri-Lanka-Tamilen und der Ceylon Indian Congress die Plantagen-Tamilen. Ceylon erbt 1948 deshalb neben einer Westminster-Verfassung auch einen in der Parteistruktur des Landes verankerten Konflikt zwischen der Mehrheit der Singhalesen und den seit mehr als tausend Jahren im Norden und Osten siedelnden Sri Lanka-Tamilen und den seit der Mitte des 19. Jahrhunderts aus Südindien zugewanderten tamilischen Plantagenarbeitern.

### Von der ethnischen Diskriminierung zum Bürgerkrieg

1949 entzieht die regierende UNP den rund eine Million südindischen Tamilen das Bürger- und damit das Wahlrecht. 1951 gründet der prominente UNP-Dissident S.W.R.D. Bandaranaike die Sri Lanka Freedom Party (SLFP), die sich mit dem Versprechen einer ausschließlichen Förderung der Sprache, Religion und Kultur der Singhalesen an einen singhalesischen dörflichen Mittelstand und an die buddhistische Intelligenz wendet. 1956 gewinnt die SLFP Bandaranaikes mit dem Slogan "Sinhala only" die Wahlen. Sie erklärt das Sinhala zur Staats- und Verwaltungssprache der Insel, erhebt den Buddhismus zur quasi - offiziellen Staatsideologie und fördert die Interessen der singhalesischen Mehrheit und insbesondere ihrer Wählerklientel unter dem Schlagwort einer nationalen - und nationalisierenden - Wirtschaftspolitik.

Da die unter Zugzwang geratene United National Party (UNP) rasch die gleichen Schlagworte übernimmt und da die SLFP und die UNP sich von 1956 bis 1977 jeweils an der Regierung ablösen (siehe Tabelle 2), setzt jetzt eine Politik der gegen die Sri-Lanka-Tamilen gerichteten ethnischen Ausgrenzung ein. Diese zielt auf die Übertragung einer begrenzten Anzahl von Verwaltungsposten, Investitionen, Arbeitsplätzen und Erwerbsmöglichkeiten von der tamilischen Minderheit auf das singhalesische 'Löwenvolk'. Diese Politik der ethnischen Umverteilung und Ausgrenzung benachteiligt oder bedroht drei jeweils größere Gruppen der Sri-Lanka-Tamilen: (1) die Einführung des Sinhala im Verwaltungsapparat und in der Mehrheit der weiterführenden Schulen und der Universitäten vernichtet die Vorrangstellung einer Jaffna-tamilischen Beamtenschaft und sie erschwert der Jaffna-tamilischen Intelligenz den Zugang zu den von ihr ausgeübten Berufen, den 'liberal professions'.2) Nationalisierungsmaßnahmen - der Hafenanlagen der Insel, des Transport-, des Banken- und des Versicherungswesens - machen den Weg frei für die Entlassung einer tamilischen Arbeiter- und Mittelschicht und die Neueinstellung einer singhalesischen Wählerklientel. Neue Staatsbetriebe werden auf den singhalesischen Siedlungsraum konzentriert. Werden neue Industrien im tamilischen Siedlungsbereich gegründet, so kommen diese in erster Linie einer singhalesischen Arbeiter- und Unternehmerschaft zugute und sie tragen dazu bei, die ethnischen und politischen Mehrheitsverhältnisse in den betreffenden Stadtgebieten zu 'kippen'.3) Ein vorgeblich auf die nördliche Trockenzone, im wesentlichen aber auf das Hinterland der tamilischen Ostprovinz ausgerichtetes Landerschließungs- und Umsiedlungsprogramm kommt fast ausschließlich den von Landlosigkeit bedrohten singhalesischen Bauern zugute. Es verändert das ethnische und politische Gleichgewicht in der Ostprovinz und es bedroht - weil es offiziell als Wiedereroberung einer 'terra sancta' der Buddhisten gerechtfertigt wird - die Gesamtheit der Sri-Lanka-Tamilen.

Bereits während der siebziger Jahre stößt diese Politik der ethnischen Ausgrenzung auf einen doppelten Widerstand. Das von hohen Investitionen für eine Sinhala-sprachige Massenbildung und von ungenügendem Wirtschaftswachstum gekennzeichnete 'nationale' Wirtschaftsmodell kann die geweckten Erwartungen nicht mehr befriedigen: es kommt 1971 zum Aufstand singhalesischer Jugendlicher. Auf der Gegenseite zeigt die von den tamilischen Politikern und einer Jaffna-tamilischen Studentenschaft seit 1974 erhobene Forderung nach einem unabhängigen Tamilenstaat auf der Insel, daß die Politik der ethnischen Ausgrenzung einen tamilischen Separatismus und ethnischen Bürgerkrieg auszulösen droht.

Vor diesem Hintergrund kommt die UNP 1977, dem Pendelschlag singhalesischer Politik folgend, wieder an die Macht. Ihr Wahlerfolg ist überwältigend, sie kann sich eine Fünfsechstel-Parlamentsmehrheit sichern. Dieser Sieg hätte ihr den innen- und wirtschaftspolitischen Spielraum verschaffen können, um eine neuerliche singhalesische Revolte und eine drohende tamilische Aufstandsbewegung zu verhindern. Statt dessen benutzt die UNP ihre Mehrheit, um in den folgenden Jahren ihre Machtstellung auszubauen. Ihre Entscheidung, einen tamilischen Separatismus mit militärischen Mitteln zu bekämpfen, anstatt ihn zum Gegenstand von Verhandlungen zu machen und ihn politisch einzubinden, beschleunigt den Legitimitätsverlust der tamilischen Politiker

und fördert die Entstehung, den Autoritäts- und Machtzuwachs einer tamilischen Terrororganisation, der 'Liberation Tigers of Tamil Eelam'(LTTE).

Morde an Beamten, Überfälle auf Polizeistationen im Norden und Angriffe auf die seit 1979 mit Sondervollmachten ausgestattete und auf die Halbinsel von Jaffna entsandte Armee, bilden den Hintergrund und den Anlaß eines im Sommer 1983 einsetzenden Pogroms gegen die Tamilen. Bei diesem Pogrom, das in Colombo initiiert wird und im ganzen singhalesischen Siedlungsgebiet Nachahmer findet, wird rasch offensichtlich, daß es von der UNP- Spitze toleriert und von verschiedenen lokalen UNP-Abgeordneten und den Sicherheitskräften unterstützt wird. Mehr als tausend Tamilen fallen dem Pogrom zum Opfer, und die

Tabelle 1: **Ethnische Gliederung der Bevölkerung Sri Lankas**

| | 1971 Anteil (%) | Einwohner (1.000) | 1981 Anteil (%) |
|---|---|---|---|
| **Singhalesen** | 72,0 | 10.986 | 74,0 |
| **Sri Lanka-Tamilen** | 11,2 | 1.872 | 12,6 |
| **Indien-Tamilen** | 9,3 | 825 | 5,6 |
| **Moors** | 6,7 | 1.057 | 7,1 |
| **Malaien** | 0,34 | 43 | 0,29 |
| **Burgher** | 0,35 | 38 | 0,26 |
| **Sonstige** | 0,1 | 29 | 0,1 |
| **Gesamt** | **100** | **14.850** | **100** |

Quelle: CBSL

Mehrheit tamilischer Läden und Wohnungen in den singhalesischen Städten wird geplündert. Damit tritt der ethnische Konflikt in das Stadium des offenen Bürgerkrieges. Dieser Bürgerkrieg hält bis heute unvermindert an[1] und entwickelte eine lokale, regionale und internationale Ebene der militärischen bzw. politischen Auseinandersetzungen.

## Drei Dimensionen des Bürgerkrieges

Die singhalesische Armee verliert frühzeitig die Kontrolle über die schwer zugängliche Jaffna-Halbinsel, deshalb konzentrieren sich die Kämpfe sehr rasch auf die leichter zugängliche Ostprovinz. Dort siedeln bereits Singhalesen und man hofft, die mit der UNP verbündeten Ostküsten-Muslime gegen die lokalen Tamilen ausspielen zu können. So verwandelt sich die Ostprovinz zum entscheidenden Schauplatz des Bürgerkrieges, der hauptsächlich zwischen Jugendlichen ausgetragen wird. In diesem Krieg stehen sich die immer jüngeren und unter wachsendem Zwang rekrutierten 'boys' der LTTE und jene singhalesischen Halbwüchsigen gegenüber, die in die neue 'Special Task Force'[2] der UNP-Regierung rekrutiert werden. Die UNP-Regierung mißtraut der regulären Armee, da deren Führungspositionen von der SLFP mit ihren Parteianhängern besetzt wurden. Die 'Special Task Force' soll der Regierung bei der Niederschlagung der Guerilla dienen und die Parteigefolgschaft der UNP-Parlamentarier einbinden und versorgen. In diese 'Special Task Force' werden deshalb junge arbeitslose Singhalesen aufgenommen, die oft den UNP-Parlamentariern als Wahlhelfer und Schlägertruppen gedient hatten. Da diesen Arbeitslosen und Landlosen zugesagt wird, daß sie künftig bei der Vergabe von Landparzellen in den Neusiedlerkolonien bevorzugt werden, wandelt sich der 'Krieg der Jugendbanden' zu einem Krieg der Vertreibung und Landnahme. Die 'Special Task Force' geht im Falle von Anschlägen mit dem Instrument der 'kollektiven Vergeltung' gegen die lokalen Bauern vor. Es wächst die Bereitschaft, in einer diskreten Zusammenarbeit mit bewaffneten singhalesischen Neusiedlern und Muslimen tamilische Bauern zu vertreiben, ihre Dörfer zu zerstören und ihr Land zu übernehmen.

Neben diese lokale Ebene des Bürgerkrieges tritt bald eine regionale. Seit der Entstehung eines neuen grenzüberschreitenden tamilischen Nationalismus auf der Halbinsel Jaffna sehen die Sri-Lanka-Tamilen in der 50 Millionen starken Bevölkerung des südindischen Bundesstaates Tamilnadu ihre ethnische Stammgruppe. Über die Meeresenge hinweg halten die Jaffna-tamilischen Fischer einen lukrativen Schmuggelhandel aufrecht. In dem Maße, in dem auch Mitglieder dieser Fischerkaste in der LTTE den Ton angeben, dient dieser Verkehr nicht nur zur Finanzierung der LTTE, sondern auch zur Versorgung mit Waffen und für den Transport der Kämpfer und Verwundeten. Die Küste Tamilnadus wird zum Ausgangsort und Fluchtpunkt der Angriffe der LTTE. Hier unterhalten die LTTE und die mit ihr rivalisierenden tamilischen Untergrundorganisationen ihre Ausbildungslager, von hier aus suchen und finden sie auch die Unterstützung der verschiedenen regionalen Parteien und der Bevölkerung Tamilnadus. Die Marine Sri Lankas versucht, diese Verbindung zu unterbrechen und unterwirft die Küste im Norden der Insel zahlreichen Kontroll- und Sicherheitsauflagen. Diese dienen aber auch als Vorwand, um die mehr als 300.000 tamilischen Fischer am Fischfang zu hindern, sie zu bedrohen oder ihre Boote zu konfiszieren. Mehr als 100.000 Fischer, aber auch Bauern, siedeln schließlich auf die Küste Südindiens über. Die Flüchtlinge werden in Lagern untergebracht, diese werden von der LTTE kontrolliert und hier rekrutiert sie ihre neuen Kämpfer. Im Maße dieser wachsenden Regionalisierung des Konflikts wächst zugleich der Druck der Parteien Tamilnadus auf die indische Zentralregierung, sich auf der Seite der tamilischen Aufstandsbewegung zu engagieren.

Aber auch eine weitere internationale Ebene der Konfliktaustragung - die sich ausweitenden Waffenlieferungen, Flüchtlingsbewegungen und Proteste - nötigt die indische Regierung zu einer diplomatischen und militärischen Intervention. Im August 1987 zwingt die Regierung Rajiv Gandhis der auf Sri Lanka regierenden UNP den 'Indo-Sri Lankan Peace Accord' auf. Dieser soll die bislang zentralistisch verwaltete und von der singhalesischen Mehrheit dominierte Insel nach dem Vorbild Indiens in einen föderalen Staat umwandeln und dadurch den Bürgerkrieg beenden. Zur Überwachung der Entwaffnung der LTTE, des Rückzugs der singhalesischen Truppen und der Durchführung der geplanten Provinzwahlen werden im Norden und Osten der Insel indische Truppen stationiert.

Die indische Intervention kann zwar einer Internationalisierung des Konflikts entgegentreten, sie löst aber ungewollt einen neuen Binnenterror innerhalb der ethnischen Mehrheit und innerhalb der Minderheit aus, und sie fördert die Verselbständigung des Bürgerkriegs. Die LTTE lehnt den Vertrag ab. Sie greift im Herbst 1987 die indischen Truppen an und verwickelt die indische Armee in ihre erste gegen eine Guerilla gerichtete Militäraktion auf fremdem Boden. Indien sucht seinen Friedensplan zu legitimieren und seine Position zu stärken, indem es mit rivalisierenden tamilischen Parteien und Terrororganisationen kooperiert und diese gegen die LTTE aufrüstet. Diese 'Bruderkämpfe' spalten, verelenden und terrorisieren die tamilische Zivilbe-

völkerung. Zugleich bricht in dem singhalesischen Siedlungsgebiet, im Binnenraum der ethnischen Mehrheit, ein von einer Terror- und Geheimorganisation geführter und gegen das 'Friedensdiktat' und vor allem gegen die Staatsklasse der UNP gerichteter Aufstand aus. Während der Binnenterror auf der tamilischen Seite 1990 zum Sieg der LTTE, zum Aussetzen des Friedensvertrags und zum Abzug der indischen Truppen führt, beschwört der Binnenterror auf der singhalesischen Seite einen Schattenkrieg herauf, bei dem Geheimgruppen von Jugendlichen gegen staatliche Todesschwadronen antreten. Diesen Schattenkrieg wird schließlich die UNP- Regierung für sich entscheiden.

Plus ça change, plus c'est la même chose: Nach einem zynischen Zweckbündnis zwischen der UNP-Regierung und der LTTE[3] bricht dieses Mitte 1989 geschlossene Stillhalteabkommen ein Jahr später zusammen. Der seitdem wiederaufgenommene Bürgerkrieg wird nun noch grausamer, weil die singhalesische Regierung jetzt die zur Niederwerfung ihres Jugendaufstandes entwickelten Methoden und ihre Todesschwadronen gegen die Tamilen einsetzt und weil die ihrer südindischen Fluchträume, Unterstützung und Verbindungswege beraubte LTTE zu immer brutaleren Maßnahmen greift. Sie steigert die Massaker an den Muslimen und den singhalesischen Neusiedlern in der Ostprovinz, erpreßt und terrorisiert die eigene Bevölkerung und entführt und rekrutiert in immer stärkerem Maße Kinder für ihre 'Tiger'- und 'Tigerinnen'-Brigaden.

Im Verlauf von vier Jahrzehnten und angetrieben durch den Nationalismus und das Zweiparteiensystem der singhalesischen Mehrheit hat sich dieser ethnische Konflikt zu einem Bürgerkrieg verselbständigt, der die sozialen und politischen Binnen- und Rechtsordnungen beider Volksgruppen weitgehend schwächt und zerstört.

## Die Entstehung eines autoritären Regimes

Es wurde bereits angedeutet, daß die lange Zeit als exemplarisch eingeschätzte (Westminster)-Demokratie Sri Lankas zugleich einen ethnischen Konflikt vorantreibt. Der Machtwechsel der beiden großen Parteien findet dabei aufgrund der von ihnen abgegebenen, gegen die Tamilen gerichteten Patronage-Versprechungen statt; die hohen Wahlbeteiligungen (siehe Tabelle 2) sind das Resultat einer weitreichenden Wählerkontrolle seitens der UNP und SLFP und der von ihnen beständig gesteigerten Patronage-Erwartungen; eine sinhalasprachige Massenbildung und eine freie und sinhalasprachige Presse vermitteln und propagieren einen ethnisch exklusiven, singhalesischen Nationalismus.

Bis 1977 werden zwar wichtige Rahmenbedingungen liberaler demokratischer Herrschaft geschwächt, aber der Kernbestand demokratischer Herrschaft, also die Unabhängigkeit der Rechtsprechung und die Gewaltenteilung, das Abhalten periodischer und für alle Parteien offener Wahlen und ein äußerst begrenzter Einsatz von Ausnahmeregelungen bleiben noch gewahrt. Mit dem hohen Wahlsieg der UNP unter Jayawardene, aber auch unter dem Vorwand des anlaufenden Bürgerkriegs beginnt sich dies zu ändern. Jayawardene - der die SLFP als politische Konkurrentin ausschalten will - beginnt nun mit dem Ausbau eines verdeckten Einparteienregimes, indem dem Staatspräsidenten eine wachsende autokratische Stellung gegenüber dem Staat, dem Parlament und seiner eigenen Partei zufällt.

1978 läßt J.R. Jayawardene, Wahlsieger, Premier und Parteipräsident der UNP eine neue Verfassung - gegen den Widerstand der im Parlament bedeutungslosen Opposition - verabschieden, die Sri Lanka in eine Präsidialdemokratie nach französischem Muster umwandelt. Die Richter des Supreme Court werden von Jayawardene, dem neuen Staatspräsidenten, auf die neue Verfassung eingeschworen. Die der neuen Verfassung kritisch gegenüberstehenden Richter des alten Supreme Court werden in den Ruhestand geschickt und durch neue, UNP-nahe ersetzt. In der Folgezeit häufen sich Einschüchterungen gegenüber den höchsten wie den niederen Richtern des Landes. Demonstrativ werden Polizisten und Beamte befördert, die verurteilt worden waren,

Tabelle 2: **Parlamentswahlen auf Sri Lanka 1947 - 1989**

| Parteien | 1947 | 1952 | 1956 | 1960 | 1960 | 1965 | 1970 | 1977 | 1989 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **Die beiden singhalesischen Massenparteien** | | | | | | | | | |
| UNP (United National Party 1946) | 42 | 54 | 8 | 50 | 30 | 66 | 17 | 139 | 125 |
| SLFP (Sri Lanka Freedom Party 1951) | - | 9 | 51 a | 46 | 75 | 41 | 90 | 8 | 67 |
| **Die tamilischen Linksparteien** | | | | | | | | | |
| LSSP (Lanka Samasamaja Party 1935) | 10 | 9 | 14 | 10 | 12 | 10 | 19 | - | - |
| CP (Communist Party 1943) | 3 | 4 | 3 | 3 | 4 | 4 | 6 | - | - |
| BLP (Bolshevik Leninist Party 1947) | 5 | - | - | - | - | - | - | - | - |
| MEP (Mahajana Eksath Peramuna 1956) | - | - | 51 a | 10 | 3 | 1 | - | - | 3 |
| **Die traditionellen Parteien** | | | | | | | | | |
| CIC (Ceylon Indian Congress 1939) | 6 | - | - | - | - | - | - | - | - |
| TC (All Ceylon Tamil Congress 1944) | 7 | 4 | 1 | 1 | 1 | 3 | 3 | - | - |
| TULF (Tamil United Liberation Front 1976) | - | - | - | - | - | - | - | 17 | 10 |
| FP (Federal Party 1949) | - | 2 | 10 | 15 | 16 | 14 | 13 | - | - |
| **Seit 1987 entstandene Parteigruppen** | | | | | | | | | |
| USA (United Socialist Alliance) | - | - | - | - | - | - | - | - | 3 |
| SLMC (Sri Lanka Muslim Congress) | - | - | - | - | - | - | - | - | 4 |
| EROS (Eelam Rev. Org. of Students) | - | - | - | - | - | - | - | - | 13 |
| **Unabhängige Kandidaten** | 21 | 12 | 8 | 7 | 6 | 6 | 2 | 1 | - |
| **Andere Parteien** | 1 | 1 | 0 | 9 | 4 | 6 | - | 1 | - |
| **Wahlbeteiligung in %** | **61,3** | **74,0** | **71,0** | **77,6** | **75,6** | **82,0** | **85,2** | **87,3** | **65,0** |

a Parlamentssitze wurden von der MEP-genannten Koalition gewonnen, in der die SLFP die dominante Partei stellte. Seit 1969 bildet die MEP eine eigene (Splitter-)Partei.

Quellen: Robinson/Rösel: EPD 1993

weil sie Oppositionspolitiker oder Gewerkschafter bei der Wahrnehmung ihrer Rechte behindert hatten. Früher verhängte Geldstrafen werden dabei in den meisten Fällen vom Staat bezahlt. Jayawardene, der neben dem Amt des Staatspräsidenten auch das Amt des Oberkommandierenden der Streitkräfte und sechs weitere Ministerien innehat, beginnt bald seine Machtposition noch weiter auszubauen. Er hält undatierte Rücktrittschreiben aller UNP-Parlamentsabgeordneten - und auch der Minister - in Händen. Zugleich wird von der Möglichkeit der Verfassungsänderung in den kommenden Jahren mehr als zwanzigmal Gebrauch gemacht. Die Kombination von beidem macht schließlich den singhalesischen Staat und die UNP über ein Jahrzehnt zum Gefangenen ihres Parteichefs und Staatspräsidenten.

1980 läßt die UNP die bürgerlichen Ehrenrechte der Führerin der SLFP, Sirimavo Bandaranaike, durch eine von ihr einberufene Untersuchungskommission aberkennen. Bei der 1982 vorzeitig durchgeführten Präsidentschaftswahl kann die SLFP deshalb nur mit einem weithin unbekannten Ersatzkandidaten antreten und Jayawardene gewinnt mit großer Mehrheit. 1983 stünden Parlamentswahlen an und die UNP fürchtet bei diesen Wahlen ihre so nützliche, zu allen gewünschten Verfassungsänderungen befähigende Zweidrittelmehrheit zu verlieren. Im Dezember 1982 nimmt Jayawardene ein von ihm selbst entdecktes, aber nie nachgewiesenes 'kommunistisches Komplott' zum Anlaß, eine Verlängerung der Sitzungsdauer des alten Parlaments um sechs Jahre zu fordern. Dazu muß am 22.12. ein Referendum abgehalten werden, welches das Parlament zu einer entsprechenden Verfassungsänderung autorisiert. Das Referendum ist von der niedrigsten bis dahin bekannten Wahlbeteiligung (71 %), massiven Wählereinschüchterungen und zahlreichen Unregelmäßigkeiten geprägt. Die UNP erzielt nur knapp die notwendige Mehrheit (55 %). Damit kann die UNP den parlamentarischen Wahlmodus über ein ganzes Jahrzehnt suspendieren und sie nimmt das Heranwachsen einer neuen Generation von wahlfähigen, aber politisch verbitterten Jugendlichen in Kauf, die sie weder ideologisch einschätzen noch parteipolitisch einbinden kann.

Die UNP versucht aber auch gegenüber anderen Konkurrentinnen und in anderen Bereichen ihre Macht zu konsolidieren. Mitte 1983, nach dem von der UNP tolerierten Pogrom an den Tamilen werden drei kleine Linksparteien verboten.[4] Eine neue Verfassungsänderung, die allen Politikern und Beamten unter Eid das Eintreten für die Landeseinheit abverlangt, führt zum Parlamentsausschluß der tamilischen Partei (TULF). Gegenüber den Gewerkschaften konsolidiert die UNP ihre Macht mit Hilfe eines neuen 'Essential Public Services Act'. Damit wird für weite Bereiche der Wirtschaft das Streikrecht aufgehoben. Zugleich baut sie die ihr nahestehende, 1977 noch unbedeutende Gewerkschaft, die JSS, zur mitgliederstärksten Gewerkschaft der Insel auf. Dies gelingt ihr durch offizielle Förderung, Patronage-Versprechungen und Drohungen seitens der staatlichen Arbeitgeber und UNP-naher Schlägertrupps. Während das Regime seine Machtposition innerhalb eines überkommenen demokratischen Systems ausbaut, gibt ihr der eskalierende Konflikt mit der LTTE den Anstoß und den Vorwand, sich und ihre Sicherheitskräfte mit Ausnahmeregelungen und Sondervollmachten auszustatten. Weite Teile der Insel, vor allem der Norden und der Osten werden jetzt unter die monatlich erneuerten und ständig erweiterten 'Emergency Regulations' gestellt. Der Ausbau der Armee, die Aufstellung einer 'Special Task Force' und die Begründung von 'Home Guards' - Milizen in den Neusiedlerkolonien führen zur Rekrutierung und Bewaffnung singhalesischer Jugendlicher, die sozialen Randgruppen entstammen, kaum überprüft und wenig diszipliniert werden.



**Folgen des Bürgerkrieges. Foto: Südasienbüro Dortmund**

Als Folgen des Aufbaus eines autoritären Regimes und der Bekämpfung einer separatistischen Bewegung zeigen sich damit eine wachsende Schwächung der Unabhängigkeit der Rechtsprechung und eine faktische Ausschaltung der Legislative. Neben diese de-facto-Aufhebung der Gewaltenteilung treten zugleich die zehnjährige Aussetzung des demokratischen Wahlprozesses, also die Verschiebung der Parlamentswahlen auf 1989, und das Verbot bzw. die Behinderung der ohnehin geschwächten oppositionellen Parteien - aber auch der Gewerkschaften. Diese Suspendierung der wechselseitigen Institutionenkontrolle und des Parteienwettbewerbs wird begleitet von einer immer stärkeren, aber formal abgesicherten Aufhebung der politischen und bürgerlichen Rechte und von einer zunehmenden Militarisierung und einer zunehmend unkontrollierten Gewalttätigkeit. Die wachsende Rechtlosigkeit, Militarisierung und Gewalttätigkeit zeigt sich nicht nur nach außen, gegenüber der tamilischen Guerilla, sondern auch nach innen gegenüber der Opposition und der singhalesischen Bevölkerung. Einen Höhepunkt der Rechtlosigkeit und des uneingeschränkten Gewalteinsatzes erreicht aber das Regime während der Niederschlagung eines Jugendaufstandes, der sich im wesentlichen gerade gegen den Ausbau dieses autoritären Staates und dessen Abbau demokratischer Grundrechte richtete.

## Die singhalesische Jugendrebellion

1971 schlug die Regierung mit beispielloser Brutalität einen ersten Aufstand arbeitsloser, primarschulgebildeter singhalesischer Jugendlicher nieder. Der Aufstand weist alle Züge einer Revolution der getäuschten Patronage-Erwartungen auf. Das von hohen Investitionen für eine Sinhala-sprachige Massenbildung und von ungenügendem Wirtschaftswachstum gekennzeichnete 'nationale' Wirtschaftsmodell kann die von ihm selbst geweckten Erwartungen nicht mehr befriedigen. Die vordergründig 'maoistische' Geheimorganisation der Janatha Vimukti Peramuna (JVP) lenkte die Rebellion. 1977 amnestierte die UNP-Regierung die mehr als 25.000 Inhaftierten und 'buddhistisch' Umerzogenen und ließ die JVP wieder als Partei zu.[5] Seit ihrer Entlassung haben die Amnestierten weitgehend unüberprüft Zugang in die singhalesischen Neusiedlergebiete, in den Verwaltungsapparat, in die Armee und in die paramilitärischen Organisationen gefunden. Sie haben sich zugleich mit einer seit 1977 heranwachsenden neuen Jugendgeneration verbunden. Diese Jugendgeneration fühlt sich von der neuen Staatsklasse der UNP getäuscht und ausgegrenzt, ist über ihre wachsende Arbeitlosigkeit verbittert und empfindet den 1987 verfügten 'Indo - Sri Lankan Peace Accord' als eine Demütigung,




**Von der Armee zerstörtes Gebäude des Jaffna Cooperative Store. Foto: Südasienbüro Dortmund**

als einen Ausverkauf des Landes an die indische Hegemonialmacht.

Seit Ende 1987 zeigt sich eine neue von der alten Janatha Vimukti Peramuna (JVP) beherrschte und von einer neuen Jugendgeneration getragene Aufstandsbewegung. Sie wird ausgelöst durch die von dem Friedensvertrag verfügte Dezentralisierung der Insel, also durch die für die Föderation notwendige Wahl neuer Provinzparlamente. Die JVP hat sich nun vollständig zu einer Geheim- und Terrororganisation gewandelt und ihre allgegenwärtigen Anhänger und Mitläufer versuchen jetzt nicht mehr - wie 1971 - im Handstreich die Macht über die Insel zu übernehmen. Sie versuchen statt dessen mit Hilfe massiverer und vermehrter Terroranschläge, die Herrschaftsschicht der UNP Schritt für Schritt, Sektion um Sektion und Familie nach Familie einzuschüchtern, zu spalten und zu liquidieren. Nachdem bis zur Jahresmitte 1988 mehr als 3.000 UNP-Mitglieder und rund ein Zehntel aller Provinzparlamentskandidaten - zumeist mit ihren Frauen und Kindern - erschlagen, zerstückelt und verbrannt worden sind, zeigt sich ein beängstigender, zunächst noch lokaler, aber sehr bald koordinierter Gegenterror des Regimes.

Der Einsatz und die wachsende Koordination dieses Gegenterrors verbinden sich von Anfang an mit dem Aufstieg des UNP-Premiers Ranasinghe Premadasa. Dieser kann im Herbst 1988 seine Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten der UNP durchsetzen und er kann schließlich die Präsidentschaftswahl und die im Januar 1989 durchgeführten Parlamentswahlen für sich und die UNP entscheiden.[6] Bereits vor und während, vor allem aber nach den beiden Wahlen zeigt sich ein schrankenloser Einsatz von Todesschwadronen.

Die von den Verwandten, Leibwächtern und Schlägertrupps eines Parlamentsabgeordneten gebildeten oder aus lokalen Polizisten und weiteren in ihrem Leben bedrohten Regime-Anhängern rekrutierten Todesschwadronen dringen in ihrem jeweils lokal begrenzten Operationsgebiet in die Hütten angeblicher JVP- Sympathisanten ein, entführen, verhören und foltern sie. Eine große Zahl der Entführten wird getötet und, oft in einem entfernten Wahlkreis an der Straße ausgelegt, in Flüsse oder ins Meer geworfen. Der unverminderte Terror der JVP wird von den Todesschwadronen mit einem Gegenterror beantwortet, der einem 'Vergeltungstarif' folgt: im Durchschnitt werden für ein Opfer der JVP zwölf JVP-Sympathisanten ermordet. Diese Strategie des Gegenterrors läßt die Zahl der Entführten und Getöteten in die Höhe schnellen und sie zerbricht schließlich im November 1989 den aus Terror und Geheimhaltung gebildeten Schutzmantel der JVP. Die Führungsschicht der JVP wird gefunden, gefoltert und liquidiert. Anfang 1990 bricht der Aufstand zusammen. Seine Niederschlagung hat - nach Einschätzung diplomatischer Kreise und Menschenrechtsorganisationen - zumindest 30.000 Menschen das Leben gekostet. Damit fielen dieser Terrorstrategie mehr Menschen zum Opfer als dem Tamilenkonflikt seit der Unabhängigkeit und mehr als jedem militanten Konflikt während der holländischen und britischen Kolonialzeit.

Die Niederwerfung dieses von der JVP geführten Jugendaufstands hat zugleich den Charakter des ceylonesischen Reststaates tiefgreifend verändert. Um die Provinzrats-, Präsidentschafts- und Parlamentswahlen trotz der Angriffe und der Morddrohungen der JVP durchzuführen, ist die UNP-Regierung dazu übergegangen, die Kandidaten aller Parteien, vor allem aber ihre Minister und Parlamentsabgeordneten mit Waffen und Leibwächtern auszustatten. Bereits die Bekämpfung der LTTE hatte zur Aufstellung von paramilitärischen Organisationen und Milizen und damit zu einem wachsend unkontrollierten Waffenbesitz geführt. Nun verlagert sich diese wachsende Bewaffnung und Bedrohung der Bevölkerung auch ins Hinterland des Bürgerkriegs, also in die singhalesischen Landesteile. Es entstehen offizielle und inoffizielle Privatarmeen der UNP-Politiker, Privatarmeen, die tagsüber als Schutztruppen und nachts als Todesschwadronen operieren. Diese Entwicklung geht

einher mit dem Verfall staatlich organisierter und monopolisierter Strafverfolgung, Verurteilung und Strafvollziehung: In dem Maße, in dem eine eingeschüchterte Polizei die Morde der JVP nicht mehr untersucht, das Rechtssystem zusammenbricht und die staatlichen Gefängnisse von der JVP mühelos unterwandert oder überfallen werden, tritt der Vergeltungsmord der Todesschwadronen an die Stelle der staatlichen Strafverfolgung. Damit verstärkt sich eine zuvor nur von paramilitärischen Organisationen und Milizen getragene und in den Bürgerkriegsgebieten beobachtbare Entwicklung: Das staatliche Gewaltmonopol und das staatliche Rechtsmonopol beginnen sich aufzulösen. Die Lücke füllen lokale Statthalter und intermediäre Machthaber des Regimes, die mit Hilfe ihrer Privatarmeen Gewalt ausüben und mit Hilfe von Todesschwadronen an die Stelle der Rechtsprechung den Vergeltungsmord rücken. Damit zeigt sich parallel zur Rettung des UNP-Regimes der Niedergang des ceylonesischen Staatswesens. Dieser von einem singhalesischen Nationalismus und dem ethnischen Konflikt ausgelöste, durch die Machtkonsolidierung der UNP verstärkte und im Rahmen der Niederwerfung der JVP vorläufig vollendete Niedergang des ceylonesischen Staates prägt auch die politische Entwicklung seit 1990.

## Bürgerkrieg, Autoritarismus und Einschüchterung der Opposition

Das Niederwerfen des von der JVP geführten singhalesischen Jugendaufstandes rettete die UNP und stärkte die Machtstellung Premadasas. Nachdem im Juni 1990 der 'Zweite Eelam-Krieg' ausbricht, glauben Premadasa und sein Verteidigungsminister Ranjan Wijeratne, die gegenüber der JVP erprobten Unterdrückungsmaßnahmen auch gegenüber der LTTE anwenden zu können. Die Annahme der UNP-Führung, die LTTE sei nun entscheidend geschwächt, da sie nacheinander die Unterstützung seitens der indischen Zentralregierung - seit 1987 -, seitens der Tamilen Südindiens - seit der Ermordung Rajiv Gandhis im Frühjahr 1991 - und schließlich seitens der eigenen Bevölkerung - seit der fast vollständigen Abriegelung Jaffnas 1991 - verloren habe, erweist sich aber bislang als falsch. Die LTTE kann mit Hilfe spektakulärer Bombenanschläge den Verteidigungsminister (Anfang 1991) und fast den gesamten Generalstab der singhalesischen Armee (August/November 1992) ermorden. Im Rahmen einer fast konventionellen Kriegsführung gelingt es ihr wochenlang ein wichtiges Armeelager einzuschließen (Juli 1991), und in einem weiteren Falle zu überrennen und 600 singhalesische Soldaten zu töten (November 1993). Unfähig, den LTTE-Aufstand niederzuwerfen, versucht die Regierung einerseits den Bürgerkrieg auf die tamilische Siedlungszone einzudämmen, und andererseits durch wirtschaftliche Liberalisierungsmaßnahmen im singhalesischen Siedlungsbereich ein begrenztes Wirtschaftswachstum und dadurch ihre Popularität zu fördern.

Eine verbesserte Wirtschaftslage allein kann aber dem Regime keine Stabilität garantieren und das Regime kann auch die von den Todesschwadronen verübten Morde nicht aus der Welt schaffen. Seit 1990 werden Premadasa die Rechtsverletzungen seines Regimes zum Vorwurf gemacht, nicht nur von internationalen Menschenrechtsorganisationen, sondern auch von den wichtigsten westlichen Geberländern. Premadasa weiß zudem, daß die aus höheren Kasten entstammende UNP-Elite sich seiner gerne entledigen würde. Der einst als nützlich empfundene 'Retter' des Regimes, gilt jetzt als innen- wie außenpolitische Belastung.

Diese neue Verwundbarkeit seiner vordergründig umfassenden Machtstellung zwingt ihm eine dreifache Vorgehensweise auf. (1) Um der Kritik des Auslandes an den Menschenrechtsverletzungen entgegenzutreten, richtet Premadasa mehr als zehn vordergründig mit der Aufklärung und Abwehr von Menschenrechtsverletzungen beauftragte Regierungskommissionen ein. (2) Da diese Kommissionen aber daran gehindert werden, die verantwortlichen Todesschwadronen, Beamten, Polizisten und Militärs zur Verantwortung zu ziehen, bleiben die für die Machtstellung Premadasas unverzichtbaren Grundbedingungen gewahrt: die Erinnerung an den Gegenterror des Regimes und die Angst vor seinen Todesschwadronen. (3) Da Premadasa die ursprünglich zur Bekämpfung der JVP eingesetzten Schattenorganisationen und die seit 1990 zur Untersuchung dieser Organisationen eingesetzten Regierungskommissionen benutzt, um seine Rivalen im UNP-Apparat auszuspionieren und unter Druck zu setzen, kann er seine Vormachtstellung auch innerhalb der UNP verteidigen.

Gestützt auf dieses Wissen und diesen Einfluß kann Premadasa einen in aller Heimlichkeit von seinen Rivalen und der UNP-Elite vorbereiteten Mißtrauensantrag im August 1991 überstehen. Die im April 1993 erfolgte Ermordung des Führers dieser Dissidentengruppe, Lalith Athulathmudali wird von vielen Beobachtern nicht der LTTE, sondern Premadasa zur Last gelegt. Wenige Wochen später, während der 1. Mai-Prozession 1993 wird schließlich Premadasa durch einen Attentäter in die Luft gesprengt. Die Urheber werden auch bei diesem Anschlag weniger bei der LTTE vermutet, als in einem weiten Spektrum der singhalesischen Feinde Premadasas, welches JVP- und SLFP-Anhänger, aber auch Mitglieder der UNP umfaßt. Die Vielfalt der möglichen Motive und Urheber charakterisiert indirekt die Undurchschaubarkeit, die die Herrschaft Premadasas innerhalb des UNP-Apparates inzwischen erreicht hat. Der bisherige Premierminister Dingiri Banda Wijetunga, ein weitgehend bedeutungsloser UNP-Politiker und Parteigänger Premadasas, wird zum Präsidenten ernannt. Unter seiner Führung kann die UNP im Mai bei den Provinzratswahlen die Stimmenmehrheit erreichen. Der neue Präsident hat damit ein Mandat, aber keine ausreichende Autorität. Ihm und der weitgehend erhaltenen UNP-Elite ist es bislang nicht gelungen, den von einem Bürgerkrieg, einem politischen Autoritarismus und von der Einschüchterung selbst der eigenen Bevölkerung vorangetriebenen Konfliktkreislauf aufzubrechen.

**Jakob Rösel**

**Anmerkungen:**

1) Er wurde nur kurz unterbrochen von der Phase des indischen Truppeneinmarsches (1987), den Kämpfen zwischen der indischen Armee und der LTTE (1987-1990) und einem Waffenstillstand zwischen LTTE und UNP (1989-1990).

2) Dabei handelt es sich um paramilitärische Verbände.

3) Das 'Bündnis' wurde geschmiedet, um den für die delegitimierte UNP wie für die bedrängte LTTE gleichermaßen notwendigen Abzug der indischen Truppen zu erzwingen.

4) Jayawardene beschuldigte diese für den Pogrom verantwortlich zu sein, ohne jemals Beweise vorzulegen.

5) Nach dem Tamilen-Pogrom 1983 wurde die JVP allerdings wiederum verboten. Um von der Beteiligung vieler UNP-Politiker an dem Pogrom abzulenken, hatte Jayawardene die JVP, die NSSP (eine trotzkistische Splittergruppe) und die prosowjetische Kommunistische Partei der Urheberschaft bezichtigt und die drei Splittergruppen proskribiert.

6) Der 82jährige Jayawardene will sich Ende 1988 bei den anstehenden Präsidentschaftswahler nicht mehr aufstellen lassen. Nach den Wahlen kann Premadasa seine Rivalen - im Jayawardene Kabinett und bei der Jayawardene Nachfolge - entmachten und sich von Jayawardene distanzieren. Seine Aufstellung, Wahl und Machtbehauptung verdankt er aber im wesentlichen der Tatsache, daß die eingeschüchterte, von Absatzbewegungen und Spaltungen bedrohte UNP sich von ihm, dem einst verachteten Unterschichtskarrieristen, jetzt ihr physisches und politisches Überleben verspricht.



# Die antillanische Schizophrenie 7.000 km von Paris

**Der folgende Artikel ist ein leicht gekürzter Vorabdruck aus einer Neuveröffentlichung des 'iz3w' mit dem Titel'**
**Die Karibik zwischen Souveränität und Abhängigkeit'(siehe Kasten). Die Autorin gibt ihre Eindrücke von den französichen Antillen wieder und konfrontiert sie mit den Identitätsproblemen der karibischen 'Zivilisation'.**

An Palmen vorbei führt die gut ausgebaute Straße vom Flughafen in die Hauptstadt Fort-de-France. In der Bucht weht die französische Fahne; ein Monument des Abenteurers Bélain d'Esnambuc erinnert an die Annexion der Insel durch Frankreich und eine Statue an die Kaiserin Joséphine de Beauharnais, die in Trois-Islets geboren wurde. Auch die Straßen tragen Namen französischer Helden. Auffällig ist ein gut restauriertes Kolonialgebäude in der Nähe der 'Savane', dem zentralen Platz der Stadt. Es handelt sich um eine Bibliothek, die nach Victor Schoelcher benannt ist, der 1848 die Abschaffung der Sklaverei durchgesetzt hat. Irgendwie komme ich mir trotz der tropischen Temperaturen, der Palmen und der Freundlichkeit der Bevölkerung wie in Frankreich vor: Die gleichen Kaufhäuser verkaufen hier französischen Käse, französisches Baguette und französischen Wein. In den Reisebüros hängen Bilder der französischen Alpen. Sie scheinen sehr beliebt zu sein, denn auch in meinem Hotelzimmer hängt eine Alpenlandschaft mit röhrendem Hirsch. Ich schlage eine Zeitung auf: Schlafzimmerangebote à la française. Daneben die Anzeige eines Friseurs, die wie in Paris, Bordeaux oder Marseille auf die preiswerte und haarschonende Dauerwelle hinweist. Handelt es sich da um einen Friseur, der vor allem für Touristen oder Franzosen aus dem Mutterland arbeitet? (Über 80 Prozent der Bevölkerung auf Martinique und Guadeloupe sind afrikanischen Ursprungs.) Es scheint, als ob die gesamte Infrastruktur auf die Bedürfnisse der Franzosen aus Frankreich ausgerichtet ist.

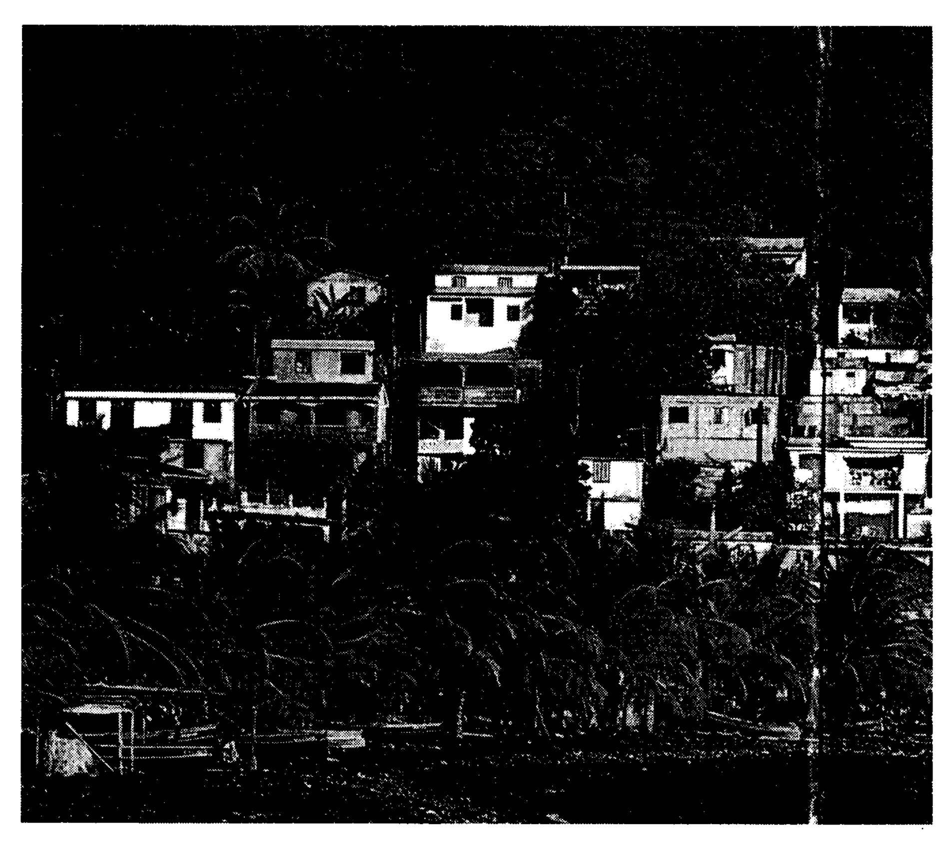
## Ein Leben im Zwiespalt

Nicht nur die Friseure pflegen vornehmlich blonde glatte Haare, auch das Bildungsprogramm kommt aus Frankreich. In der Schule - und bereits im Kindergarten - werden mit der französischen Sprache auch französische Werte vermittelt. In den Schulbüchern aus Frankreich wird beispielsweise das Leben einer französischen Durchschnittsfamilie gezeigt. Dagegen ist ja an und für sich nichts einzuwenden. Da es aber das einzige Familienmodell ist, das ihnen vermittelt wird, hat es Vorbildcharakter. Es steht im Widerspruch zu den realen Erfahrungen in der antillanischen Familie, in der die Familie kein Baguette zum Frühstück ißt, der Vater nicht morgens um 8 Uhr mit dem Auto zur Arbeit fährt, die Kinder nicht ihre Schulmappe nehmen und zur Schule gehen oder in den Ferien an einem Skikurs teilnehmen. In zahlreichen antillanischen Familien arbeitet mindestens ein Familienmitglied, meistens der Vater, in Frankreich und schickt jeden Monat Geld. Nur während seines Urlaubs kommt er auf Besuch und bringt Geschenke mit. So ist es für die Kinder fast schon eine Selbstverständlichkeit, daß auch sie später nach Frankreich gehen werden, um Geld zu verdienen. Es entsteht ein Zwiespalt zwischen einem idealen, in der Schule vermittelten Familienbild und den tatsächlichen Erfahrungen der antillanischen Kinder. Sie beginnen sich zu fragen, warum sie denn nicht auch alle diese wunderbaren Dinge haben, die für die französischen Kinder eine Selbstverständlichkeit zu sein scheinen.

Ein sichtbarer Ausdruck dieses Zwiespaltes ist die Sprache.[1] Der Schulunterricht findet auf Französisch statt, obwohl die Kinder zu Hause Kreolisch sprechen. In den Schulbüchern wird nicht der Lebensbereich der Kinder angesprochen, sondern die Schüler rezitieren Texte, oft ohne deren Sinn zu verstehen. Auch die Geschichte der Antillen wird aus französischer Sicht behandelt. So entsteht der Eindruck, als ob die Inseln erst mit der Besiedlung durch die Franzosen das Licht der Welt erblickt hätten und per se dazu bestimmt wären, Zuckerrohr für Frank-

reich zu produzieren. Die Sklaverei und Sklavenaufstände mit ihren Helden werden verschwiegen.

In den vergangenen Jahren wurden verschiedene Versuche unternommen, das Kreolische als Unterrichtssprache einzuführen. Vor allem der Dichter, Linguist und Lehrer Hector Poulet (Guadeloupe) hat sich dafür eingesetzt, ist aber auf Widerstand von Seiten der Eltern gestoßen. Die Soziologin Dany Bébel-Gisler (Guadeloupe) leitet eine alternative Schule, in der Schüler zwischen sechs und achtzehn Jahren auf Kreolisch unterrichtet werden, die auf anderen Schulen vor allem Integrationsschwierigkeiten hatten. Unter der sozialistischen Regierung Mitterrands wurde in den letzten 10 Jahren häufig über eine Reform des Unterrichtswesens diskutiert. Eine der Schwierigkeiten besteht darin, nicht nur geeignetes Material zu finden, sondern vor allem qualifiziertes Lehrpersonal heranzubilden.



## Das Kreolische als Geheimcode

Die kreolische Sprache und Kultur wird bis heute mit dem Widerstand der entflohenen Sklaven, der 'marrons', gegen die etablierte Gesellschaftsordnung in Verbindung gebracht. Während die Haussklaven den Lebensstil der Plantagenbesitzer, der 'békés', imitierten, entwickelten die Feldsklaven und 'marrons' in der Art eines Geheimpaktes, von denen die 'békés' ausgeschlossen waren, die kreolische Sprache als eigenen Code. "Das Kreolische ist in seinen Anfängen wie ein Pakt, der trotz der Öffentlichkeit des Schreis geheim bleibt", schreibt Edouard Glissant aus Martinique.[2] Damit entsteht eine eigenständige kreolische Kultur- und Gesellschaftsform innerhalb der französisierten Kolonialgesellschaft. Die 'marrons', die bis zur Abschaffung der Sklaverei in kleinen Gemeinschaften am Fuße der Vulkane - auf Martinique La Pélée, auf Guadeloupe La Soufrièrle - lebten, entwickelten am Rande der Plantagengesellschaft eine eigene selbständige Überlebensform, eine 'économie de survie'. Aus dieser économie entstand - im Gegensatz zu den größeren Inseln der Karibik - aber keine kollektive Lebensweise, da die 'marron' auf Grund der geographischen Enge sich nicht aus dem Wirkungsbereich der Kolonialmacht zurückziehen konnten auf ein eigenes Leben in einer festen Gemeinschaft. Daher konnten sie ihr Wissen nicht an ihre Nachfahren weitergeben. "Kulturelle Errungenschaften werden also nicht akkumuliert, so daß die späteren Pflanzer auf kleinen Parzellen ihre gemeinsame Wurzel nicht kennen", führt Glissant dazu aus.

In der offiziellen französischen Geschichtsschreibung 'schenken' die Franzosen 1848 den afrikanischen Sklaven 'die Freiheit'. Die Plantagenwirtschaft bleibt jedoch erhalten und die ehemaligen Sklaven werden zu 'freien' Landarbeitern. Durch diese Veränderung stellt sich für die Menschen afrikanischer Herkunft zum ersten Mal die Frage nach ihrem Platz innerhalb der französisierten Gesellschaft. Bisher wurden sie im Code Noir, einer Gesetzgebung, die 1685 von Colbert unter Ludwig XIV. erlassen wurde, um das Los der Sklaven zu regeln, als "Mobiliar betrachtet", die "als solches ins gemeinschaftliche Erbe gehören...". Da die Sklaven 1848 freie Untertanen des französischen Kolonialreichs werden, haben die 'marrons', die sich gegen die Entmenschlichung in der Sklavenhaltergesellschaft wehrten, ihre Funktion verloren. Die kreolische Sprach- und Lebensform als 'pacte secret' ist jedoch als Denkmodell bis heute erhalten geblieben. Glissant spricht von einer 'marronnage intellectuel' und Poulet bezeichnet in einem Gespräch 1986 das Kreolisch als "maquis intérieur" - als innerliche Abschottunng. Die 'marron's integrierten sich 1848, mit der Abschaffung der Sklaverei, in die koloniale Gesellschaftsordnung. Der Gedanke, einen eigenen Nationalstaat nach dem Beispiel Haitis zu gründen, kam nicht zum Tragen.

Heute machen die Antillaner zur gleichen Zeit das gleiche Abitur wie die Schüler im Mutterland Frankreich. Die Schulbildung ist auf ein 7.000 km entferntes europäisches Industrieland ausgerichtet, obwohl die beiden überseeischen Departements vorwiegend landwirtschaftlich orientiert sind und keine Industrie haben. So werden in der Schule die zukünftigen Arbeitslosen herangezogen, denn die Ausbildung entspricht nicht den Bedürfnissen der Inseln. Wenn die antillanischen Jugendlichen eine Berufsausbildung machen oder studieren wollen, müssen sie nach Frankreich gehen. Für sie ist die Reise nach Frankreich ein natürlicher Abschluß ihrer Ausbildung und der Eintritt in das Erwachsenenleben, auf das die Schule vorbereitet hat.

## Die Stigmatisierung

Sind die Franzosen aus den Antillen dann in Frankreich, stellen sie erstaunt fest, daß die Franzosen aus dem Mutterland sie nicht als ihresgleichen behandeln. Sie beklagen sich, wie afrikanische Flüchtlinge behandelt zu werden.[3] Sie haben bereits eine feste Vorstellung vom Antillaner und hören gar nicht mehr zu, wenn er ihnen etwas sagt. Sie scheinen schon alles über ihn zu wissen, vor allem besser zu wissen als er selbst. Es ist, als ob er gar nicht als Individuum existiere! Auch der französische Paß macht den Antillaner noch nicht zum gleichwertigen Franzosen. Er weckt Bilder von 'Kasáv', Musik und Tanzen, Palmen, Sonne und Faulenzen und ruft Begeisterung hervor. (Simone Schwarz-Bart gibt in ihrem Roman "Télumée" [4] ein Beispiel für die ambivalente Beziehung zwischen Antillanern und Franzosen, wenn sie beschreibt, wie der Antillaner Amboise seine Seele als "schwarz" empfindet und nach Frankreich geht, um sie "weiß" zu machen, damit Gott ihn mit Wohlwollen betrachte. Bei seinen Integrationsbemühungen fühlt er sich durch die Indifferenz der Franzosen verletzt, die nicht wahrnehmen, wie er versucht, sich anzupassen.) Aber daß ein Antillaner zwangsläufig nach Frankreich kommen muß, um seinen Militärdienst abzuleisten, zu studieren oder Arbeit zu suchen, das macht sich niemand klar.

Nicht nur 'Gastarbeiter', die im Dienstleistungssektor - beispielsweise im Krankenhaus, bei der Post oder bei der Metro arbeiten, sondern auch Intellektuelle, die in Frankreich studieren, haben Schwierigkeiten. Auf den Antillen meinten sie aufgrund ihrer französischen Schulbildung den Franzosen ebenbürtig zu sein. Jetzt machen sie in Frankreich die bittere Erfahrung, daß sie von den Franzosen aus dem Mutterland auf Grund ihrer kulturellen Besonderheit, deren sichtbarer Ausdruck ihre dunkle Hautfarbe ist, stigmatisiert werden. Diese Stigmatisierung provoziert eigene, verinnerlichte Haltungen. Die Antillaner haben diese im Laufe der jahrhundertelangen Unterdrückung übernommen: Jede Abweichung von der französischen Norm empfinden sie selbst als negativ. Durch ihre Antillanität - mit der kollektiven Erfahrung der Verschleppung aus Afrika, der Plantagenwirtschaft und der Kolonisierung, die sie von den Franzosen im Mutterland unterscheidet - ist es gar nicht möglich, aus einem Antillaner einen Franzosen zu machen. Dieses von vornherein zum Scheitern verurteilte Vorhaben ruft ein Gefühl der eigenen Minderwertigkeit hervor. So bleibt ihnen nur die Möglichkeit, sich den französischen Vorstellungen anzupassen, sich so in die französische Gesellschaft in Frankreich zu integrieren oder auf die Antillen zurückzukehren.

Auf Martinique und Guadeloupe sind die Arbeitsmöglichkeiten für Fachkräfte oder Akademiker begrenzt. Das erklärt die Animosität der Antillaner, wenn einer der wenigen Arbeitsplätze auf den Antillen von Franzosen aus dem Mutterland besetzt wird. So hat das Gefühl, auf der eigenen Insel vom französischen Mutterland unterdrückt zu werden, bis heute angehalten. Im September 1993 haben sich zwölf Frauen, deren Männer bei der Fluggesellschaft Air Martinique arbeiteten, am Justizgebäude angekettet, um gegen die ungleiche rechtliche Behandlung der Antillaner zu demonstrieren. Der leitende Angestellte Justin Bonnialy beklagt sich, "daß Techniker stets durch ein ungerechtes Verfahren, das jede interne Beförderung ausschließt, aus Frankreich geholt werden, obwohl kompetente einheimische Kräfte vorhanden wären. Die Führungskräfte aus dem Mutterland würden weniger arbeiten als die anderen, jedoch doppelt so viel verdienen." Air Martinique mußte übrigens Konkurs anmelden.

Die Franzosen aus dem Mutterland nehmen den gut ausgebildeten Antillanern nicht nur die Arbeitsplätze auf ihrer Heimatinsel weg, sondern sie importieren auch die kulturellen Werte und Normen aus Frankreich. So besteht die Gefahr, daß die antillanische Kultur erstickt wird. Die Antillaner wehren sich gegen diese von Frankreich praktizierte Politik, die man als eine Politik des Völkermordes durch Substitution bezeichen könnte. Die Besetzung der gehobenen Positionen durch Franzosen aus dem Mutterland blockiert nämlich Eigeninitiativen der Inselbewohner. Diese Art der Besetzung und Fremdbestimmung hat mit der Zunahme der französischen Arbeitgeber und -nehmer auf Martinique und Guadeloupe nach dem Zweiten Weltkrieg erheblich zugenommen.

## Rache an der ehemaligen Kolonialmacht?

Mit der nach 1946 erfolgten Statusänderung (die französischen Antillen werden zu französischen Départements erhoben - Départments d'outre mer) und erhofften Gleichberechtigung wurden durch den erhöhten Import französischer Waren neue Bedürfnisse geweckt. Die Antillaner wollen jetzt ebensogut leben wie die ehemaligen Kolonialherren auf Martinique oder Guadeloupe. So stellen sie ihre Gebrauchsgegenstände nicht mehr selber her, sondern konsumieren die aus Frankreich importierten Produkte. Das Geld zur Befriedigung dieser Bedürfnisse ist aber wegen der steigenden Arbeitslosigkeit immer weniger vorhanden. Die dadurch verursachte Unzufriedenheit konnte nur zu sozialen Spannungen, Streiks und Demonstrationen führen.

"Wir konsumieren und der französische Staat zahlt", läßt der vielgelesene Schriftsteller Tony Delsham aus Martinique 1986 einen seiner Romanhelden sagen. Diese Haltung der Antillaner sei auf die Politik Frankreichs zurückzuführen. Sie sei Schuld daran, daß auf den Antillen nichts mehr produziert werde. Auch müßte der französische Staat als Wiedergutmachung für die Sklavenarbeit, durch die das Land reich geworden sei, eine hohe Entschädigung zahlen. Außerdem hätten die Antillaner für Frankreich in den beiden Weltkriegen gekämpft. So hätten sie jetzt auch das Recht, ebenso gut zu leben wie die Franzosen im Mutterland. Diese nicht nur von Delsham als "mentalité d'assisté" bezeichnete Einstellung ist dadurch gekennzeichnet, daß der Einzelne sich - oft auf ausgeklügelte Art und Weise - bemüht, ohne zu arbeiten möglichst hohe Sozialleistungen vom französischen Staat zu beziehen. Rache an der ehemaligen Kolonialmacht?

Vertreter einer nationalen Eigenständigkeit, wie beispielsweise die Schriftsteller Edouard Glissant (Martinique) oder Maryse Condé (Guadeloupe), betonen, daß die Antillaner lernen müßten, selbstverantwortlich zu handeln, ihre Zukunft zu planen und sich nicht auf die Hilfe Frankreichs verlassen sollten. Aber wie soll das möglich sein, wenn alle wichtigen Entscheidungen für sie von Franzosen aus Frankreich und in Frankreich getroffen werden? Sie können ihren Lebensunterhalt auf Martinique oder Guadeloupe - von wenigen Ausnahmen abgesehen - fast nur noch im Dienstleistungssektor verdienen. Es wird kaum noch etwas auf den Inseln produziert und immer mehr aus Frankreich eingeführt. So bleibt nur noch die Hoffnung auf ein Wunder, der Traum vom großen Lottogewinn oder vom Schatz der karibischen Vorfahren, der irgendwo auf der Insel oder im Meer verborgen sein soll.

## Die Menschen scheinen viel Zeit zu haben

Als europäische Urlauberin genieße ich das Schwirren der Kolibris und beobachte die Anoli-Eidechsen, die faul in der Sonne liegen. Ich suche Spuren einer nicht französischen, typisch antillanischen Kultur. Auch hieran haben die Franzosen gedacht und zwei kulturelle Institutionen geschaffen, die von Staats wegen die karibische Kultur fördern. Die CMAC (Centre Municipal d'Action Culturelle) hat unter Leitung von Fanny Augiac eine Ausstellung des Malers Leroy Clarke aus Trinidad veranstaltet. Es finden verschiedene Konzerte von Ronald Tulle, Taxikreol, Gertrude Seinin usw. statt. Ich bin begeistert und meine, endlich etwas typisch Antillanisches gefunden zu haben! Die Kritik auf Martinique teilt allerdings meine Begeisterung nicht: "Ein biederes Programm, aber... derart unbedeutend, farblos und langweilig" schreibt die Wochenschrift 'Antilla'.[5] Auch der staatlichen Institution SERMAC (Service Municipal d'Action Culturelle) wird jede Dynamik abgesprochen. 'Antilla' fahndet nach alternativen Gruppen. Der Geheimtip ist die Gruppe "AM4", die in Grand Carbet auftritt.

Auf meiner Fahrt nach Grand Carbet komme ich durch verschiedene Ortschaften mit den für die Inseln typischen kleinen Häusern, die 'cases' genannt werden. Im Gegensatz zu Guadeloupe, wo die cases weit auseinander stehen, drängen sie sich hier aneinander, als ob sie ihre Zusammengehörigkeit betonen wollten. Das soll damit zu tun haben, daß es auf Martinique Schlangen gäbe. Die Menschen wären enger zusammengerückt, um sich schneller gegenseitig helfen zu können. Die 'cases', die ein Betonfundament, aber durchaus auch noch Holzwände haben, sind heute zumeist mit einem Blechdach versehen, auf dem eine Fernsehantenne angebracht ist. Sie bestehen aus zwei viereckigen Räumen von etwa drei mal sechs Meter, an die bei Bedarf - wenn die Familie sich vergrößert - an der der Straße zugewandten Seite eine Galerie und nach hinten weitere Räume angebaut werden können. Früher standen die vollständig aus Holz gebauten 'cases' auf Steinbrocken, die die Unebenheiten des Bodens ausgleichen und verhindern sollten, daß Wasser in die Räume drang. Wechselte die Familie den Wohnort, so konnte die 'case' auf ein Gefährt geladen und an einem anderen Ort auf der Insel wieder aufgestellt werden. Diese Flexibilität ist heute verloren gegangen, die Grundkonstruktion der 'case' ist jedoch erhalten geblieben.

Heute noch kennzeichnet der 'karibische Garten', der 'jardin caraïbe', der als zusätzliche Versorgungsquelle seit der Sklaverei

**Neuerscheinung zur Karibik**

Nicht türkisblaues Meer und kilometerlange weiße Sandstrände, sondern die gesellschaftspolitische Realität des karibischen Raums sind das Thema einer neuen Veröffentlichung des Informationszentrums Dritte Welt. Der Titel des Buchs: Die Karibik zwischen Souveränität und Abhängigkeit.

Anstoß zur Auseinandersetzung mit der Karibik gab die Kampagne zu 500 Jahre Kolonialismus in Amerika. Keine Region der Welt war in solch starkem Maße allen Phasen des europäischen Kolonialismus ausgeliefert und wurde gleichzeitig ökonomisch, sozial und kulturell mit Europa in solcher Intensität verzahnt wie die Karibik. Dennoch bleibt im allgemeinen in gesellschaftspolitischen Analysen die Region zwischen dem nord- und südamerikanischen Kontinent unterbelichtet. Dem setzen auch kontinuierlich steigende TouristInnenzahlen nichts entgegen.

Mit dem Buch werden zwei Aufgaben erfüllt. Einmal gelang es den AutorInnen trennende und verbindende Aspekte aus der Karibik zusammenzutragen. Und zweitens wird die Karibik aus ihrem Schattendasein herausgeführt und in die aktuelle Debatte zu Weltmarktintegration und Abhängigkeit einbezogen.

Das Buch ist in fünf Kapitel gegliedert. Das erste Kapitel ist ein kulturphilosophischer und entwicklungssoziologischer Einstieg. Hier beleuchten die AutorInnen, geleitet von Begriffen wie Insularität, Plantagenökonomie und Postmoderne spezifische gesellschaftliche Strukturen des karibischen Raums.

Das zweite Kapitel behandelt europäische Erwartungen gegenüber der Karibik und stellt persönliche Erfahrungen der AutorInnen vor. Die Impressionen über karibische Realitäten von Peter Paul Zahl und Martin Franzbach zu Jamaika und Kuba spiegeln den Zugang und das Verhältnis von EuropäerInnen zur Karibik wider.

Das dritte Kapitel präzisiert aktuelle karibische Lebenswelten: Alltag, Arbeit, Religion, Musik, Familie und Migration. Die Skizzen sind das Ergebnis von Erfahrungen und Beobachtungen der AutorInnen in Kuba, St. Lucia, Jamaika und Guadeloupe/Martinique.

Politische Strukturen und Konflikte werden im vierten Kapitel des Buches thematisiert und auf ihre Wirkungen hin analysiert. Hierbei wurde versucht, zwischen äußeren Einflüssen und internen Interessen zu trennen. Neben Wahlen, Parteien, Eliten, und Religion aus Jamaika, Puerto Rico, Haiti und der Dominikanische Republik, werden französische und US-amerikanische Interessen und Einflüsse auf den karibischen Raum beschrieben.

Das fünfte Kapitel behandelt ökonomische Aspekte: Tourismus, Freie Produktionszonen, kleinbäuerliche Strukturen und Wirtschaftsreformen sowie die Zwänge zur Anpassung an den Weltmarkt.

zum Alltagsleben der Antillaner gehört, das Leben der Landbevölkerung. Hier werden Gurken, Gewürze, Jamswurzeln, Maniok und andere mir unbekannte Gemüsesorten angebaut, die gelegentlich auch auf dem Markt verkauft werden. Jams und den anderen 'Wurzeln' könne auch der stärkste Wirbelsturm nichts anhaben, da sie unter der Erde wüchsen, wurde mir versichert. Denn jedes Jahr im Herbst werden die Inseln von mehr oder minder starken Wirbelstürmen heimgesucht, die jede Planung für die Zukunft hinfällig machen.

Treffpunkt des Dorfes ist der kleine Laden, 'Chez Mimi', in dem auch einige Tische und Stühle stehen. Von Zeit zu Zeit kommen Kinder, die ein Eis (Esquimau!) oder eine eisgekühlte Limonade (sorbet) kaufen oder auch einige Frauen, die Trockenfisch oder andere Lebensmittel verlangen. Lautes Hupen kündigt die Ankunft eines Gemeinschaftstaxis an. Es steigen nicht nur Fahrgäste ein und aus, sondern der Fahrer nimmt auch eine Bestellung von einer Frau entgegen, die ihn bittet, ihr ein Medikament aus Fort-de-France mitzubringen. Das wäre durchaus üblich, wird mir versichert. Das nächste Hupen kündigt den Lieferwagen an, der frische Baguettes verkauft. Der Fahrer nimmt mich bis Grand Carbet mit.

Etwa zwei bis drei Kilometer weiter steht eine Telefonzelle auf einem Hügel, vor der geduldig Menschen anstehen. Es würde nicht an Telefonzellen mangeln, aber es habe sich herumgesprochen, daß man von dieser Zelle aus kostenlos telefonieren könne. Und wer habe nicht mindestens einen Verwandten oder Freunde in Frankreich! Jetzt wird mir wieder bewußt, daß bei' Chez Mimi' auch für die Gäste ständig das Telefon geklingelt hat. Es sind alltägliche Dinge, die am Telefon ausführlich besprochen werden. Die Menschen scheinen viel Zeit zu haben. Ist das eine Auswirkung der hohen Arbeitslosigkeit (über 30 Prozent) oder haben die Antillaner eine andere Beziehung zur Zeit als die Europäer? Die Zukunft ist hier nicht nur aufgrund der Arbeitslosigkeit, sondern auch wegen der Wirbelstürme und der unvorhersehbaren, oft extremen Auswirkungen der Trocken- und Regenperioden, denen die Inselbewohner ausgesetzt sind, schwer planbar.

## Wie zu Hause in Europa

Martinique und Guadeloupe gehören zu den wohlhabendsten Inseln in der Karibik. Der Tourist fühlt sich wie zu Hause - in Europa! Ob sich aber auch die Inselbewohner in diesem exotischen Frankreich wohl fühlen, wage ich zu bezweifeln. Im Fernsehen habe ich beispielsweise keine Sendung in kreolischer Sprache gesehen, dafür aber die Wettervorhersage für Frankreich. Das Radio hat mich über das Verkehrschaos auf der östlichen Pariser Autobahn zwischen der Porte de la Muette und Porte des Lilas informiert. Was auf Martinique selbst passiert oder wie es auf einer der Nachbarinseln aussieht, wird verschwiegen. Eine Ausnahme sind die Ankündigungen über Todesfälle auf der Insel, die regelmäßig gemeldet werden und auf großes Interesse der Bevölkerung stoßen. Die veillées pour les morts, die Totenwachen [6], an denen früher alle Dorfbewohner, Geschichtenerzähler, Sänger und Musiker teilnahmen, dauerten mehrere Tage und Nächte. Obwohl die Totenwachen nicht mehr in dieser Art abgehalten werden, prägen sie nach wie vor das Verhältnis des Antillaners zum Tod und zu den Verstorbenen. Prächtige marmorne Gräber auf jedem Friedhof zeugen davon.

Es ist nicht so einfach, die Besonderheiten der kreolischen Kultur- und Lebensform wahrzunehmen, zumal sie unter einer französisierten - oberflächlich betrachtet - dominierenden Gesellschaftsform verborgen sind. Sie sind mit Sicherheit nicht in den staatlich geförderten Programmen der SERMAC oder CMAC auffindbar. Nur nach einem längeren Aufenthalt, mit viel Zeit und großer Aufgeschlossenheit ist es mir möglich, das Andere, nicht Französische, unter der Oberfläche zu erspüren, das sich jedoch meiner Begrifflichkeit und meinen eingefahrenen europäischen Denkschemata entzieht. Immer wieder wird mir von den Medien der Eindruck vermittelt, daß das Leben auf Martinique oder auf den benachbarten Karibikinseln so wenig Bedeutung hat, daß es nicht erwähnenswert ist. Alle wichtigen Ereignisse scheinen sich in Frankreich abzuspielen. Das trifft nicht nur für die Medienwelt zu, sondern auch für das wirtschaftliche, politische und kulturelle Leben. Erst die Anerkennung in Frankreich ermöglicht eine Führungsposition auf den Antillen! Unter diesen Umständen würde ich für die Unabhängigkeit der beiden Inseln Martinique und Guadeloupe plädieren. Aber ist eine Unabhängigkeit heutzutage noch realisierbar? Und wie sollte sie aussehen?

**Helmtrud Rumpf**

**Anmerkungen:**

1)Frantz Fanon thematisiert diesen Zwiespalt in 'Schwarze Haut, weiße Maske', Frankfurt 1980, vor allem in dem Kapitel 'Der Schwarze und die Sprache'.

2)'Zersplitterte Welten'. Der Diskurs der Antillen , Heidelberg 1986.

3)"Das fehlte ja gerade noch, uns mit Negern in einen Topf zu werfen!" läßt Fanon (1980:20) Antillaner bei der Begegnung mit Europäern und Afrikanern sagen.

4) Simone Schwartz-Bart, 'Télumée', Wuppertal 1988

5)Antilla vom 24.-30. 09. 93

6)Eine ausführliche Schilderung der Totenwachen und der kulturellen Besonderheiten der Inseln enthält der Roman 'Léonora. L'histoire enfouie de la Guadeloupe (Paris 1985) von Dany Bébel-Gisler, auszugsweise übersetzt in: 'La Línea Colorada: literarische Facetten Lateinamerikas', herausgegeben vom Haus der Kulturen der Welt, Berlin 1989:12-22.

# Drei Jahrzehnte afrikanisches Kino

**Nach nunmehr 30jähriger Existenz ist es dem afrikanischen Kino zu gönnen, daß es endlich aus seinem Schattendasein herauszufinden scheint. In noch nie dagewesenem Maße brachte das Jahr 1993 einen 'Boom', wenn man in diesem Zusammenhang dieses Wort benützen kann. 1993 war gleichzeitig ein Jahr des großen Festivals in Ouagadougou (FESPACO), durch das sich afrikanisches Kino über die Jahre hinweg definierte und präsentierte und das nach wie vor zum wichtigsten Ereignis für den afrikanischen Film zählt.**

Unzählige Veranstaltungen, Festivals und Filmreihen mit afrikanischen Filmen brachten ein Publikum in die Kinosäle aber auch vor die heimischen Fernsehschirme. Von Tokio über Los Angeles bis hin nach New York wurden größere Filmreihen aufgeführt, in Harare (der simbabwischen Hauptstadt, die mit ihrem Festival eine anglophone Variante des FESPACO aufbauen möchte) oder in einigen französischen Städten (so in Amiens, das seit langen freundschaftliche Beziehungen zum Festival in Ouagadougou pflegt) gab es Festivals mit ausschließlicher oder zumindest starker Präsenz afrikanischer Filme. Auch eine Veranstaltungsreihe in Zürich (CinemAfrica findet dort schon zum vierten Male statt) und Filmzyklen in deutschen Städten (die ebenfalls diesen Herbst in Städten wie Berlin, Köln, Bremen, Göttingen, Augsburg oder Freiburg stattfanden und zum Teil 1994 fortgesetzt werden) sind zu nennen.

Wenngleich 1993 auch zwei Filme im Wettbewerb in Cannes zu sehen waren (HYENES von Djibril Mambety-Diop aus dem Senegal und WENDEMI von Pierre Yaméogo aus Burkina Faso) und zwei weitere im Berliner Wettbewerb vertreten waren (SAMBA TRAORE von Idrissa Ouedraogo, der gar den 'Silbernen Bären' gewann sowie SANKOFA von Heile Gerima), kann in Bezug auf die Qualität der Filme nicht gerade von einem 'starken' Jahrgang gesprochen werden.

Das afrikanische Kino, entstanden mit der Unabhängigkeit der Staaten, war in den Anfängen eng verbunden mit den nationalen Politiken. Das Kino eines Sembène Ousmane, dem wohl wichtigsten Ziehvater der afrikanischen Literatur und des Films, war ein Kino gegen Kolonialismus und Neokolonialismus. Eine ganze Generation von Filmemachern aus den zumeist frankophonen Ländern Westafrikas stand in seinem Bann. Kino lag auf der Linie der politischen und sozialen Kämpfe eines Amilcar Cabral, Patrice Lumumba oder Sekou Touré. In diesem Sinne sollte es gesehen und verstanden werden. Dennoch war diese spezifisch afrikanische Ausprägung eines Autorenfilms nie einem 'Massenpublikum' zugänglich: dazu war es zu intellektuel, zu abstrakt in seinen Aussagen wie in seiner Ästhetik. Gefallen fand es sehr bald bei einer französischen Linken, die mit den Unabhängigkeitsbestrebungen afrikanischer Staaten sympathisierte.

Bis in die 70er Jahre konnte so von einem recht homogenen Kino gesprochen werden. Kino in Afrika verstand sich als 'Handwerk, um das Leben zu verändern' (wie es Pierre Haffner in der Nr. 27/28 der Zeitschrift CICIM, einem Sonderheft zum afrikanischen Film, der vielleicht besten deutschsprachigen Publikation zum Thema, ausdrückte) - dieser Anspruch durchzieht die Filmgeschichte wie ein roter Faden bis heute. Sol-



**Sembène Ousmane (links) mit der Schauspielerinn Zalika Souley und Jean Rouch vor der Büste Oumarou Gaudas in Niamey"**

ches Handwerk war Ausdruck eines Entwicklungsstadiums, das von den Filmemachern selbst - nicht ohne Ironie und Sarkasmus - als 'Unterentwicklung' bezeichnet wird. Im Zusammenspiel sozialer, politischer und ökonomischer Veränderungen in Afrika spielte das Kino jedoch kaum mehr als eine symbolische Rolle.



Erst die jungen Cineasten der 80er wie Idrissa Ouedraogo, Gaston Kaboré oder auch Safi Faye (die mit ihrem Film LA PASSANTE aus dem Jahre 1972 als erste filmende Frau in die Annalen afrikanischer Filmgeschichte einging) lösten sich von diesem 'Dogma' der politischen Relevanz. Ihre Filme zeigen einen differenzierteren Blick auf die Vielfalt ihrer Kulturen und den Alltag ihrer Länder, ihre Eigenheiten und spezifischen Ausformungen gesellschaftlichen und kulturellen Lebens. Dazu verwenden sie eine nicht selten dokumentarisch-ethnographische Form: Rhythmus und Erzählstil afrikanischer Filme machen Anleihen bei den Erzählungen der 'Griots' (das sind traditionelle Lobsänger in Westafrika, in deren Gesängen und Erzählungen afrikanische Geschichte tradiert wird).

Afrikanisches Kino gehört heute zu dem am stärksten subventionierten Kino. Welche Auswirkungen das auf Themenwahl und Ästhethik hat, wäre zu untersuchen. Augenfällig ist das Festhalten am Gewohnten: man bedient ein europäisch-amerikanisches Publikum mit dem, was es kennt. Kino in Afrika war nie Genre-Kino; die soziale Thematik steht in den meisten Filmen im Vordergrund. Selbst die Komödie läßt Rückschlüsse auf soziale Realitäten zu. Kino wurde nie als Selbstzweck begriffen. Manchmal wurden dabei Bilder eines Afrika von ausgewählter Schönheit, Ruhe und Kraft gefunden (Filme von Souleyman Cissé, Ousmane Sembène, Med Hondo oder auch Idrissa Ouedraogo zeugen davon).

Im Grunde haben uns afrikanische Filmemacherinnen und Filmemacher allerdings mehr zu sagen als zu zeigen. Dies wird gerne mit der Bedeutung der mündlichen Tradition in Afrika begründet, in der das Erzählen, das Palaver eine wichtige soziale Einrichtung geblieben ist. Filme übernehmen so eine moderne Mittlerrolle, ersetzen den 'Griot', der unter dem Palverbaum die Traditionen fortführt. In vielen Filmen wird das selbst zum Thema: in FAD JAL oder LETTRE PAYSANNE von Safi Faye, in JOM von Ababacar Samb Makharam oder CEDDO von Ousmane Sembène zum Beispiel. Im allgemeinen sind die Themen afrikanischer Filme im Spannungsfeld von Tradtion und Moderne, Stadt und Land, Vergangenheit und Gegenwart angesiedelt; konkreter wird da gesprochen von der Rolle der Frauen, der Arbeitssituation in den Städten und auf dem Land, von Ehe und Polygamie, Religion aber auch von einer 'education sentimentale' der Jugendlichen. Und: immer wieder werden Kinder zu den Protagonisten afrikanischer Filme gemacht (WEND KUUNI und RABI von Gaston Kaboré, NYAMANTON von Cheikh Oumar Sissoko, in LAAFI von Pierre Yameogo sind es junge Schulabgänger).

Die einigen hundert Filme, die in den dreißig Jahren der afrikanischen Filmgeschichte entstanden sind, erscheinen im Rückblick wie eine Enzyklopädie afrikanischer Gesellschaften. Was allerdings auffällt: kein afrikanischer Film träumt eine afrikanische Zukunft! Dafür ist der Blick zurück nicht selten ein zorniger.

Nicht unterschätzt werden sollte allerdings die Wirkung, wenn Sissoko den Maliern die Situation 'ihrer' Kinder vor Augen führt, wenn Cissé, ebenfalls in Mali, von Jugendlichen und ihrer Ausweglosikeit im Kampf für eine bessere Zukunft (gegen die korrupten Machenschaften der Herrschenden im Land) erzählt oder Sembène der senegalesischen Mittelklasse einen Spiegel vorhält. Die besten Filme afrikanischer Filmgeschichte waren jene, die es verstanden zu zeigen, zu analysieren, anzuklagen, Geschichte zu reflektieren, indem sie Geschichten erzählten.

Produziert werden afrikanische Filme heute fast alle mit großen Anteilen europäischen und amerikanischen Geldes. Ohne die Produktionshilfen (vom Fernsehen aber auch von privaten, staatlichen und kirchlichen Organisationen) aus Frankreich, in den letzten Jahren auch aus England, Italien, der Schweiz und zu geringeren Anteilen auch aus der Bundesrepublik, seit neuestem auch aus den USA und Kanada, gäbe es in dieser Form kein afrikanisches Kino. So finden afrikanische Filme auch kaum noch den Weg zurück in die Kinos von Dakar, Lagos, Lomé und die anderen großen Städte.

Afrikanische Filme werden für Afrika zum 'teuren' Kino. Dabei sind nicht die Produktionskosten maßgebend - diese sind immer noch vergleichsweise gering. Vielmehr treten afrikanische Filme in den Kinos gegen die bereits amortisierte Billigware aus den USA, Frankreich oder Indien in eine von vorneherein aussichtslose Konkurrenz. Afrikanische Autoren/Produzenten, angewiesen auf einen ordnungsgemäßen Rückfluß der Einnahmen an den Kinokassen, werden so zu 'teuer'.

Die afrikanischen Filmemacherinnen und Filmemacher gönnen sich eine Pause, ruhen aus auf einem momentan relativ sicheren finanziellen Bett. Die Gefahr, daß die westlichen Helfer ('Entwicklungshelfer' wurden sie im Zusammenhang mit der staatlichen 'Entwicklungshilfe-Politik' genannt) ihr momentanes Hätschelkind 'afrikanisches Kino' alsbald fallen lassen, ist allerdings m.E. groß.

Manches mag provozierend sein, manches verkürzt und wenig differenziert dargestellt (Burkina Faso ist nicht Niger, Ghana bietet andere Voraussetzungen als Mozambique). Es handelt sich aber um eine solidarische Kritik von einem, der das afrikanische Kino liebt und es seit langem beobachtet. Afrikanisches Kino bietet Reize, denen man sich hingeben, und Geschichten, denen man zuhören sollte.

**Werner Kobe**

# Aus fernen Großstädten

Betonblumen' ist, wenn ich es richtig übersehe, im deutschsprachigen Raum die zweite Anthologie mit literarischen Texten zum Großstadtleben in den Ländern der Dritten Welt. Anläßlich des von den Vereinten Nationen 1987 ausgerufenen "Internationalen Jahres der Hilfe für Menschen in Wohnungsnot" stellte Armin Kerker das erste Mal eine Anthologie mit vergleichbarem thematischem Schwerpunkt zusammen.

In dem Band sind Gedichte und Prosatexte, Erzählungen, aber auch Ausschnitte aus längeren Romanen zusammengestellt. Die meisten Texte sind relativ kurz (kein Textausschnitt ist länger als 10 - 12 Seiten) und in deutscher Sprache bislang nicht erschienen. Unter den Autoren sind einige, die hierzulande schon einen Namen haben (wie z. B. Sahar Taufik, Carlos Fuentes, Salman Rushdie oder Meja Mwangi). Für denjenigen, der sich regelmäßig über neue Literatur aus der Dritten Welt informiert, sind allerdings auch keine ganz überraschenden Neuentdeckungen dabei. Viele Texte sind z. B. aus englischsprachigen Anthologien des Heinemann-Verlages übernommen.

Was wollen die Herausgeber mit ihrer Anthologie? Es geht ihnen darum, die Lebens- und Überlebensprobleme der Menschen in den Metropolen der Dritten Welt, gespiegelt in den Literaturen ihrer Länder, hiesigen Lesern nahezubringen. Die Sammlung ist so facettenreich wie die Realität. Da wird das Leben im Elend beschrieben, die Perspektivlosigkeit, in der die Ärmsten der Armen leben. Da ist von den Kindern zu lesen, die Abfalleimer der Haushalte der Mittelschicht durchwühlen, um etwas Eßbares zu finden. Aber es gibt auch heitere Texte und solche, die einen ironischen Blick auf die Wirklichkeit werfen.

Die Sammlung enthält viele gute Momentaufnahmen, auch eindringliche Beschreibungen von Einzelheiten. Aber es sind wenig gut erzählte Geschichten darunter. Meja Mwangis "Tanz der Kakerlaken" oder auch der wiedergegebene Ausschnitt aus Salman Rushdies "Satanischen Versen" sind Ausnahmen. Hin und wieder eine gelungene Personenbeschreibung, wie das Porträt von Maria, der "Asphaltschwalbe". Der Erzählfluß wird zuweilen brutal abgebrochen, ein Text aus dem Kontext gerissen. Ein bißchen mag das aber auch mit dem Thema zusammenhängen, denn Großstadtliteratur war schon immer abgehackt, diskontinuierlich, der Erzählfluß kam kaum an gegen die Unübersichtlichkeit der großen Städte. Das gilt auch für die europäische Großstadtliteratur seit den 20er Jahren.

Natürlich merkt man den Texten auch an, daß ihre Autoren zur Mittelschicht ihrer Länder gehören. Auch wenn hier von den Armen die Rede ist, so sind dies nicht Selbstzeugnisse der Betroffenen, sondern es bleibt der Blick der Außenstehenden auf das Elend. Allerdings sind es allesamt engagierte Autoren, deren Texte hier versammelt sind, nicht diejenigen, die die Augen zumachen und etwas von "Schandfleck" murmeln, wenn sie auf die Obdachlosen in ihrer eigenen Stadt treffen.

Eine ganze Reihe der Autoren ist weitgereist, kann Städte miteinander vergleichen. Ein häufig wiederkehrendes Motiv ist deshalb die Erkenntnis, daß Städte überall gleich sind. Da heißt es in einem Text aus Simbabwe: "Die Gesellschaft ist krank. Ich laß' mich von niemandem krank machen. In Kingston, in London stoßen sie uns mit der Nase in diesen kranken Dreck. Ohne mich! Die Gesellschaft in Harare ist krank... Babylon ist, wo immer ich auch bin, wer immer ich auch bin." Ganz ähnlich empfindet eine argentinische Schriftstellerin: "Aber vorher oder nachher kommt der Augenblick, in dem man entdeckt, daß Athen Constitución ähnlich ist, und alles außer Venedig verliert seinen Reiz, aber sogar der Reiz Venedigs ist und bleibt unvorhersehbar... Die bidonvilles gleichen den cantequiles und die Slums und die favelas anderen Elendsvierteln..."

Doch es wäre schrecklich, müßte man ein solches Buch mit der Erkenntnis beiseite legen; daß jede Reise (und sei es eine literarische Reise) nur Wiederkehr des immer Gleichen böte. Zum Glück gibt es auch das Einmalige, das, was eine Lokalität, einen Ort, ein Viertel unverwechselbar beschreibt. Und das kann man selbst in einer Metropole wie Singapur ausmachen. Da gibt es ein Gedicht über Singapur, in dem die Stadt an ihrer Mischung der Gerüche kenntlich wird: "Geruch von Stahl und Satay, Kanalwasser und Eau de Cologne verweilen am Rande der Dämmerung... Das Gemisch von Düften hängt über Singapur wie ein Namensschild, an dem man es erkennt." Nirgendwo sonst auf der Welt machen Gerüche so stark den Charakter einer Lokalität aus wie in Asien. Das jedenfalls ist geblieben, auch in der sterilen Betonstadt Singapur.

In formaler Hinsicht sind die Beiträge der Sammlung eher konventionell. Experimentelle Literatur findet sich da so gut wie nicht. Eine Ausnahme bildet allenfalls der Auszug aus Kojo Laings Roman "Search Sweet Country". Bei seinem Spaziergang über den Makola-Markt von Accra läßt Laing seiner blühenden, bisweilen skurrilen Phantasie freien Lauf. Das sind keine archaischen Bilder mehr, das ist eine faszinierende Beobachtungsgabe, gepaart mit Sprachwitz, der aus vielen Quellen schöpft, dabei aber seine Spontaneität und Leichtigkeit nicht einbüßt. Eine vergnüglich zu lesende Passage (die vielleicht auch ein paar Leser dazu anregt, sich den ganzen Roman vorzunehmen).

Die Qualität einer Anthologie wie der hier vorgestellten steht und fällt mit der Qualität der Übersetzungen. Gut übersetzte Taschenbücher sind heutzutage eher die Ausnahme als die Regel. Viele verschiedene Übersetzer haben an dem Buch mitgearbeitet. Sicher sind nicht alle gleich glatt zu lesen, aber im ganzen sind doch erfreulich gelungene Übertragungen herausgekommen.

**Einhard Schmidt-Kallert**

**Wolfgang Binder u.a. (Hrsg.): Betonblumen. Aus fernen Großstädten. Frankfurt/Main, 1992, (Fischer Taschenbuch Nr. 10915), DM 16,80**

# Ägypten im Guckkasten

Ägypten? Ein bißchen Weltgeschichte, eine Prise Exotismus aus 1001 Nacht, ein Schuß Blut und heiliger Terror. Wer weiß schon, welcher Kinofilm, welche Fernsehserie die Ägypter gerade begeistert, über was und wen sie lachen, welche Stars sie bewundern? Ägypten besitzt eine vielfältige Filmkultur und eine traditionsreiche Filmindustrie, die in den vergangenen 65 Jahren immerhin 2.500 Filme produziert hat. Damit liegt die Traumfabrik am Nil nach den USA und Indien weltweit an dritter Stelle. Ägyptische Filme und Fernsehserien haben die Filmkultur der gesamten arabischen Welt vom Atlantik bis zum Golf entscheidend geprägt. Hierzulande jedoch weiß kaum jemand, daß Omar Sharif in Ägypten bereits 24 zum Teil anspruchsvolle Filme gedreht hatte und ein gefeierter Star war, bevor er mit "Lawrence von Arabien" und "Dr. Schiwago" international bekannt wurde. Omar Sharif spielte übrigens auch in den vergangenen Jahren mehrmals Hauptrollen in ägyptischen Produktionen.

Mit ihrem Buch 'Filmkultur und Filmindustrie in Ägypten' macht Kristina Bergmann dem deutschsprachigen Publikum ein wichtiges Stück ägyptischer/arabischer Alltagskultur jenseits von Propheten und Pharaonen zugänglich. Den Wert einer solchen Arbeit kann man nicht hoch genug einschätzen angesichts der Klischees und Feindbilder vom "Orient", die zur Zeit im Aufschwung sind. Produktionsbedingungen, Qualität und Inhalt der ägyptischen Filme haben sich in 60 Jahren gewaltig verändert: Der Musikfilm ist völlig verschwunden, dafür locken heute Action-, Karate- und Polizeifilme die Zuschauer in die Kinos; durch die rasche Verbreitung von Videorecordern und Satellitenschüsseln ist die Zahl der Kinosäle in Ägypten von 450 auf 140 gesunken. Die ägyptischen Filmstudios sind seit 1935 nicht modernisiert worden, das Budget für einen ägyptischen Durchschnittsfilm liegt umgerechnet bei gerade mal 300.000 Mark. Die Geldnot macht es den Filmschaffenden zunehmend schwerer, sich dem Einfluß der reichen Golfstaaten mit ihrer prüden Moral und ihren Tabus zu entziehen. Die Zensur greift allerdings auch in Ägypten selbst seit eh und je massiv in die Filmproduktion ein, denn bei einer Analphabetenrate von 60 Prozent gelten Fernsehen und Kino als besonders massenwirksam.

In den 20er Jahren von dem Nationalkapitalisten Talaat Harb begründet, war die ägyptische Filmindustrie in den guten alten Zeiten vor allem auf Kommerz ausgerichtet. Melodramen, Komödien und Musikfilme stillten die Sehnsüchte der Mittelschichtsbürger von Alexandria und Kairo. Aber schon früh entstanden auch einzelne sozialkritische, realistische Filme, wie die Komödie "Barsum sucht eine Arbeit" (1923) von Mohammed Bayyumi, die von der Arbeitssuche eines Bauern in der Stadt handelt. In den vierziger Jahren setzten sich die realistischen Filme durch. Sie wurden neben dem Musikfilm zum ägyptischen Genre schlechthin und waren oft an den Romanvorlagen ägyptischer Literaten wie Nagib Mahfuz orientiert. Nach der Revolution der Freien Offiziere 1952 wurden patriotische und historische Filme besonders gefördert. Nach der Niederlage gegen Israel schlossen sich 1968 kritische Regisseure, Drehbuchautoren und Techniker zusammen, die neben ästhetischen und inhaltlichen Neuerungen mehr Raum für experimentelle Filme forderten.

Frappierend für westliche ZuschauerInnen ist, daß das vordergründig wichtigste Phänomen der ägyptischen Gegenwart, der islamische Fundamentalismus, im ägyptischen Kino (und übrigens auch im Fernsehen) kaum nennenswerten Niederschlag findet. So mutiert in "Terror und Kebab" (Al-Irhab wa-l-Kabab, von Hani Lashin, 1992) ein bürokratiegeschädigter Familienvater, der in dem berühmt-berüchtigten Kairoer Verwaltungsmoloch "Mogamma" eigentlich nur seine Söhne zur neuen Schule anmelden will, unfreiwillig zum Terroristen: Als Revolutionär eher unbeschlagen, aber vom Hunger getrieben, fordert er aus dem besetzten Gebäude heraus schließlich mit dem Gewehr in der Hand "Kebab für alle". Ein islamischer Fundamentalist, bärtig und betend, taucht im Film zwar auf: Doch er ist kein Gegner, sondern als Staatsbeamter Teil des Systems. Seine (schein)heiligen Argumente werden im Handumdrehen von der Hure Yusra entlarvt und nach getaner Rebellion klopft man sich beim Verlassen der Mogamma freundschaftlich auf die Schulter. Die Trennungslinie verläuft hier wie so oft nicht zwischen Säkularisten und Fundamentalisten, sondern zwischen der korrupten staatlichen Macht und dem der Staatsmacht ohnmächtig ausgelieferten Bürger.

Nicht die Auseinandersetzung zwischen Islam und Moderne ist das Thema der ambitionierten ägyptischen Filme; wenn man an dem vielfältigen ägyptischen Filmschaffen überhaupt einen wesentlichen Charakterzug entdecken will, dann ist es das Geschichtsbewußtsein der Filmemacher. Napoleon, Kolonialismus, Nasser-Ära und die Wende zum Westen unter Sadat - keine Epoche, die nicht filmisch verarbeitet worden ist. Auch der exzellent und witzig gemachte gesellschaftskritische Film "Mercedes" (1993) von Yusri Nasrallah, der kürzlich deutsch untertitelt bei ARTE lief, ist ein Stück weit Vergangenheitsbewältigung.

Gerade die realistischen, sozialkritischen Filme bieten oft einen ausgezeichneten Einblick in die ägyptische Realität. Dennoch erscheint es fragwürdig, die ambitionierten ägyptischen Filme auf einen dokumentarischen Wert zu reduzieren, die filmische Realität quasi als Guckkasten auf die ägyptische Gesellschaft darzustellen, wie es Kristina Bergmann gelegentlich tut. So schließt sie aus der Verstoßung eines Mädchens, daß es "konfliktlösende Diskussionen im ägyptischen Kino nicht gebe." Und das entspreche auch der ägyptischen Lebensauffassung, nach der der Stand der Dinge "immer absolut" sei. Solche pauschalen Feststellungen sind bei Bergmann leider ziemlich häufig und nähren das Klischee vom fanatischen, emotionsgeladenen Orientalen. Bergmann bemerkt auch, die ägyptische Stummfilmkomödie sei "in keiner Weise den Chaplin-Filmen ebenbürtig gewesen". Sollte sie das sein? Mußte sie das sein? Nun läßt sich über Geschmack zweifellos streiten, doch hier fehlt ein Stück Auseinandersetzung mit dem Eurozentrismus in der Kunstkritik.

Davon abgesehen, ist das Buch unterhaltsam und gut geschrieben und für jede/n Filmbegeisterte/n sowohl als Einstieg als auch als Nachschlagewerk unbedingt zu empfehlen. Im Anhang gibt es neben einer Chronologie der politischen Ereignisse im modernen Ägypten ein wertvolles kleines Lexikon ägyptischer Filmschaffender, ein deutsch-arabisches Verzeichnis der Filmtitel sowie Adressen und Telefonnummern ägyptischer Filmschaffender und Filminstitutionen. Mehr kann frau wirklich nicht tun... Also Augen auf und hingeschaut!

**Martina Sabra und Muna El-Shorbagi**

**Kristina Bergmann: Filmkultur und Filmindustrie in Ägypten. Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt 1993. Paperback. 304 Seiten. Preis: 59,- DM**

# Algerische Erfahrungen

Immer wenn sich das Flugzeug zur algerischen Küste senkte, war ich von Zärtlichkeit erfüllt: Lange hatte ich mir gewünscht, in diesem Land zu leben." "So ist mir das Land meiner Träume zum Alptraum geworden. Immer seltsamer kommt es mir vor, daß eine Art Leben dort trotzdem weitergeht." Zwei Bekenntnissätze an exponierter Stelle, der Einleitungssatz und der Auftakt des Epilogs, die nicht wörtlich genug zu nehmen sind. Sie signalisieren einmal die Dialektik aus Faszination und Abneigung, zum anderen eine unverhohlene, das "ich" nicht scheuende Subjektivität, die für Sabine Kebirs "algerische Erfahrungen" gleichermaßen bestimmend sind.

Die Autorin, seit 1989 Privatdozentin in Frankfurt am Main, folgte ihrem algerischen Ehemann, dem Dokumentarfilmer und Fernsehmoderator Saddek Kebir, 1977 in ihr Sehnsuchtsland. Bis 1988 lebte sie in Algerien, zunächst in Sidi Bel-Abbes, später als Universitätsangestellte in Oran und schließlich in Algier.

Die Autorin hat ihr Buch aus autobiographischer Spurensuche und Reisejournal, aus politischem Räsonnement und persönlicher Betroffenheit, aus Reportage und Leitartikel, aus landeskundlichen Exkursen und essayistischen Einlagen komponiert. Zweifellos hat die Herkunft aus der Ex-DDR ("aus der DDR war ich in der Überzeugung weggegangen: kein blöder Land auf dieser Welt") ihre Sensibilität für die Selbstrechtfertigungen totalitärer Macht geschärft, für die Differenz zwischen sozialistischen Idealen und realexistierender Misere. Der algerische "Front de la Libération Nationale" (FLN) sah sich als Reaktion auf die Oktoberunruhen des Jahres 1988 zu einer Verfassungsrevision genötigt, die im Februar 1989 das Politikmonopol der Einheitspartei lockerte, "Vereinigungen politischen Charakters" zuließ sowie die offizielle Sozialismusoption nahezu aufgab. Gerade mit einem aus DDR-Zeiten geschulten Instinkt gelingen Kebir überaus zutreffende Charakterisierungen der verknöcherten politischen Kader, etwa der FLN-Veteranen Ali Kafi und Abdessalam Belaid. Daß Armeeführung und Einheitspartei jahrzehntelang so gut wie identisch waren, hätte allerdings noch pointierter dargestellt werden sollen.

"Mit diesem Buch", heißt es programmatisch auf den ersten Seiten, "möchte ich zum Abbau von Mythen über die Dritte Welt beitragen. Da Länder wie Algerien ... heute durchaus über Elemente einer modernen Soziologie und Politologie verfügen, sind wir nicht mehr darauf verwiesen, negative Entwicklungen allein mit dem bei uns gängigen Feindbild Islam in Verbindung zu bringen".

Wenn der - im März 1992 offiziell verbotene - "Front Islamique du Salut" (FIS) derzeit ungeniert zur Hatz auf sämtliche in Algerien lebenden Ausländer ruft, wird das hierzulande kräftig genährte Feindbild Islam natürlich glänzend bedient; umso wichtiger der Nachweis der Autorin, daß die algerische Revolte, bevor sie von den FIS-Strategen Abbassi Madani und Ali Belhadj religiös instrumentalisiert wurde, zunächst ein sozialer Protest war und daß religiöser Fundamentalismus auch in Algerien keineswegs mit muslimischer Orthodoxie zu verwechseln ist.

Sabine Kebir gewinnt den algerischen Zuständen, die sie auch in den intimen Bezirken von Haus und Familie als wache und engagierte Zeitzeugin kennengelernt hat, eine weibliche Lesart ab: "Wenn Vollbeschäftigung und Gleichberechtigung der Frauen ein Hauptmerkmal von Sozialismus ist, hat es in Algerien nie Sozialismus gegeben." Die Kapitel etwa über das aus der Scharia abgeleitete Familiengesetz von 1984 ("Das Familiengesetz bedeutete einen geradezu ungeheuerlichen Verfassungsbruch") oder über die Funktionen des Hidjab (Der Frauenschleier "bannte nicht nur die sexuelle, sondern auch die politische Energie der Frau, ... der Schleier verwies auf ihren Status als patriarchal verfügbare Handelsware, auf die Negierung ihrer Individualität") sind eindrucksvolle Proben einer solchen weiblichen Lesart. Überhaupt entspricht die Gewichtung der im ganzen elf Kapitel sehr exakt jenen Facetten, die so etwas wie ein Prisma des postkolonialen Algerien ausmachen. So informiert die Autorin, oft in eminent kenntnisreichen Hintergrundberichten, etwa über die Folgen der Agrarreform unter Präsident Boumediene (1965 bis 1978), über die aus dem "Erdölmanna" geborenen Industrialisierungskampagnen unter Präsident Chadli Bendjedid (1978 bis 1992), über die Revolten der algerischen Tuareg oder über die von der FLN-Nomenklatura gehätschelten Mythen aus dem Unabhängigkeitskrieg 1954 bis 1962 gegen die Kolonialmacht Frankreich. Ein Bravourstück ist das "Hochtechnologie und Hocharabisch" betitelte Kapitel über die Auswüchse der von Chadli forcierten Arabisierungspolitik.

Eine Kennerin ist hier am Werk - und eben deshalb kann es nicht überzeugen, daß die tumultösen Ereignisse seit den Parlamentswahlen vom Dezember 1991 (die FIS errang im ersten Wahlgang 188 von 432 Mandaten), seit dem Staatsstreich der Militärs und der Ermordung des Staatsratsvorsitzenden Mohammed Boudiaf im Juli 1992 auf wenigen Druckseiten gleichsam pflichtschuldig (und offenbar als Nachrichtenabklapp einer Korrespondententätigkeit in Algier zum Jahreswechsel 1991/92) und ohne jede ernsthafte Kommentierung erledigt werden. "Die egalitäre Forderung lebt im Islamismus der Massen heute weiter, ungeachtet dessen, daß die Führer der Islamisten eine gesellschaftliche Hierarchie vorbereiten, wie sie das vorkoloniale Algerien nie gekannt hat", heißt es in anderem Zusammenhang - eine zweifellos zutreffende Diagnose, die die Autorin allerdings vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse hätte entwickeln müssen. Daß sie dem jüngsten Akt der algerischen Tragödie so wenig gerecht wird, ist ein empfindliches Manko dieses Buches. Ansonsten liegt hier ein überzeugender Erfahrungsbericht vor, dessen Qualität durch einige Versehen (die größte Moschee Afrikas steht in Casablanca, nicht in Constantine!) kaum getrübt wird.

**Hartmut Buchholz**

**Sabine Kebir: Zwischen Traum und Alptraum. Algerische Erfahrungen 1977-1992. Econ Verlag. 320 Seiten. 39.80 Mark.**

Mit AIDS in den Ländern der Dritten Welt, insbesondere den Ursachen für die rasche Verbreitung und den sozio-ökonomischen Folgen der Krankheit, beschäftigt sich der 50. Band aus der Reihe "Zum Beispiel" des Lamuv-Verlages. Dem Erfolgsrezept der Reihe folgend, wird das Thema kurz und leicht verständlich angegangen. Daß in den Ländern des Südens ganz andere Rahmenbedingungen für den Umgang mit AIDS bestehen als bei uns, leuchtet den Lesern und Lerserinnen ein, auch ohne daß direkte Vergleiche gezogen werden müssen.

Einen Schwerpunkt des Bändchens bildet die Beschreibung der Faktoren, die für die hohe Zahl an AIDS-Infektionen in Afrika, Asien und Lateinamerika verantwortlich sind. "Armut zwingt viele Menschen zu Risikoverhalten", sei es nun der Gelderwerb durch Prostitution oder der Verkauf des eigenen Blutes. Wer arm ist, hat in der Regel mangels Bildung auch keinen Zugang zu Informationen über AIDS und die Möglichkeiten, sich vor einer Infektion zu schützen - vorausgesetzt, im jeweiligen Land ist AIDS überhaupt ein Thema in der Öffentlichkeit und im Gesundheitswesen.

Frauen sind wegen ihrer gesellschaftlichen Abhängigkeit besonders gefährdet: "Anständige Frauen reden nicht über Sex." Für den Ehepartner aber sind außereheliche Sexualkontakte mit Infektionsrisiko oft nichts Ungewöhnliches.

Die Nutzung von Kondomen bleibt die Ausnahme - sei es, weil es keine gibt oder aus männlicher Überheblichkeit. Folge: "In Europa sind nur zehn Prozent der HIV-Infizierten Frauen, in Afrika sind es dagegen 50%".

Die Folgen von AIDS sind für die Länder der Dritten Welt besonders drastisch: es sterben junge, zum Teil gut ausgebildete Menschen, deren Arbeitskraft in der Wirtschaft oder der Familie oft nur schwer ersetzt werden kann. Bleibt eine AIDS-Infektion kein Einzelfall, so bricht der traditionelle Familienrückhalt zusammen - die Großfamilie ist nicht mehr in der Lage, alle Kranken zu pflegen und alle Waisen aufzunehmen und zu versorgen.

Da die Gelder für das Gesundheitswesen in den Ländern des Südens ohnehin knapp sind, bindet die Betreuung von AIDS-Kranken Mittel und Kräfte, die somit für die Behandlung und Verhinderung anderer Krankheiten nicht mehr zur Verfügung stehen.

Besondere Beachtung finden in dem Buch unterschiedliche Beispiele für AIDS-Aufklärung und -Selbsthilfegruppen in Ländern der Dritten Welt (Thailand, Brasilien, Uganda). Sehr interessant ist daneben die Beschreibung des regierungsamtlichen kubanischen AIDS-Bekämpfungsmodells "Gut versorgt im Aquarium."

Insgesamt wird der Band AIDS den Ansprüchen der Reihe "Zum Beispiel" gerecht. Lesern und Leserinnen ohne Vorkenntnisse ein Nord-Süd-Thema beispielhaft nahezubringen, wenn auch etwas mehr verbindende und strukturierende Elemente der Aufsatz-Sammlung nicht geschadet hätten.

**br**

**Zum Beispiel: AIDS; Redaktion: Uwe Jungfer; Lamuv-Verlag, Dezember 1993; 110 Seiten; DM 9,80.**



Seit geraumer Zeit ist in der öffentlichen Diskussion um das subsaharische Afrika die gefährliche Tendenz erkennbar, die koloniale Vergangenheit vergessen zu wollen. Ebenso wird die Schuld am Elend des Kontinents alleine 'typisch afrikanischen' Phänomenen zugeschrieben (vgl. SZ-Magazin vom 20.11.92 oder Spiegel vom 14.12.92).

Diesem allzu bequemen Trend stellt die für 'Brot für die Welt' vom Starnberger Institut erarbeitete Studie **Afrika - Ein Kontinent auf dem Weg aus der Krise** die Grundthese entgegen: "Der Hunger in Afrika ist nicht schicksalhaft, ist auch keine Naturlaune und keine Folge einer irrationalen 'afrikanischen Mentalität' (...). Hunger und Elend haben vielmehr primäre Ursachen in Strukturen, Fehlentscheidungen und dem Versagen von Politik sowohl in Afrika als auch in den Industrieländern" (S.37).

Der Autor der Studie, Tilman Schiel, beschreibt zunächst in seiner Problemanalyse, daß die heutigen Mißstände, die gemeinhin als 'typisch afrikanisch' bezeichnet werden, größten Teils Überbleibsel der Kolonialzeit sind. So sind zum Beispiel die als Kleptokratien bezeichneten korrupten Machteliten, die nur in die eigene Tasche wirtschaften, meist die direkten Erben der von den Kolonialherren eingesetzten Regime. Auch der viel beschworene Tribalismus hat seine Wurzeln in der Kolonialzeit. Und schließlich sind auch hohes Bevölkerungswachstum, Umweltzerstörung und religiöser Fundamentalismus nicht die Ursachen von Armut und Elend, sondern deren Folgen.

Im zweiten Teil der Studie entwirft Tilman Schiel ein Szenario für die zukünftige Afrikapolitik des Westens. Dabei sieht er vor allen Dingen im Auferlegen von Strukturanpassungsprogrammen bei der Vergabe von Krediten ein Grundübel gegenwärtiger Politik. Diese müsse in Zukunft stärker darauf ausgerichtet sein, echte Demokratisierungsprozesse voranzutreiben und mithin eine Zivilgesellschaft zu schaffen, in der die Wahrung der Menschenrechte für alle Bürger gewährleistet ist. Dabei kann es nicht um die Übernahme westlicher Muster gehen, sondern vielmehr um die Förderung afrikanischer Strukturen.

Diesem Ziel dient, nach Meinung Schiels, eine intensivere Unterstützung und stärkere Einbeziehung von Nichtregierungsorganisationen und die Stärkung der Position von Frauen. Dies könnte von seiten der Industrienationen zum Beispiel durch einen Schuldenerlaß geschehen. Wobei der Autor die Einrichtung von sogenannten Gegenwertfonds empfiehlt, die von den Regierungen als Gegenleistung für die Schuldenstreichung einzurichten seien. Dabei sollte die Verfügungsberechtigung über die Fonds bei den Nichtregierungsorganisationen liegen. Denn, so der Autor, Hunger nach Brot kann erst dann langfristig gestillt werden, wenn auch der Hunger nach Gerechtigkeit gestillt ist.

**dm**

**Brot für die Welt (Hg.), Afrika - Ein Kontinent auf dem Weg aus der Krise? Politische, soziale und ökonomische Probleme im subsaharischen Afrika, eine Studie des Starnberger Institutes, Stuttgart 1993, 90 Seiten Din A4, DM 10.-, Bezug: Stafflenbergstr.76, 70184 Stuttgart, Tel: 0711/2159-0**



Nach dem Ende der Apartheid steht nicht nur Südafrika vor einem grundlegenden Wandel. Auch die Nachbarstaaten sind davon betroffen. Das Buch "Kap der kleinen Hoffnung" versammelt zu diesen Fragen eine Reihe von Aufsätzen. Die Beiträge beschäftigen sich mit dem gesellschaftlichen und politischen Wandel und der wirtschaftlichen Situation in Angola, Mosambik, Namibia, Südafrika und Zimbabwe. Warum Sambia, Malawi und Tansania (vielleicht auch noch Lesotho und Swasiland als weitere Mitglieder der SADC) ausgespart wurden, bleibt das Geheimnis der Herausgeber, die auf ein Vorwort verzichteten. Somit muß sich der/die Leser/in selbst seinen/ihren Reim auf die getroffene Auswahl der Beiträge machen, was nicht leicht fällt. Sämtliche Beiträge sind Bestandsaufnahmen, die v.a. die koloniale Vergangenheit und den Kalten Krieg als entscheidende Erblast ausmachen. Deren Bedeutung für die Entwicklung der Länder soll nicht abgestritten werden, aber damit allein ist die jeweilige Entwicklung noch nicht ausreichend analysiert. Insbesonders Mitherausgeber M. Baiculescu sieht für Mosambik Neokolonialisten und ausländisches Kapital schalten und walten zu Lasten der breiten Bevölkerung. Daß auch ein wenig differenzierter analysiert werden kann, beweisen andere Beiträge im Buch. Interessant sind außerdem die Aufsätze über den informellen Sektor in Mosambik und Angola, über traditionelle und neue Autoritäten in Zimbabwe und über die Perspektive einer regionalen Zusammenarbeit. Insgesamt wünschte man sich, daß in Anlehnung an den zukunftsgerichteten Titel des Buches mehr über die Möglichkeiten und Perspektiven der Länder bzw. der Region zu erfahren wäre, als dies der Fall ist.

**uju**

**M. Baiculescu/J. Becker (Hg.): Kap der kleinen Hoffnung. Das Südliche Afrika nach der Apartheid, Promedia Verlag, Wien 1993, 224 S., DM 32.-**

## UNITED for Intercultural Action

Hinter dieser Bezeichnung verbirgt sich ein europäisches Netzwerk gegen Nationalismus, Rassismus, Faschismus und zur Unterstützung von MigrantInnen und Flüchtlingen. Es wurde im Sommer 1992 durch TeilnehmerInnen von zwei europäischen Jugend-Seminaren in Straßburg gegründet und hat sich mittlerweile zum größten europäischen Netzwerk entwickelt. Unterstützt wird UNITED von 113 Organisationen aus 31 europäischen Ländern (Stand: Oktober 1993). Das Netzwerk erhält permanent Informationen von 470 Organisationen und verschickt regelmäßig Briefe an 1.500 Gruppen aus ganz Europa.

Viele Organisationen haben sich dem Netzwerk angeschlossen, weil klar wurde, daß Fragen der Diskriminierung, Migration, Asylpolitik usw. nicht mehr länger als nationale Probleme gesehen werden können, sondern in ihrem europäischen Kontext angegangen werden müssen. Die Maastricht- und Schengener Verträge, das Dubliner Abkommen und andere Flüchtlinge und MigrantInnen diskriminierende Abkommen sind Ergebnisse, die hinter dem Rücken der nationalen Parlamente durchgesetzt wurden. (Zu beachten ist hierbei aber, daß von verschiedenen europäischen Parlamenten Verschärfungen der Asyl- und Einwanderungsgesetze abgesegnet wurden, d. Verf.). Die 'Festung Europa' verlangt deshalb einen gesamteuropäisch koordinierten Widerstand.

UNITED organisiert sich ohne den sonst üblichen kostenintensiven bürokratischen Aufwand. Die beiden Arbeiter des Sekretariats sowie der zehnköpfige Beirat (fünf Männer, fünf Frauen, acht Nationalitäten, sechs MigrantInnen) haben ständigen Kontakt zu kleineren Netzwerkorganisationen und vermitteln Diskussionen, Vorhaben und Ratschläge der Netzwerkkonferenzen in die tägliche Arbeit. Zum Gedenken an den 9. November, der von organisierten Nazis inszenierten Reichspogromnacht 1938, informierten sie z.B. ihre Mitglieder per Fax über geplante Aktionen in verschiedenen Ländern und vermittelten entsprechende Kontaktadressen.

Das Netzwerk versteht sich als eine nicht an Profit orientierte NGO und als absolut parteiunabhängig. Finanzielle Unterstützung erhält UNITED von vielen Organisationen, die ihre Arbeit auch inhaltlich unterstützen. Subventionen kommen zudem auch von verschiedenen nationalen und internationalen Stiftungen, nationalen Ministerien, dem Europaparlament sowie der EG- Kommission.

UNITED unterhält verschiedene Informationsprojekte: einen 'Internationalismus-Kalender' mit Daten von europäischen antirassistischen Aktionen, ein 'Verzeichnis des Internationalismus' mit Adressen von 1.000 europäischen Gruppen, eine 'Informationsbroschüre' mit praktischen Tips für Organisationen. Desweiteren organisiert das Netzwerk eine Reihe von europäischen Konferenzen zur Planung von gemeinsamen Kampagnen und Aktionen (Straßburg/Februar 1994: 120 anti-rassistische Jugend-Organisationen aus 31 Ländern arbeiten eine Woche zu gemeinsamen Aktionen; eine weitere Konferenz wird in Salzburg oder Insbruck in der zweiten Jahreshälfte 1994 stattfinden).



**Kontakt: UNITED for Intercultural Action, Postbus 413, NL-1000 AK Amsterdam, Netherlands, Tel./Fax: +3120-6234902**

## Anti-Rassismus Informations-Centrum in Nordrhein-Westfalen

Am 1. Januar diesen Jahres hat das Anti-Rassismus Informations-Centrum (ARIC-NRW) nach längerer Vorbereitungszeit seine Arbeit aufgenommen. Es orientiert sich an und kooperiert mit dem konzeptionell verwandten ARIC-Rotterdam und versteht sich grundsätzlich als ein antirassistisches Dienstleistungszentrum für Informations-, Organisations-, Seminar- und Projektarbeit. Die Hauptaufgaben liegen im Bereich von Information, Entwicklung, Aufklärung, Motivation und Beratung zur Förderung interkulturellen Lernens.

Mit ARIC soll versucht werden, der grassierenden Gewalt und dem offenen wie versteckten Rassismus etwas entgegenzusetzen. Zwar gibt es (nicht nur) in NRW eine Vielzahl von einzelnen Initiativen, Organisationen und Institutionen mit ähnlichen Zielsetzungen, dies könne aber nicht über deren strukturelle Mängel in der Informations- und Aufklärungsarbeit hinwegtäuschen. Für die InitiatorInnen des ARIC ergeben sich im einzelnen folgende Arbeitsbereiche:

1. Aufbau einer Informationsbörse (Sammlung von Grundlagenliteratur, Projekt- und Infomaterialien, Videos, Publikationen, Ausstellungen, Postern);
2. Systematisierung und Aufbereitung der Publikationen und Materialien (Aufbau einer Datenbank);
3. Praxisorientierte Beratung bei der Suche nach geeigneten Informationen, Materialien, Projekten, Aktionen und
4. Entwicklung, Motivierung und Begleitung von Projekten und Initiativen in der interkulturellen, antirassistischen Arbeit.

Folgende Organisationen sind bisher an der konzeptionellen Planung beteiligt: AG SOS Rassismus, Haus Villigst (evangel. Jugendarbeit), Schwerte / Materialdienst Asyl, Duisburg / Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) / Verband der Initiativen in der Ausländerarbeit (VIA e.V.), Bundesverband Duisburg / ARIC Rotterdam.

**AnsprechpartnerInnen: Ralf-Erik Posselt, Haus Villigst, 58239 Schwerte, Tel: 02304-755190; Sigrun Scheve (ARIC-Rotterdam), Ritterstr. 11, 3550 Marburg, Tel: 06421-24618**

## Freiheit für Kurdistan Das Verbot der PKK muß fallen!

Nach dem Verbot von PKK, ERNK, zahlreicher kurdischer Vereine sowie der kurdischen Nachrichtenagentur KURD HA durch die Bundesregierung haben verschiedene Gruppen aus der Kurdistan-Solidarität beschlossen, die Aktivitäten für ein freies Kurdistan in den nächsten Wochen und Monaten zu verstärken. Dabei gilt unsere Solidarität als Erstes den Kurdinnen und Kurden hier. Bis zum kurdischen Neujahrsfest Newroz am 21.3.1994 werden Veranstaltungen, Delegationsreisen u.a. organisiert werden. Für den 12. März rufen die Solidaritätsgruppen zu einer bundesweiten Demonstration unter dem Motto „Freiheit für Kurdistan" nach Bonn auf.
Für diese Kampagne haben die beteiligten Gruppen ein Koordinationsbüro eingerichtet, dessen Aufgabe auch darin besteht, die Informationssperre über den Krieg in Kurdistan zu durchbrechen.

Für diese Arbeit brauchen wir Eure finanzielle Unterstützung.

**Solidaritätskomitee Kurdistan**
**Wolfstr. 10 / Hinterhaus**
**53111 Bonn**
**Tel.: 02 28 / 65 95 13**

Spendenkonto:
PGA Köln; BLZ 370 100 50;
Kto.-Nr.: 39 68-506
Stichwort: Freiheit für Kurdistan

## Kampagne gegen Kinderprostitution

Die Nachfrage deutscher Sextouristen treibt nach Informationen der deutschen Kampagne gegen Kinderprostitution, die von vierzig Organsationen getragen wird, in vielen Ländern immer mehr Kinder in die Prostitution. Nach Thailand nehme Brasilien weltweit den zweiten Platz ein, so die im Nordosten Brasiliens mit Straßenkindern arbeitende Psychologin Dilma Felizardo auf einer Vortagsveranstaltung Ende letzten Jahres durch Deutschland. Sextouristen machen sich die Armut in diesen Ländern skrupellos zunutze. Das Alter der sexuell ausgebeuteten Kinder wird dabei immer niedriger: auch weit unter zehn Jahre alte Kinderprostituierte sind keine Seltenheit. Die durchschnittliche Lebenserwartung der in die Prostitution gezwungenen Kinder beträgt 21 Jahre. Im September hat es Dilmar Felizardo gewagt, die örtliche Mafia des Sextourismus in der Provinzstadt Natal im Nordosten Brasiliens, zu der auch Senatsmitglieder gehören, öffentlich anzuprangern. Seitdem erhält sie ständig Morddrohungen.

Der gesetzliche Schutz von Mädchen (und Jungen) wird durch die deutsche Gesetzgebung nur äußerst unzureichend gewährleistet. Von der Bundesregierung fordert die deutsche Kampagne gegen Kinderprostitution, ihre in Artikel 37 gegebene Verpflichtung konsequent einzulösen. Zum gesetzlichen Verbot des sexuellen Mißbrauchs von Kindern im Ausland müssen nun baldmöglichst die notwendigen ergänzenden Schritte folgen. Durch den Abschluß von Rechtshilfeabkommen sind Regelungen zur Verbesserung der bilateralen Zusammenarbeit von Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden in diesem Deliktbereich zu treffen. Hier besteht enormer Nachholbedarf, denn die ausländischen Behörden sind bisher nicht verpflichtet, bei etwaigem Verdacht einer begangenen Straftat zu informieren.

Eine weitere Forderung der Kampagne gegen Kinderprostitution an die Bundesregierung zielt auf den Bereich der Entwicklungszusammenarbeit: es muß etwas getan werden, um den Kindern alternative berufliche Perspektiven zu geben. Durch Maßnahmen der Entschuldung muß der Abbau der Leistungen des staatlichen Sozialwesens in den Ländern des Südens gestoppt werden.

Die Reiseveranstalteraktion trägt erste Früchte: die Veranstalter Ikarus Reisen, Tjaereborg, Touristik Union International (TUI), NUR, Meyer's Weltreisen und Hetzelreisen sind auf die Forderungen von terre des hommes und der Kampagne eingegangen und haben zugesagt, sowohl ihre KundInnen zu informieren, als auch ihre ReiseleiterInnen entsprechend zu instruieren und darüberhinaus in ihren Vertragshotels darauf zu achten, daß die Gäste keine Kinder mit aufs Zimmer nehmen können. Kunden, die mit diesen Reiseunternehmen gebucht haben, können nun Regreßforderungen stellen, wenn sie beobachten, daß sich andere Hotelgäste mit Kinderprostituierten im Hotel aufhalten.

**Kontakt: Kampagne gegen Kinderprostitution, Postfach 4126, 49031 Osnabrück, Tel: 0541-7101 162, Fax: 0541-707233**

## Unruhen nach Unfall in indonesischem Zellstoffwerk

Bereits im November hat ein Brand in der Zellstoffabrik Indorayon auf Sumatra giftiges Chlorgas freigesetzt. Werksleitung und Behörden verweigerten genaue Auskünfte. Die wütende in der Region lebende Bevölkerung reagierte mit einem Aufstand. Das Gebiet ist seither abgeriegelt. Seit 1988 sorgt die Herstellung des für den Export bestimmten, von Indorayon produzierten blütenweißen Papiers für umwelt- und existenzvernichtende Schäden, die vor allem die ansässigen Kleinbauern und -bäuerinnen bedrohen. Durch die Anwendung des in Europa seit langem verbotenen Sulfatverfahrens wird der zur Bewässerung und zum Fischfang dienende Fluß Asahan verseucht. Die NutzerInnen klagen über Ernteeinbußen von etwa 30 Prozent. Zudem ist es bereits bei der Gründung des Werkes zu massivem Landraub gekommen.

Die DorfbewohnerInnen im Einzugsgebiet des Zellstoffwerks fordern die lückenlose Aufklärung des Unfalls im November, eine Entschädigung für die erlittenen Einbußen sowie bessere Schutzmaßnahmen für die Zukunft. Auf welcher Seite der autoritär geführte Staat in solchen Konflikten steht, zeigt die Absetzung des leitenden Bischofs der Toba-Batak-Kirche (größte protestantische Kirche in Asien) durch den regionalen Militärbefehlshaber im vorletzten Jahr. Dieser hatte sich dem Protest gegen die Umweltzerstörungen von Indorayon angeschlossen.

Die Armee, die für brutale Eingriffe bei ähnlichen Landkonflikten im Interesse von Industrie und Staatsführung bekannt ist, tritt seit dem Unfall mit demonstrativer Stärke auf.

Während die Bundesregierung trotz solcher Menschenrechtsverletzungen derzeit zu einem der wichtigsten militärischen Aufrüster Indonesiens wird - gerade auch im Zeichen des Ost-Timor-Krieges - ruft FIAN, die Internationale Menschenrechtsorganisation für das Recht sich zu ernähren, zur Verteidigung der Rechte der Kleinbauern und -bäuerinnen auf.

**Weitere Informationen: FIAN, Overwegstr. 31, 44625 Herne, Tel: 02323-490099**

## Verhaftungswelle in Indonesien

Auch auf StudentInnenseite hat sich im vergangenen Jahr eine Bewegung herauskristallisiert, die für die Demokratisierung und die Einhaltung der Menschenrechte sowie die Einführung eines Rechtsstaates in Indonesien eintritt. Der Protest richtet sich insbesonders gegen die immer zahlreicher werdenden gewaltsamen Landenteignungen von Bauern und Bäuerinnen zugunsten von Unternehmen oder zur Errichtung von Golfplätzen für die oberen Zehntausend. Im zuletzt genannten Fall erhalten die Betroffenen nur eine marginale Entschädigung; ihre Existenzgrundlage wird zerstört. Setzen sie sich zur Wehr, werden sie von den Sicherheitskräften oder mit deren Duldung terrorisiert.

Im vergangenen Herbst ist es dem Studentenführer Dedi Ekadibrata gelungen, StudentInnengruppen zahlreicher Universitäten und Organisationen direkt Betroffener zu einem Aktionsbündnis zusammenzu-

schließen. Dieses Anti-Golfplatz-Komitee wurde zum Ausgangspunkt einer dezidierten Demokratisierungsbewegung. Sie nennt sich 'Front Aksi Mahasiswa Indonesia' (Aktionseinheit der indonesischen StudentInnen).

Dedi Ekadibrata wurde im November, nur wenige Wochen nach der Bildung des Anti-Golfplatzkomitees, verhaftet. Er soll wegen eines Vorfalls im Frühjahr 1993 vor Gericht gestellt werden, bei dem aufgebrachte LandbewohnerInnen das Basislager einer Firma anzündeten, die in Cijayanti bei Bogor einen Golfplatz baut, für den das Land der Bevölkerung enteignet worden war. Dedi unterstützte zwar die Forderungen der Bauern und Bäuerinnen, versuchte sie aber von Gewalttaten abzuhalten.

Es wird nun befürchtet, daß Dedi - ähnlich wie vor einigen Monaten ein Anwalt in Bandung - seinen Prozeß nicht mehr erleben wird, da der Sicherheitsdienst der o.g. Firma zu dem Gefängnis freien Zugang hat.

Die Verhaftung von Nuku Sulaiman, dem Vorsitzenden der studentischen JournalistInnengruppe 'Pijar' in Jakarta, löste unter den StudentInnen eine breite Solidarisierungswelle aus. Er soll wegen Beleidigung des Staatsoberhauptes (Majestätsbeleidigung) vor Gericht gestellt werden. Dasselbe Schicksal erwartet wahrscheinlich auch weitere 21 StudentInnen, die am 21. November vor dem Parlament bei einer Protestaktion gegen die Golfplätze unter starker Gewaltanwendung der Sicherheitskräfte verhaftet wurden.

IMBAS, die Initiative für die Menschenrechte aller BürgerInnen der ASEAN-Staaten, wendet sich mit einem offenen Brief an Außenminister Kinkel und fordert die Bundesregierung auf, jede wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der indonesischen Regierung solange zu stoppen, bis diese die Einhaltung der Menschenrechte garantiert. Zudem wird die Bundesregierung und der indonesische Staat aufgefordert, alle inhaftierten StudentInnen umgehend freizulassen, die Anklage wegen Beleidigung des Staatsoberhaupts fallenzulassen sowie im "Fall" Dedi Ekadibrata für ein faires Gerichtsverfahren zu sorgen und seine persönliche Sicherheit während der Haftzeit zu garantieren.

**Protestbriefvordrucke anfordern bei:**
**IMBAS,**
**Postfach 600422,**
**60334 Frankfurt**

## Werbung wird diskriminiert!?

Am 25. November war der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen. Terre des Femmes initiierte hierzu eine Kampagne, die sich gegen "Gewalt an Frauen in Fernsehbeiträgen" (s. kurz belichtet 194) richtete. Es wurde zu einer Postkartenaktion aufgerufen. Dies hat offenbar einige der verantwortlichen Stellen in ziemliche Aufregung versetzt. So beispielsweise den Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft e.V. (ZAW), der sich veranlaßt sah, seine 48 Seiten umfassende Hochglanzbroschüre "Nackte (sic!) Tatsachen - Das Frauenbild in der Werbung" an die KritikerInnen zu schicken. Damit soll das angeknackste Bild in der Öffentlichkeit wieder "richtig" gestellt werden, denn "die Sache ist komplizierter und komplexer", als wie es die völlig überzogenen Anschuldigungen diverser Gruppierungen glaubhaft machen wollen. Zwar gäbe es Entgleisungen, darüber bestehe gar kein Zweifel. Der größte Teil der Vorwürfe allerdings entspränge der verblendeten Motivation von vier mittels einer "Typologie" höchst anschaulich dargestellten Kritikergruppen: die nach Einschätzung der Verfasser manchmal über das Ziel hinausschießenden "Frauen-der-Betroffenheit", die "Ideologen", die "Moralisten" und die "Populisten". Diesen Gruppen gelte es entgegenzuhalten, daß "Werbung (...) Spiegelbild der Gesellschaft (ist). Nicht die Werbung prägt die Gegenwart, sondern die Gegenwart prägt die Werbung".

So fand Anfang der 70er Jahre die Liberalisierung des Sexualstrafrechts Eingang in die Werbung in Form freizügigerer Darstellungen. Nach dem diagnostizierten Abklingen der "Sexwelle", das heißt dem Aufkommen einer distanzierteren Haltung gegenüber Sex seitens der hofierten Öffentlichkeit, habe sich die Werbeindustrie dieser Veränderung mit stärkerer Selbstbeschränkung in der Werbung angepaßt. Unsere Werbung - immer auf der Höhe der Zeit! Als ein weiteres Plus wird der Umstand verbucht, daß ein Großteil derjenigen, die eine Artikelwerbung als frauendiskriminierend einschätzen, sich letztlich doch für den Kauf entscheiden würden. Und des Volkes Meinung wird noch weiter zu Rate gezogen: "Zwei Drittel der Bundesbürger sind an Sex-Beratung und Soft-Pornos zu später Stunde auf dem Bildschirm interessiert und haben nichts gegen solche Sendungen", so eine Umfrage unter der erwachsenen Bevölkerung der Programmzeitschrift (sic!) "Bild+Funk".

Das Ergebnis dieser den Anschein einer seriösen, wissenschaftlich fundierten Analyse erweckenden 'Studie' ist wenig überraschend: "Wer der Werbung Gerechtigkeit widerfahren lassen will, muß ihr hohes Fingerspitzengefühl beim Umgang mit der Darstellung von Frauen in der Werbung zugestehen". Unsere sich als interessenlose Expertin aufspielende Werbe- und Bewußtseinsindustrie besteht darauf, daß es die Vorstellungskraft des Laien übersteigt, daß Werbung auch ohne ihre Wirkung operieren kann - so die dummkluge Behauptung der ZAW! Und falls sie doch einmal diskriminierend sein sollte, gilt ja auf alle Fälle noch der Grundsatz: "Es gibt keine Werbung, die allgemein als frauendiskriminierend erlebt wird." Denn: über das, was "Sexismus" ist, läßt sich - wir leben schließlich in einer pluralistisch verfaßten Gesellschaft - trefflich streiten. Bei diesem Ausmaß an Beliebigkeit (auch der Begriffe: frauenfeindlich?, frauendiskriminierend?, sexistisch?) muß die Arbeit des "Deutschen Werberates" als Instrument der Selbstbeschränkung höchst effektiv sein, oder?

Das Problem liegt tiefer, als es der ZAW sehen möchte: die Werbemethoden können auf jene Strukturen zurückgreifen, die feste Bestandteile dieser patriarchalen Gesellschaft sind und sich selbst reproduzieren. Die Alltäglichkeit, das "Normale" der Gewalt gegen Frauen ist der Skandal. Die dem Werbewesen zugrundeliegenden Profitinteressen tun ihr übriges.

**Ein Mann-der-"Betroffenheit", ein Ideologe, ein Populist oder ein Moralist? Es darf geraten werden!**

## Arbeitsbrigaden nach Kuba

Seit 1991 läuft in Kuba im Rahmen des 'plan alimentario' ein Programm, das eine weitgehende Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln gewährleisten will. Unter anderem sollen brachliegende Flächen für den Anbau von Lebensmitteln genutzt werden. Besonders wichtig ist zur Zeit die Mobilisierung zusätzlicher Arbeitskräfte für die Landwirtschaft.

Die Freundschaftsgesellschaft Berlin-Kuba organisiert seit Frühjahr 1992 kleine Brigaden (10-15 Personen), die im landwirtschaftlichen Betrieb "La Quinta" arbeiten. Er ist Teil einer größeren Staatsfarm in der Provinz Pinar del Rio. Auch für 1994 werden Menschen mit Interesse an gemeinschaftlicher Arbeit mit kubanischen LandarbeiterInnen und an Kultur gesucht. Der Arbeitseinsatz dauert drei Wochen vom 26.2. bis 19.3.1994. Die Kosten für Flug, Unterkunft und Verpflegung betragen ca. 2000 DM.

**Weitere Infos bei:**
**FG Berlin-Kuba, Grimmstr. 6, 10967 Berlin, Tel. 030-6912025**

## Agir ici

Seit nunmehr fünf Jahren besteht mit Agir ici in Frankreich eine besondere Form der entwicklungspolitischen Öffentlichkeitsarbeit. Da es im Ansatz und in der Vorgehensweise in der Bundesrepublik kaum vergleichbares gibt, lohnt sich ein kurzer Blick über die Grenzen.

Beispielhaft soll die 21. Kampagne von Agir ici vom Dezember 1993 beschrieben werden: thematisch geht es um die KurdInnen und deren schwierige Lage in der Türkei, im Irak und Iran, in Syrien, aber auch in Frankreich.

Agir ici arbeitet bei dieser Kampagne mit einem knappen Dutzend französischer NROs und Soli-Gruppen zusammen, die sich besonders für die Rechte der kurdischen Menschen engagieren. Der Kreis der Trägergruppen ist bei jeder Kampagne anders zusammengesetzt, abhängig von den inhaltlichen Schwerpunkten der Gruppen.

Neben den mittlerweile über 6.000 Kampagnen-AbonentInnen von Agir ici gehören zu den direkten AdressatInnen immer auch die Mitglieder der Trägergruppen. Mit den Kampagnen sollen für das jeweilige Thema Öffentlichkeit hergestellt (Präsenz in den Medien, Einfluß auf Parlament und Regierung etc.) und konkrete Forderungen durchgesetzt werden.

Die Leistung der AbonentInnen besteht im wesentlichen darin, Postkarten an die regionalen Abgeordneten, die Regierung oder andere zuständige Stellen zu verschicken, in denen z.B. in der KurdInnen-Kampagne gefordert wird, daß Frankreich sich für den Frieden und die Respektierung der Menschenrechte in den von KurdInnen bewohnten Gebieten einsetzt. Konkret wird die Einsetzung eines Ausschusses in der Nationalversammlung zu Kurdistan gefordert. Von unserer Seite des Rheins aus gesehen, wirkt dagegen die Forderung, Waffenlieferungen an die türkische Regierung „dem Beispiel des Kanzlers Kohl folgend" mit der Auflage zu verbinden, die gelieferten Waffen nicht im Bürgerkrieg in Kurdistan einzusetzen, eher peinlich. Dies ist jedoch in der Arbeit von Agir ici eine Ausnahme. In der Regel sind die Forderungen sorgfältig ausgearbeitet, teilweise bis zur Formulierung von Gesetzesvorlagen für die Nationalversammlung.

Die Kampagnenunterlagen bestehen aus mehrseitigen Dokumenten, die die wesentlichen Hintergrundinformationen und Begründungen für die Forderungen enthalten. Die KurdInnen-Kampagne ist mit einer eher allgemein gehaltenen Aktion, um auf die Lage der KurdInnen aufmerksam zu machen, die Ausnahme. Oft stehen ganz konkrete Forderungen und Gesetzesvorlagen zur Debatte, beispielsweise zu Waffenexporten, einer Reform der Exportfinanzierung (Coface, in der BRD mit Hermes vergleichbar), Fleischexporten der EG nach Westafrika, Medikamente-Exporte, Nuklearversuche, Menschenrechte in Marokko etc.

Eine Beilage, „Citoyen et Entreprise" (Bürger und Unternehmen), beleuchtet die Rolle französischer und internationaler Unternehmen in der Dritten Welt.

Das Budget von Agir ici, nahezu ausschließlich aus Spenden und Beiträgen finanziert (Abogebühr: FF 20 pro Jahr), betrug 1992 FF 1,2 Millionen (ca. DM 400.000).

Agir ici ist auf die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen angewiesen, die ein Interesse daran haben, „ihr" Anliegen einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen. Die Serviceleistung von Agir ici besteht darin, die Forderungen in einer Kampagne zu konzentrieren, gut aufgemachte, leicht verständliche, aber dennoch informative Materialien zu produzieren und breit zu verteilen sowie die Postkarten-Aktionen auszuwerten und die Kampagnen bis zum endgültigen Erfolg oder Scheitern weiter zu verfolgen und zu bearbeiten.

**br**

**Agir ici, 14, passage Dubail, F-75010 Paris, Tel.: 0033-1-40350700**

## Gegen das herrschende "Flughafen-Asylverfahren"

In der konkreten Praxis des Frankfurter Flughafenverfahrens nach §18a des Asylverfahrensgesetzes zeigt sich der menschenverachtende, einer reinen Abschottungs"logik" verpflichtete institutionelle Rassismus der BRD in nochmals verschärfter Form. Die sog. AsylberberInnen werden sofort nach dem Verlassen des Flugzeugs ohne jegliche vorherige Beratungsmöglichkeit zur ersten Anhörung durch den Bundesgrenzschutz gebracht. In der Regel folgt sofort danach die zweite Anhörung bei der Außenstelle des Bundesamtes für die Anerkennung von Flüchtlingen. Bei einem ablehnenden Bescheid bleibt dem Flüchtling dann nur eine Widerspruchsfrist von drei Tagen, die auch über das Wochenende laufen kann. Vom Flughafen aus soll der Flüchtling dann einen Anwalt finden, der innerhalb der dann verbleibenden Frist die Akten besorgen und studieren, Gespräche führen, Übersetzungen organisieren, Hintergründe über das Herkunftsland einholen und eine begründete Widerspruchseingabe erarbeiten muß.

Als einzige Hilfsinstanz hat sich der kirchliche Sozialdienst des Flughafens freiwillig der Aufgabe der Rechtsberatung angenommen, die jedoch erst nach den beiden ersten Anhörungen wirksam werden kann. Der Flughafensozialdienst ist wegen zu geringer Landesmittel personell und materiell mangelhaft ausgestattet. Erschwerend kommt hinzu, daß die Zuständigkeit für die Flüchtlinge in Kürze von der Flughafengesellschaft auf das Land Hessen übergeht. Befürchtet wird nun, daß eine unabhängige Rechtsberatung von den dann zuständigen staatsbediensteten SozialbetreuerInnen nicht zu erwarten ist.

In Appellen an den hessischen Ministerpräsidenten Eichel und die Ministerin Blaul verlangt das Komitee für Grundrechte und Demokratie als Minimalforderung eine unabhängige Rechtsberatung. Die ohnehin extrem beschnittene Rechtswegegarantie des Grundgesetzes verkomme mit dieser Flughafenpraxis endgültig zu einer Leerformel.

**Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V., An der Gasse 1, 64759 Sensbachtal, Tel: 06068-2608, Fax: 06068-3698**



## Rüstungsexportarchiv mittelfristig gefährdet

Die umfassende Kürzungswelle im öffentlichen Bereich sowie der massive Abbau von öffentlichen wie privaten Fördergeldern stellt nun auch das Rüstungsexportarchiv des Kommunikationszentrums Idstein e.V. vor Probleme. Das Archiv gibt es bereits seit 1980. In über 4oo Ordnern sind Informationen aus Tageszeitungen, militärischen Fachzeitschriften und grauer Literatur enthalten. Gruppen, Initiativen, Einzelpersonen, aber auch Presse, Funk und Fernsehen nutzen diese Informationen als unverzichtbare Grundlage für eine kritische Gegenöffentlichkeit. 1992 hat das Archiv für seine Arbeit gegen Rüstungsexporte den Aachener Friedenspreis erhalten. Rüstungsexporte als Fluchtursache, die militärische Abschottung der "Festung Europa" und die massive Lobbypolitik der Rüstungsindustrie um Marktanteile sind einige der angefragten Themen. Das Archiv ist Träger der bereits 10jährigen Kampagne "Produzieren für das Leben - Rüstungsexporte stoppen"; ein derzeitiges Schwerpunktthema ist Türkei/Kurdistan.

Mit dem Auslaufen der Förderung der Archivteilcomputerisierung sind keine weiteren Mittel mehr für diese Tätigkeit in Aussicht. Deshalb ist das Archiv stark auf Spenden angewiesen. Eine ehrenamtliche Fortführung wäre mit Zeit- und Qualitätsverlusten verbunden. Die Arbeit des Archivs kann unterstützt werden durch die Nutzung des Archivs, die Weitergabe der Informationen und durch eine Spende oder einen Dauerauftrag.

**Weitere Informationen: Kommunikationszentrum Idstein e.V. (KOMZI), Bahnhofstr. 18, 65510 Idstein, Tel: 06126-53118, Fax: 06126-54660.**

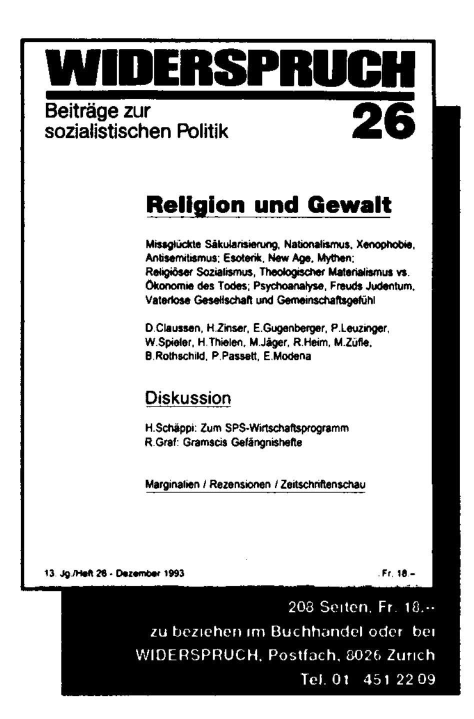
## Betrifft: Worum es beim Kampf um Demokratisierung geht und Südafrika im Weltsystem (blätter des iz3w, Nr. 194)

Der Autor hat die Situation in Südafrika zunächst gut beschrieben. Der Vergleich zwischen den holländischen weißen Siedlern in Afrika im 17. Jahrhundert und den Israelis ist allerdings unsinnig. Er hat die Ursachen für die Veränderung der bisherigen Machtverhältnisse richtig analysiert, wenn er vom "...Widerstand der Mehrheit der Arbeiterklasse..." schreibt. Aber dann sucht er die Ursachen für die Veränderungen darin, daß "Südafrika einige seiner wichtigsten Trümpfe verloren hat: ... seine strategische Position... die wichtig war während des kalten Krieges, der nun vorbei ist." Die politische Rolle als Militär- und Interventionsmacht gegenüber Nachbarstaaten ist nach Meinung des Autors jetzt auch vorüber, weil die "nationalen Projekte" in den Nachbarstaaten "eine Niederlage erlitten" hätten. Die wirtschaftliche Bedeutung Südafrikas reduziert er auf "Lieferant einiger wichtiger Mineralien". Ich glaube, daß die Veränderungen der Machtverhältnisse in Südafrika ihre Hauptursache haben in dem finanziellen und politischen Aufwand, der für die Erhaltung der bisherigen Verhältnisse notwendig war. In dem Beitrag "Südafrika im Weltsystem" schreibt Samir Amin richtigerweise von der "beispiellosen finanziellen, wirtschaftlichen, politischen und militärischen Unterstützung durch die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Westeuropa". Die Kosten für diese Unterstützung und der politische Image-Verlust durch diese Unterstützung waren den genannten Staaten einfach zu hoch. Diese Staaten werden versuchen, auch weiterhin Macht im Südlichen Afrika indirekt auszuüben.

Am Ende seines ersten Beitrages ("Worum es beim ...") zählt Samir Amin richtigerweise die Bedingungen auf für einen fortschrittlichen sozialen Wandel der wirtschaftlichen Verhältnisse in Südafrika, wobei er die dafür notwendige Zeit auf "30 oder 50 Jahre" schätzt. Ganz so pessimistisch muß man wohl nicht sein.

**Klaus Blauert**






## Betrifft: Die endgültige Marginalisierung der Palästinenser (blätter des iz3w, Nr. 194)

Schon der Ansatz war wohl falsch: die Erwartung, daß Friedensverträge Frieden bringen. H. Branscheid weist in seinem ersten Satz darauf hin: "Kein einziges der größeren Friedensabkommen ... befriedete dauerhaft den jeweiligen Konflikt der irgend beteiligten Parteien. Nicaragua, El Salvador, Somalia, Angola, Afghanistan, Kambodscha und Kurdistan sind Beispiele dafür. "

Südafrika wird sich dieser Kette vielleicht anreihen. Wir reden von der Notwendigkeit politischer statt militärischer Lösungen, ohne zu bedenken, daß Politik eben Machtpolitik ist. Auch die Vermittlung der Großmächte steht unter diesem Zeichen, alles andere ist Heuchelei. Die formal verstandene Demokratie hat mit individueller Freiheit wenig zu tun; es fragt sich, ob es überhaupt eine kollektive Freiheit gibt - ob also Freiheit nicht eben Freiheit von Institutionen ist. Denn alle Revolutionen wollten Freiheit schaffen und haben nur zu neuer Herrschaft geführt. Die PLO wollte sich nicht mit Autonomie zufrieden geben und verlangte den Nationalstaat. Bekommen hat sie jetzt weder das eine noch das andere. Auch bei ihr hat sich herausgestellt, daß es um Machtpositionen geht; daß ihre Interessen und die der Israelis konvergieren. Da verwundert es nicht, daß die PLO den Israelis die Sicherheit in den Lagern überläßt. Kollaboration ist dafür gar kein so unpassender Ausdruck. Verordnete Autonomie wäre freilich ein Paradox: Selbstverwaltung, Selbstbestimmung muß erstritten und eingeübt werden, an staatlichen Einrichtungen vorbei oder gegen sie. Gewalt ist, zumindest auf Dauer, keine Alternative, aber man kommt schwer aus ihr heraus.

**Stefan Kafka**

Ali H.Qleibo, **Wenn die Berge verschwinden, Die Palästinenser im Schatten der israelischen Besatzung**, Palymra-Verlag, Heidelberg, 1993, 276 Seiten, DM 39,80

---

Brot für alle, Erklärung von Bern, Fastenopfer (Hrsg.), **Wenig Kinder - viel Konsum? Stimmen zur Bevölkerungspolitik von Frauen aus dem Süden und Norden**, Brot für alle, Basel, 1994, 120 Seiten, SFr 16,-, Bezug: Brot für alle, Materialstelle, Postfach 414, 4003 Basel, Schweiz

---

Robin Schneider, **Zum Beispiel Flüchtlinge**, Süd-Nord / Lamuv-Verlag, Göttingen, 1993, 112 Seiten, DM 9,80

---

Gloria I. Joseph (Hrsg.), **Schwarzer Feminismus, Theorie und Politik afro-amerikanischer Frauen**, Orlanda Frauenverlag, Berlin, 1993, 295 Seiten, ca. DM 39,80

---

Asit Datta (Hrsg.), **Die neuen Mauern, Krisen der Nord-Süd-Beziehung**, Peter-Hammer-Verlag in Zusammenarbeit mit der Deutschen Welthungerhilfe, Wuppertal, 1993, 228 Seiten, DM 19,80

---

Wolfgang Karcher, Bernd Overwien, Jürgen Krause, Madhu Singh, **Zwischen Ökonomie und sozialer Arbeit, Lernen im informellen Sektor in der "Dritten Welt"**, IKO-Verlag, Frankfurt, 1993, 530 Seiten, DM 49,-

---

Marina Schmidt, **Asia Vision: Fernsehnachrichtenaustausch in Asien, Entwicklung und Perspektiven eines Süd-Süd-Dialogs**, IKO-Verlag, Frankfurt, 1993, 112 Seiten, DM 24,80

---

Jürgen Grässlin, **Den Tod bringen Waffen aus Deutschland, Von einem, der auszog, die Rüstungsindustrie das Fürchten zu lehren**, Knaur-Verlag, München, 1994, 416 Seiten, DM 14,80

---

Ingomar Hauchler (Hrsg.), **Globale Trends 93/94, Daten zur Weltentwicklung**, Stiftung Entwicklung und Frieden, Fischer Taschenbuchverlag, Frankfurt/Main, 1993, 429 Seiten, DM 19,90

---

Francois Jean (Hrsg.), **Helfer im Kreuzfeuer, Humanitäre Hilfe und militärische Intervention, Ein Report über Völker in Not**, Dietz-Verlag, Bonn, 1993, 224 Seiten, DM 19,80

---

Dieter Nohlen, Franz Nuscheler (Hrsg.), **Handbuch der Dritten Welt, Band 6, Nordafrika und Naher Osten**, Dietz-Verlag, Bonn, 1993, 576 Seiten, DM 49,80

---

J.Betz, S.Brüne, Deutsches Übersee-Institut (Hrsg.), **Jahrbuch Dritte Welt 1994, Daten, Übersichten, Analysen, Beck-Verlag**, München, 1993, 306 Seiten, DM 22,-

---

**Entwicklung braucht Entschuldung.** Tagung vom 11.-13.2.94 der Evangelischen Akademie Berlin-Brandenburg. Anmeldung: Evangelische Akademie Berlin-Brandenburg, Goethestr. 26-30, 10625 Berlin, Tel.: 030/3191, Fax: 030/3191200.

**Menschenrechte.** Studienbegleitseminar für Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika in Baden-Württemberg vom 18.-20.2.94 in Weil der Stadt. Anmeldung: STUBE, c/o Evangelische Akademikerschaft, Kniebisstr.29, 70188 Stuttgart, Tel.: 0711/2625853.

**Altes Spiel - Neues Glück. Südafrika vor den Wahlen.** Studienseminar vom 18.-20.2.94 von der akademie klausenhof. Anmeldung: Akademie Klausenhof, Klausenhofstr.100, 46499 Hamminkeln-Dingen, Tel.: 02852/891.

---

**"...(für das) Leben exportieren!". Eine Kampagne gegen Rüstungsexporte im Herzen der 'Festung Europa'.** Seminar von 'Produzieren für das Leben - Rüstungsexporte stoppen' vom 18.- 20.2.94 in Eschborn bei Frankfurt. Anmeldung: Kampagnenbüro, Bahnhofstr. 18, 65510 Idstein.

**Die Rolle der BRD in der Neuen Weltordnung.** 2.Vorbereitungstreffen des BUKO vom 18.-20.2.94 in Karlsruhe. Anmeldung: BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg. Tel.: 040/393156, Fax: 040/3907520.

---

**Fluchtgrund Hunger - Weltwirtschaftliche Hintergründe für Fluchtbewegungen und Bürgerkriege.** Tagung vom 18.-20.2.94 in Beuggen. Anmeldung: Evangelische Industrie- und Sozialarbeit in Südbaden. Fürstenbergstr. 8, 79102 Freiburg, Tel.: 0761/72236.

**Frauen auf der Flucht. Geschlechtsspezifische Fluchtursachen und europäische Flüchtlingspolitik.** Tagung vom 4.-6.3. in Bonn in der Bildungs- und Tagungsstätte des Gustav-Stresemann-Instituts. Veranstalter und Veranstalterin: Terre des Femmes, Dritte Welt Haus Bielefeld. Anmeldung: Gustav-Stresemann-Institut, Langer Grabenweg 68, 53175 Bonn (Bad Godesberg), Tel.: 0228/81070.

---

**Indígenas in Paraguay.** Seminar der Paraguay-Arbeitsgemeinschaft vom 18.-20.3.94 in Bornheim bei Bonn. Anmeldung: Paraguay-Arbeitsgemeinschaft, Weidemannstr. 4, 41199 Mönchengladbach. Tel.: 02166/680368, Fax: 02166/680419.

---

**EPK 4/94 (letzte Ausgabe)**
**Ethnizität**
Robert Kurz: Die Implosion des Nationalismus * Carola Lentz: Ethnizität und „Tribalismus" in Afrika. * Andreas Mehler: Kamerun: Nationale Einheit als Illusion * Ola Balogun: Afrikanische „Stammeskultur" - Hemmnis oder politische Kraft? * Karl Otto Hondrich: Weltbürgertum, Ethnizität und Nationalismus * Henning Eichberg: Ethnos und Demos - die miteinander sprechen können * Frank Nullmeier: Ethnos und Demos. Wider Henning Eichbergs „dritten Weg" * Werner Vennewald: Singapur und Malaysia: Wirtschaftsboom gegen ethnischen Verfall * Rainer Tetzlaff: Wir-Gruppen und Politisierte Ethnizität * Peter Körner: Böses Omen? Der blutige Gegensatz zwischen Tiv und Jukun in Nigeria * Peter Körner: Ein Staat aber keine Nation. Ethnonationalistische Gewalt in Pakistan * Klaus Schlichte: Ethnizität als Kriegsursache? * Michael Köhler: Ethnische Minderheiten im Völkerrecht: Art. 27 des Menschenrechtspaktes von 1966 * Ulrike Neureither: Minderheitenschutz: Lettland nach 1919 *
**Bezug: EPK, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel.: 040 / 390 52 21**
**Preis: DM 6,-**

---

**FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen 178**
**Schwerpunkt: Organtransplantation - Wir teilen nicht!**
Erika Feyerabend: Der kontrollierte Tod * Jürgen Flöter: Der Mensch als Recyclingprodukt * Vera Kissel: Menschliche Ersatzteile aus der „Dritten Welt" * Claudia Bernhard: Zustimmung oder Widerspruch - Die Varianten zur gesetzlichen Regelung der Organentnahme * Kontroverse * James F. Childress - Lorie B. Andrews: Organspende kontra Organverkauf * Theresia Degener: Die neue Reflexion über Selbstbestimmung * Vera Kissel im Gespräch mit Renate Greinert: „Die Transplantationsmedizin hat kannibalische Züge" * Annette Will: Organeigentum verpflichtet * Charly Kowalczyk im Gespräch mit Pflegekräften einer Bremer Intensivstation. Außerdem: Maria Mies: Patente Geschäfte - Die Vermarktung des Lebens durch Gen-Forscher und Bio-Industrie * Yogesh Varhade: Genozid gegen „Unberührbare" in Indien * Rose Baaba Folson: Abschlußtagung der „Kampagne Südströmungen" * Christoph Lange: Forum Umwelt und Entwicklung, sowie 20 Seiten Service.
**Bezug: FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Buchtstraße 14/15, 28195 Bremen, Tel.: 04 21 / 32 51 56, Fax: 04 21 / 3 37 81 77.**

---

**ila 170 (November 93)**
**Lateinamerikanische Literatur aus Deutschland/Literatura latinoamericana de Alemania**
Überall in Deutschland schreiben LateinamerikanerInnen Romane, Erzählungen, Gedichte und Essays. Ihre Manuskripte bilden das Herzstück dieser ila-Ausgabe, die damit fast so etwas wie ein Lesebuch geworden ist, zumal wir alle Texte, um die Authentizität zu erhalten, sowohl im Original als auch in der entsprechenden Übersetzung vorlegen.
An dem 96 Seiten starken Band haben mitgeschrieben: Esther Andradi, Carlos Briones, Carlos Alberto Azevedo, Melacio Castro, Lucia Charunlllescas, Maria Cano Caunedo, Jesus Diaz, Irma Gonzalez de Jahn, Jorge Guaneme, Pedro C. Holz, Walter Lingan, Israel Perez, Joao Ubaldo Ribeiro, Sonia Solarte, Omar Saavedra Santis, Luis Sepulveda, Maximiliano La Tessa und Holger Valqui sowie Martin Franzbach und Gert Eisenbürger u.v.a.
Über die belletristischen Produkte hinaus finden sie biographische Angaben zu allen AutorInnen sowie zahlreiche Buchbesprechungen, wo auch andere als im Heft vorgestellte LiteratInnen Erwähnung finden, so etwa Antonio Skarmeta Christian Cortes, Luis Fayad, David Hernandez und Antono Candela.
Preis: Einzelheft DM 7,-; Abo (10 Ausgaben/Jahr) DM 60,- bzw. ermäßigt DM 50,-.
**Bezug: ila, Heerstraße 205, 53111 Bonn.**

---

**Lateinamerika Nachrichten, Nr. 234, Dezember 1993**
**Schwerpunkt: Medien:** Mexiko: Der Telenovela-Streit * Brasilien: Ich glotz TV * El Salvador: Kommerzialisierung ohne Ausverkauf - Die ehemaligen Guerillaradios * USA: Grenzenlose Zukunft, begrenzte Inhalte - spanischsprachiges Fernsehen * Film/Lateinamerika - Kreative Unruhen im ökonomischen Desaster * Alternativmedien: Rein in die Diskussion - Mit anderen Augen gesehen - Communicacion Popular in Chile * Chile: Das Recht des Stärkeren - Zur neuen Radiogesetzgebung * Alternative Agenturen: POONAL - Vernetzte Nachrichten *
Dazu: El Salvador: Erneut Terror gegen die Opposition * Peru: Zuviel gesiegt - Fujimoris Dilemma * Brasilien: Korruptionsskandale ohne Ende * Argentinien: Menem; ein neuer Peron? * Chile: Schwarzer Frühling - Ein neuer Mann bei Interpol * Kuba: Auswege aus einer Krise - Kongreß über alternative Energien *

---

**Lateinamerika-Nachrichten Nr. 235 (Jan. '94)**
**Chile:** Langweiliger Tiger Lateinamerikas: Chile nach den Wahlen / „Der Fall Letelier" / Energiepolitik im Modellland Chile * Brasilien: Sextourismus und Kinderprostitution / Fazenda Jangada enteignet ! - LandbesetzerInnen triumphieren nach langem Kampf / Interview mit dem PT-Führer: Luis Eduardo Greenhalgh * Argentinien: JournalistInnen werden immer häufiger Opfer brutaler Angriffe / Stabiles Zweiparteieneinerlei: Die Einigung von Peronisten und Radikalen macht das Volk überflüssig * Venezuela: Das Zweiparteiensystem am Ende - Ex-Präsident Caldera kehrt zurück * Ecuador: Indigenas bringen Texaco vor Gericht * Mexiko: Bahn frei für NAFTA / Weißer Rauch: Das Spiel ist aus - Die PRI hat einen neuen Präsidentschaftskandidaten * Haiti: Haitis Militär und US-Rechte im Einklang gegen Aristide * Nicaragua: Ein „vertrauliches Memorandum" an die Regierung Chamorro * Puerto Rico: bleibt assoziierter Freistaat der USA.
**Bezug: LN-Vertreib, Im Mehringhof, Gneisenaustraße 2, 10962 Berlin.**

---

**Terre des Femmes-Rundbrief 3/93**
Menschenrechtsverletzungen an Frauen (Uno-Weltmenschenrechtskonferenz zu Frauenrechten * Dokumentation über die Weltfrauenkonferenz 1995 in China * Paragraph 218 * Frauenprojekte in Ex-Jugoslawien * Frauenbewegungen in Pakistan und Westsahara
Preis: DM 7,50,- einschl. Versand, gegen Briefmarken
**Terre des Femmes e.V., Postfach 2531, 72015 Tübingen, Fax 0 70 71 / 55 03 52**

---

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

M 3477 F

iz3w
Postfach 5328
79020 Freiburg
ISSN 0933-7733









